

# Geschäftsbericht 2015



## Wichtige Kennzahlen

### Einzelabschluss HGB

<b>Aus der Bilanz in Mrd. EUR</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Bilanzsumme	83,9	80,1
Forderungen an Kreditinstitute	55,7	51,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18,3	20,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,5	2,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	67,3	65,8
<b>Eigenmittel</b>	<b>4,7</b>	<b>4,3</b>
<b>Aus der GuV in Mio. EUR</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Zinsüberschuss	311,9	311,0
Konzerninterne Sonderausschüttung	49,8	-
Verwaltungsaufwendungen	59,8	56,6
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung</b>	<b>283,3</b>	<b>242,7</b>
Risikovorsorge/Bewertung	226,3	187,7
Jahresüberschuss	57,0	55,0
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>14,3</b>	<b>13,8</b>
Cost Income Ratio (in %)	25,7*	22,6
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Jahresende)	269	265

\* bereinigt um die Sonderausschüttung

### Konzernabschluss IFRS

<b>Aus der Bilanz in Mrd. EUR</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Bilanzsumme	93,3	88,8
Forderungen an Kreditinstitute	55,5	51,4
Finanzanlagen	19,9	21,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,8	2,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	71,5	69,2
Bilanzielles Eigenkapital	3,7	3,3
<b>Aus der Gesamtergebnisrechnung in Mio. EUR</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Förderbeitrag	331,0	324,8
Risikovorsorge/Förderbeitrag	18,6	15,3
Verwaltungsaufwendungen	65,0	59,3
<b>Betriebsergebnis vor Fair Value- und Hedge-Bewertung</b>	<b>238,2</b>	<b>243,9</b>
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	204,9	-183,5
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-50,8	66,0
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>392,3</b>	<b>126,4</b>
<b>Konzernbilanzgewinn</b>	<b>14,3</b>	<b>13,8</b>
<b>Kapitalquoten in %</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Gesamtkapitalquote	23,2	19,3
Kernkapitalquote	20,2	16,4

### Rating

	Langfrist-Rating	Kurzfrist-Rating
Moody's Investors Service	Aaa	P-1
Standard & Poor's	AAA	A-1+
Fitch Ratings	AAA	F1+

# Geschäftsbericht 2015



# Inhaltsverzeichnis

Kurzporträt der Landwirtschaftlichen Rentenbank .....	4
Vorwort des Vorstands .....	5
Agrar Spezial: Herausforderungen, Potenziale, Perspektiven – Ländliche Entwicklung erfolgreich gestalten .....	10
Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2015 .....	36
Informationen zum Geschäftsjahr 2015 .....	44
Fördertätigkeit für die Agrarwirtschaft .....	44
Förderfonds und Rehwinkel-Stiftung .....	51
Refinanzierung der Rentenbank .....	56
Aktiv-Passiv-Steuerung .....	60
Weitere Aktivitäten .....	61
Nachhaltigkeit .....	63
Corporate Governance .....	65
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	70
Zusammengefasster Lagebericht .....	75
Konzernabschluss .....	113
Konzern-Gesamtergebnisrechnung .....	114
Konzernbilanz .....	115
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung .....	116
Konzern-Kapitalflussrechnung .....	117
Konzernanhang .....	119
Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....	166
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	167
Organe .....	168
Bericht des Verwaltungsrats .....	172
Glossar .....	173

## Kurzporträt der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft stellt die Landwirtschaftliche Rentenbank zinsgünstige Kredite für vielfältige agrarbezogene Investitionen einschließlich erneuerbarer Energien bereit. Unser Angebot richtet sich sowohl an Produktionsbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus als auch an Hersteller landwirtschaftlicher Produktionsmittel sowie Handels- und Dienstleistungsunternehmen, die in enger Verbindung zur Landwirtschaft stehen. Wir finanzieren darüber hinaus Vorhaben der Ernährungswirtschaft sowie sonstiger Unternehmen der vor- und nachgelagerten Produktionsstufen. Außerdem fördern wir Investitionen von Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts im ländlichen Raum sowie privates Engagement für die ländliche Entwicklung. Unsere Kredite vergeben wir wettbewerbsneutral über Banken und Sparkassen.

Wir refinanzieren unser Kreditgeschäft an den nationalen und internationalen Kapital- bzw. Interbankenmärkten überwiegend durch die Emission von Wertpapieren und die Aufnahme von Darlehen. Rating-Agenturen bewerten die langfristigen Verbindlichkeiten der Bank mit den jeweils höchsten Bonitätseinstufungen AAA bzw. Aaa.

Die Rentenbank wurde 1949 durch Gesetz als zentrales Refinanzierungsinstitut für die Land- und Ernährungswirtschaft mit Sitz in Frankfurt am Main errichtet. Die Bank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit gesetzlichem Förderauftrag. Zum 1. Januar 2014 wurde neben der weiterbestehenden Anstaltslast die ausdrückliche Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Bank in das Rentenbankgesetz aufgenommen. Dort ist seit 2015 auch die Insolvenzunfähigkeit der Rentenbank ausdrücklich hervorgehoben. Die Rentenbank unterliegt der Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB), die hierbei von den national zuständigen Behörden, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank, unterstützt wird. Die Rechtsaufsicht der Rentenbank obliegt dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), das seine Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) trifft. Die Rentenbank ist Mitglied des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands e. V., Berlin (VÖB).

Der Grundstock des Eigenkapitals der Bank wurde in den Jahren 1949 bis 1958 durch die Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht. Deshalb verwenden wir auch unseren Bilanzgewinn für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums.

## Vorwort des Vorstands

In einer Welt, in der alles mit allem zusammenhängt, wirken viele Probleme zu komplex, als dass man sie mit einfachen Lösungen bewältigen könnte. Doch manchmal verhindert gerade das Ringen um eine komplexe Lösung, dass es überhaupt zu einer kommt. Dann sollte man sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren: Wo drückt der Schuh am meisten? Und was könnten wir aus eigener Kraft verbessern?

Viele Menschen im ländlichen Raum leben uns diesen Pragmatismus vor. Sie warten nicht, bis irgendwann Drohnen die Bestellungen aus dem Breitband-Internet vorbeibringen, sondern gründen lieber selbst einen Dorfladen, eine Mini-Kita oder ein Carsharing-Modell mit einem einzigen „Dorfauto“. Die Lösungen sind so individuell wie die Menschen. Und genau darin liegt das Erfolgsrezept. Mehr über aktuelle Herausforderungen im ländlichen Raum lesen Sie in unserem diesjährigen „Agrar Spezial“.

Das Stichwort „Herausforderungen“ war auch charakteristisch für das Jahr 2015: Fallende Agrarpreise setzten viele Betriebe unter Druck. Hierauf reagierten wir mit der Öffnung unseres Liquiditätssicherungsprogramms, über das die Rentenbank einen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag zur Verfügung stellte. Zugleich ermöglichte uns das niedrige Zinsniveau, zusammen mit unserer hervorragenden Bonität, unsere Förderkredite zu sehr günstigen Konditionen anzubieten.

Eine weitere Herausforderung war und ist der Trend zur Digitalisierung, der nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Finanzbranche erfasst hat. Neue Akteure treten auf und neue Marktplattformen entstehen. Der Wettbewerb um den Endkunden wird schärfer. Für uns als zentrales Finanzierungsinstitut ohne Direktgeschäft stehen dabei die Digitalisierung der Schnittstelle zu unseren Bankpartnern und die interne Prozessoptimierung im Vordergrund. Beides konnten wir entscheidend vorantreiben. Hinzu kommt eine immer umfassendere Bankenregulierung, von der wir als öffentlich-rechtliche Förderbank genauso betroffen sind wie private Geschäftsbanken.

Dass wir in diesem Umfeld über eine erfreuliche Geschäftsentwicklung mit einem Förderneugeschäft auf Rekordniveau berichten können, verdanken wir wesentlich einer klaren Fokussierung auf unseren gesetzlichen Auftrag und unserer langfristig ausgerichteten, risikobewussten Geschäftsstrategie – wie sie ja auch für die Landwirtschaft typisch ist. Ein Sprichwort sagt: „Der Papst und ein Bauer wissen mehr als der Papst allein.“ Ob dies zutrifft, wagen wir nicht zu beurteilen. Dass aber die „geerdete“ Erfahrung der Landwirte für das Bankgeschäft wertvolle Orientierungen bereithält, können wir bestätigen.



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt



Imke Etori

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

Imke Etori



## Das Bildkonzept „Lebendiges Land“

Gerade im ländlichen Raum engagieren sich viele Bürger für ihre Region. Die Rentenbank unterstützt diese Initiativen auf verschiedenen Wegen. Passend zum diesjährigen Agrar Spezial „Herausforderungen, Potenziale, Perspektiven – Ländliche Entwicklung erfolgreich gestalten“ stellen wir einige Projekte vor und zeigen damit, wie vielfältig, lebendig und initiativ „das Land“ ist. Die einzelnen Motive bestehen aus jeweils zwei Fotografien, von denen die eine Menschen porträtiert, die in das jeweilige Projekt involviert sind, während die andere damit verbundene Gegenstände und Details in Szene setzt.



Mathias Walk (Käsereimeister)

## BERGKÄSEREI WEIZERN

Die Heu-Rohmilch-Käserei im Allgäu verarbeitet als Genossenschaft bereits seit 1896 die Milch zahlreicher regionaler Milchviehbetriebe. Nach bewährten und traditionellen Methoden werden dort neben Emmentaler und Bergkäse auch verschiedene Schnittkäse-Spezialitäten produziert. Die Rentenkasse stellte dem Unternehmen im Rahmen des Förderprogramms „Wachstum und Wettbewerb“ ein Darlehen bereit.



# Agrar Spezial

## Herausforderungen, Potenziale, Perspektiven - Ländliche Entwicklung erfolgreich gestalten

Ein Leben auf dem Land verbinden viele Menschen vor allem mit positiven Aspekten wie idyllischer Natur, großzügigem Wohnraum und einem entspannten Lebensstil. Andere assoziieren damit jedoch eher fehlende Arbeitsplätze, eine schwache Infrastruktur, Abwanderung und Überalterung. Beide Perspektiven haben ihre Berechtigung, denn schon lange gibt es nicht mehr „die“ typische ländliche Region. So hat Deutschland viele prosperierende Landstriche, in denen eine starke Wirtschaft und eine gut ausgebaute Infrastruktur für eine hervorragende Lebensqualität sorgen. Viele Länder beneiden uns um diese dezentrale mittelständische Wirtschaftskraft. Aber es gibt auch Regionen, die weniger gut dastehen. Sie haben Schwierigkeiten, die Daseinsvorsorge mit allen relevanten Angeboten aufrecht zu erhalten und junge Menschen zum Bleiben zu motivieren. Vor allem in peripheren ländlichen Regionen verstärken sich ökonomischer und demografischer Wandel gegenseitig. Hier gilt es, die knappen Ressourcen zielgerichtet und innovativ zu nutzen. Das Ziel gibt nicht zuletzt das Grundgesetz vor: die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Dies schließt auch eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums ein.

Es gibt viele gute Gründe, ländliche Regionen als Lebensraum zu stärken. Etwa 90 % der Fläche Deutschlands sind ländlich geprägt. Auch in Zukunft wollen Menschen dort leben und arbeiten. Denn die Urbanisierung sorgt zwar in Teilen für mehr Effizienz, doch hat sie auch ihre Schattenseiten. Zudem schafft die Digitalisierung viele neue Möglichkeiten, Distanzen virtuell zu überwinden – sei es die Distanz zu Arbeitgebern, zu Ärzten, Behörden oder zu Einkaufsmöglichkeiten. Die Argumente für ein Leben auf dem Land gewinnen dadurch an Überzeugungskraft. Doch wie sind ländliche Räume eigentlich definiert? Was bieten sie, wo liegen die heutigen Herausforderungen? Das sind die Ausgangsfragen, mit denen sich unser Agrar Spezial beschäftigt. Nach einer Beschreibung des Status quo legen wir Schwerpunkte auf den Arbeitsmarkt, die Daseinsvorsorge und den Breitbandausbau. Denn dies sind wichtige Erfolgsfaktoren für eine positive Entwicklung des ländlichen Raums und damit auch der Landwirtschaft, der wir besonders verbunden sind. Ein weiterer Schwerpunkt gilt schließlich der Frage, wie sich ländliche Regionen sinnvoll fördern lassen. Hier scheint der Schlüssel zum Erfolg in einer gezielten und gleichzeitig flexiblen Förderung zu liegen, die insbesondere Kooperationen und bürgerschaftliches Engagement stärkt. Denn es gibt wohl kaum einen besseren Indikator für die Zukunftsfähigkeit einer Region als das Engagement von Menschen, die sich aus eigener Initiative heraus für ihre Heimat einsetzen und deren Zukunft gemeinsam gestalten wollen.

## Wie definiert man den „ländlichen Raum“?

Bis Mitte des 20. Jahrhunderts erschien der ländliche Raum als relativ homogener Raumtyp. Er galt als naturbelassen und rückständig. Heute sind diese Regionen in hochentwickelten Ländern deutlich vielfältiger geworden: Städtische Lebens-, Wirtschafts- und Wohnformen haben sich mehr und mehr auch auf dem Land durchgesetzt. Aus dem Stadt-Land-Gegensatz ist ein auf vielen Ebenen verflochtenes Stadt-Land-Kontinuum geworden. „Den“ ländlichen Raum gibt es daher schon lange nicht mehr, sondern nur Gebiete, die anhand eines oder mehrerer Kriterien dem ländlichen Raum zugeordnet werden können. Je nach Fragestellung, Betrachtungsebene und Datenverfügbarkeit werden unterschiedliche Abgrenzungen definiert, wie z. B. Schwellenwerte bei der Bevölkerungsdichte oder bei der Entfernung zu Großstädten. So gelten bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Gemeinden mit weniger als 150 Einwohnern pro Quadratkilometer als ländlich. Allerdings sind die Gemeinden ihrerseits nicht überall gleich definiert. Dadurch führt diese international gebräuchliche Definition mitunter zu problematischen Ergebnissen. Die Einteilung nach Schwellenwerten verursacht eine große Heterogenität bei den zentralen Entwicklungsindikatoren. So werden sehr unterschiedliche Räume in der Gebietskategorie „ländlich“ zusammengefasst. Soll es zum Beispiel darum gehen, wirtschaftlich bedürftige Regionen auszuwählen, sollte die Einteilung eher nach Arbeitslosenquoten oder demografischer Entwicklung erfolgen. Ein Beispiel hierfür ist die Einteilung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Hier werden die GWR-Fördergebiete nach Kriterien der Wirtschaftskraft definiert.

Die gebräuchlichste Gebietstypisierung in Deutschland ist die des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Diese Einteilung beruht im Wesentlichen auf zwei grundlegenden Strukturmerkmalen: der Besiedlung und der Lage. Bei der Besiedlung wird untersucht, ob die Regionen überwiegend städtisch oder ländlich geprägt sind. Ermittelt wird dies anhand der Bevölkerungsdichte und anhand des Anteils der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche. Bei der Beurteilung der Lage wird wiederum zwischen zentral und peripher gelegenen Räumen unterschieden. Hier greift man auf die potenziell erreichbare (Tages-) Bevölkerung in der Region zurück: Je mehr Menschen innerhalb einer bestimmten Zeitspanne erreicht werden können, desto zentraler ist die Lage. So lassen sich dünn besiedelte, aber relativ zentral gelegene Randgebiete von Metropolregionen von ebenso dünn besiedelten Periphergebieten unterscheiden.

Diese beiden Ansätze dienen zur eindeutigen Klassifizierung der Räume und werden auch von der Landwirtschaftlichen Rentenbank verwendet. Mit ihrer Fördersparte „Ländliche Entwicklung“ unterstützt die Bank Investitionen von Gemeinden und Städten, die nicht in Verdichtungsgebieten nach der BBSR-Definition liegen und weniger als 50 000 Einwohner haben.

## Förderung der ländlichen Entwicklung



Kartengrundlage © Lutum+Tappert

## Ländlicher Raum in Deutschland – stark im internationalen Vergleich

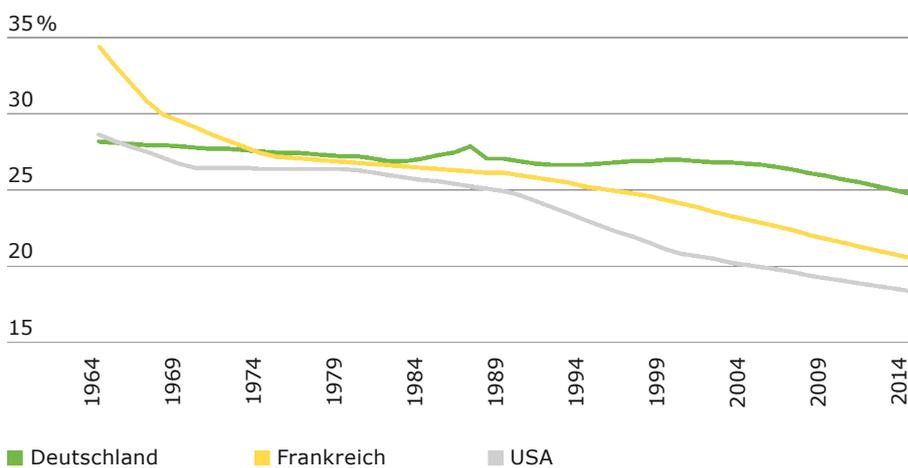
Deutschland hat vitale ländliche Räume. Dies ist u. a. eine Folge der föderalen Struktur und der vergleichsweise hohen Bevölkerungsdichte. Im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland wenig zentralisiert und verfügt über viele wirtschaftlich dynamische Zentren mit hoher Strahlkraft. Zugleich ist die Verkehrsinfrastruktur gut ausgebaut. Im internationalen Vergleich verfügen viele ländliche Regionen in Deutschland über eine sehr hohe Wirtschaftskraft, insbesondere in Süddeutschland. Dort ist das wirtschaftliche Gefälle zwischen Stadt und Land vergleichsweise gering. In den letzten Jahrzehnten verlief die Entwicklung von Beschäftigung und Bevölkerung in den ländlichen Gebieten Süddeutschlands sogar meist günstiger als in den Ver-

dichtungsräumen. Dadurch konnten die Wertschöpfungs- und Bevölkerungsanteile in erheblichem Maße gesteigert werden.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ging in Deutschland der Anteil der auf dem Land lebenden Bevölkerung seit den 1960er Jahren auch insgesamt nur wenig zurück. Aufgrund der starken Industrialisierung und Urbanisierung sowie der Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg war der Anteil der Stadtbevölkerung aber bereits in dieser Zeit relativ hoch. Während es in Deutschland von 1960 bis 2014 einen Rückgang des Anteils der Landbevölkerung von 28,6 % auf 24,9 % gab, ist im stark zentralisierten Frankreich ein deutlich stärkerer Rückgang von 38,1 % auf 20,7 % zu beobachten. Auch in anderen Industrienationen ist der Anteil der Landbevölkerung stärker rückläufig als in Deutschland: In den USA fiel er von 30,0 % auf 18,5 % und in Japan gar von 36,7 % auf nur noch 6,9 %.

#### Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung

(nationale Definitionen)



Quelle: Weltbank (2015)

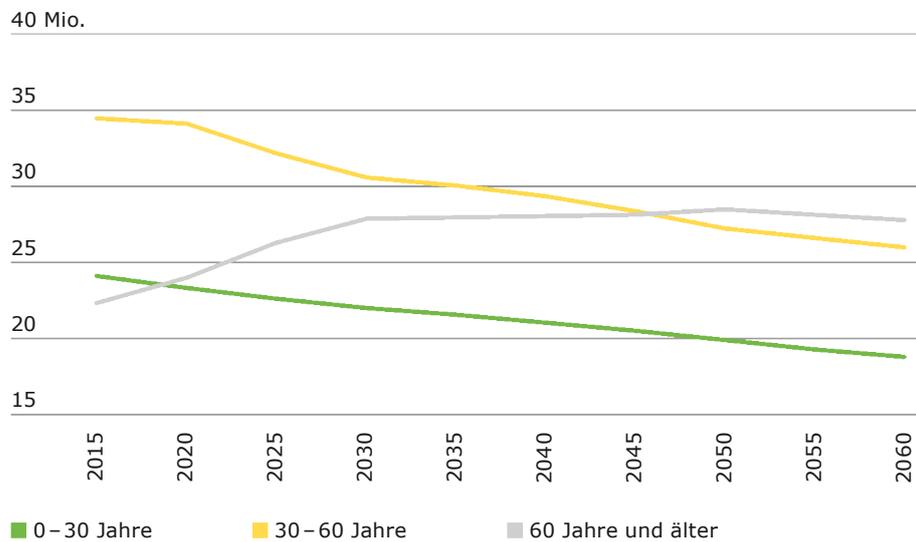
Das heißt aber nicht, dass in Deutschland kein Handlungsbedarf bestünde. Natürlich gibt es auch ländliche Regionen mit einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung. Vor allem aber könnte der sich verschärfende demografische Wandel das bisher vergleichsweise hohe Maß an wirtschaftlicher Prosperität und Lebensqualität in ländlichen Räumen mittel- bis langfristig flächendeckend in Frage stellen.

#### Demografischer Wandel trifft das „Land“ in besonderem Maße

Nirgendwo in Europa sanken die Kinderzahlen so früh und so massiv wie in Deutschland. Die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts bis 2060 prognostiziert in verschiedenen Szenarien übereinstimmend einen Bevölkerungsrückgang. Dies trifft Deutschland grundsätzlich in seiner Gesamtheit. Im vorgestellten Szenario wird eine nahezu unveränderte Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau zugrunde gelegt – ein Wert, der seit Ende der 1970er Jahre in Westdeutschland nahezu konstant ist. Aufgrund der schrumpfenden Basis potenzieller Eltern hätte ein Anstieg mittelfristig auch nur einen begrenzten Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung. Darü-

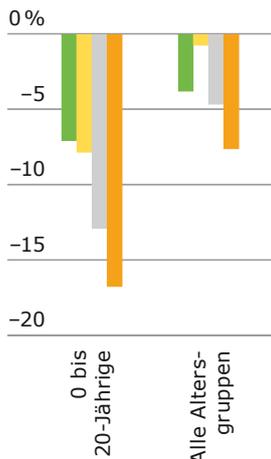
ber hinaus unterstellt das Szenario einen mäßigen Anstieg der Lebenserwartung sowie einen positiven Wanderungssaldo. Insgesamt wird eine Netto-Zuwanderung von 10,8 Mio. Personen bis 2060 angenommen. Angesichts des aktuellen Zustroms von Flüchtlingen ist dieser Wert jedoch über einen derart langen Zeitraum kaum zu prognostizieren. Insbesondere ist unklar, wie hoch der Anteil der dauerhaften Einwanderer unter den Flüchtlingen sein wird. Jedenfalls nimmt die Bevölkerung im beschriebenen Szenario trotz der unterstellten Netto-Zuwanderung bis 2060 von 81,3 Mio. auf 73,1 Mio. ab. Noch gravierender für die wirtschaftliche Entwicklung ist die schrumpfende Bevölkerungsgruppe im erwerbstätigen Alter. Teilweise lässt sich dies jedoch durch eine steigende Produktivität und eine längere Lebensarbeitszeit der körperlich und geistig vitalen älteren Generation ausgleichen.

### Bevölkerungsprognose für Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

### Bevölkerungsprognose 2015 – 2035 für Deutschland



- Kreisfreie Großstadt
- Städtische Kreise
- Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen
- Dünnbesiedelte ländliche Kreise

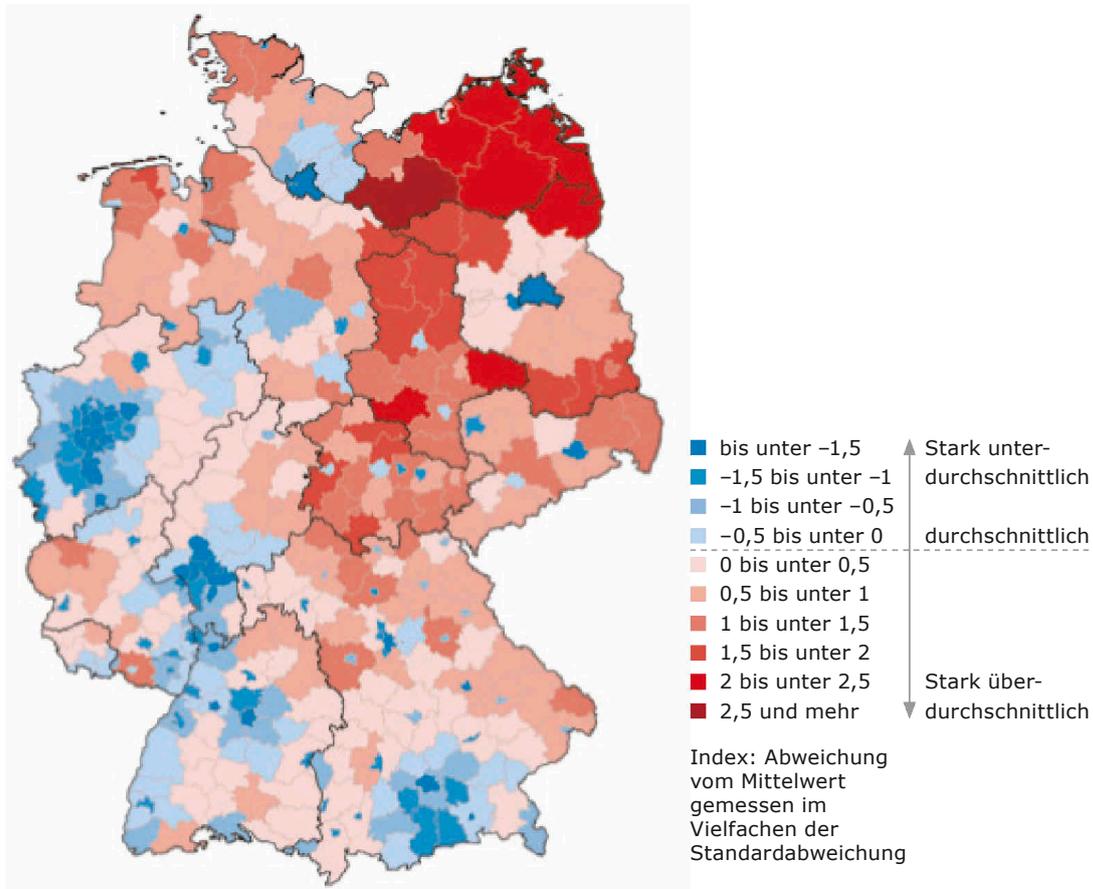
Quelle: Statistisches Bundesamt, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Der demografische Wandel macht sich vor allem in dünn besiedelten ländlichen Regionen bemerkbar. Eine Ursache hierfür ist, dass Einwanderer vor allem in die Großstädte ziehen und dadurch den Rückgang der Bevölkerung auf dem Land nicht abfedern. Hinzu kommt, dass dünnbesiedelte und zugleich wirtschaftsschwache Regionen besonders stark von einer Abwanderung junger Menschen in die Städte betroffen sind. Die Trennlinie verläuft hier nicht zwischen Stadt und Land, sondern zwischen wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Regionen. Am stärksten betroffen vom demografischen Wandel sind die ländlichen Regionen in Ostdeutschland. Das heutige Mecklenburg-Vorpommern hatte beispielsweise vor der Wiedervereinigung die jüngste Bevölkerung Deutschlands. Heute hat es die älteste. Vor allem 18- bis unter 30-Jährige ziehen vom Land in die Städte. Dabei sind jüngere Frauen besonders mobil. Erst ab Mitte 20 kehrt sich das Verhältnis um und es sind mehr Männer, die bereit sind, ihren Wohnort zu wechseln.

Die Karte des Thünen-Instituts auf Seite 15 zeigt, wie stark die einzelnen Regionen in Deutschland vom demografischen Wandel und den daraus resultierenden Herausforderungen für die Daseinsvorsorge betroffen sind.

Dabei wurden die Bevölkerungsentwicklung, die Alterungsstruktur, die Besiedelungsdichte und die Erreichbarkeit der Agglomerationsräume berücksichtigt. Ein Großteil der ländlichen Räume ist rot gefärbt und zeigt damit überdurchschnittliche Herausforderungen an, während die Herausforderungen in den bevölkerungsreichen Zentren weniger groß sind. Als besonders problematisch wird die Situation in ländlichen Gebieten in Ost- und Norddeutschland sowie in vielen Mittelgebirgslagen eingeschätzt.

**Herausforderungen bei der Daseinsvorsorge durch den demografischen Wandel**



Quelle: Dr. Patrick Küpper, Thünen-Institut, Braunschweig, 2013

**Urbanisierung ist keine Einbahnstraße**

Urbanisierung ist ein weltweiter „Megatrend“. Insbesondere die Entwicklungen in Schwellenländern wie China oder Indien sorgen dafür, dass sich das weltweite Verhältnis von Stadt- zu Landbewohnern in nicht einmal 100 Jahren von 1:2 (1960) auf vermutlich 2:1 (2045) umkehren wird. Heute liegt das Verhältnis etwa bei 1:1.

In Deutschland hatte die Urbanisierung im Zuge der Industrialisierung bereits um 1910 einen ersten Höhepunkt erreicht. Seither ist die Verteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land insgesamt relativ stabil geblieben. Dennoch waren politische und wirtschaftliche Veränderungen in den letzten 100 Jahren immer wieder Auslöser für Wanderungsbewegungen. Hier sind

zunächst die beiden Weltkriege zu nennen, die unter anderem zu großen Flüchtlingsströmen führten. Viele dieser Menschen zog es in die großen Städte, deren Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg Arbeitsplätze versprach. Allerdings begann schon bald darauf eine Phase der Suburbanisierung: Wer es sich leisten konnte, baute ein Eigenheim im Grünen. Auch die steigenden Immobilienpreise in den Städten führen zu Verdrängungseffekten, von denen ländliche Regionen profitieren können. Dies gilt allerdings nur für Westdeutschland. In Ostdeutschland ist seit einigen Jahren die Reurbanisierung der bestimmende Trend.

Aber auch im Westen gewinnt aktuell die Kernstadt wieder an Bedeutung. Wie in anderen Industriestaaten auch, lässt sich eine neue Anziehungskraft großer Städte auf junge Bildungseliten und ältere Haushalte ohne Kinder beobachten. Diese Reurbanisierung überraschte nicht wenige Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, galten doch Großstädte noch vor wenigen Jahren als bauliche Zeugnisse einer vergangenen, industriell geprägten Wirtschaft und Gesellschaft. In der globalisierten und digitalisierten Ökonomie – so schien es – verliert die Distanz an Bedeutung. Doch heute werden Städte zunehmend wieder als Motoren ökonomischen Wachstums angesehen, die auch soziale und kulturelle Innovationsprozesse anstoßen und verbreiten. Das hat sich auch in der Politik niedergeschlagen. Strukturpolitische Ansätze mit einem Fokus auf urbane Räume und Metropolregionen haben gegenüber einer ausgleichsorientierten Politik zugunsten ländlicher Räume an Bedeutung gewonnen. Auch Eingriffe wie die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Reduzierung der Entfernungspauschale stärkten eher den Trend zum Leben in der Stadt.

Allerdings zeigt die Vielzahl der Entwicklungen ganz deutlich: Urbanisierung ist keine „Einbahnstraße“, es findet vielmehr ein permanenter Bevölkerungsaustausch statt. Die Bevölkerungswanderung unterliegt, auch lebensphasenabhängig, zyklischen Trends. Dabei lässt sich die Komplexität der räumlichen Entwicklung mit tradierten Kategorien wie Kernstadt, Umland und ländlicher Raum immer weniger befriedigend abbilden.

### **Arbeitsplätze als notwendige Bedingung für vitale ländliche Räume**

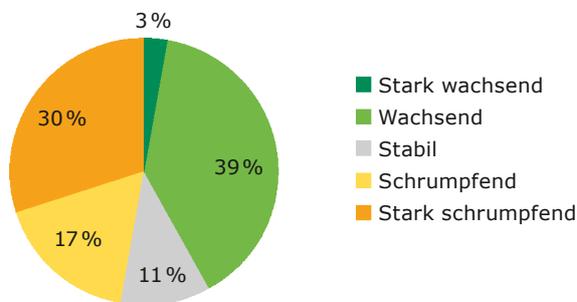
Die wichtigsten Gründe für regionale Mobilität sind die Aufnahme eines Hochschulstudiums und die Suche nach einem attraktiven Arbeitsplatz. Damit ist der Arbeitsmarkt sowohl für die wirtschaftliche als auch für die demografische Entwicklung in ländlichen Räumen eine wesentliche Stellenschraube. Wenn es gelingt, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen, gelingt es auch, die ländlichen Räume vital zu halten. Auch hier zeigt sich wieder: Bevölkerungsströme sind nicht in erster Linie vom Land in die Zentren oder umgekehrt gerichtet, sondern entscheidend ist die Frage, wie stark eine Region wirtschaftlich aufgestellt ist.

Eine Umfrage im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ergab, dass mehr als zwei Drittel der Befragten ländliche Regionen für ihre hohe Lebensqualität schätzen. Und beinahe jeder Befragte hält sie für attraktive oder sehr attraktive Orte zur Erholung. Weniger gut schneiden die Regionen jedoch bei der Frage ab, ob sie auch ein attraktiver Ort zum Arbeiten wären. Die Mehrheit (58 %) äußert sich in diesem Punkt skeptisch. Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied in der Einschätzung von Männern und Frauen: Immerhin zwei Drittel der Frauen bewerten länd-

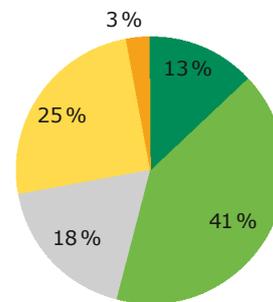
liche Regionen als „weniger attraktiv“ oder „nicht attraktiv“ zum Arbeiten; bei den Männern ist es nur die Hälfte der Befragten. Noch ausgeprägter ist der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen: In der höchsten Bildungsgruppe ist das Land für 70 % ein „wenig attraktiver“ oder „nicht attraktiver“ Arbeitsort; in der niedrigsten Bildungsgruppe nur für 44 %. Es bleibt eine Herausforderung, in ländlichen Räumen berufliche Perspektiven für Hochqualifizierte zu schaffen.

Wie sich die Arbeitsmärkte in ländlichen und städtischen Regionen entwickeln, zeigt eine Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) aus dem Jahr 2015. In 47 % der dünn besiedelten Landkreise wurde der Arbeitsmarkt als „schrumpfend“ oder „stark schrumpfend“ eingestuft. Dies liegt vor allem an der Wirtschaftsstruktur in vielen ländlichen Regionen.

**Arbeitsmärkte in dünn besiedelten ländlichen Räumen**



**Arbeitsmärkte in städtischen Regionen**



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), 2015

### Wirtschaftsstruktur zeigt Defizit bei Dienstleistungen

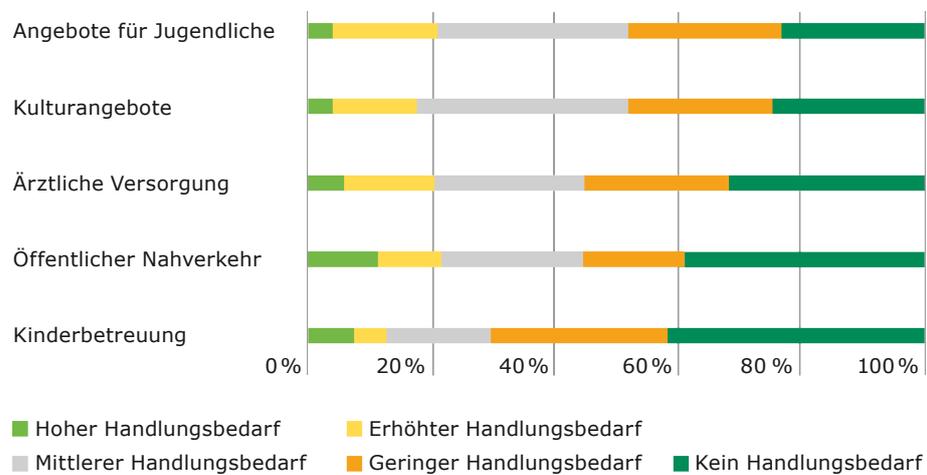
Deutschlands Wirtschaft ist flächendeckend vom Wandel hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensökonomie geprägt. Wie in allen anderen hoch entwickelten Volkswirtschaften entstehen insbesondere im Dienstleistungssektor neue Arbeitsplätze. In den ländlichen Kreisen ist der Anteil dieses Sektors an der Wirtschaftsleistung mit 66 % geringer als in nicht ländlichen Kreisen (74,5 %). Vor allem aber nehmen die verschiedenen Dienstleistungsbereiche in unterschiedlichem Ausmaß an Bedeutung zu. So wachsen deutschlandweit vorwiegend wissensbasierte Dienstleistungen, die von Unternehmen nachgefragt werden. Hier spielen Entwicklungs-, Steuerungs-, Vertriebs- und Finanzdienstleistungen eine wichtige Rolle. Die ländlichen Regionen profitieren jedoch von diesem Boom nur unterproportional, denn die Mehrzahl dieser Dienstleistungsanbieter und -nachfrager hat ihren Sitz in den Städten. Diese Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch in den Beschäftigungsverhältnissen wider: Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss sind in ländlichen Regionen unterrepräsentiert und das Lohnniveau ist dort allgemein niedriger.

### Harte und weiche Standortfaktoren im ländlichen Raum

Aber woran liegt das? Ein Unternehmen berücksichtigt bei der Standortwahl zum einen harte Standortfaktoren, die die Rentabilität direkt beeinflussen. Dazu zählen etwa der Preis, zu dem das Betriebsgelände erschlossen wird,

die Nähe zu Beschaffungs- und Abnahmemärkten, die Infrastruktur, die Lohn- und Energiekosten sowie die Höhe von Steuern und Abgaben. Hier sind viele ländliche Regionen gut aufgestellt. Zum anderen spielen aber auch weiche Standortfaktoren wie ein hoher Freizeitwert, die allgemeine Lebensqualität oder Bildungsangebote eine nicht zu unterschätzende Rolle: Wie attraktiv ist es für einen qualifizierten Mitarbeiter, in die entsprechende Region zu ziehen? Findet der Partner eine passende Arbeitsstelle? Die in nachfolgender Grafik dargestellten Umfrageergebnisse zeigen, dass aus Sicht der Landwirte insbesondere bei den Kulturangeboten und bei den Angeboten für Jugendliche Handlungsbedarf besteht.

**„Wie beurteilen Sie den Handlungsbedarf bei Ihnen vor Ort bezüglich folgender Bereiche?“**



Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2015

Nicht zuletzt entscheiden auch Agglomerationsvorteile über die Standortfrage. Dabei geht es im Wesentlichen um Cluster durch Netzwerke von spezialisierten Zulieferern und Abnehmern. Die dadurch entstehenden horizontalen und vertikalen Verflechtungen zwischen ortsansässigen Unternehmen bieten viele Vorteile. Denn dort sammeln sich spezialisiertes Know-how und qualifizierte Mitarbeiter, was gerade bei wissensbasierten Dienstleistungen zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil führen kann. Dienstleistungsarbeitsplätze entstehen dann dort, wo bereits die entsprechenden Unternehmen angesiedelt sind. So konzentrieren sich z. B. Finanzdienstleistungsunternehmen in Frankfurt am Main. Es gibt aber auch zahlreiche Beispiele für ländliche Regionen, in denen sich besonders erfolgreiche Unternehmen räumlich konzentrieren, wie beispielsweise der baden-württembergische Hohenlohekreis. Dort kommen auf 110 000 Einwohner elf Weltmarktführer, die sich aus kleinen bzw. mittelständischen Unternehmen entwickelt haben.

Vielen ländlichen Regionen fehlt es allerdings an diesen Agglomerationsvorteilen, und sie haben zudem Schwächen bei den weichen Standortfaktoren. Einige haben auch historisch bedingt Nachteile. So erwiesen sich beispielsweise die für die Zentralverwaltungswirtschaft der DDR typischen Industriekombinate nach der Wende als nicht wettbewerbsfähig. Sie konnten nur in Teilen an Investoren veräußert werden, deren Hauptsitze weiterhin in Westdeutschland oder im Ausland liegen. Nach der Wende in Ostdeutsch-

land neu gegründete Unternehmen spielen hingegen noch keine bedeutende Rolle auf dem Weltmarkt.

### Landwirtschaft als wirtschaftlicher Stützpfeiler des ländlichen Raums

Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist langfristig betrachtet rückläufig. Selbst in den ländlichsten Gebieten übt nur noch etwa jeder 20. Beschäftigte den Beruf des Landwirts aus – dies allerdings bei steigender Wertschöpfung. Dieser Produktivitätsschub geht einher mit einem Qualifizierungssprung: Bei neun von zehn Betrieben, die im Haupterwerb geführt werden, stehen heute Fachkräfte an der Spitze, die eine spezialisierte Ausbildung oder ein Studium absolviert haben. Es liegt daher im Interesse der Landwirtschaft, die Lebensqualität auf dem Land zu erhalten und zu verbessern, um auch in Zukunft qualifizierte Mitarbeiter für die Agrarwirtschaft gewinnen zu können. Angesichts des demografischen Wandels ist dies eine zentrale Herausforderung. Die nachfolgende Grafik zeigt, dass vor allem die Landwirte in Ostdeutschland einen hohen Handlungsbedarf sehen, die Angebote vor Ort zu verbessern.

#### „Wie beurteilen Sie den Handlungsbedarf bei Ihnen vor Ort bezüglich folgender Bereiche?“

1 = kein Handlungsbedarf; 5 = hoher Handlungsbedarf



Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2015

In den vergangenen Jahren verzeichnete die Landwirtschaft in vielen Regionen ein starkes Wachstum, auch dank der positiven Entwicklung auf den Weltagrarmärkten. Es haben sich international wettbewerbsfähige Wertschöpfungsketten der Veredlungswirtschaft gebildet. Solche Agrarcluster umfassen oft alle relevanten Wertschöpfungsstufen, von der Tierfutterproduktion bis hin zur Fleischverarbeitung. Besonders prominente Beispiele hierfür sind die nordwestdeutschen Regionen Weser-Ems und Westfalen-Lippe. Gleichzeitig weisen solche Wertschöpfungsketten in der Regel zahlreiche Verknüpfungen mit Zulieferern und Dienstleistern auf: Vom Stallbauer über Tierärzte bis hin zum Berater. Auch kompetente Agrarbanker

leisten dabei ihren Beitrag. Für viele ländliche Regionen sind die Landwirtschaft und die ihr vor- und nachgelagerten Branchen daher eine wichtige Stütze der regionalen Wirtschaft.

### Pendeln kann zur Stabilisierung der Einwohnerzahlen beitragen

Ein probates Mittel, um das räumliche Auseinanderklaffen von Arbeitsangebot und -nachfrage zusammenzubringen, ist das berufliche Pendeln. Es hat durch wachsende räumliche Ungleichgewichte, aber auch durch verbesserte Infrastruktur und modernere Transportmittel, stetig an Bedeutung gewonnen. Entfielen im Jahr 1970 auf 100 Erwerbstätige im ländlichen Raum etwa 75 Arbeitsplätze, so waren es 2007 nur noch 62. Diese „Unterausstattung“ zwingt einen Teil der ländlich wohnenden Erwerbstätigen zur Mobilität. In ländlichen Gemeinden nehmen jedoch die Aus- und die Einpendelraten gleichzeitig zu. Ein Erklärungsansatz hierfür ist, dass das örtliche Arbeitsplatzangebot nicht zu den Qualifikationen der erwerbstätigen Wohnbevölkerung passt. Weitere erklärende Faktoren sind die schrittweise Flexibilisierung und Spezialisierung des Arbeitsmarkts sowie die steigende Anzahl von Haushalten mit mehreren Erwerbstätigen.

Insgesamt findet im Zeitverlauf eine zunehmende Funktionstrennung von Wohnen und Arbeiten statt. Die dadurch notwendigen Pendelbewegungen werden zur Normalität. Das Pendeln kann zu einer langfristigen Stabilisierung des ländlichen Raums beitragen. Die Abwanderung, gerade von hochqualifizierten Personen, kann so gebremst werden. Voraussetzungen dafür sind jedoch eine gute Verkehrsanbindung und eine hohe Lebensqualität.

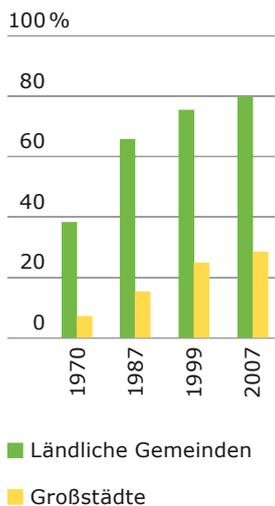
### Daseinsvorsorge im ländlichen Raum steht unter Druck

Zu dieser Lebensqualität gehört heute auch eine qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge. Der Auftrag zur Daseinsvorsorge verpflichtet den Staat und somit auch die Kommunen, für ihre Bürgerinnen und Bürger bestimmte Leistungen vorzuhalten. Zum Kern der Daseinsvorsorge gehören Bildung, Gesundheit, Sicherheit sowie eine angemessene Erschließung der Siedlungen. Zu letzterem Punkt zählt u. a. die wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sowie mit Kultur- und Freizeitangeboten. Dabei wird durchaus darüber diskutiert, welche dieser Angebote noch in die Verantwortung der öffentlichen Hand gehören und welche privaten Initiativen bzw. Unternehmen überlassen werden sollten. Nicht zuletzt das Subsidiaritätsprinzip spricht dafür, die Unschärfe dieses Begriffs mit seiner rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Dimension nicht als Schwäche, sondern als Stärke aufzufassen – und die Feinjustierung der jeweiligen örtlichen Gemeinschaft selbst zu überlassen.

### Mobilität als Schlüsselfaktor für eine funktionierende Daseinsvorsorge

Die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung setzen die Daseinsvorsorge unter Druck. Mobilität kann die dabei entstehenden Herausforderungen spürbar abmildern, denn es handelt sich im Kern um ein Problem der Verteilung und der Erreichbarkeit. Die Unterauslastung von Versorgungseinrichtungen führt aus Kostengründen schon heute häufig zu einer räumlichen Konzentration. So entstehen beispielsweise Ärztehäuser oder Schulzentren. Dadurch steigen die Anforderungen an die Mobilität der Menschen. Doch Mobilität hat Grenzen. Dies dokumentiert der überraschende Befund einer

**Pendler über Gemeindegrenzen in Prozent der Erwerbstätigen**



Quelle: Arbeit im ländlichen Raum (Agrarsoziale Gesellschaft), 2011

Metastudie zu den täglichen „Unterwegszeiten“ von Bürgern aus westlichen Industrienationen. Mit geringen Abweichungen beträgt die Zeit, die jeder Bürger im Schnitt in seine Mobilität investiert, etwa 80 Minuten pro Tag. Auch der Blick auf andere Länder offenbart Werte in dieser Größenordnung. Ob es um Bewohner in afrikanischen Dörfern, chinesischen oder südamerikanischen Städten geht, und unabhängig von den politischen Verhältnissen oder räumlichen Bedingungen, unter denen die Menschen leben: Täglich werden im Schnitt ca. 80 Minuten in die Mobilität investiert. Verhältnismäßig konstant ist auch die Anzahl der täglich zurückgelegten Wege mit durchschnittlich ca. 3,5 sowie der Einkommensanteil, der zur Finanzierung der Mobilität eingesetzt wird. Deutliche Unterschiede gibt es jedoch bei der durchschnittlich zurückgelegten Entfernung. Sie wächst mit zunehmendem Einkommen und höheren PKW-Besitzraten.

Diesem Befund folgend, sollten Einrichtungen der Daseinsvorsorge also im dargelegten Zeitbudget erreichbar sein, denn ansonsten können vorhandene Angebote nur unzureichend genutzt werden. Die Erreichbarkeit stellt für Menschen ohne eigenen PKW natürlich eine größere Herausforderung dar als für PKW-Besitzer. Erstere sind auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Nach Jahrzehnten des fortschreitenden Rückzugs des öffentlichen Nahverkehrs aus der Fläche sind daher innovative Ansätze gefragt. Denn der öffentliche Nahverkehr befindet sich in einer schwierigen Situation: Wird das Angebot aus Kostengründen eingeschränkt, wird es unattraktiver für die Nutzer und die Auslastung geht weiter zurück. Dies führt oftmals zu starken Einschnitten in das Verkehrsnetz. Übrig bleibt mitunter nur ein Restangebot für den verpflichtenden Schülerverkehr. Um Einrichtungen der Grundversorgung dennoch für alle Bevölkerungsgruppen erreichbar zu machen, kommen Anrufsammeltaxis und Rufbusse zum Einsatz, die nur bei Bedarf fahren. Auch Carsharing-Modelle, regionale Mitfahrzentralen und der Ausbau der Fahrradinfrastruktur können vielversprechende Ansätze sein.

### **Medizinische Versorgung: Gesundheitszentren als Alternative zum Dorfarzt**

Neben der Mobilität gewinnt auch die medizinische Versorgung als wichtige Säule der Daseinsvorsorge auf dem Land zunehmend an Bedeutung. Es droht eine medizinische Unterversorgung in einigen ländlichen Regionen Deutschlands. Insbesondere wegen des wachsenden Anteils älterer Menschen ist dies eine Herausforderung. Dabei gibt es in Deutschland mit 2,9 Ärzten je 1 000 Einwohner noch eine relativ hohe Ärztedichte, verglichen beispielsweise mit den USA, wo auf 1 000 Einwohner nur 1,7 Ärzte kommen. Nach einer Studie der Bundesärztekammer ist die Anzahl der praktizierenden Ärzte im Jahr 2014 sogar um 2,2 % auf 365 247 angestiegen. Allerdings wollen von den jüngeren Ärzten immer weniger aufs Land ziehen. Dies liegt zum einen an der Vergütungsstruktur und zum anderen an der zunehmenden Spezialisierung zu Lasten der Hausärzte. Ärztinnen und Ärzte arbeiten heute lieber als Angestellte und zunehmend auch in Teilzeit. Sie wünschen sich die gemeinsame Arbeit mit Kollegen, so dass insbesondere den klassischen Hausarztpraxen in den Dörfern die Nachfolger fehlen.

Ein Lösungsansatz können Facharzt- oder Gesundheitszentren für den ländlichen Raum in zentralen Orten sein. Sie können die ambulante medizinische Versorgung des Nahbereichs übernehmen. Der Vorteil liegt in der Zusammenarbeit mehrerer Haus- und Fachärzte. So wird die Arbeitsorganisation

der Ärzte optimiert und die Wirtschaftlichkeit des Praxisbetriebs erhöht sich durch die gemeinsam genutzte Praxisinfrastruktur. Außerdem werden die Wege für Patienten häufig kürzer, da sie verschiedene Spezialisten unter einem Dach antreffen. Durch Kopplungen mit weiteren Gesundheitsberufen, Pflegeangeboten und sozialen Dienstleistungen entstehen zusätzliche Synergien für Ärzte und Patienten.

### **Breitbandversorgung entscheidend für ländliche Räume**

Eine gute Breitbandversorgung gilt vielen als zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Dem ländlichen Raum bietet sie die Chance, sein Erreichbarkeitsdefizit teilweise auszugleichen. Daher dürfen sich die ohnehin bestehenden Stadt-Land-Unterschiede in der Infrastrukturversorgung nicht dauerhaft um eine weitere Facette, nämlich die Breitbandanbindung, erweitern.

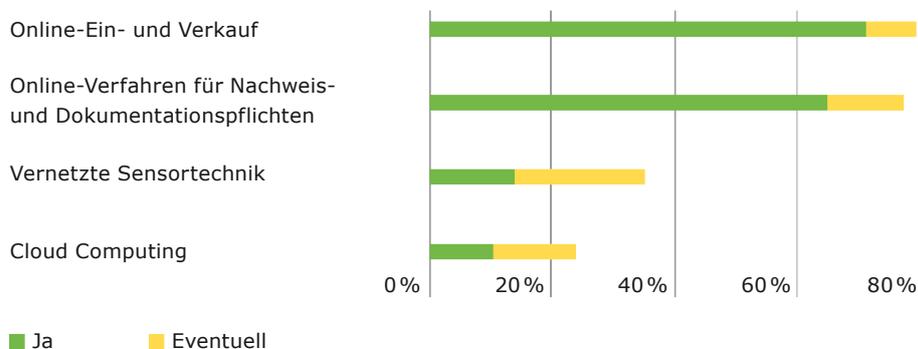
Home-Office bzw. Telearbeit ist nur eine der Chancen, die der Breitbandausbau für den ländlichen Raum bietet. Vor allem die Einsparung von langen Wegzeiten ist ein Vorteil. Die Arbeit kann so zum Arbeitnehmer gebracht werden, auch wenn er in einem strukturschwachen Gebiet wohnt. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel, die immer stärkere Digitalisierung der Arbeitswelt und der Bedeutungsgewinn von familienfreundlichen Unternehmensstrukturen sprechen dafür, dass sich das Home-Office zu einem verbreiteten Modell entwickeln könnte. Zwar ist dies allein noch kein entscheidendes Argument für Berufstätige, im ländlichen Raum zu leben. Doch die hohe Lebensqualität und die niedrigeren Lebenshaltungskosten auf dem Land könnten auf diesem Weg künftig mit attraktiven Berufsangeboten kombiniert werden.

Ein weiteres Argument für eine gute Breitbandversorgung ist, dass immer mehr Menschen elektronische Dienstleistungsangebote für ihre Haushalte nutzen. Ob Online-Shopping, E-Learning, E-Health oder E-Government – die Zahl der Anwendungen nimmt kontinuierlich zu. Sie bieten schnellen, preiswerten und bequemen Zugang zu Dienstleistungen. Gerade im ländlichen Raum erspart dies viele Wege. Ein virtuelles Bürgerbüro kann die Abwicklung von Standardprozessen übernehmen, und der Online-Lebensmittelhandel könnte künftig das Problem fehlender ortsnaher Einkaufsmöglichkeiten entschärfen. Gerade für ältere, weniger mobile Menschen ist dies ein Lösungsansatz, um länger unabhängig zuhause leben zu können. Dabei hat sich das Einkaufen im Internet längst bei allen Generationen und für jeglichen Bedarf etabliert, denn in vielen Regionen können Fachgeschäfte nicht mehr rentabel betrieben werden. Auch im Bereich der Bankdienstleistungen wird Online-Banking zunehmend zum Standard. Wenn Beratungsbedarf besteht, was im Schnitt einmal im Jahr vorkommt, kann der Kunde in die nächste Filiale fahren oder einen Hausbesuch vereinbaren. Auch im Bereich der ärztlichen Versorgung und der Pflegedienstleistungen bieten online-basierte Ansätze innovative Lösungen. Ein Beispiel hierfür ist die Fernüberwachung der Vitalwerte von Patienten. Auch Konzepte einer direkten Patient-Computer-Interaktion zur Ergänzung des Arztgesprächs erhalten mit dem Internet eine neue Bedeutung. Viele solcher Anwendungen befinden sich aber noch in der Erprobungs- oder Forschungsphase.

Natürlich hat eine leistungsfähige Internetverbindung auch für die Landwirtschaft eine wachsende Bedeutung. Gründe dafür sind die Digitalisie-

rung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse, vor allem durch Sensor- und Satellitentechnik, und die rasche Verbreitung von Smart Connected Devices (Smartphones, Tablets etc.) mit entsprechenden Apps. Anwendungen des Cloud Computings sind im Zusammenhang mit der Landwirtschaft in aller Munde. Das Stichwort heißt hier „Landwirtschaft 4.0“. Was Landwirte und Lohnunternehmer aber in erster Line benötigen, sind in der Breite verfügbare Mobilfunkverbindungen auf Spitzenniveau. Auch hier gilt: Die sich abzeichnende Entwicklung steht erst am Anfang. Die nachfolgende Grafik zeigt, dass die Mehrheit der Landwirte momentan insbesondere beim online-basierten Ein- und Verkauf bzw. bei den Nachweis- und Dokumentationspflichten Anwendungsmöglichkeiten auf ihrem Betrieb sieht.

**„Welche der folgenden internetbasierten Online-Anwendungen könnten für Ihren Betrieb in Zukunft eine Rolle spielen?“**

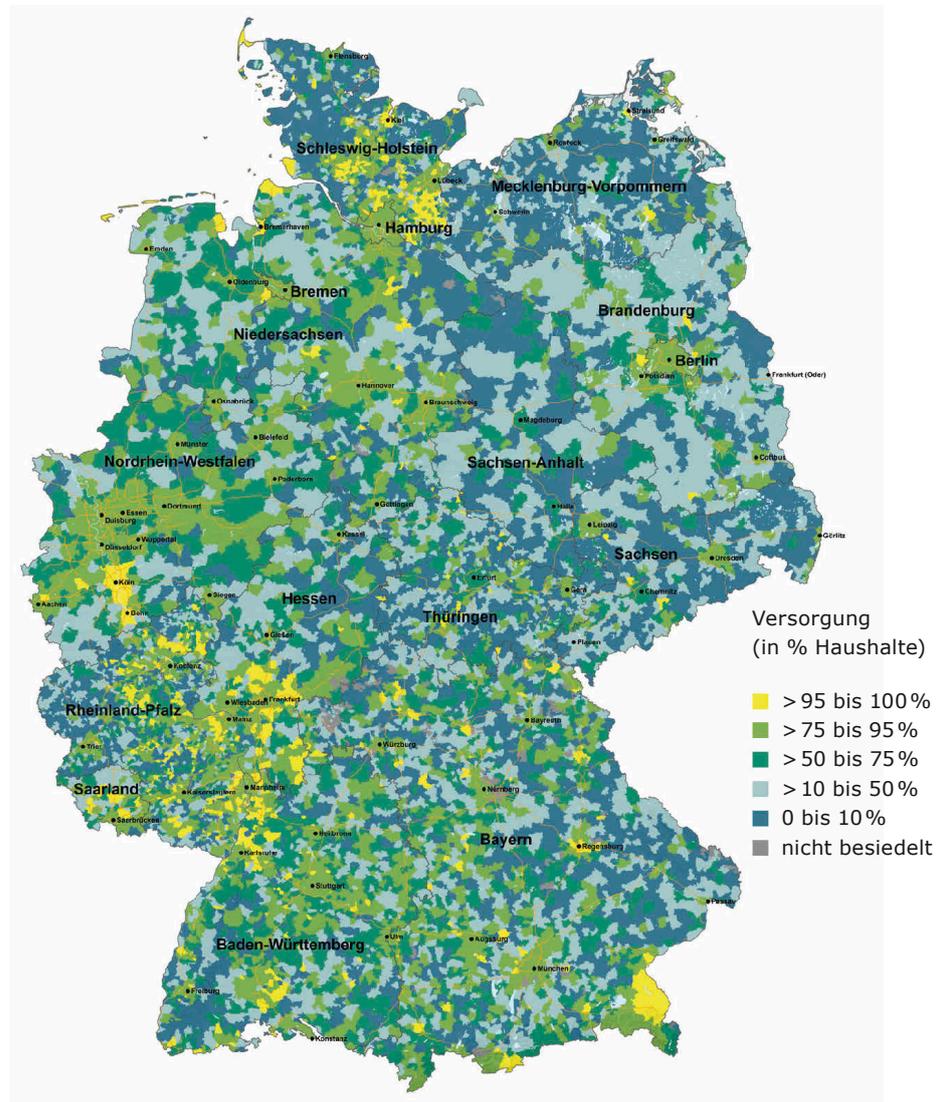


Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2015

Voraussetzung für die meisten neuen Anwendungen sind leistungsfähige Internetverbindungen, um Inhalte schneller transportieren und die Datensicherheit mit leistungsfähigeren Schutzprogrammen steigern zu können. Zahlreiche Angebote der örtlichen Daseinsvorsorge können dadurch schon heute wirtschaftlich effizient auf den nächsten größeren Ort konzentriert werden. Dies spart natürlich Kosten. So verbessert sich die Daseinsvorsorge nicht nur durch „reale“, sondern auch durch „virtuelle“ Mobilität.

Auch das kulturelle Leben auf dem Land und die allgemeine Lebensqualität können durch eine bessere Vernetzung gestärkt werden. Mit einem Vereinsforum, einem Newsletter oder einem Account der sozialen Netzwerke erreicht man mit geringem Aufwand viele Menschen vor Ort. Ein leistungsfähiges Internet gehört heutzutage zur Grundversorgung wie Wasser und Strom. Es ist essenziell, um Abwanderung zu verhindern und die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. So erklärte auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt anlässlich der Vorstellung der Langzeitstudie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel“: „Die digitale Infrastruktur wird immer mehr zum Bestimmungsfaktor für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Regionen.“

## Breitbandverfügbarkeit in Deutschland $\geq 50$ Mbit/s alle Technologien



Quelle: BMVI/TÜV Rheinland, Stand Ende 2015

### Breitbandausbau in Deutschland: Ambitionierte Pläne

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2018 eine flächendeckende Versorgung aller Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s zu ermöglichen. Ende 2014 verfügten 66 % aller deutschen Haushalte über einen Internetanschluss dieser Qualität. In ländlichen Gebieten waren es nur 23 %.

Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland damit hinterher. Nach Angaben des Statistischen Amtes der EU befindet sich Deutschland im EU-Vergleich der Breitbandverfügbarkeit nur auf Platz 7.

Bei der von der Bundesregierung angestrebten Übertragungsgeschwindigkeit ist der Abruf von Inhalten aus Online-Mediatheken in HD-Qualität problemlos möglich. Diese Übertragungsraten bedeuten aber mehr als nur

„ruckelfreie“ Videos. Die EU-Kommission beruft sich auf Studien, die einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch ein flächendeckendes Breitbandnetz um bis zu 1,5 % prognostizieren. Durch den Ausbau könnten sogenannte Netzeffekte entstehen, bei denen die Einwohner von zusätzlichen Angeboten und die Händler von zusätzlichen Kunden profitieren würden. Allerdings sind die Kosten, abhängig von der Technologie, gerade auf dem Land oft erheblich, so dass der Ausbau für die Betreiber nicht überall rentabel ist.

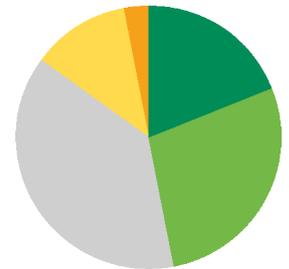
Jede der möglichen Breitbandtechnologien – mobiles Internet, Glasfaser oder Vectoring – bietet Vor- und Nachteile. Langfristig ist das Prinzip „Netzoptimierung vor Ausbau“ nur bedingt auf die Internetinfrastruktur anwendbar. Denn eine Optimierung der vorhandenen Netze wäre kurzfristig zwar möglich, ersetzt aber langfristig wohl nicht die neuen Glasfaserleitungen. Die zukunftssichere Glasfasertechnologie lohnt sich aus Anbietersicht jedoch erst ab einer hohen Nutzerzahl. Die ist auf dem Land oft nicht gegeben. Die Alternative „Vectoring“ ist schneller und günstiger auszubauen als Glasfaser und macht das 50 MBit/s-Ziel bis 2018 erreichbar. Allerdings hat „Vectoring“ zwei Nachteile: Es steht aus technischen Gründen nicht allen Telekommunikationsanbietern offen und es ist langfristig bei den Übertragungsgeschwindigkeiten begrenzt.

### Überblick zu Breitbandtechnologien

Technisch kann die Breitbandversorgung auf drei Übertragungswegen erfolgen: per Satellit, per Funk oder per Kabel. Der Satellit gilt dabei als Nischenlösung, die nur dort zum Einsatz kommt, wo Kabel- und Funkverbindungen technisch oder ökonomisch nicht möglich sind. Die (Richt-) Funkverbindung ist als ein kabelloser Transportstandard von einem spezifischen Punkt zu einem anderen zu verstehen. Die Versorgung ganzer Gemeinden via Richtfunk ist nur über direkte Luftlinie möglich, da Bäume oder Gebäude die Übertragungsrate spürbar senken. Innerhalb der Gemeinden werden die einzelnen Haushalte dann per Kabel an das Internet angeschlossen. Mit dem mobilen Internet, das nicht mit dem Richtfunk zu verwechseln ist, erfolgt eine direkte Einwahl von Mobilgeräten wie Smartphones, Tablets und Laptops in Reichweite der Mobilfunkmasten. Die Übertragungsleistungen sind durch neue Standards wie UMTS, LTE oder 5G mittlerweile auf Breitbandniveau gestiegen. Das übertragbare Datenvolumen ist jedoch noch beschränkt.

Die erste Wahl bleibt in den meisten Fällen die Kabelverbindung. Denn hier kann auf bereits verlegte Telefon- oder TV-Kabel zurückgegriffen werden. Telefonkabel werden mittels DSL-Technologie bereits seit knapp 20 Jahren auch für das Internet genutzt. Limitierender Faktor bei DSL ist die Qualität des Kupfer-Telefonkabels. Das TV-Kabel als Alternative hat erst in den letzten 10 Jahren an Bedeutung gewonnen. Es bietet gegenüber dem DSL-Verfahren Vorteile bei der Widerstandsfähigkeit und der Übertragungskapazität. In den 40,4 Mio. deutschen Haushalten ist nur bei circa 28 Mio. ein TV-Kabelanschluss vorhanden. Beim TV-Kabel wie auch beim Telefonkabel sind keine weiteren großflächigen Investitionen notwendig. Hierfür müssen lediglich ein Router und die gewünschten Endgeräte angeschafft werden.

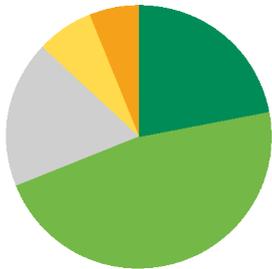
### „Welchen Stellenwert hat ein leistungsfähiger Internetanschluss für Sie betrieblich?“



- Sehr großer Stellenwert 19%
- Großer Stellenwert 28%
- Mittlerer Stellenwert 38%
- Niedriger Stellenwert 12%
- Kein Stellenwert 3%

Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2015

**„Wie beurteilen Sie den auf Ihrem Betrieb verfügbaren Internetanschluss?“**



- Keine Nutzungseinschränkungen 22%
- Vieles funktioniert ohne Probleme, aber ich wünsche mir höhere Geschwindigkeit 47%
- Viele Inhalte können nicht zufriedenstellend genutzt werden 18%
- Viele Inhalte können gar nicht genutzt werden 7%
- Mir steht kein Internet zur Verfügung 6%

Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2015

Wenn jedoch von Breitbandausbau gesprochen wird, ist in den meisten Fällen das Glasfaserkabel (VDSL) gemeint. Es ermöglicht sehr hohe Übertragungsraten, auch über längere Distanzen hinweg. In dieser Hinsicht ist es dem Kupferkabel deutlich überlegen. Daher ist Glasfaser gerade bei längeren Entfernungen vorteilhaft. Und dieser Vorteil ist umso größer, je näher die Glasfaserkabel an den jeweiligen Endnutzer heranreichen. Wenn bestimmte Gemeinden oder Ortsteile mit Glasfaserkabeln versorgt werden, kann die Verteilung auf die einzelnen Haushalte mit vorhandenen Kupferkabeln erfolgen. Die Übertragung, insbesondere auf der „letzten Meile“ bzw. dem kupferbasierten Teil der Leitung, lässt sich im Vectoring-Verfahren mittels einer Software weiter optimieren.

Alternativ wird das Glasfaserkabel bis zum Kunden verlegt. Die Kupferkabellänge ist dann sehr gering. Noch effizienter im Hinblick auf Verluste wäre zwar das Verlegen der Kabel bis zum Endgerät, aber aufgrund des hohen Aufwands bei vielen Privathaushalten spielt diese Variante nur eine untergeordnete Rolle.

### Schrumpfende Regionen intelligent fördern

Der Rückgang der Bevölkerung im ländlichen Raum ist in den betroffenen Regionen zugleich Auslöser und Folge eines mehrdimensionalen Schrumpfungsprozesses. Denn viele Einrichtungen der Daseinsvorsorge und viele Infrastrukturen zeichnen sich durch hohe Fixkostenanteile und bestimmte technisch notwendige Mindestgrößen aus. Sinkt dann die Anzahl der Nutzer, steigen die Kosten pro Kopf. Diese Kostensteigerung betrifft beispielsweise die Verkehrsinfrastruktur, die Abfallwirtschaft, die Wasser-, Energie-, Verkehrs- und Breitbandversorgung, aber auch das Kulturangebot. In der Folge muss das Angebot dauerhaft angepasst werden. Steigende Kosten pro Einwohner, sinkende kommunale Einnahmen und geringere Investitionen können jedoch zu einem Attraktivitätsverlust und einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale führen.

Eine Grundsatzfrage lautet in diesem Zusammenhang, ob der Staat es sich leisten kann und will, ein gleich hohes Niveau an Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge flächendeckend auch dort aufrecht zu erhalten, wo die Kosten pro Einwohner deutlich höher ausfallen als in dichter besiedelten Regionen. Die Mittel, die zur Aufrechterhaltung einer nicht ausgelasteten Infrastruktur in dünn besiedelten Regionen fließen, könnten andernorts effizienter genutzt werden. Naheliegender ist es dann, eine flächendeckende Förderung „mit der Gießkanne“ einzustellen und stattdessen die begrenzten finanziellen Ressourcen auf die Mittelzentren zu konzentrieren, die dadurch an Attraktivität gewinnen und als „Leuchttürme“ alle wichtigen Funktionen der Daseinsvorsorge – auch für das Umland – besser erfüllen könnten. Die Anreize für die Wahl des Wohnorts sollten sich diesem Ansatz zufolge also stärker an den Kosten orientieren. In den Dörfern könnte als Gegengewicht die Eigenverantwortung gestärkt werden. Die Kernforderung des Ansatzes lautet daher auch: „Stärken stärken!“

## **Erfolg durch Flexibilisierung, Kooperation und bürgerschaftliches Engagement**

Es ist eindeutig, dass es neuer Lösungen bedarf, um wirtschaftlich schwache, von Abwanderung betroffene Regionen als lebenswert zu erhalten. Drei Schlagwörter beschreiben die Handlungsoptionen in schrumpfenden Regionen: Flexibilisierung, Kooperation und bürgerschaftliches Engagement.

Flexibilisierung betrifft sowohl die Daseinsvorsorge als auch die Infrastruktur. Denn beides kann individueller gestaltet werden. Strom kann zum Beispiel privat in einem kleinen Blockheizkraftwerk erzeugt werden, wenn ein Anschluss an das Stromnetz zu aufwendig wäre. Wo keine öffentlichen Busse verkehren, können Taxigutscheine die Mobilität erhöhen. Ein Anschluss an das öffentliche Abwassernetz kann mancherorts vermieden werden und durch Klein- oder Pflanzenkläranlagen ersetzt werden. Dies kann erhebliche Kostenersparnisse erbringen, denn lange Abwasserleitungen müssen nicht nur gebaut, sondern auch gespült und unterhalten werden. Im Gegenzug müsste der Staat Vorschriften und Regulierungen flexibilisieren, um sie den veränderten Gegebenheiten anzupassen. So könnten beispielsweise Normen und Grenzwerte in dünnbesiedelten Regionen anders gesetzt werden als in dicht bevölkerten Metropolen. Voraussetzung für diesen Ansatz ist eine entsprechend flexible Förderung, bei der das eingesparte Geld für andere Verwendungen zur Verfügung steht.

Kooperationen zwischen Gemeinden sind ein weiterer bewährter Ansatz, wenn Gemeindefusionen aus unterschiedlichen Gründen nicht in Betracht kommen. Das dadurch erzielbare Einsparungspotenzial im Bereich Personal, Immobilien und Sachkosten wird langfristig auf bis zu 20 % geschätzt. Ein Beispiel für derartige Kooperationen ist die kommunale IT-Infrastruktur. Hier lassen sich oft erhebliche Kosteneinsparungen erzielen, wenn mehrere Kommunen auf eine gemeinsame IT-Lösung durch ein gemeinsames Kompetenzteam oder durch einen externen Anbieter setzen. Auch gemeinsame Verkehrs- und Tourismuskonzepte sind ein vielfach bewährter Ansatz, den auszuweiten sich lohnen könnte. Die durch kommunenübergreifende Kooperation eingesparten Mittel können die Kommunen dann anderen, zusätzlichen Verwendungen zuführen und so den Standard öffentlicher Daseinsvorsorge erhöhen.

Drittens wird bürgerschaftliches Engagement häufig als wichtiger, wenn nicht entscheidender Faktor gesehen. Die tragfähigsten Ideen, um die Grundversorgung für eine kleiner werdende Bevölkerung neu zu organisieren, kommen oft aus der Bevölkerung selbst. Beispiele hierfür sind Dorfläden oder multifunktionale Dorfzentren, die genau auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten sind und die helfen, die Nahversorgung nachhaltig zu sichern. Es gilt daher, das Engagement der Bürger zu fördern. Hier kann das Modell der freiwilligen Feuerwehr als Vorbild dienen: Die Gemeinde stellt Ausrüstung und Räume zur Verfügung, das Angebot selbst wird aber von Freiwilligen erbracht. Dieses Prinzip kann auf viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen werden. So betreiben schon heute Vereine mit Erfolg Bürgerbuslinien und Kleinkläranlagen.

## **Identitätsstiftende Wirkung des ländlichen Raums**

Damit wird klar, welchem Ziel eine Förderung der ländlichen Regionen dienen sollte: der Unterstützung und Stärkung der Menschen vor Ort. Denn wenn in einer arbeitsteiligen Wirtschaft und Gesellschaft ländliche Regionen für die Städte ganz bestimmte Funktionen erfüllen und auch weiterhin erfüllen sollen, dann ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass man auch in Zukunft auf dem Land gut leben kann. Die Ausgangslage ist durchaus nicht schlecht: Nach einer Umfrage des BMEL aus dem Jahr 2014 sehen 69 % der Befragten die ländlichen Räume als attraktiven oder sogar sehr attraktiven Ort zum Leben an. Dabei entscheiden neben den harten Standortfaktoren weiche Faktoren wie das Image mit über den Erfolg der ländlichen Entwicklung. Denn es gibt als starken Gegentrend zur Globalisierung auch eine Rückbesinnung auf die regionale Identität. Jede Region bringt ihre kulturellen Eigenheiten mit, die in ländlichen Gegenden deutlicher zutage treten als in urbanen Räumen. Prominente regionale Besonderheiten hierbei sind beispielsweise Dialekte oder eigene Sprachen wie Plattdeutsch oder Sorbisch. In ähnlicher Weise repräsentieren auch kulinarische Spezialitäten wie der hessische Apfelwein, die schwäbischen Spätzle oder auch die Gurken aus dem Spreewald bestimmte Regionen.

Für die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist der Trend zur Regionalität und zu regionalen Spezialitäten eine Marktchance. Laut einer Studie der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) nimmt die Regionalität bei Verbrauchern sogar einen höheren Stellenwert ein als themenverwandte Schlagworte wie Nachhaltigkeit, Bio oder Fair-Trade. Doch der Trend zur Regionalität ist nicht nur auf den Lebensmittelbereich beschränkt. Mehrere Bundesländer nutzen für ihren Internetauftritt – zusätzlich zur Kennung „.de“ – auch Kennungen fremder Staaten, die aber in diesem Kontext als regionale Kennungen wahrgenommen werden. So sind etwa bestimmte Seiten des Freistaats Bayern auch unter der Kennung „.by“ (eigentlich Weißrussland) und Seiten Schleswig-Holsteins unter der Kennung „.sh“ (eigentlich St. Helena) abrufbar. Auch der Begriff „Heimat“ erlebt eine gewisse Renaissance – in Bayern wurde 2014 sogar ein „Heimatministerium“ eingerichtet.

Das Image einer Region entscheidet mitunter auch darüber, wie sich der Tourismus entwickelt, ob Menschen fortziehen oder darüber, ob sich Unternehmen ansiedeln. Zugleich beeinflusst das Image die Selbstwahrnehmung und Identität der Einwohner. Die Förderung ländlicher Räume ist also mehr als Wirtschaftsförderung im engeren Sinne. Sie ist zugleich auch Identitäts- und Traditionsförderung und hat somit auch eine wichtige emotionale und politische Dimension.

## **Wie werden ländliche Räume gefördert?**

Die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ ist im Grundgesetz (Art. 72 Absatz 2) als Ziel staatlichen Handelns verankert. Diese Formel ist allerdings – gerade vor dem Hintergrund des föderalen Staatsaufbaus der Bundesrepublik – durchaus auslegungsfähig und auslegungsbedürftig: Was macht „gleichwertige“ Lebensverhältnisse aus? Wie kann man sie definieren und messen? Da es auf diese Fragen keine allgemeinverbindlichen und allgemein akzeptierten Antworten gibt, stellt die Formel aus dem Grundgesetz eher einen allgemeinen Wegweiser für wirtschafts- und strukturpolitisch relevante Entscheidungen dar, als dass sich

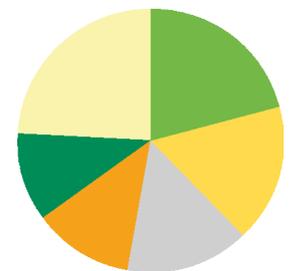
daraus direkt konkrete Maßnahmen ableiten ließen. Relativ unumstritten ist, dass das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse vor allem Chancengleichheit für alle Bürger – unabhängig von ihrem Wohnort in Deutschland – impliziert. Daraus ergibt sich auch ein Auftrag zur Förderung des ländlichen Raums.

Die Schwierigkeit liegt in der Umsetzung dieses Ziels. Wenn man z. B. von der Schrumpfung eines ländlichen Raums spricht, dann sind in der Regel mehrere Dimensionen – z. B. die Bevölkerungszahl, die Wirtschaftskraft, die Situation der öffentlichen Haushalte und der Infrastruktur – betroffen. Zudem können verschiedene Wechselwirkungen zwischen diesen Dimensionen auftreten. Es stellt sich die Frage, wo in diesem komplexen Prozess der richtige Ansatzpunkt liegt.

Bei der Förderung der ländlichen Entwicklung müssen Maßnahmen aus verschiedenen Politikbereichen auf effiziente und effektive Weise kombiniert werden, beispielsweise aus der Agrarstrukturpolitik, der Umweltpolitik und der Regionalpolitik. Vor allem die sogenannte zweite Säule der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) ist dabei von zentraler Bedeutung. Sie ist gekennzeichnet durch ein Mehrebenensystem von der EU über den Bund und die Länder bis hin zu den Kommunen. Dem Subsidiaritätsprinzip gemäß sollte dabei die Umsetzung möglichst durch die Ordnungsebene vor Ort erfolgen und die jeweils nächsthöhere Ebene nur dann tätig werden, wenn die Ziele auf der darunterliegenden Ebene nicht zufriedenstellend verwirklicht werden können. Um Fehlanreize zu vermeiden, ist es in einem solchen System wichtig, dass Nutznießer und Kostenträger auf der gleichen Ebene stehen (fiskalische Äquivalenz). So kann verhindert werden, dass an sich nicht sinnvolle Maßnahmen nur deshalb durchgeführt werden, weil ein geringer Nutzen vor Ort anfällt, während die unverhältnismäßig hohen Kosten auf andere Ebenen abgewälzt werden können. Diesen Prinzipien folgend, werden in der zweiten Säule der GAP auf EU-Ebene Maßnahmenbereiche definiert. In Deutschland wird durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ein Rahmen vorgegeben. In diesem Rahmen können die Länder als untere Ebene entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip über ihre Maßnahmen entscheiden. Die finanzielle Beteiligung der oberen Ebenen soll hier sicherstellen, dass auch wirtschaftlich schwächere Staaten und Regionen über die notwendigen Mittel verfügen. Das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz wird insofern berücksichtigt, als jede Entscheidungsebene auch einen Teil der anfallenden Kosten trägt. Bei der Agrarinvestitionsförderung stammen zum Beispiel 50 % der Finanzmittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), 30 % aus dem Bundeshaushalt (GAK) und 20 % aus den Landeshaushalten. Die Abbildung gibt einen Überblick darüber, für welche ausgewählten Maßnahmen die ELER-Mittel von den Bundesländern eingesetzt werden.

Außerdem werden die ländlichen Räume durch EU-Strukturfonds unterstützt. Hierzu zählen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF). Daneben werden die ländlichen Räume aber auch über zahlreiche weitere Programme des Bundes und der Länder gefördert, auch durch Programme der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

**ELER-Förderung  
2014 bis 2020**



- Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen 21 %
- Investitionen 17 %
- Basisdienstleistungen und Dorferneuerung in ländlichen Gebieten 15 %
- Ausgleichszulage 12 %
- Ökolandbau 11 %
- Sonstige 24 %

Quelle: DBV-Situationsbericht 2015

## **Förderung des ländlichen Raums durch die Landwirtschaftliche Rentenbank**

In ihrer Fördersparte „Ländliche Entwicklung“ unterstützt die Rentenbank den ländlichen Raum mit zwei Programmen:

Mit dem Programm „Leben auf dem Land“ fördert sie vor allem private Initiativen, z. B. beim Erhalt von agrarwirtschaftlichen oder ehemals agrarwirtschaftlichen Gebäuden. Finanziert werden aber auch wirtschaftliche Tätigkeiten, die das „Leben auf dem Land“ attraktiver machen. Dazu zählen Investitionen in die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur sowie in den Tourismus. Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Bereich sind Projekte, mit denen sich landwirtschaftliche Unternehmer ein zweites oder drittes wirtschaftliches Standbein schaffen.

Das Programm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ richtet sich vorwiegend an Kommunen. Gefördert werden Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge wie z. B. Investitionen in die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, in den Straßenbau oder in kommunale Verwaltungsgebäude und Bildungseinrichtungen. Diese kommunalen Maßnahmen werden auch im Rahmen von globalen Refinanzierungsvereinbarungen mit den Landesförderinstituten finanziert.

### **Langzeitstudie belegt: Befürchtete „Entleerung der Dörfer“ bleibt aus**

Bereits 1952 entstand aus Sorge vor einer „Landflucht“ im Nachkriegsdeutschland eine Studie, für die konkret betroffene Gemeinden ausgewählt und untersucht wurden. Daraus entstand die Langzeitstudie des Thünen-Instituts „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“. Darin werden die Veränderungen der ländlichen Lebensverhältnisse seit Gründung der Bundesrepublik dargestellt. Nach der Wiedervereinigung wurden auch vier ostdeutsche Dörfer in die Untersuchungsfolge aufgenommen.

Die gute Nachricht: Die vielfach befürchtete vollständige Entleerung der Dörfer, wie sie in der Bundesrepublik der 1950er Jahre und auch in den ostdeutschen Bundesländern der 1990er Jahre prognostiziert wurde, ist ausgeblieben. In einigen Gemeinden gab es Stagnation oder Rückgänge, in anderen aber Wachstum. Die Wirtschaftskraft der städtischen Gebiete und die zunehmende Rationalisierung der Landwirtschaft beeinflussten die Dörfer nicht so drastisch wie befürchtet. Allerdings sind die Entwicklungen in den ländlichen Räumen zu verschieden, als dass man sie zu einem einheitlichen Trend zusammenfassen könnte.

Daher sollen zum Schluss drei Positivbeispiele ländlicher Entwicklung aus der genannten Studie des Thünen-Instituts vorgestellt werden:

Bischoffingen ist ein Weinbaudorf mit 600 Einwohnern im Kaiserstuhl, 3 km von der französischen Grenze entfernt. In den letzten 60 Jahren hat es sich zu einem reinen Weindorf entwickelt. Aus ehemals 103 landwirtschaftlichen Betrieben (1952) wurden acht Weingüter (2012). Vor Ort haben sich ein großer Autohändler und eine Klinik mit 120 Angestellten angesiedelt. Dies ist für einen solch kleinen Ort recht ungewöhnlich. Bischoffingen liegt im wirtschaftlich sehr vitalen Dreiländereck: Freiburg (30 Min., Deutschland), Colmar

(40 Min., Frankreich) und Basel (50 Min., Schweiz) sind in kurzer Zeit erreichbar. Der Ort ist heute auch ohne landwirtschaftliches Einkommen stabil und zeigt leichte Wachstumstendenzen. Die Region ist eines von vielen Positivbeispielen für die Entwicklung wirtschaftlich starker ländlicher Räume in Deutschland.

Im Gegensatz dazu wurde zu Studienbeginn (1952) die Ausgangssituation für Bockholte (623 Einwohner) im Landkreis Emsland wesentlich ungünstiger eingeschätzt. Bockholte wurde als „Rückstandsdorf in einer Rückstandsregion“ bezeichnet. Der Großteil der damals 472 Einwohner (85 %) war in der Landwirtschaft tätig. Aus kleinen Anfängen hat sich seitdem vor Ort ein international tätiger Fahrwerkhersteller mit 1 000 Beschäftigten entwickelt. Ausgangspunkt war ein Landtechnikunternehmen mit Transport- und Grünlandertechnik. In der gesamten Weser-Ems-Region hat sich ein einzigartiges Agrarcluster mit hoher Spezialisierung und wettbewerbsfähiger Landwirtschaft gebildet. Insbesondere den vor- und nachgelagerten Bereichen, zu denen auch die Landmaschinenteknik zählt, kommt eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zu. Diese Region zeigt einen gelungenen Strukturwandel, bei dem die Landwirtschaft und das Agribusiness bis heute eine tragende Rolle spielen.

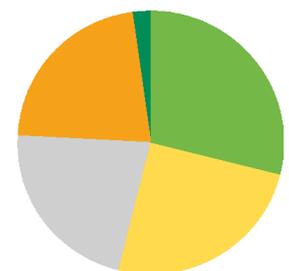
Nach der Wiedervereinigung wurde auch Ralbitz in die Studie aufgenommen. Es liegt in der sorbischen Oberlausitz. Die Landwirtschaft spielte bis Anfang der 1990er Jahre eine sehr zentrale Rolle, ebenso die nahegelegene (Bergbau-) Industrie. Obwohl diese beiden Wirtschaftszweige einen Stellenabbau erfuhren, sind sie bis heute wirtschaftlich strukturbestimmend. Hinzu kommen kleinere Gewerbebetriebe. Die Gemeinde galt als „jüngste Gemeinde“ Sachsens. Dennoch ist ihre zentrale Herausforderung heute die sinkende Einwohnerzahl. Trotz der insgesamt nicht einfachen wirtschaftlichen Ausgangssituation fällt die Bilanz der Dorfentwicklung der vergangenen 20 Jahre positiv aus: Die steigende Mobilität und die Förderung junger Familien beim Hausbau konnten den demografischen Wandel abfedern. Viele Berufspendler fahren in den 50 Autominuten entfernten Großraum Dresden. Ralbitz hat einen zweisprachigen sorbischen Kindergarten sowie Grund- und Oberschule. Die Pflege der sorbischen Sprache und Identität fördert die Verwurzelung der Bevölkerung in der Region.

Diese drei Beispiele illustrieren die Kernaussage der genannten Studie, nämlich dass sich ländliche Räume mit unterschiedlichsten Voraussetzungen positiv entwickeln konnten und können. Entscheidend ist: Viele der aus dem damaligen Status quo abgeleiteten – hauptsächlich pessimistischen – Prognosen der Vergangenheit sind keineswegs eingetreten. Die Dörfer zeigten sich anpassungsfähiger als erwartet. Diese Beobachtung stimmt auch für die Zukunft optimistisch.

### **Anpassungsfähigkeit und Engagement als Schlüssel zum Erfolg**

Nach wie vor gibt es den verbreiteten Wunsch nach einem Leben im Einklang mit der Natur oder einer gewachsenen Kulturlandschaft, mit mehr Wohnraum und tieferem sozialen Zusammenhalt. Mehr als jeder zweite Stadtbewohner (58 %) kann sich einen Umzug aufs Land vorstellen. Das ergab eine repräsentative Forsa-Umfrage. Bei jüngeren Städtern ist dieser Wunsch besonders stark ausgeprägt: Für 77 % der unter 30-jährigen Städter ist ein Leben jenseits von Hektik und Großstadtlärm durchaus vorstellbar.

**„Wo sehen Sie die Vorteile des Lebens auf dem Land?“  
(Landwirtebefragung)**



- Lebensqualität 29 %
- Sozialer Zusammenhalt 25 %
- Wohnqualität 22 %
- Natur und Landschaft 22 %
- Lebenshaltungskosten 2 %

Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2015

Die ländlichen Räume können bei guten Rahmenbedingungen also auch Gewinner einer zunehmenden Digitalisierung und räumlichen Flexibilisierung der Arbeitswelt sein.

Zudem haben sich viele Dörfer zurückblickend wesentlich besser entwickelt als prognostiziert. Die befürchtete Entvölkerung und der wirtschaftliche Niedergang sind nicht eingetreten. Bei der Auseinandersetzung mit Prognosen über die Zukunft des ländlichen Raums ist daher stets zu berücksichtigen, dass beobachtbare Entwicklungen sich nicht kurzerhand linear fortzuschreiben lassen, weil die Menschen vor Ort auf sie reagieren: Sie ergreifen die Initiative und suchen eigenverantwortlich nach neuen Wegen. Gerade der Zusammenhalt und die Identifikation mit der Heimat sind Stärken des ländlichen Raums. Ländliche Regionen sind also nicht hilflos oder tatenlos vermeintlich übergeordneten Trends ausgesetzt: Viele Orte zeigen sich auch durch bürgerliches Engagement und neue Ideen anpassungsfähig und können so die Lebensqualität entscheidend beeinflussen und verbessern.

Dieser Aspekt ist umso wichtiger, als es in der Sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates sein kann, die regionale Entwicklung und die räumliche Verteilung in zentralverwaltungswirtschaftlicher Manier festzulegen. Die Förderung ländlicher Räume steht stattdessen vor der Aufgabe, einen geeigneten Ordnungsrahmen und die richtigen Anreize für eine nachhaltige Entwicklung der Regionen zu setzen. Es gibt hierfür allerdings genauso wenig Patentrezepte, wie es „die“ ländlichen Regionen gibt. Während es in einem Fall sinnvoll sein kann, die Schrumpfung einer Region gezielt zu begleiten, kann es in einem anderen Fall gelingen, neue Einwohner und Unternehmen anzuziehen. Ziel ist es dabei stets, die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern.

Entscheidend für eine gelingende ländliche Entwicklung ist eine flexible Förderung. Die Impulse sollten, um eine tragfähige Entwicklung in Gang zu setzen, aus den Regionen selbst kommen. Es gilt, vorhandene Stärken zu stärken und so die Chancen zur Entwicklung zu nutzen. Durch entsprechende Investitionen lassen sich wirtschaftliche Abwärtsspiralen durchbrechen und positive Entwicklungen anstoßen. Voraussetzung für solche Investitionen ist der Zugang zu Finanzmitteln, wie ihn auch die Rentenbank als Förderbank für den ländlichen Raum eröffnet.





Heinz Schrader (Heimatverein Elte), Isabel Pludra (Inhaberin), Gertrud Vater (1.Vorsitzende Stadtteilbeirat Elte)

## DORFLADEN IM TANKSTELLENSHOP IN ELTE

Weil es im gesamten Ort keine einzige Einkaufsmöglichkeit mehr gab, wurde 2015 in Elte ein Dorfladen in der Tankstelle eröffnet, in dem sich Bürger und Durchreisende mit frischen Produkten aus der Region versorgen können. Der Dorfladen ist Teil der Initiative „Elte Projektwerkstatt“, die am von der Rentenkasse unterstützten Wettbewerb „Kerniges Dorf“ der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) teilgenommen hat.



# Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2015

## Landwirtschaft

### Agrarpreise stark gefallen

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2014/2015 hat sich die Situation in der Landwirtschaft in nahezu allen Produktionsbereichen verschlechtert. Weltweit ertragreiche Ernten, die russische Einfuhrsperre und eine schwache Nachfrage aus Schwellenländern wie China setzten die Preise für Agrarrohstoffe seit Mitte 2014 unter Druck. Im Vergleich zum vorherigen Wirtschaftsjahr ist der AMI-Index (Agrarmarkt Informations-GmbH) für Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte um 11,9 % gesunken. Auf der Kosten- seite führten die um 2,8 % niedrigeren Preise für Betriebsmittel nur zu geringer Entlastung. Vor allem die Preise für Futtermittel sowie Energie- und Schmierstoffe lagen unterhalb des Vorjahresniveaus.

Diese Entwicklung wird auch durch den AMI-Agrarrohstoff-Index bestätigt, der die 13 wichtigsten in Deutschland erzeugten Agrarprodukte enthält. Er konnte sich 2015 nach dem starken Rückgang im Vorjahr (143,3 auf 119,7 Punkte) nicht erholen. Auch zu Jahresbeginn 2016 ist keine nachhaltige Erholung auf den Agrarmärkten zu erkennen. Insbesondere in der Schweine- und Milchviehhaltung steigt daher der Liquiditätsbedarf in den Betrieben.

Besonders die Milchpreise stehen seit Anfang 2014 aufgrund der verhaltenen Nachfrage in Verbindung mit einem höheren Angebot am Weltmarkt unter Druck. In Deutschland fiel der Milchpreis von 41,2 ct pro kg Ende 2013 auf 29,6 ct pro kg im Jahresdurchschnitt 2015. Dies entspricht einem Rückgang um 28 %. Auch international sind die Preise für die handelbaren Milchrohstoffe deutlich gefallen. Der Kieler Rohstoffwert, der sich aus der Verwertung als Magermilchpulver und Butter errechnet, lag im Dezember bei 23,4 ct pro kg ab Hof. Trotz des starken Preisrückgangs stieg die Milchproduktion in Deutschland seit dem Auslaufen der Milchquote um 1,0 % an. Viele Milcherzeuger haben ihre Produktionskapazitäten in Vorbereitung auf das Auslaufen der Milchquote ausgebaut.

Auch die Erzeugerpreise für Schlachtschweine lagen 2015 um 9 % unter dem Niveau des Vorjahres. Bereits seit Mitte 2014 sind die Schweine- und Ferkelpreise deutlich rückläufig. Sie erreichten Ende 2015 einen seit der Dioxinkrise vor vier Jahren nicht mehr dagewesenen Tiefstand. Besonders betroffen sind die Ferkelerzeuger, die sogar ein Preisminus von 19 % in Kauf nehmen mussten.

Die Preise für Geflügelfleisch verringerten sich im vergangenen Jahr leicht um 3 % bei Masthähnchen bzw. 2 % bei Puten. Die Eierproduktion verzeichnete eine Preissteigerung von 7 %, die teilweise auf die Auswirkungen der Vogelgrippe in den USA zurückzuführen ist.

Im Wirtschaftsjahr 2014/2015 erreichten die deutschen Getreideausfuhren mit 15,2 Mio. Tonnen einen neuen Höchststand. Für das laufende Wirtschaftsjahr werden die Ausfuhren voraussichtlich deutlich geringer ausfallen. Die Rekordernten aus dem Vorjahr wurden um 6,1 % unterschritten und die Brotweizenpreise gaben während der Erntezeit auf 149 Euro pro Tonne

Brotweizen nach. Bereits seit 2012 sind die internationalen Getreidepreise deutlich gefallen.

Laut FAO (Food and Agriculture Organisation of the United Nations) bleiben Agrarrohstoffe hinsichtlich der globalen Versorgungssituation mittelfristig eher knapp, was für eine Stabilisierung des Agrarpreinsniveaus spricht. Die FAO geht in ihren Projektionen bis zum Jahr 2024 davon aus, dass das internationale Agrarpreinsniveau über dem Niveau vor dem Preisanstieg 2007 bis 2008 bleiben wird.

### **Starker Einbruch der Unternehmensergebnisse bei den Haupterwerbsbetrieben**

Das Unternehmensergebnis der Haupterwerbsbetriebe lag im Wirtschaftsjahr 2014/2015 nach Berechnungen des Deutschen Bauernverbands durchschnittlich bei 43 300 Euro und somit 35 % unter dem Vorjahresniveau. Die stärksten Einbußen mussten dabei die Milchviehbetriebe hinnehmen, deren Unternehmensgewinn sich – verursacht vor allem durch den Verfall der Milchpreise – im Vergleich zum Vorjahr um 44 % auf durchschnittlich 38 800 Euro verringerte. Die Veredlungsbetriebe verzeichneten im abgelaufenen Wirtschaftsjahr einen Ergebnisrückgang um 33 % auf 44 900 Euro. Hier waren die Ferkelerzeuger von den Rückgängen noch stärker betroffen als in der Schweinemast tätige Betriebe. Lediglich die Geflügelhalter konnten ihre Ergebnisse um ein Drittel verbessern. Bei den Ackerbaubetrieben setzte sich der Negativtrend aus dem Vorjahr fort. Dem damaligen Ergebnisrückgang von 23 % folgte im Wirtschaftsjahr 2014/2015 ein erneuter Einbruch um 22 % im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den Dauerkulturen konnte der Weinbau ein leichtes Plus von 4 % verzeichnen, während sich die Ergebnisse der Obstbaubetriebe vor allem durch das Russland-Embargo um etwa die Hälfte reduzierten. Betriebe des ökologischen Landbaus steigerten dagegen ihre Unternehmensergebnisse im vergangenen Wirtschaftsjahr um 11 %. Zwei Drittel der ausgewerteten Betriebe sind Milchviehbetriebe, bei denen der Preis für Biomilch im Gegensatz zur konventionellen Milch weiter gestiegen ist. Die Entwicklung der Erzeugerpreise war bei fast allen tierischen und pflanzlichen Bioprodukten positiv.

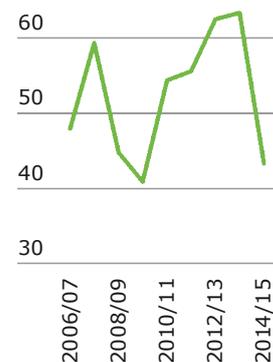
### **Mehr Fremdkapital bei geringeren Zinsaufwendungen**

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr bauten Betriebe als Konsequenz der negativen Unternehmensergebnisse Eigenkapital ab. Im Durchschnitt verringerte sich das Eigenkapital um 3 000 Euro pro Haupterwerbsbetrieb. Dagegen konnte in den vorherigen Wirtschaftsjahren Eigenkapital in Höhe von jeweils durchschnittlich 15 000 Euro pro Haupterwerbsbetrieb aufgebaut werden.

Im Wirtschaftsjahr 2014/2015 erhöhte sich der durchschnittliche Fremdkapitaleinsatz pro Betrieb um etwa 6 % auf durchschnittlich 188 000 Euro. Davon entfielen 24 % auf kurzfristige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit unter einem Jahr. Dies ist ein Indiz für den hohen Liquiditätsbedarf in den Betrieben. Durch das niedrige Zinsniveau reduzierten sich die Zinsaufwendungen der Betriebe im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt um 4 % auf 5 400 Euro pro Betrieb. Offenbar wurden die niedrigen Zinsen vielfach genutzt, um zusätzliches Fremdkapital für neue Investitionen oder für eine Umschuldung aufzunehmen.

**Gewinn je landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetrieb**

70 Tsd. EUR



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Aufgrund der gesunkenen Unternehmensergebnisse nahm auch die Investitionstätigkeit der Betriebe stark ab. Die Bruttoinvestitionen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe gingen um 8 % auf durchschnittlich 54 400 Euro zurück. Nach Betrachtung der Nettoinvestitionen ist sogar ein Rückgang von 43 % zu verzeichnen, da die Landwirte über die Abschreibungen hinaus im Durchschnitt nur 10 800 Euro pro Betrieb investierten.

## Ernährungswirtschaft

### **Umsätze weiter gesunken**

Das Ernährungsgewerbe ist die der Landwirtschaft nachgelagerte Branche. Es umfasst die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie von Getränken. Die Branche ist nach dem Fahrzeug- und dem Maschinenbau gemessen am Umsatz die drittgrößte innerhalb des deutschen verarbeitenden Gewerbes (Industrie). Das Ernährungsgewerbe ist stark mittelständisch geprägt und – wie die Landwirtschaft selbst – dem Strukturwandel und einem spürbaren Konzentrationsdruck ausgesetzt.

Die Anzahl der Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten stieg im Ernährungsgewerbe 2015 um 0,6 % auf 2 636. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der dort beschäftigten Personen um 1,7 % auf rund 463 000. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) schätzt die Gesamtzahl der Betriebe ab 20 Beschäftigten auf 5 850 und die Zahl der in diesen Betrieben Beschäftigten auf 569 000.

Die Umsätze der deutschen Ernährungswirtschaft gingen 2015 trotz eines insgesamt positiven konjunkturellen Umfelds um 2,4 % auf 150,1 Mrd. Euro erneut zurück. Dafür waren hauptsächlich die gesunkenen Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe verantwortlich. Der Inlandsabsatz sank dabei mit 3,0 % stärker als das Exportgeschäft. Hier gingen die Umsätze lediglich um 0,4 % zurück.

Mittlerweile erlösen die Unternehmen der deutschen Ernährungswirtschaft mehr als jeden fünften Euro im Ausland. Dort sind insbesondere deutsche Fleisch- und Milchprodukte sowie Süßwaren gefragt. Der Euroraum hat dabei unverändert eine überragende Bedeutung. Der Anteil der Exporte in den Euroraum betrug 2015 knapp 70 %. Dadurch halten sich die Effekte aus Wechselkursschwankungen für die Branche in Grenzen.

### **Milchverarbeitung besonders stark vom Umsatzrückgang betroffen**

Der Umsatz der fleischverarbeitenden Industrie, der größten Einzelbranche der Ernährungswirtschaft, ging um 1,3 % auf 34,7 Mrd. Euro zurück. Auch im Ausland konnte kein Zuwachs mehr erzielt werden. Erheblich stärker waren die Rückgänge in der Milchverarbeitung. Aufgrund deutlich gesunkener Milchpreise ging der Umsatz mit Molkereiprodukten im Inland um 14,1 % und im Ausland um 9,4 % auf insgesamt 23,7 Mrd. Euro zurück. Ein Exportwachstum erreichte dagegen die Getränkeindustrie. Insbesondere

die Ausfuhr von Bier konnte um knapp 10 % gesteigert werden. Doch auch der Exportanstieg konnte den rückläufigen Getränkeumsatz im Inland nicht ausgleichen. Mit 17,9 Mrd. Euro lagen die Erlöse aus der Getränkeherstellung insgesamt um 2,4 % unter dem Vorjahresniveau.

#### Umsatz der Betriebe\* des Ernährungsgewerbes nach ausgewählten Branchen im Jahr 2015

	in Mrd. EUR	Änderung zum Vorjahr in %	Exportquote in %
<b>Ernährungsgewerbe insgesamt</b>	<b>150,1</b>	<b>-2,4</b>	<b>21,5</b>
davon:			
<b>Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln</b>	<b>132,2</b>	<b>-2,5</b>	<b>22,8</b>
darunter:			
Schlachten und Fleischverarbeitung	34,7	-1,3	18,2
Milchverarbeitung	23,7	-12,9	27,8
Teig- und Backwaren	15,9	2,0	9,8
Süßwaren	10,2	-1,9	36,3
Obst- und Gemüseverarbeitung	9,5	1,8	19,6
<b>Getränkeherstellung</b>	<b>17,9</b>	<b>-2,4</b>	<b>12,3</b>
darunter:			
Bier	7,3	-0,2	11,6
Erfrischungsgetränke, Mineralwasser	7,0	-5,2	9,8

\* Erfasst sind Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (vorläufige Zahlen); eigene Berechnungen

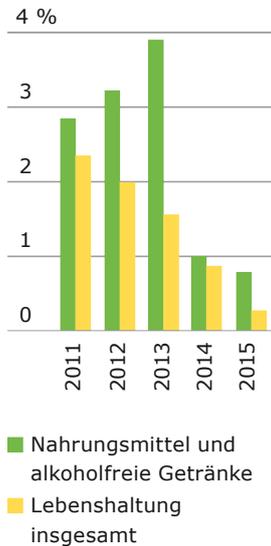
#### Wachstum auf inländischen Nischenmärkten

Einzelne Segmente der Ernährungswirtschaft erzielten auch im Inland weitere Zuwächse. Dazu gehörten erneut Bioprodukte. Nach Schätzungen des Bunds Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) nahm der Umsatz mit Biolebensmitteln 2015 in Deutschland um rund 11 % auf 8,6 Mrd. Euro zu. Nach wie vor wächst die Nachfrage nach Bioprodukten in Deutschland schneller als die heimische Produktion, sodass der Anteil der importierten Biolebensmittel weiter steigt. Aber auch regionale Lebensmittel gewinnen weiter an Bedeutung. Immer mehr Verbraucher bevorzugen wohnortnahe Erzeuger und berücksichtigen das saisonale Angebot von Obst und Gemüse. Das entsprechende Angebot im Lebensmitteleinzelhandel wächst.

Sich wandelnde Konsumgewohnheiten zeigen sich weiterhin auch im Außer-Haus-Verzehr. Catering-Unternehmen erzielten 2015 ein Umsatzplus von 5,3 % und waren damit bestimmend für die um 4,0 % höheren Erlöse der Gastronomie insgesamt. Hier spielte jedoch auch der Preisanstieg durch den zum 1. Januar 2015 in Kraft getretenen gesetzlichen Mindestlohn eine Rolle. Aber auch preisbereinigt erreichten die Gastronomie mit 1,3 % und die Caterer mit 3,4 % solide Wachstumsraten. Überdurchschnittlich hoch war das Wachstum – wie schon in den Vorjahren – im Bereich Verpflegungsdienstleistungen.

## Lebensmittelpreise: Anstieg weiter gebremst

**Preisindex für die Lebenshaltung**  
(Veränderung zum Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Einklang mit der rückläufigen Inflationsrate stiegen die Lebensmittelpreise für die Verbraucher 2015 in Deutschland kaum noch an. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im Durchschnitt um 0,8 % über denen des Vorjahrs. Durch witterungsbedingte Ernteschwankungen verteuerten sich Obst und Gemüse im Jahr 2015 spürbar um 5,0 % bzw. 5,3 %, während die Preise für Fleischprodukte im Vergleich zum Vorjahr leicht nachgaben (-0,5 %). Deutlich billiger waren Molkereiprodukte und Eier. Hier sanken die Preise im Durchschnitt um 4,3 %. Die Entwicklung der Lebensmittelpreise spiegelt allerdings die teilweise deutlich stärker gesunkenen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufgrund der dazwischen liegenden Verarbeitungs- und Handelsstufen nicht vollständig wider.

Die allgemeinen Verbraucherpreise stiegen 2015 mit 0,3 % erneut langsamer als die Lebensmittelpreise. Auch im mehrjährigen Vergleich wirkten sich Nahrungsmittelpreise preistreibend auf die Lebenshaltung aus. Seit 2010 stiegen die Lebensmittelpreise um 12,4 %, während sich die allgemeinen Verbraucherpreise nur um 6,9 % erhöhten.

## Ausblick: Gutes Konsumklima und langfristig gute Exportchancen

Angesichts gesättigter Märkte haben die Unternehmen der Ernährungswirtschaft im Inland nur geringe mengenmäßige Wachstumsmöglichkeiten. Dennoch haben die derzeit sehr gute Arbeitsmarktlage und die niedrige Inflationsrate einen positiven Einfluss auf das Konsumklima und damit auch auf die Ernährungswirtschaft. Die niedrigen Rohstoff- und Energiepreise entlasten die Unternehmen zusätzlich.

Trotz des temporären Rückgangs im abgelaufenen Jahr weist der Export von Lebensmitteln mittel- und langfristig ein unverändert hohes Wachstumspotenzial auf. Weltweites Bevölkerungswachstum und steigende Einkommen in Schwellenländern können die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus Deutschland beflügeln. Der niedrigere Außenwert des Euro begünstigt zudem den Export von Lebensmitteln insbesondere in die USA und die Schweiz, die beiden wichtigsten Exportländer der Branche außerhalb der EU. Unbeschadet aller noch offenen Fragen beispielsweise im Zusammenhang mit Qualitätsstandards und den entsprechenden Zulassungsverfahren, könnten die bereits ausgehandelten bzw. noch in Verhandlungen befindlichen Handels- und Investitionsschutzabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft einen einfacheren Zugang zum nordamerikanischen Markt eröffnen.





Brigitte Hilcher (Bundeskoordinatorin „Tag der Regionen“ Nord), Gisela Endt (Bundeskoordinatorin „Tag der Regionen“ Süd)

## TAG DER REGIONEN

Seit 1999 werden an diesem Aktionstag jedes Jahr rund um den Erntedanksonntag eindrucksvoll die Stärken der Regionen in ganz Deutschland präsentiert – im Jahr 2015 auf fast 1200 Veranstaltungen. Der Tag der Regionen wird von den Vereinen „Artenreiches Land – Lebenswerte Stadt“ und „Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal“ koordiniert. Die Rentenbank unterstützt die Organisatoren aus dem Förderungsfonds.



# Informationen zum Geschäftsjahr 2015

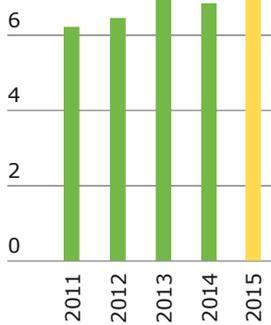
## Fördertätigkeit für die Agrarwirtschaft

### Programmkredite: Förderung erreicht Rekordniveau

Im Zentrum unserer Förderstrategie stehen zinsgünstige Programmkredite für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum. Unser Neugeschäft lag im Jahr 2015 mit 7,8 Mrd. Euro 13,8 % über dem Vorjahresniveau. Damit erreichten unsere Förderdarlehen entgegen unseren Erwartungen ein neues Rekordvolumen – trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage in der Agrarwirtschaft. Die zu Investitionszwecken vergebenen Förderkredite erreichten erneut das hohe Niveau der Vorjahre. Viele bereits in den Vorjahren ange-laufene Investitionen wurden im Berichtsjahr auch unter schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen abgeschlossen. Gleichzeitig ist der Bedarf an Liquiditätssicherungsdarlehen in der Landwirtschaft gestiegen. Als Folge erhöhte sich die Kreditnachfrage in der Fördersparte „Landwirtschaft“. Das Neugeschäft in den Fördersparten „Ländliche Entwicklung“ sowie „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ stieg ebenfalls an. Rückläufig waren dagegen die Darlehenszusagen in der Fördersparte „Erneuerbare Energien“.

#### Neugeschäft Programmkredite

8 Mrd. EUR



Neugeschäft Programmkredite in Mio. EUR	2015	2014
Landwirtschaft	3 175	2 725
<i>darunter: zu Top-Konditionen</i>	1 450	1 130
Aquakultur und Fischwirtschaft	5	4
Agrar- und Ernährungswirtschaft	794	545
Erneuerbare Energien	1 512	2 006
Ländliche Entwicklung	2 299	1 559
Sonstige Programmkredite (inkl. Zweckvermögen)	23	18
<b>Insgesamt*</b>	<b>7 807</b>	<b>6 858</b>

\*Abweichungen zur Gesamtsumme sind rundungsbedingt.

### Programmkredite: Deutlicher Anstieg der Kreditabschlüsse

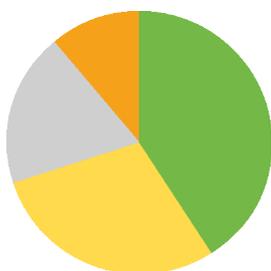
Im Jahr 2015 ist die Anzahl der zugesagten Programmkredite um 11,1 % auf 27 905 (2014: 25 120) gestiegen. In der Fördersparte „Landwirtschaft“ vergaben wir 21 441 Kredite, 18,9 % mehr als im Vorjahr. Darunter waren 4 264 (37) Darlehen zur Liquiditätssicherung.

### Fördersparte „Landwirtschaft“: Kräftige Zuwächse bei Liquiditätssicherungsdarlehen und Flächenfinanzierungen

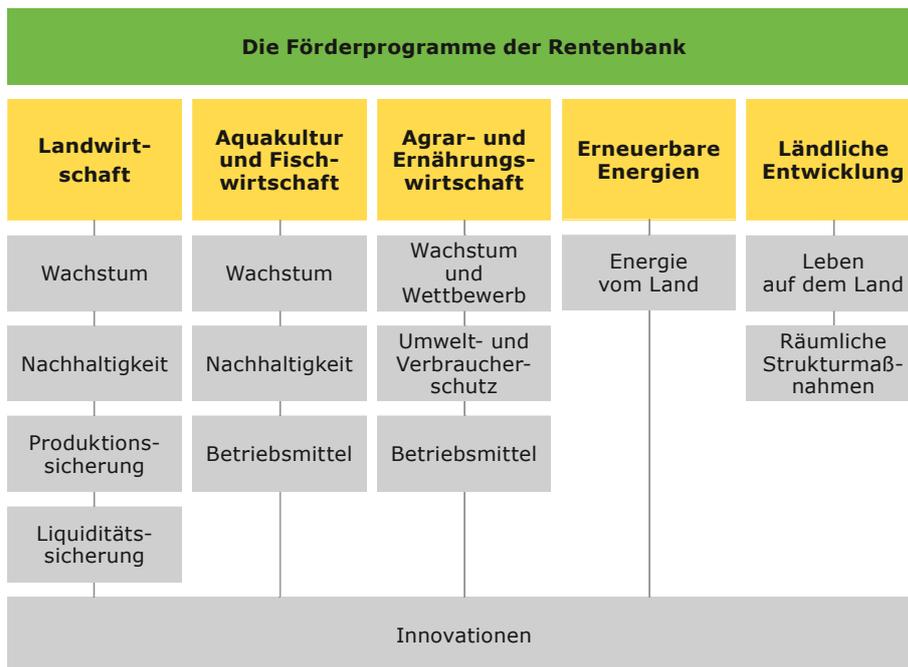
In unserer Fördersparte „Landwirtschaft“ finanzieren wir vor allem klassische landwirtschaftliche Investitionen. Hier sagten wir 3,2 Mrd. Euro (2,7 Mrd. Euro) zu. 1,4 Mrd. Euro (1,1 Mrd. Euro) davon vergaben wir zu besonders günstigen Top-Konditionen. Diese können von Junglandwirten oder für besonders nachhaltige Investitionen in Anspruch genommen werden. Im Liquiditätssicherungsprogramm gelten ebenfalls unsere Top-Konditionen.

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus investierten viele Landwirte in ihre Betriebe, trotz der rückläufigen Preisentwicklung auf den Agrarmärkten. Für Maschineninvestitionen stellten wir nahezu unverändert 630,0 Mio. Euro (634,6 Mio. Euro) bereit. Einhergehend mit den gestiegenen Boden-

#### Neugeschäft Programmkredite 2015 (insgesamt 7,8 Mrd. EUR)



- Landwirtschaft 41 %
- Ländliche Entwicklung 29 %
- Erneuerbare Energien 19 %
- Übrige 11 %



preisen ist die Nachfrage nach Flächenfinanzierungen auf 772,7 Mio. Euro (625,1 Mio. Euro) gestiegen. Darin ist der Flächenerwerb durch den Kauf bestehender Betriebe nicht enthalten. Auf die ostdeutschen Bundesländer entfielen davon 398,8 Mio. Euro und auf die westdeutschen 373,8 Mio. Euro.

Für Gebäude, insbesondere Stallbauten, wurden Förderkredite im Umfang von 1,1 Mrd. Euro (1,3 Mrd. Euro) vergeben. Nach dem starken Wachstum der letzten Jahre sagten wir im abgelaufenen Jahr 509,9 Mio. Euro für Rinder- und Milchviehställe zu, ein Rückgang von 15,7 %. Der Grund für den Rückgang sind die seit Anfang 2014 deutlich gefallen Milchpreise. Investitionsschwerpunkte waren Niedersachsen mit 153,3 Mio. Euro (191,0 Mio. Euro) und Bayern mit 106,3 Mio. Euro (139,7 Mio. Euro).

Auch in der Schweinehaltung führte die schwierige wirtschaftliche Situation zu einem weiteren Rückgang der Kreditzusagen auf 166,3 Mio. Euro (220,9 Mio. Euro). Bei Geflügelställen blieb die Kreditnachfrage dagegen mit 89,8 Mio. Euro (83,8 Mio. Euro) stabil.

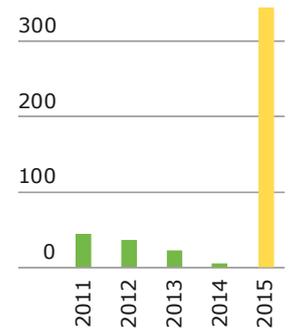
### Wirtschaftlich angespannte Situation: Liquiditätssicherung stark nachgefragt

In vielen landwirtschaftlichen Unternehmen verschlechterte sich 2015 die Liquiditätssituation. Wir haben deshalb Anfang Juli unser Programm „Liquiditätssicherung“ für Futterbaubetriebe geöffnet und es Anfang Oktober auf Veredlungsbetriebe und die von Trockenheit betroffenen Ackerbaubetriebe ausgeweitet.

Für Landwirte, die unter der schwierigen Marktsituation leiden, hat die EU-Kommission ein Hilfsprogramm beschlossen. Die auf Deutschland entfallenden Mittel in Höhe von 69,2 Mio. Euro hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) für Liquiditätshilfen eingesetzt.

### Neugeschäft Liquiditätssicherung

400 Mio. EUR



Tierhalter, die einen entsprechenden Preisrückgang nachweisen konnten und ein Darlehen zur Sicherung der Liquidität aufgenommen hatten, konnten einen Zuschuss bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) beantragen. In der kurzen Antragsfrist des Bundesprogramms vom 21. November bis zum 18. Dezember 2015 stieg die Nachfrage nach unseren Liquiditätssicherungsdarlehen daher deutlich. Im Berichtsjahr haben wir dafür insgesamt 345,2 Mio. Euro (4,9 Mio. Euro) zugesagt.

### **Aquakultur und Fischwirtschaft**

Aquakultur und Fischwirtschaft ist in Deutschland eine landwirtschaftliche Nische. Wir unterstützten die Branche mit Förderkrediten in Höhe von 5,0 Mio. Euro (3,9 Mio. Euro). Während weltweit die Aquakultur stark wächst, ist in Deutschland die Investitionstätigkeit gering. Die größte Hürde für den Einstieg in die Aquakultur liegt in der Vermarktung der Produkte.

### **Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ mit Wachstum**

Zusätzlich zu unseren Förderangeboten für den Kernbereich Landwirtschaft fördern wir Unternehmen entlang der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette, vom Lohnunternehmen als Dienstleister der Landwirtschaft bis zum Verarbeiter von Lebensmitteln. In der Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ sagten wir 793,5 Mio. Euro (545,4 Mio. Euro) zu. Davon wurden 470,1 Mio. Euro (348,9 Mio. Euro) für Maschinen und 196,6 Mio. Euro (164,2 Mio. Euro) für Gebäude verwendet. Außerdem stellten wir für Betriebsmittel 104,1 Mio. Euro (13,1 Mio. Euro) bereit.

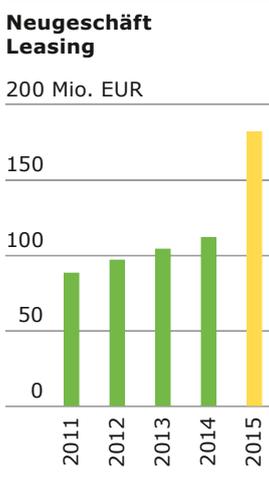
### **Steigende Nachfrage nach Maschinenleasing**

Unsere Leasingangebote wurden vor allem zur Finanzierung von Maschinen eingesetzt. Dafür bauten wir die Zusammenarbeit mit spezialisierten Maschinenfinanzierern weiter aus. Sowohl die Agrar- und Ernährungsbranche als auch Lohnunternehmer und Landwirte nutzten unsere Leasingangebote stärker. Lediglich im Bereich der erneuerbaren Energien war das Neugeschäft rückläufig. Insgesamt erreichte unser Leasingneugeschäft mit 182,8 Mio. Euro (113,2 Mio. Euro) einen Spitzenwert.

### **Fördersparte „Erneuerbare Energien“ in allen Bereichen rückläufig**

Das Neugeschäft in unserer Fördersparte „Erneuerbare Energien“ ging im Vergleich zum Vorjahr um 24,6 % auf 1,5 Mrd. Euro (2,0 Mrd. Euro) zurück. Investitionen in erneuerbare Energien werden stark von politischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Folglich spiegeln sich die Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in unserem Fördergeschäft wider. Nach der Novellierung des EEG im Jahr 2014 schwächte sich die Investitionsdynamik deutlich ab.

Die Finanzierung von Windkraftanlagen blieb trotz eines Rückgangs um 20,3 % auf 1 105,6 Mio. Euro (1 386,5 Mio. Euro) der Schwerpunkt unserer Förderung im Bereich der erneuerbaren Energien. Nach Angaben des Bundesverbands WindEnergie wurde 2015 in Deutschland 19,4 % weniger Windenergieleistung an Land installiert. Damit hat sich die Nachfrage nach Windkraftfinanzierungen bei uns annähernd so entwickelt wie der Gesamtmarkt.



Von den Windkraftfinanzierungen entfielen 480,8 Mio. Euro (754,8 Mio. Euro) auf „Bürger- und Bauernwindparks“. In diesem Programm finanzieren wir – über unsere klassische landwirtschaftliche Zielgruppe hinaus – auch Windparks, an denen sich ortsansässige Bürger und Landwirte beteiligen. Mit Modellen zur Bürgerbeteiligung kann die Akzeptanz bei Anwohnern und der lokalen Politik verbessert werden, weil die Wertschöpfung der Windenergieanlagen in der Region und bei den Bürgern verbleibt.

Durch die Änderungen im EEG im Jahr 2014 hat sich die Wirtschaftlichkeit für neue landwirtschaftliche Biogasanlagen deutlich verschlechtert, sodass der Bau neuer Anlagen weitgehend zum Erliegen kam. Wir finanzieren daher vor allem die Umrüstung von Altanlagen auf eine flexible Stromerzeugung und deren Direktvermarktung. Unser Neugeschäft bei Biogasanlagen lag mit 318,8 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau (490,6 Mio. Euro). Auch die Fotovoltaik-Finanzierungen gingen im Rahmen unserer Erwartungen auf 68,2 Mio. Euro (114,2 Mio. Euro) zurück.

Wir finanzieren auch Investitionen im Zusammenhang mit nachwachsenden Rohstoffen, die energetisch verwertet werden, zum Beispiel Holz hackschnitzelheizungen für Wärmenetze. Im Programm „Energie vom Land“ ging hier das Förderneugeschäft auf 4,9 Mio. Euro (5,9 Mio. Euro) zurück.

### Nachhaltige Vorhaben mit 1,8 Mrd. Euro gefördert

Zentraler Bestandteil unserer Förderpolitik ist es, umwelt- und tiergerechtes Wirtschaften in der deutschen Agrarwirtschaft mit besonders zinsgünstigen Krediten zu unterstützen. Wir förderten mit unseren Programmen „Nachhaltigkeit“ sowie „Umwelt- und Verbraucherschutz“ Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Minderung von Emissionen sowie zur Förderung des Verbraucherschutzes, des ökologischen Landbaus und tiergerechter Haltungsformen. Im Bereich der Tierhaltung sagten wir dafür 169,6 Mio. Euro (223,4 Mio. Euro) zu. Hier besteht besonderer Handlungsbedarf, um gesellschaftliche Anforderungen und wirtschaftliche Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Wir orientieren uns dabei an Kriterien für tiergerechte Haltungsverfahren und fördern diese durch unsere Top-Konditionen. Wir unterstützen Investitionen in den Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz mit insgesamt 324,4 Mio. Euro (356,2 Mio. Euro). Einschließlich der Förderung von erneuerbaren Energien finanzierten wir nachhaltige Vorhaben mit insgesamt 1,8 Mrd. Euro (2,4 Mrd. Euro).

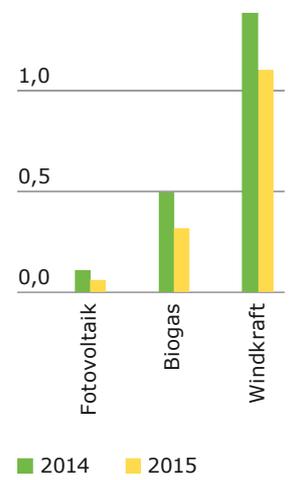
### Neugeschäft in der Fördersparte „Ländliche Entwicklung“ stark gewachsen

Die ländliche Entwicklung fördern wir insbesondere über unser Programm „Räumliche Strukturmaßnahmen“. Damit unterstützen wir die Kommunen im ländlichen Raum und ergänzen so unsere Förderung der Agrarwirtschaft. Im Rahmen dieses Programms bieten wir den Landesförderinstituten Globaldarlehen an.

Unser Förderprogramm „Leben auf dem Land“ richtet sich hingegen sowohl an Privatpersonen, die z. B. in ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude investieren wollen, als auch an Unternehmer im ländlichen Raum. Förderfähig sind hier u. a. Investitionen in den ländlichen Tourismus, in die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und in die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe. Für diese wirtschaftlichen Tätigkeiten vergaben wir

### Neugeschäft „Erneuerbare Energien“

1,5 Mrd. EUR



81,4 Mio. Euro (24,7 Mio. Euro). Insgesamt stiegen die Zusagen im Programm „Leben auf dem Land“ auf 117,6 Mio. Euro (56,1 Mio. Euro) an.

In der Fördersparte „Ländliche Entwicklung“ sagten wir insgesamt 2,3 Mrd. Euro (1,6 Mrd. Euro) hauptsächlich für kommunale Infrastrukturmaßnahmen zu. Die Nachfrage stieg um 47,4 %.

### Regionale Verteilung der Programmkredite für die Agrarwirtschaft

In Deutschland liegen die regionalen Schwerpunkte der Agrarwirtschaft in den großen Agrarländern Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Entsprechend zeigt die regionale Verteilung unserer Programmkredite die Investitionsdynamik in der Agrarwirtschaft und den erneuerbaren Energien in den einzelnen Bundesländern. Die regionale Verteilung wurde im letzten Jahr allerdings auch von der hohen Nachfrage nach Liquiditätssicherungsdarlehen beeinflusst.

In Niedersachsen ist die Nachfrage nach Förderkrediten nochmals gestiegen. Die Rückgänge der Investitionstätigkeit, insbesondere im Stallbau, wurden durch Liquiditätssicherungsdarlehen im Umfang von 101,0 Mio. Euro kompensiert. Gleichzeitig wurden dort Windkraftanlagen mit 206,7 Mio. Euro (126,5 Mio. Euro) und die Agrar- und Ernährungswirtschaft mit 210,6 Mio. Euro (152,0 Mio. Euro) finanziert.

#### Programmkredite nach Bundesländern 2015

(ohne „Ländliche Entwicklung“)

	Anteil in %	Betrag in Mio. EUR	Veränderung zum Vorjahr in %
Niedersachsen	23,6	1 297,5	10,9
Schleswig-Holstein	17,3	951,6	-28,4
Bayern	14,1	774,8	15,8
Nordrhein-Westfalen	11,1	609,4	13,7
Baden-Württemberg	7,7	421,4	87,3
Mecklenburg-Vorpommern	6,3	348,3	0,7
Sachsen-Anhalt	5,7	310,8	12,3
Brandenburg	4,7	257,8	3,3
Sachsen	2,5	135,9	-11,8
Thüringen	2,4	129,5	-11,8
Hessen	2,0	111,6	31,3
Rheinland-Pfalz	1,9	102,2	19,6
Hamburg	0,4	19,5	449,5
Berlin	0,1	7,6	329,1
Saarland	0,1	5,6	-19,6
Bremen	0,1	5,2	57,8
<b>Summe</b>	<b>100,0</b>	<b>5 488,6</b>	<b>3,8</b>

Schleswig-Holstein lag trotz des Rückgangs der Windkraftfinanzierungen um 41,4 % auf dem zweiten Platz. Dort finanzierten wir Windkraftanlagen im Umfang von 592,9 Mio. Euro (1 012,7 Mio. Euro).

In Bayern legte insbesondere die Kreditnachfrage in der Fördersparte „Landwirtschaft“ um 23,5 % auf 529,6 Mio. Euro zu. Die Nachfrage nach Investitionsdarlehen stieg hier leicht an. Zugleich wurden Liquiditätssicherungsdarlehen über 84,1 Mio. Euro nachfragt.

### Anstieg des gesamten Förderneugeschäfts

Neben unseren Programmkrediten für spezielle Verwendungszwecke vergeben wir allgemeine Förderkredite zumeist an Banken, aber auch an öffentliche Kreditnehmer, die im ländlichen Raum tätig sind. In dieser Sparte sagten wir im Berichtsjahr 3,2 Mrd. Euro (2,0 Mrd. Euro) zu. Das verbriefte Fördergeschäft stieg ebenfalls auf 2,6 Mrd. Euro (2,4 Mrd. Euro). Unser Förderneugeschäft betrug 2015 insgesamt 13,6 Mrd. Euro (11,3 Mrd. Euro)

Förderneugeschäft in Mrd. EUR	2015	2014
Programmkredite	7,8	6,9
Allgemeine Förderkredite	3,2	2,0
Verbrieftes Fördergeschäft	2,6	2,4
<b>Insgesamt</b>	<b>13,6</b>	<b>11,3</b>

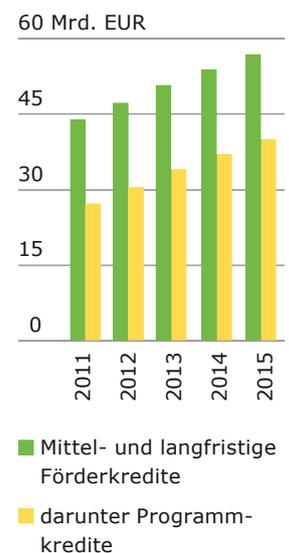
### Bilanz (HGB): Anteil der Förderkredite gestiegen

Der Kreditbestand ist weiter gewachsen, da die Auszahlungen von Programmkrediten in Höhe von 7,8 Mrd. Euro die Tilgungen von 4,6 Mrd. Euro übertrafen. Am 31.12.2015 valutierten die Programmkredite in der Bilanz mit 40,1 Mrd. Euro (36,9 Mrd. Euro) und lagen um 8,7 % über dem Vorjahreswert. Der Bestand an Förderkrediten wuchs insgesamt um 6,3 % auf 57,2 Mrd. Euro (53,8 Mrd. Euro). Das verbrieftes Fördergeschäft, das in der Bilanz unter der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen wird, lag bei 16,6 Mrd. Euro (19,0 Mrd. Euro).

### Förderung von Forschung und Entwicklung deutlich ausgeweitet

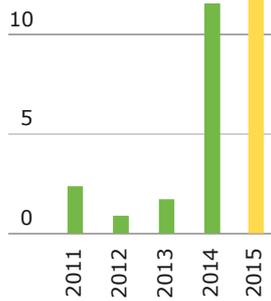
Wir engagieren uns in besonderem Maße für die Förderung von Innovationen in der Agrarwirtschaft. Hierfür stellen wir aus dem Zweckvermögen des Bundes sowie aus dem Innovationsfonds der Rentenbank Mittel bereit. Im Berichtsjahr haben wir unsere Aktivitäten auf diesem Gebiet deutlich ausgeweitet. Die Zuschüsse der Rentenbank erreichten knapp 20 Mio. Euro (12,5 Mio. Euro). Hiermit wurden praxisrelevante Forschungsprojekte mit Beteiligung von Partnern aus der Wirtschaft gefördert. Darunter waren ausgewählte Projekte, die Zuschüsse in Höhe von insgesamt 14,2 Mio. Euro (11,6 Mio. Euro) aus Mitteln des Zweckvermögens erhielten.

**Bestand mittel- und langfristige Förderkredite (HGB)**



### Innovationsförderung aus dem Zweckvermögen (Zuschüsse)

15 Mio. EUR



## Deutsche Innovationspartnerschaft Agrar

Wir bezuschussten weitere 29 (8) praxisnahe Forschungsvorhaben mit 5,5 Mio. Euro (0,9 Mio. Euro) aus dem von uns finanzierten Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“. Darunter waren zahlreiche Forschungsvorhaben im Rahmen der „Deutschen Innovationspartnerschaft Agrar“ (DIP), deren Mitglied wir sind. Die DIP hat sich zum Ziel gesetzt, insbesondere Vorhaben zu fördern, die nach Abschluss dazu geeignet sind, in den Markt eingeführt zu werden.

Das Projekt „eHarvest – Vollelektrifiziertes Antriebssystem für Getreideschneidwerke“ wurde im Jahre 2015 mit einer Agritechnica-Silbermedaille ausgezeichnet und auf der Messe präsentiert. Eine von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) gebildete Expertenkommission hat von 311 angemeldeten Neuheiten 44 mit der Silbermedaille ausgezeichnet. Das weiterführende und von der DIP geförderte Projekt „eHarvest II“ soll den Prototyp nun bis zur Marktreife begleiten. Forscher der Technischen Universität Dresden und der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Dresden erproben, optimieren und entwickeln zusammen mit der Zürn Harvesting GmbH & Co. KG das Getreideschneidwerk-Funktionsmuster mit einem elektrischen Antriebssystem. Die Drehzahlen aller Baugruppen können hierbei einzeln sowohl an die jeweiligen Erntebedingungen als auch an die Anforderungen des Mähdeschers angepasst werden. Dies gestattet die schnelle Beseitigung von Erntegutverstopfungen und anderen Störungen.

## Innovationsschwerpunkt Tierwohl

Des Weiteren wurden Vorhaben der „Bekanntmachung über die Förderung von Innovationen zur Verbesserung der Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren vom 9. Oktober 2012“ des BMELV gefördert. Darunter befindet sich z. B. ein Verbundprojekt unter Federführung der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover, die hierfür mit der Freien Universität Berlin, der Universität Hohenheim, der Georg-August-Universität Göttingen, dem Leibniz-Institut für Nutztierhaltung und dem Friedrich-Löffler-Institut für Tiergesundheit zusammenarbeitet. Im Rahmen dieses Projekts soll die Haltung von Zweinutzungshühnern sowohl für die Mast als auch für die Eierproduktion aus Sicht des Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie der Wirtschaftlichkeit erforscht werden.

Mit Zuschüssen aus dem Zweckvermögen wird das Vorhaben „MeMa – Melkbecher mit entkoppelter Melk-, Halte- und Massagefunktion sowie autoadaptiver Steuerung des Melkprozesses“ gefördert. Dabei entwickeln Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für Agrartechnik Potsdam-Bornim e. V. (ATB) und der Universität Potsdam zusammen mit dem Unternehmen Impulsa AG einen neuartigen Melkbecher. Dieser haftet ohne Vakuum und sorgt dafür, dass bei nachlassendem Milchfluss die Zitzenspitze entlastet wird. Durch den innovativen Melkbecher wird die Eutergesundheit verbessert und der Medikamenteneinsatz in der Milchviehhaltung reduziert. Neben unseren Zuschüssen unterstützten wir die Markt- und Praxiseinführung von Innovationen auch mit zinsgünstigen Darlehen. Nach Genehmigung durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bewilligten wir im vergangenen Jahr für Modellvorhaben 2 (12) Darlehen über insgesamt 2,3 Mio. Euro (7,2 Mio. Euro).

## Förderungsfonds und Rehwinkel-Stiftung

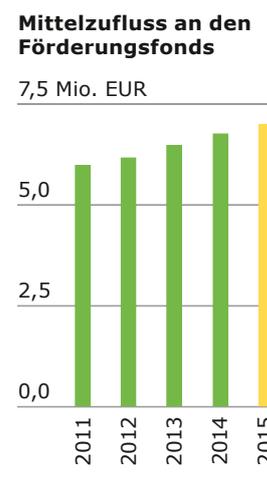
### Der Förderungsfonds: Forschung und Weiterbildung im Fokus

Der Bilanzgewinn der Landwirtschaftlichen Rentenbank wird für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet und je zur Hälfte dem Zweckvermögen des Bundes und dem Förderungsfonds der Rentenbank zugeführt.

Dem Förderungsfonds standen im Berichtsjahr 7,2 Mio. Euro zur Verfügung. Mit diesen Mitteln unterstützten wir sowohl Einzelprojekte als auch Institutionen, die für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume tätig sind. Neben agrarbezogenen Forschungsvorhaben gehören dazu praxisorientierte Modellprojekte, Fortbildungsmaßnahmen und Veranstaltungen. Seit vielen Jahren werden auch die Landjugendarbeit, die Landseniorenarbeit und der LandFrauenverband mit Mitteln aus dem Förderungsfonds unterstützt.

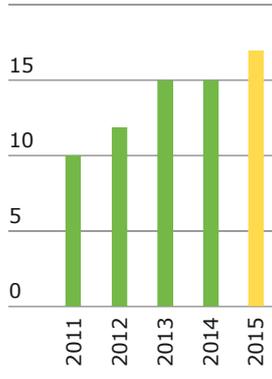
Die Förderung agrarbezogener Forschung bildete auch 2015 einen Schwerpunkt des Förderungsfonds. Neben dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und anderen Einrichtungen zur Wissenschaftsförderung erhielten Fördermittel z. B. auch das Institut für ländliche Strukturforchung der Universität Frankfurt am Main, das Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung und das Institut für Landwirtschaftsrecht der Universität Göttingen, der Fachbereich Agrarwirtschaft der Fachhochschule Südwestfalen und die Fakultät für Agrarwissenschaften und Landschaftsarchitektur der Hochschule Osnabrück. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Zuschüsse für die Weiterbildung des landwirtschaftlichen Berufsstands. In nennenswertem Umfang erhielt z. B. die Andreas Hermes Akademie (AHA) Mittel aus dem Förderungsfonds für den Unterrichts- und Lehrbetrieb. Ebenso wurden Seminare und Fortbildungsveranstaltungen der Bildungsstätte des deutschen Gartenbaus, der Bundeslehranstalt Burg Warberg und des Vereins zur Förderung der Land- und Forstarbeiter (VLF) unterstützt. Wir förderten ferner das DLG-Trainee-Programm für den Management-Nachwuchs in der Agrarwirtschaft. Projekte der Ernährungsbildung für Kinder und Jugendliche wurden ebenfalls unterstützt, z. B. das Schulgartenprojekt „Kids an die Knolle“. Der Verein Ökolöwe – Umweltbund Leipzig erhielt zudem Fördermittel für das Projekt „Biobauern über die Schulter geschaut – Kinder und Jugendliche entdecken die Landwirtschaft“.

Auch im abgelaufenen Jahr förderten wir zahlreiche Projekte und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Image-Werbung verschiedener landwirtschaftlicher Institutionen. Dazu zählte u. a. der ErlebnisBauernhof auf der „Internationalen Grünen Woche“ (IGW) in Berlin sowie die Initiative „Verantwortungsvolle Nutztierhaltung“. Aus dem Förderungsfonds wurden ferner Mittel für die Ausrichtung des „Tags der Regionen“ und des „Global Forum for Food and Agriculture Berlin“ (GFFA) bereitgestellt. Die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) und der Verband der Landwirtschaftskammern erhielten finanzielle Zuwendungen zur Fortsetzung des gemeinsamen Projekts „bio-offensive“, das Landwirten die Umstellung auf den Ökolandbau erleichtern soll. Weiterhin wird die vierteljährliche Erhebung des Geschäftsklimas in der Landwirtschaft im Rahmen des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“ zu rund 40 % aus Mitteln des Förderungsfonds finanziert.



### Rehwinkel-Stiftung: Stiftungskapital zum 31.12.

20 Mio. EUR



### Edmund Rehwinkel-Stiftung: Förderung von Wissenschaft und Forschung

Die Edmund Rehwinkel-Stiftung fördert im Sinne ihres Namensgebers agrarwissenschaftliche Forschungstätigkeit und Forschungsprojekte mit hohem praktischen Nutzen für die Landwirtschaft. Die Stiftung wurde 1974 von der Rentenbank zu Ehren des langjährigen Vorsitzenden ihres Verwaltungsrats gegründet. Seit Dezember 2007 ist die Edmund Rehwinkel-Stiftung eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Stiftungsarbeit stockte die Rentenbank das Stiftungskapital im Berichtsjahr um 2 Mio. Euro auf nunmehr 17 Mio. Euro auf.

Die Edmund Rehwinkel-Stiftung verfolgt ihr Stiftungsziel derzeit in drei Förderbereichen: mit der Ausschreibung von Forschungsprojekten, dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis sowie durch die Vergabe von Hochschulstipendien.

Als erster Förderbereich der Stiftung regen die jährlich ausgeschriebenen Forschungsprojekte mit aktuellen Themen den wissenschaftlichen Diskurs zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen an. Einmal im Jahr werden die Ergebnisse im Rahmen eines Symposiums vorgestellt. Das Symposium zu den 2014 geförderten Studien zum Thema „Landwirtschaft im Spiegel von Verbrauchern und Gesellschaft“ fand im Mai 2015 wie üblich in Berlin statt. Die fünf wissenschaftlichen Studien beleuchten dieses kontroverse Thema aus den Blickwinkeln Image, Konsummuster, Neuromarketing und Kommunikation. Die Studien sind in Band 31 der Rentenbank-Schriftenreihe veröffentlicht.

Im Jahr 2015 förderte die Stiftung wissenschaftliche Arbeiten zum Thema „Die Positionierung Deutschlands in der Internationalisierung der Agrar- und Ernährungswirtschaft“. Die Ergebnisse werden im Mai 2016 auf dem gleichnamigen Symposium in Berlin vorgestellt. 2016 fördert die Stiftung Studien zum Thema „Arbeitsmarkt, Ausbildung, Migration – Perspektiven für die Landwirtschaft“.

Der Förderbereich „Wissenschaft.Praxis.Dialog“ ist der jüngste der drei genannten Bereiche. Seit 2014 fördert die Stiftung hierin speziell Veranstaltungen, die Kooperationspartner aus Wissenschaft und Praxis gemeinsam durchführen. Ziel dieses Förderinstruments ist es, den Austausch zwischen der forschenden Wissenschaft und der land- und ernährungswirtschaftlichen Praxis zu verbessern. Die geförderten Veranstaltungen sollen deshalb entweder die Ergebnisse aus gemeinsamen Projekten vorstellen bzw. vermitteln oder zu neuen Kooperationen anregen. Gute Beispiele dafür sind die geförderte Tagung „Freie Abferkelung von Sauen – Auswirkungen auf Tierwohl und Leistung“ der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Kooperation mit der Hochschule Osnabrück sowie die von der Hochschule Neubrandenburg beantragte gemeinsame Ökonomietagung der Fachhochschulen mit Partnern aus Landwirtschaft, Gartenbau sowie Agri- und Foodbusiness, die für die Förderung 2016 ausgewählt wurde. Die Antragstellung im Förderbereich „Wissenschaft.Praxis.Dialog“ ist fortlaufend möglich, die Auswahl erfolgt zweimal jährlich durch den Stiftungsvorstand.

Der dritte Bereich der Stiftungsarbeit ist die Förderung zukünftiger Fach- und Führungskräfte. Unter dem Motto „Haben Sie mehr vor als andere?“ vergibt die Stiftung seit 2010 jährlich Stipendien an herausragende Studierende der

Agrar- und Ernährungswissenschaften. Das Stipendium wird für zwei Jahre gewährt und umfasst neben einer monatlichen finanziellen Unterstützung auch die Möglichkeit zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen durch Seminare. Das Angebot richtet sich an Studierende, die ihren Masterabschluss an einer deutschen Hochschule anstreben. Im Berichtsjahr wurden wieder zwei Studierende neu in das Stipendienprogramm aufgenommen. Zwei weiteren Stipendiaten wurde das Stipendium auf einen begründeten Antrag hin verlängert.

Wie bereits im vergangenen Jahr traf sich auch 2015 ein großer Teil der derzeitigen Stipendiaten bei einer Exkursion in Frankfurt am Main. Gemeinsam besuchten sie die Deutsche Börse, die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft und die Landwirtschaftliche Rentenbank. Einige Stipendiaten waren darüber hinaus während der Messe Agritechnica in Hannover zu Gast auf dem Messestand der Rentenbank.

Ergänzend zum Rehwinkel-Stipendium engagierte sich die Stiftung auch weiterhin beim sogenannten Deutschlandstipendium. Derzeit werden an der Universität Göttingen zwei Studierende mit den Studienschwerpunkten Agrarrecht bzw. Agrarwissenschaften gefördert. Seit dem Jahr 2014 fördert die Stiftung auch an der Universität Hohenheim zwei Studierende der Agrarwissenschaften als Deutschlandstipendiaten. Das Deutschlandstipendium ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Die Stipendien werden zur Hälfte vom Bund und zur anderen Hälfte von privaten Geldgebern finanziert. Vergeben werden die Stipendien durch die am Deutschlandstipendium teilnehmenden Hochschulen. Die Stipendien laufen jeweils für ein Jahr.



Martin Erdmann (Beiratsmitglied Klosterland e.V.)

## SYMPOSIUM KLOSTER.LAND. WIRTSCHAFT

„Klostergärten und klösterliche Landwirtschaft als Chance für den ländlichen Raum“ war das Thema des Symposiums, das der Verein Klosterland e.V., unterstützt durch den Förderungsfonds der Rentenbank, veranstaltet hat. Dabei wurde das Projekt „Klosterkultur im Designkontext“ in Zusammenarbeit mit der HAWK in Hildesheim präsentiert, in dessen Rahmen Studenten Produkte und Werkzeuge neu gestalteten.



## Refinanzierung der Rentenbank

### Starke Nachfrage sicherheits- und liquiditätsorientierter Anleger

Auch im abgelaufenen Jahr gewannen wir neue Investoren. Dies wurde gestützt durch die ausdrückliche Haftung des Bundes für unsere Verbindlichkeiten, aufsichtsrechtliche Privilegien, insbesondere die Nullgewichtung im Kreditrisikostandardansatz und der Status unserer Anleihen als sogenannte „Liquide Aktiva der Stufe 1“, sowie unsere erstklassige Bonität.

Unsere Refinanzierungskosten sanken auf ein historisch niedriges Niveau. Gleichzeitig stieg die Durchschnittslaufzeit unserer Neuemissionen auf einen Rekordwert. Das Ankaufprogramm der EZB führte für uns zu sinkenden Kosten bei auf Euro lautenden Anleihen. Als Folgewirkung des Quantitative Easing verbesserten sich zeitweise aber auch die Tauschpreise von Fremdwährung in Euro erheblich, so dass abgesicherte Fremdwährungsanleihen uns meist eine noch günstigere Refinanzierung ermöglichten. Im kurzen Laufzeitenbereich refinanzierten wir uns über unser Euro Commercial Paper (ECP)-Programm weiterhin zu sehr attraktiven Sätzen.

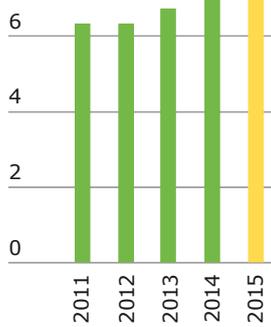
### Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen über Vorjahresniveau

An den in- und ausländischen Kapitalmärkten nahmen wir 13,0 Mrd. Euro (2014: 10,9 Mrd. Euro) mit Laufzeiten von mehr als zwei Jahren auf. Dieses Volumen lag über unserem Plan von 10,5 Mrd. Euro. Die Mittelaufnahme verteilte sich wie folgt auf unsere Refinanzierungsinstrumente:

	Mrd. EUR		Anteil in %	
	2015	2014	2015	2014
EMTN	7,3	7,3	56,1	67,0
Globalanleihen	3,0	1,7	23,1	15,6
AUD-MTN	2,2	1,5	16,9	13,8
Internationale Kredite/Schuldscheine	0,4	0,2	3,1	1,8
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,1	0,2	0,8	1,8
<b>Summe</b>	<b>13,0</b>	<b>10,9</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

### EMTN-Emissionen

8 Mrd. EUR



### Hohe Bedeutung des EMTN-Programms

Mit einem Programmvolumen von 60 Mrd. Euro ist unser Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm unser wichtigstes Refinanzierungsinstrument. Die Programmauslastung betrug am Jahresende 40,2 Mrd. Euro (38,9 Mrd. Euro). Unter einer standardisierten Dokumentation können wir aus dem EMTN-Programm Emissionen in zahlreichen Währungen mit unterschiedlichen Beträgen, Laufzeiten und Strukturen begeben. Im Berichtsjahr nutzten wir das Programm überwiegend im mittel- und langfristigen Bereich für die Aufnahme von Refinanzierungsmitteln. Das Emissionsvolumen mit Laufzeiten über zwei Jahren erreichte 7,3 Mrd. Euro (7,3 Mrd. Euro). Darin enthalten sind eine Benchmark-Emission über 1,25 Mrd. Euro

mit siebenjähriger Laufzeit sowie Transaktionen in US-Dollar im Gegenwert von 3,5 Mrd. Euro. Aus dem EMTN-Programm platzierten wir Anleihen in fünf weiteren Währungen. Im Berichtsjahr begaben wir auch eine Emission über 0,2 Mrd. Euro, die wir aufgrund eines Schuldnerkündigungsrechts innerhalb der ersten zwei Jahre der kurzfristigen Refinanzierung zuordnen.

### Erfolgreiche US-Dollar-Globalanleihen

Seit 2001 nutzen wir bei der amerikanischen Börsenaufsicht SEC registrierte sogenannte Globalanleihen als Refinanzierungsinstrument. Diese ermöglichen uns den Zugang zum US-Markt und unterstreichen unsere Positionierung als „Agency“ auf dem internationalen Kapitalmarkt. Auf Globalanleihen entfielen im Berichtsjahr 3,0 Mrd. Euro (1,7 Mrd. Euro) bzw. 23,1 % (15,6 %) des mittel- und langfristigen Kapitalaufkommens. Im Januar emittierten wir eine zehnjährige Globalanleihe über 2,0 Mrd. US-Dollar. Dies ist unsere bisher größte Emission in dieser Laufzeit. Eine weitere zehnjährige Globalanleihe über 1,5 Mrd. US-Dollar platzierten wir im Juni ebenfalls äußerst erfolgreich.

### „Kangaroo“-Markt dritte Refinanzierungssäule

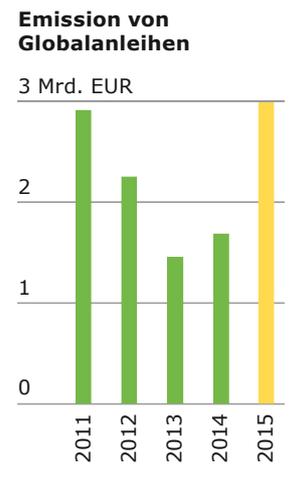
Im Berichtsjahr emittierten wir aus unserem AUD-MTN-Programm Anleihen in Höhe von 3,1 Mrd. Australischen Dollar (AUD) im Gegenwert von 2,2 Mrd. Euro (1,5 Mrd. Euro). Mit einem ausstehenden Volumen von 13,3 Mrd. AUD war die Rentenbank am Jahresende erneut die drittgrößte ausländische Emittentin in diesem Marktsegment. Der „Kangaroo“-Markt bleibt damit eine zentrale Säule unserer Refinanzierung.

### Durchschnittliche Auslastung des ECP-Programms gestiegen

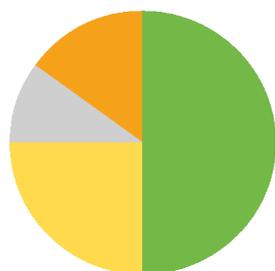
Für die kurzfristige Refinanzierung sind Emissionen aus unserem 20 Mrd. Euro ECP-Programm unverändert von großer Bedeutung. Dies sind Inhaberschuldverschreibungen mit unterjährigen Laufzeiten, die in der Regel in abgezinster Form, also ohne Zinskupon, begeben werden. Selbst in einem Umfeld extrem niedriger, teilweise sogar negativer kurzfristiger Zinsen suchen Investoren Anlagen bei Schuldnern mit höchster Bonität. Dies ermöglichte uns auch im Berichtsjahr den Absatz unserer ECP-Emissionen zu besonders günstigen Konditionen. Im Jahresdurchschnitt war das Programm mit 6,9 Mrd. Euro (6,3 Mrd. Euro) ausgelastet. Am Jahresende betrug die Auslastung 3,4 Mrd. Euro (5,8 Mrd. Euro).

### Nullgewichtung für Rentenbank-Anleihen

Auf Basis des Kreditrisiko-Standardansatzes der CRR können Kreditinstitute in Deutschland und anderen EU-Staaten darauf verzichten, Forderungen gegen die Rentenbank mit Eigenkapital zu unterlegen. Aufgrund der Haftung des Bundes gilt diese Regelung auch in vielen Staaten außerhalb der EU. Im Zusammenhang mit den neuen regulatorischen Vorgaben für Banken erweist sich die Nullgewichtung für unsere Emissionstätigkeit als besonders nützlich. Sie erschließt uns zusätzliche Absatzmöglichkeiten bei nationalen und internationalen Investoren.

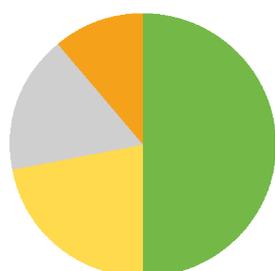


#### Mittel- und langfristige Emissionen 2015 nach Regionen



- Europa 50 %
- Asien 25 %
- Amerika 10 %
- Sonstige 15 %

#### Mittel- und langfristige Emissionen 2015 nach Währungen



- USD 50 %
- EUR 22 %
- AUD 17 %
- Sonstige 11 %

### Banken erneut wichtigste Investorengruppe

Im Berichtsjahr erreichte der bei Banken platzierte Anteil an unserem mittel- und langfristigen Emissionsvolumen 46 % (48 %). Diese Käufergruppe suchte nullgewichtete Papiere bester Bonität mit attraktiven Spreads, um damit Kapital- bzw. Risikokosten zu minimieren. Auch die verschärften Liquiditätsanforderungen im Rahmen der weltweiten Umsetzung von „Basel III“ führen tendenziell zu Nachfrage von Banken, die künftig einen Bestand hochwertiger Aktiva als Liquiditätspuffer vorweisen müssen. Daneben spielen Zentralbanken und andere offizielle Stellen eine wichtige Rolle in unserer Refinanzierung. Ihr Anteil übertraf mit 35 % den Vorjahreswert (31 %). Leicht verändert haben sich auch die Anteile von Asset Managern mit 14 % (13 %) sowie von Versicherungen, Unternehmen und Pensionsfonds mit 5 % (8 %).

Die geografische Verteilung unserer Investoren wies ein besonders breites Spektrum auf. In Deutschland platzierten wir 7 % (12 %) unserer Anleihen. Der Anteil anderer europäischer Investoren blieb stabil bei 43 % (43 %). Die Nachfrage asiatischer Käufer lag mit 25 % leicht über dem Vorjahresniveau (23 %). Der Anteil amerikanischer Investoren stieg ebenfalls leicht auf 10 % (9 %). Weitere 6 % (9 %) unserer Emissionen setzten wir in Neuseeland und Australien sowie 9 % (4 %) im Mittleren Osten und Afrika ab.

### US-Dollar wichtigste Emissionswährung

Unser mittel- und langfristiges Emissionsvolumen verteilte sich im Berichtsjahr auf acht Währungen. Wichtigste Emissionswährung war weiterhin der US-Dollar mit einem Anteil von 50 % (41 %), gefolgt vom Euro, der 22 % (27 %) zum Mittelaufkommen beitrug. Den dritten Rang nahm mit 17 % (14 %) erneut der Australische Dollar ein. Die übrigen 11 % verteilten sich auf Anleihen in Britischen Pfund, Neuseeländischen Dollar, Türkischen Lira, Brasilianischen Real und Südafrikanischen Rand.

### Rentenbank-Emissionen als „liquide Aktiva“...

Anleihen von Förderbanken werden in der EU im Rahmen der bankaufsichtsrechtlichen Meldungen nach der CRR als „liquide Aktiva“ eingestuft. Unsere Anleihen sind vom Bund ausdrücklich garantiert und erfüllen die operationalen Anforderungen nach Artikel 416 CRR. Sie sind deshalb nach Artikel 10 Abs. 1 (c) (i) der delegierten Verordnung zur LCR ohne Beschränkung als „Aktiva der Stufe 1“ anerkannt. Auch in den USA, Kanada und der Schweiz sind unsere Anleihen von den nationalen Notenbanken als Aktiva mit äußerst hoher Liquidität und Kreditqualität anerkannt.

### ... und als refinanzierungsfähige Sicherheiten anerkannt

Unsere auf Euro lautenden börsennotierten Emissionen erfüllen die Anforderungen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) an refinanzierungsfähige Kategorie-1-Sicherheiten. Unsere Anleihen sind in die Liquiditätskategorie II eingestuft. Nur die Anleihen von Zentralbanken und Staaten werden der höheren Kategorie I zugeordnet. Die Liquiditätskategorie II beinhaltet u. a. Anleihen supranationaler Institutionen und Emissionen von Instituten mit öffentlichem Förderauftrag. Ferner erkennen die Reserve Bank of Australia unsere „Kangaroo“-Bonds und die Reserve Bank of New Zealand unsere „Kauri“-Bonds als refinanzierungsfähige Sicherheiten an. Auch in

privaten Repo-Märkten genießen unsere Emissionen eine bevorzugte Stellung. So akzeptiert z. B. die Eurex Repo GmbH unsere Titel als Sicherheiten für den „GC Pooling ECB Basket“.

### **Ausnahme von der gesetzlichen Subordinierung unbesicherter Schuldtitel**

Im Rahmen von Art. 2 des Abwicklungsmechanismusgesetzes (AbwMechG) wurde eine Sonderinsolvenzregel in das KWG aufgenommen (§46 f Abs. 5), die für den Insolvenzfall eine gesetzliche Subordinierung bestimmter unbesicherter Schuldtitel vorsieht. Hiervon ausgenommen sind Schuldtitel, die von nicht insolvenzfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts begeben werden (§ 46f Abs. 6 S. 2 KWG). Durch diese Änderung des KWG stand der Verlust der Notenbankfähigkeit unserer Anleihen zu befürchten.

Im Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR-Gesetz) war zwar bereits verankert, dass die Bank nur durch (Bundes-)Gesetz aufgelöst werden kann. Auch wird infolge der für die Rentenbank bestehenden Anstaltslast des Bundes ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Rentenbank nicht stattfinden. Aufgrund der vorgenommenen Änderung des KWG war es allerdings erforderlich, die Insolvenzunfähigkeit der Rentenbank ausdrücklich im LR-Gesetz hervorzuheben, auch wenn dies in der Sache keine Änderung darstellte.

Zu diesem Zweck wurde dem § 16 Abs. 1 LR-Gesetz folgender Satz 1 vorangestellt: „Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Bank ist unzulässig.“ Durch die Ergänzung behalten unsere unbesicherten Schuldtitel die Notenbankfähigkeit und die effiziente Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrags zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums ist weiterhin gewährleistet.

### **Rentenbank-Anleihen in den wichtigsten Bond-Indizes**

Unsere großvolumigen Euro- und Dollar-Anleihen sind in den wichtigsten Rentenindizes enthalten, u. a. im „Markit iBoxx Euro Benchmark Index“, im „Barclays Euro Aggregate Bond Index“ bzw. „Barclays U.S. Aggregate Bond Index“ sowie im „BofA Merrill Lynch US Broad Market Index“. Diese Indizes messen die Performance nationaler oder internationaler Marktsegmente. Die Aufnahme in einen solchen Index verbessert die Absatzmöglichkeiten einer Anleihe, weil viele institutionelle Investoren an deren Wertentwicklung gemessen werden, folglich auch danach steuern und entsprechend investieren.

### **Geldgeschäft**

Zur Refinanzierung des kurzfristigen Kreditgeschäfts, zur Liquiditätssteuerung und zur Sicherung des kurzfristigen Zinsänderungsrisikos setzen wir eine Vielzahl von Instrumenten ein. Die Mittelaufnahme erfolgt über das ECP- und das EMTN-Programm, über Tages- und Termingelder im Interbankenmarkt, Repo-Geschäfte mit der Eurex Repo GmbH sowie über Refinanzierungsfazilitäten bei der EZB. Das Zinsänderungsrisiko steuern wir außerdem auch mit Derivaten. Das Einlagengeschäft mit Nichtbanken betreiben wir in äußerst geringem Umfang und nur im Rahmen unserer öffentlichen Förderaufgaben.

## **Aktienhandel**

Mit Aktien handeln wir grundsätzlich nicht. Unsere Aktienbestände betreffen daher nur unsere Beteiligungen.

## **Aktiv-Passiv-Steuerung**

### **Unverändert konservatives Liquiditätsrisiko-Management**

Verschärfte Liquiditätsanforderungen sind ein wesentliches Element der Bankenregulierung im Rahmen von „Basel III“. Wir haben der Steuerung dieser Risiken schon immer eine hohe Bedeutung beigemessen. Entsprechend sind die Liquiditätsrisiken der Bank transparent und vom Vorstand limitiert. Liquiditätsrisiken in Fremdwährungen schließen wir durch Sicherungsgeschäfte aus. Unsere Risikomessung beschränkt sich deshalb auf Euro-Zahlungen. In der kurzfristigen Liquiditätsrechnung werden alle planmäßigen Euro-Ein- und Auszahlungen der nächsten zwei Jahre auf Tagesbasis saldiert. Negative Salden (Liquiditätsbedarf) müssen stets durch Refinanzierungsreserven abgedeckt sein. Hierdurch ist die Liquidität der Bank im Grundsatz jederzeit sichergestellt. Im Rahmen der strategischen Liquiditätssteuerung betrachten wir zusätzlich Risikoszenarien. Das mittel- und langfristige Liquiditätsrisiko überwachen wir ebenfalls. In den Laufzeitebenen über 2 bis 15 Jahre werden die Kapitalzahlungsströme quartalsweise kumuliert. Der offene Liquiditätssaldo darf ein vom Vorstand festgelegtes Limit nicht überschreiten.

Im Geschäftsjahr 2015 hielten wir alle Liquiditätslimite ein. Die monatlich berechneten Liquiditätsszenarien haben zu keinem Zeitpunkt, weder einzeln noch aggregiert, Engpässe signalisiert. Bei der im Oktober 2015 verbindlich eingeführten Kennziffer Liquidity Coverage Ratio (LCR) hatten wir jederzeit genügend Puffer zur aufsichtsrechtlichen Mindestquote. Aufgrund unserer weitgehend fristenkongruenten Refinanzierung lag die Net Stable Funding Ratio (NSFR) ebenfalls oberhalb der geplanten Mindestnorm. Wir erfüllen ferner sämtliche Anforderungen der vierten Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

### **Steuerung des Marktpreisrisikos**

Unser Festsatzaktivgeschäft sowie die auf Euro lautenden Emissionen werden vorwiegend durch Zinsswaps in variable Positionen getauscht. Zahlungsströme aus Fremdwährungsaktiva und -passiva tauschen wir ebenfalls nahezu ausschließlich über Zins-Währungs-Swaps (Cross-Currency-Swaps) oder Währungsbasiswaps in zinsvariable Euro-Positionen. Auch die mit der Emission von strukturierten Anleihen verbundenen Marktpreisrisiken wie Währungs-, Aktien- und Optionsrisiken sichern wir durch derivative Instrumente ab. Festzinspositionen aus Programmkrediten werden ebenfalls generell über Zinsswaps in variable Zinspositionen getauscht. Die verbleibenden kurzfristigen Zinsänderungsrisiken aus variablen Aktiv- und Passivgeschäften steuern wir in unserem Geldgeschäft.

Die Überwachung der Risikoposition aus dem Geldgeschäft und dem Kreditgeschäft erfolgt auf der Basis eines täglichen Risikoreportings, mit dem u. a. das Marktpreisrisiko mittels einer Verschiebung der Zinskurve ermittelt wird. Die Bewertung von Marktpreisrisiken erfolgt unter Beachtung der MaRisk.

### **Derivate sichern Marktpreisrisiken ab**

Zur Zins- und Währungssicherung haben wir im Berichtsjahr Swaps in Höhe von 30,3 Mrd. Euro (23,8 Mrd. Euro) abgeschlossen. Davon entfielen 18,6 Mrd. Euro (14,3 Mrd. Euro) auf Zinsswaps sowie 11,7 Mrd. Euro (9,5 Mrd. Euro) auf Zins-Währungsswaps und Währungsbasisswaps. Außerdem setzten wir Währungsswaps (FX-Swaps) zur Sicherung unserer ECP-Emissionen in Fremdwährung ein.

Derivate nutzen wir ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken auf Basis von Mikro- oder Makro-Hedges. Bei Mikro-Hedges ist jeder Swap mit einem konkreten Bilanzgeschäft verknüpft. Marktpreisrisiken aus unseren Programmkrediten sichern wir hingegen auf Portfolioebene (Makro-Swaps) ab.

Das Adressenausfallrisiko der von uns eingesetzten Derivate begrenzen wir bei allen Swap-Partnern durch Besicherungsvereinbarungen.

### **Rentenbank bleibt Nichthandelsbuchinstitut**

Die Rentenbank führt kein Handelsbuch im Sinne des KWG bzw. des Artikel 4 Absatz 1 Nummer 86 CRR. Wir haben uns deshalb bereits 1998 als Nichthandelsbuchinstitut eingestuft und dies der BaFin und der Deutschen Bundesbank angezeigt. Wir gehen weiterhin keine Positionen mit Handelsabsicht gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nummer 85 CRR ein. Sämtliche Geschäfte ordnen wir dem Anlagebuch zu.

## **Weitere Aktivitäten**

### **Informations- und Fortbildungsaktivitäten wieder sehr gefragt**

Die Landwirtschaft ist eine der kapitalintensivsten Branchen in Deutschland mit wachsenden und sich spezialisierenden Betrieben. Landwirte sind daher interessante Kunden für Banken und Sparkassen. Die hohe Investitionstätigkeit bei volatilen Erzeugerpreisen und daher schwankenden Betriebsergebnissen ist aber eine Herausforderung sowohl für die Landwirte als auch für die sie finanzierenden Banken. Die Fachkompetenz der Kreditinstitute bei der Betreuung ihrer Agrarkunden gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Denn nur mit branchenspezifischem Wissen lassen sich – gemeinsam mit den Unternehmen – maßgeschneiderte Finanzierungslösungen entwickeln. Deshalb engagieren wir uns seit Jahren in der Aus- und Fortbildung von Bankspezialisten mit dem Betreuungsschwerpunkt „Agrar“.

Schwerpunkte unserer Fortbildungsaktivitäten im Jahr 2015 waren Bankenseminare und Bankenworkshops zu finanzwirtschaftlichen Themen. Referenten der Rentenbank waren z. B. an den Lehrgängen „Zertifizierter Förder-

mittelberater VÖB“ des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands und dem „Zertifizierten Agrarfinanzberater ADG“ der Akademie Deutscher Genossenschaften beteiligt. Zudem haben unsere Referenten am Branchenforum „Landwirtschaft“ der Sparkassenakademie Hessen-Thüringen, am „Tag der Förderinstitute“ des Genossenschaftsverbands Weser-Ems und weiteren Veranstaltungen mitgewirkt.

Die Rentenbank initiiert jährlich eine Agrarfinanztagung mit hochrangigen Referenten und Diskussionspartnern. Die Tagung hat sich in den letzten Jahren zu einer bedeutenden Plattform für das Agrarbanking in Deutschland entwickelt. Hier informieren wir Bankenvertreter über aktuelle politische, wirtschaftliche und rechtliche Entwicklungen in der Landwirtschaft. Im Jahr 2015 führten wir die Agrarfinanztagung wieder gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband durch. Die Tagung war dem Thema „Trendwende oder Delle auf den Agrarmärkten? Auswirkungen auf das Agrarbanking“ gewidmet.

### **Verstärkte Förderung des agrarwirtschaftlichen Nachwuchses**

Unsere Fortbildungsaktivitäten erstrecken sich auch auf die Förderung agrarwirtschaftlicher Nachwuchskräfte. Mitarbeiter der Rentenbank hielten auch im vergangenen Jahr Gastvorlesungen an Hochschulen zur landwirtschaftlichen Unternehmensfinanzierung. Außerdem veranstaltete die Rentenbank wieder einen Hochschultag auf der Landwirtschaftsmesse „Agritechnica“ in Hannover. Studierende konnten dort in Kontakt mit erfahrenen, in der Finanzbranche tätigen Agrarwissenschaftlern kommen.

### **Rentenbank erfolgreich präsent auf Messen und Veranstaltungen**

Im Jahr 2015 präsentierten wir unser Leistungsangebot erneut auf zahlreichen überregionalen Fachmessen. Die Rentenbank war auf der „BIOFACH“ in Nürnberg, den „Agrarunternehmertagen“ in Münster und auf der „Agritechnica“ in Hannover vertreten. Zusätzlich informierten wir auf weiteren Veranstaltungen über unser Förderangebot. Mit einem Informationsstand war die Rentenbank auf dem „Berliner Milchforum“, dem „Biogasinnovationskongress“ in Osnabrück und dem Hamburger Bauerntag präsent.

Die vielfältigen thematischen Schwerpunkte der Messen und Veranstaltungen spiegeln das breite Förderspektrum der Rentenbank wider. Mit unserer Präsenz machen wir die Bank und ihr Förderangebot weiter bekannt. Im direkten Dialog mit Kunden und Multiplikatoren erhalten wir wichtige Anregungen und knüpfen und pflegen Kontakte.

### **Kulturelles und soziales Engagement**

Als Anstalt des öffentlichen Rechts sehen wir uns auch über unseren Förderauftrag hinaus verpflichtet, uns engagiert und verantwortungsbewusst für das Gemeinwohl einzusetzen. Dabei verstehen wir die Rentenbank als „guten Unternehmensbürger“ und unterstützen deshalb vor allem lokale Kulturinstitutionen und ausgewählte Projekte am Sitz der Bank in Frankfurt am Main. Regelmäßig werden u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum, das English Theatre und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städelschule unterstützt. In der Städelschule fördern wir junge Talente durch die Stiftung eines Gruppenpreises im Rahmen des jähr-

lichen „Rundgangs“. Über diese regelmäßige Förderung hinaus waren wir im Berichtsjahr z. B. wieder Sponsor der „Operngala“ der Oper Frankfurt.

Mit unserer traditionellen Weihnachtsspende unterstützten wir im Berichtsjahr in Frankfurt die „Winterspeisung“ in der Katharinenkirche, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätige „Arche“, die Metzler-Stiftung, den Ambulanten Malteser Hospizdienst und die Malteser Migranten Medizin, die Reha-Werkstatt Niederrad des Frankfurter Vereins für soziale Heimstätten sowie in Goldbach den Verein „Zukunft für kolumbianische Kinder“. Darüber hinaus haben wir im Rahmen des ErlebnisBauernhofs auf der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin an die Deutsche Welthungerhilfe für das Projekt „Grün ist die Hilfe“ gespendet.

## Nachhaltigkeit

### **Nachhaltigkeit ist Bestandteil unseres Förderauftrags**

Als Anstalt des öffentlichen Rechts mit gesetzlichem Förderauftrag trägt die Landwirtschaftliche Rentenbank im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit eine besondere Verantwortung. Dies gilt umso mehr, als der Begriff Nachhaltigkeit ursprünglich der Forstwirtschaft entstammt. Denn in der Land- und Forstwirtschaft ist durch das Denken in Generationen und durch die Besonderheiten des elementaren, nicht reproduzierbaren Produktionsfaktors Boden nachhaltiges unternehmerisches Handeln tief verwurzelt. Die Tätigkeit der Agrarwirtschaft bietet zudem zahlreiche Ansatzpunkte für die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen. So kann die Landwirtschaft insbesondere auch zum globalen Klimaschutz beitragen.

Für die Rentenbank haben gesellschaftlich verantwortliches Handeln und der Schutz der Umwelt daher schon lange einen hohen Stellenwert. Unser Geschäftsmodell ist auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaut. Es ist damit auch die Grundlage unseres Engagements für eine wirtschaftlich stabile und ökologische Gesellschaft. Mit dem Inkrafttreten des 5. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank am 1. August 2002 wurden wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns explizit in den Förderauftrag der Bank aufgenommen.

Auch in unserem Leitbild bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für die nachhaltige Verbesserung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Lebensbedingungen. Sowohl der Nachhaltigkeitsgedanke unserer Förderpolitik als auch Nachhaltigkeitsaspekte unseres internen Bankbetriebs sind im Leitbild der Rentenbank maßgeblich verankert.

### **Besonders günstige Konditionen für nachhaltige Investitionen**

Seit vielen Jahren bietet die Rentenbank zinsgünstige Förderkredite für nachhaltige Investitionen in der Agrarwirtschaft an. Wir fördern Investitionen in den agrarbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz sowie in die Nutzung nachwachsender Rohstoffe mit eigenen speziellen Programmen. Außerdem finanzieren wir nachhaltige Investitionen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, im ökologischen Landbau und in die

regionale Vermarktung. Förderkredite für nachhaltige Investitionen bieten wir zu besonders günstigen Konditionen an.

Das Programm „Energie vom Land“ richtet den Fokus auf die Erzeugung erneuerbarer Energien, denn die Landwirtschaft spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der klimapolitischen Ziele des Bundes und der Europäischen Union. Die Rentenbank unterstützt die Branche dabei. Mit unserem Programm „Bürger- und Bauernwindparks“ fördern wir auch Windenergieprojekte mit einem regional offenen Beteiligungsverfahren. Wir finanzieren Windenergieunternehmen, die mehrheitlich Bürgern, Unternehmern und Grundstücksbesitzern am Standort des Windparks gehören und sorgen so dafür, dass ein Großteil der Wertschöpfung unmittelbar im ländlichen Raum verbleibt. Zudem erhöht sich hierdurch auch die lokale Akzeptanz für diese Anlagen.

In unseren Förderangeboten für die ländliche Entwicklung, die auch über Landesförderinstitute ausgereicht werden, finanzieren wir unter anderem Investitionen in den Aufbau einer Breitbandversorgung. Damit tragen wir zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum bei.

Mit unserer Fördersparte „Aquakultur und Fischwirtschaft“ unterstützen wir mit besonders günstigen Konditionen Investitionen, die dem Umwelt- und Ressourcenschutz zugutekommen. Fische nachhaltig zu züchten, um bei weltweit steigender Nachfrage die natürlichen Fischbestände zu schonen, ist eine relativ neue Herausforderung für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft.

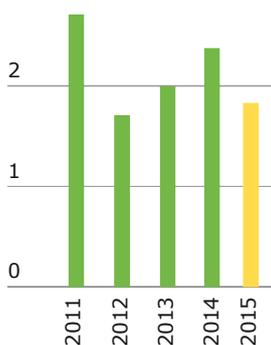
Im Geschäftsjahr 2015 haben wir mit unseren Förderprogrammen Investitionen mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit – einschließlich der Sparte „Erneuerbare Energien“ – mit insgesamt 1,8 Mrd. Euro (2,4 Mrd. Euro) gefördert. In der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ war die Nachfrage in allen Bereichen rückläufig. Mit der Ausgestaltung unserer Programme verfolgen wir auch in Zukunft das Ziel, Investitionen der Agrarwirtschaft in nachhaltige Projekte besonders zu unterstützen.

### Nachhaltigkeit im Fokus der Innovationsförderung

Technischer Fortschritt und Innovationen sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung der Agrarwirtschaft. Nur durch Innovationen kann es gelingen, erhöhte gesellschaftliche Anforderungen im Bereich Umwelt- und Tierschutz mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden. Wir unterstützen den gesamten Innovationsprozess von der Entwicklung über die Praxiseinführung bis hin zur Verbreitung besonders nachhaltiger Verfahren. Schwerpunkt unserer Zuschussförderung waren 2015 mit 13,8 Mio. Euro Innovationen in der Tierhaltung. Unter anderem unterstützten wir die Ausschreibung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zum Thema „Innovationen zur Verbesserung der Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren“. Weitere innovative Projekte zur Verbesserung der Ressourceneffizienz im Gartenbau und im Ackerbau bezuschussten wir mit jeweils 2,2 Mio. Euro.

### Neuzusagen für nachhaltige Projekte

3 Mrd. EUR



## **Nachhaltigkeit ist wichtiger Aspekt auch in der Personalpolitik**

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die fachliche, methodische und persönliche Weiterbildung sowie die Führungskräfteentwicklung sind für die Rentenbank von besonderer Bedeutung. Die Bank macht ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu diesen Themen zahlreiche Angebote.

Die Gesundheit unserer Mitarbeiter hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Dabei geht es nicht nur um den Abbau von Belastungen am Arbeitsplatz, sondern darum, vorbeugend die Gesundheit unserer Mitarbeiter zu fördern. Zu einem umfassenden betrieblichen Gesundheitsmanagement gehören für uns neben Gesundheitstagen, Gripeschutzimpfungen, Vorsorgeuntersuchungen und einem betrieblichen Eingliederungsmanagement auch diverse Betriebssportgruppen und Zuschüsse für den Besuch von Fitnessstudios. Unser hauseigenes Mitarbeiterkasino bietet zudem täglich eine gesunde und ausgewogene Ernährung mit frischen und saisonalen Produkten.

Das Thema „gesunde Führung“ stellt im Rahmen unserer Führungskräfteentwicklung ein eigenes Seminarmodul dar. Die Sensibilisierung unserer Führungskräfte für die eigene Gesundheit sowie die ihrer Mitarbeiter ist ein wesentlicher Bestandteil unseres verantwortungsbewussten Gesundheitsmanagements.

Über einen neutralen und professionellen Partner haben unsere Mitarbeiter die Möglichkeit, ein Lebenslagencoaching zu nutzen. Qualifizierte Berater, die zur absoluten Verschwiegenheit verpflichtet sind, unterstützen bei Fragen oder Problemen im Berufs- und Privatleben.

## **Senkung des Ressourcenverbrauchs im internen Bankbetrieb**

Als Dienstleistungsunternehmen tragen wir auch in unserem täglichen Bankbetrieb zur Schonung der Ressourcen bei und gehen sparsam mit Energie und Rohstoffen um. Wir prüfen außerdem, ob es weitere Möglichkeiten gibt, Ressourcen einzusparen und beziehen ökologische Aspekte in unsere Entscheidungen und Verhaltensweisen mit ein. Im Rahmen des betrieblichen Umweltschutzes der Rentenbank steht seit 2010 die Sanierung der in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren errichteten Mitarbeiterwohnungen im Vordergrund. Im Berichtsjahr nahmen wir dort weitere Modernisierungsmaßnahmen vor. Bei allen durchgeführten Maßnahmen haben wir besonderen Wert darauf gelegt, den Ressourcenverbrauch zu verringern.

## Corporate Governance

### **Rentenbank bekennt sich zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes**

Wirkungsvolle Corporate Governance ist von zentraler Bedeutung für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Unternehmensführung. Die Rentenbank hat daher den von der Bundesregierung beschlossenen Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK, Stand 30. Juni 2009) mit Beschluss

des Verwaltungsrats vom 16. Juli 2009 übernommen. Der PCGK richtet sich zwar in erster Linie an private Unternehmen. Seine Anwendung wird jedoch auch Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, wie es die Rentenbank als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts ist, empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank, „LR-Gesetz“) dem nicht entgegenstehen.

Vorstand und Verwaltungsrat der Rentenbank identifizieren sich mit den Grundsätzen des PCGK und erkennen sie an. Die Einhaltung der im Kodex enthaltenen national und international anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung liegt ausdrücklich im allgemeinen Bundesinteresse an der Tätigkeit der Rentenbank. Eventuelle Abweichungen von den Grundsätzen des PCGK werden in der Entsprechenserklärung jährlich offengelegt und erläutert.

### **Leitung und Kontrolle der Bank durch Vorstand und Verwaltungsrat**

Vorstand und Verwaltungsrat arbeiten zum Wohle der Bank eng zusammen und beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat regelmäßig, mindestens vierteljährlich, über den Gang der Geschäfte unter Berücksichtigung aller relevanten Fragen der Planung, über die Risikolage, das Risikomanagement, über die Einhaltung der bankaufsichtsrechtlichen Regelungen sowie die finanzielle Lage der Bank. Darüber hinaus hält der Vorstand mit dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats regelmäßig Kontakt und berät wichtige Fragen der Unternehmensführung und -strategie mit ihnen.

Im Berichtsjahr hat der Vorstand den Verwaltungsrat vollumfänglich über alle die Bank betreffenden Fragen bezüglich Planung, Risikolage, Risikomanagement, Einhaltung der bankaufsichtsrechtlichen Regelungen, Geschäftsentwicklung und finanzieller Lage unterrichtet.

### **Vorstand**

Der Vorstand leitet die Bank in eigener Verantwortung nach Maßgabe des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank, der Satzung sowie der Geschäftsordnung des Vorstands. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse und den gesetzlichen Förderauftrag gebunden.

Die Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands regelt ein Geschäftsverteilungsplan. Danach sind die Mitglieder des Vorstands der Rentenbank für die folgenden Ressorts zuständig:

- Dr. Horst Reinhardt als Sprecher des Vorstands für Fördergeschäft, Treasury, Recht und Personal sowie Öffentlichkeitsarbeit und Volkswirtschaft,
- Hans Bernhardt für Finanzen, IT und Organisation, Sicherheiten und Beteiligungen sowie Verwaltung und
- Imke Etori für Banken und Operations Financial Markets.

## **Verwaltungsrat**

Der Verwaltungsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung der Bank nach Maßgabe des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank, der Satzung sowie der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats. Er bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand deren langfristige Nachfolge. Der Verwaltungsrat kann dem Vorstand allgemeine und besondere Weisungen erteilen.

Nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank gehören dem Verwaltungsrat 18 Mitglieder an. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats wird vom Verwaltungsrat aus den Reihen der vom Deutschen Bauernverband e. V. (DBV) benannten Mitglieder gewählt. Verwaltungsratsvorsitzender im Berichtsjahr war der Präsident des DBV, Herr Joachim Rukwied. Im Berichtsjahr waren im Verwaltungsrat zwei Frauen vertreten.

Im Berichtsjahr haben fünf Verwaltungsratsmitglieder an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen.

## **Aufsicht**

Gemäß § 11 Abs. 1 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank untersteht die Bank der Aufsicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Aufsichtsbehörde), das seine Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen trifft. Die Aufsichtsbehörde trägt dafür Sorge, dass der Geschäftsbetrieb der Bank mit dem öffentlichen Interesse insbesondere an der Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sowie mit den Gesetzen und der Satzung der Landwirtschaftlichen Rentenbank im Einklang steht.

## **Effizienzprüfung des Verwaltungsrats**

Der Verwaltungsrat führt gemäß § 25d Abs. 11, Satz 2 Nr. 3 und 4 KWG jährlich eine Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Verwaltungsrats insgesamt sowie der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Organmitglieder als auch des jeweiligen Organs insgesamt durch. Gemäß § 9 Abs. 4 Nr. 2 c, d der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats wird der Verwaltungsrat bei der Durchführung der Prüfung durch den Verwaltungsausschuss unterstützt, der im Rahmen seiner Herbstsitzung den Fragenkatalog festlegt.

An der Evaluierung im Berichtsjahr haben sich 14 der 18 Mitglieder des Verwaltungsrats beteiligt. Die Beteiligung lag damit bei 78 %. Mit der Auswertung der Effizienzprüfung hat sich der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 26.03.2015 befasst und eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert.

## **Vermeidung von Interessenkonflikten**

Die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Möglicherweise auftretende Interessenkonflikte im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit sind von den Vorstandsmitgliedern und den Mitgliedern des Verwaltungsrats gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. dem Verwaltungsrat

offenzulegen. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstands und des Verwaltungsrats sind im Berichtsjahr nicht aufgetreten.

### **Vergütungsregelungen für Vorstand und Verwaltungsrat**

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Verwaltungsrat auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung in angemessener Höhe festgelegt. Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder enthält keine Komponenten mit einer Anreizwirkung, bestimmte Geschäfte oder Risiken einzugehen.

Bei der Bemessungsgrundlage der variablen Vergütung, die für das vergangene Kalenderjahr gezahlt wird, orientiert sich der Verwaltungsrat an der individuellen Leistung eines Vorstandsmitglieds, der Leistung der Vorstandsmitglieder insgesamt, der wirtschaftlichen Lage sowie dem nachhaltigen Erfolg und den Zukunftsaussichten der Rentenbank. Zur Operationalisierung dieser Kriterien finden quantitative und qualitative Aspekte Berücksichtigung. Eine unmittelbare Verknüpfung der Höhe der variablen Vergütung der Mitglieder des Vorstands mit einem oder mehreren dieser Kriterien besteht nicht.

Die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder wird durch Beschluss der Anstaltsversammlung festgelegt. Dabei wird sowohl der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Verwaltungsratsmitglieder als auch der wirtschaftlichen Lage der Rentenbank Rechnung getragen.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und der Verwaltungsratsmitglieder ist im Konzernanhang auf den Seiten 163 und 164 aufgeführt.

### **Transparenz und Information**

Transparenz und Information sind für die Bank von besonderer Bedeutung. Die Rentenbank folgt bei der Informationsverbreitung dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Anleger bzw. weiterer Interessenten. Die Bank veröffentlicht alle wichtigen Informationen auch auf ihrer Internetseite ([www.rentenbank.de](http://www.rentenbank.de)). Dort werden neben dem Konzern- und Jahresabschluss auch sämtliche Presse- und Ad-hoc-Mitteilungen der Rentenbank sowie die Entsprechenserklärung zum PCGK publiziert.

### **Rechnungslegung und Abschlussprüfung**

Die Rentenbank hat für das Geschäftsjahr 2015 den Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Darüber hinaus hat die Rentenbank einen Einzelabschluss nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) für große Kapitalgesellschaften und den besonderen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Der Verwaltungsrat wählt den Abschlussprüfer, erteilt den Prüfungsauftrag und trifft mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung. Der vom Verwaltungsrat gebildete Prüfungsausschuss achtet auf die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

### **Entsprechenserklärung des Vorstands und des Verwaltungsrats**

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat im Geschäftsjahr 2015 den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:

- Eine Nennung der Vergütung der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder wird im Corporate Governance Bericht nicht wiederholt, da die Vergütung unter Namensnennung in allgemein verständlicher Form im Geschäftsbericht der Rentenbank wiedergegeben wird (Konzernanhang, Seiten 163 und 164).
- In Ausnahmefällen bereiten die Ausschüsse – entgegen Ziffer 5.1.8 PCGK – aus Praktikabilitäts- und Effizienzgründen nicht nur Entscheidungen des Verwaltungsrats vor, sondern entscheiden abschließend.

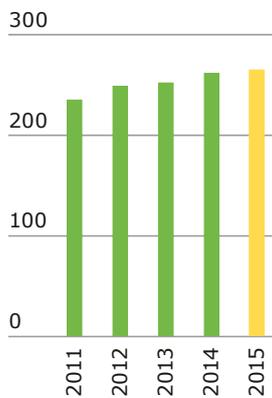
Die Landwirtschaftliche Rentenbank beabsichtigt, dem PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit obiger Maßgabe auch in Zukunft zu entsprechen.

Landwirtschaftliche Rentenbank  
Im April 2016

Der Vorstand  
Der Verwaltungsrat

## Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Wesentlicher Erfolgsgarant der Geschäftstätigkeit der Bank waren in unserer über 65-jährigen Geschichte und sind auch heute unsere qualifizierten und engagierten Mitarbeiter. Vom „klassischen“ Banker über den Agraringenieur bis hin zum IT-Spezialisten beschäftigten wir am Jahresende 269 (265) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darin sind Vorstandsmitglieder, Beschäftigte in einem ruhenden Arbeitsverhältnis (z. B. Elternzeit), Auszubildende und Praktikanten nicht enthalten.

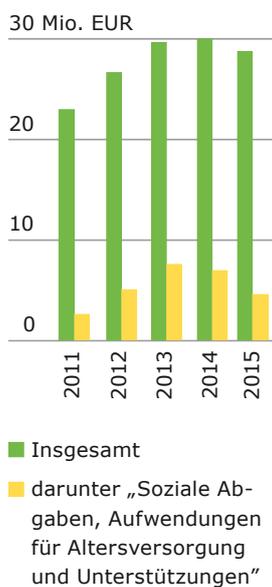
Ein wichtiger Teil des Selbstverständnisses unseres Hauses ist es, kontinuierlich und gezielt in Qualifikation, Entwicklung, Absicherung sowie in Arbeits- und Lebensqualität unseres Personals zu investieren. Mit unserem Haus loyal verbundene und leistungsbereite Mitarbeiter sind das Ergebnis unserer auf Langfristigkeit ausgerichteten Personalpolitik. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug im Berichtsjahr 11,3 Jahre.

### Personalentwicklung

Unsere Mitarbeiter sind unser wertvollstes Kapital. Ihr Fachwissen und ihre Persönlichkeit sind entscheidend für den Erfolg der Bank. Daher unterstützen wir gezielt die fachliche und persönliche Entwicklung. Weiterbildungsangebote haben dementsprechend einen hohen Stellenwert in unserem Haus. Neben unserem Trainee-Programm für Berufseinsteiger bieten wir unseren berufserfahrenen Mitarbeitern Seminare und Workshops oder berufsbegleitende Studiengänge an. 2015 haben zwei Drittel aller Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) an insgesamt knapp 200 Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen.

Ebenso wichtig ist es uns, dass sich unsere Mitarbeiter im Arbeitsalltag auf neue IT-Anforderungen und die Internationalisierung des Arbeitsumfelds einstellen. Aus diesem Grund besuchten im Jahr 2015 rund 10 % der Belegschaft Schulungen zu MS-Office-Programmen. Rund 30 % der Mitarbeiter nehmen an regelmäßig stattfindenden Sprachausbildungen teil.

### Personalaufwand (HGB)



### Personalaufwand (HGB)

Die Personalkosten sind im Jahr 2015 auf 28,8 Mio. Euro (2014: 30,0 Mio. Euro) gesunken, da sich die „Sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen“ auf 4,7 Mio. Euro (7,0 Mio. Euro) verringert haben. Der Aufwand für Gehälter dagegen ist aufgrund von Tariferhöhungen und der Neueinstellung von qualifizierten Fachkräften im Jahr 2014 gestiegen. Beide Faktoren wurden erst im Jahr 2015 vollständig kostenwirksam.

### Chancengleichheit

Der im Jahr 2015 erarbeitete und ab 1.1.2016 geltende Gleichstellungsplan der Rentenbank stellt eine wichtige Basis für die Personalentwicklung der kommenden Jahre dar.

Seit Jahrzehnten ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Frauen und Männern in unserer Bank nahezu ausgeglichen (Ende 2015: 47 % zu 53 %). Frauen und Männer üben in unserem Haus schon lange die gleichen qualifizierten Spezialisten-Tätigkeiten aus. Auf der Führungsebene wollen wir die Relation zwischen weiblichen und männlichen Führungskräften weiter annähern (Ende 2015: 14 % zu 86 %).

Durch die Maßnahmen des Gleichstellungsplans soll ein Umfeld geschaffen werden, in dem insbesondere unsere weibliche Belegschaft ihre beruflichen Ziele noch konsequenter verfolgen kann, z. B. durch Inanspruchnahme unseres flexiblen Arbeitszeitmodells, durch unser Angebot der Kinderbetreuung durch einen externen Partner, durch die Übernahme von Verantwortung in Projekten und Stellvertreterfunktionen sowie durch unsere individuellen Teilzeitangebote. Zum Jahresende 2015 arbeiteten 37 % der Frauen und 4 % der Männer in Teilzeit.

Wir achten darauf, dass die Maßnahmen, zu denen wir uns im Rahmen des Gleichstellungsplans verpflichten, einen Nutzen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit auch für die Bank bringen. Es steht nicht im Vordergrund, eine Quote zu realisieren, sondern Frauen und Männern entsprechend ihrer beruflichen und persönlichen Situation die gleichen Chancen zur beruflichen Entwicklung zu bieten, z. B. auch im Rahmen eines zu etablierenden systematischen Nachfolgemaneagements.



Engagierte Bürger der „Ideenwerkstatt Dorfzukunft“

## IDEENWERKSTATT DORFZUKUNFT

Die „Ideenwerkstatt Dorfzukunft“ ist ein Zusammenschluss von derzeit ca. 350 engagierten Bürgern in Flegessen, Hasperde und Klein Süntel mit dem Ziel, diese Dörfer zukunftsfähiger zu machen. In Seminaren und Workshops wurden bislang rund 80 Projektideen entwickelt. Die Gemeinschaft mit Mitmach-Kultur ist Preisträger des von der Rentenbank unterstützten Wettbewerbs „Kerniges Dorf“ der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG).





## Zusammengefasster Lagebericht

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	77
<b>Grundlagen des Konzerns.....</b>	<b>77</b>
Konzernstruktur.....	77
Förderauftrag.....	77
Steuerungssystem.....	77
<b>Wirtschaftsbericht.....</b>	<b>78</b>
Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen.....	78
Geschäftsverlauf.....	79
Lage.....	80
Ertragslage.....	80
Finanzlage.....	85
Vermögenslage.....	88
Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren.....	88
<b>Nachtragsbericht.....</b>	<b>89</b>
<b>Prognose- und Chancenbericht.....</b>	<b>89</b>
Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen.....	89
Prognose der Geschäftsentwicklung.....	90
Chancen und Risiken.....	91
Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr.....	91
<b>Risikobericht.....</b>	<b>92</b>
Organisation des Risikomanagements.....	92
Adressenausfallrisiken.....	93
Marktpreisrisiken.....	100
Liquiditätsrisiken.....	104
Operationelle Risiken.....	105
Regulierungs- und Reputationsrisiken.....	106
Risikotragfähigkeit – „Going Concern-Ansatz“.....	107
Risikodeckungspotenzial.....	107
Risikoszenarien.....	108
Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“.....	110
Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung.....	111
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten.....	111
<b>Rechnungslegungsprozess.....</b>	<b>111</b>

## Vorwort

Der zusammengefasste Lagebericht besteht aus dem Konzernlagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Konzern nach IFRS) und dem Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Rentenbank nach HGB). Die Rentenbank hat als Mutterunternehmen des Rentenbank-Konzerns den Lagebericht nach § 298 Handelsgesetzbuch (HGB) gemäß § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 2 HGB mit dem Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 i. V. m. § 315 HGB zusammengefasst. Der zusammengefasste Lagebericht enthält Anhangsangaben entsprechend IFRS 7.

Der Unterschied zwischen Konzern und Rentenbank ist aufgrund der untergeordneten Bedeutung der konsolidierten Tochtergesellschaften LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), Frankfurt am Main, und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV), Frankfurt am Main, gering. Die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht gelten daher grundsätzlich sowohl für den Konzern als auch für die Rentenbank. In der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind die spezifischen Angaben zur Rentenbank auf Basis der HGB-Rechnungslegung jeweils am Ende des entsprechenden Abschnitts dargestellt.

## Grundlagen des Konzerns

### Konzernstruktur

Die Rentenbank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie unterhält keine Zweigniederlassungen.

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Zum Konzern gehören neben der Rentenbank drei Tochtergesellschaften: LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV) und Getreide-Import Gesellschaft mbH (GIG). Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Für die LRB hat die Rentenbank eine Patronatserklärung abgegeben. Die Tochtergesellschaften refinanzieren sich ausschließlich konzernintern.

### Förderauftrag

Abgeleitet aus dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank hat der Konzern den staatlichen Auftrag, die Landwirtschaft sowie den ländlichen Raum zu fördern. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist auf diesen Förderauftrag ausgerichtet. Die durch Gesetz und Satzung der Rentenbank vorgegebenen Rahmen-

bedingungen prägen im Wesentlichen die Risikostruktur des Konzerns.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank zweckgebundene Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Die Bank vergibt im Rahmen der Programmkredite Refinanzierungsdarlehen wettbewerbsneutral im sogenannten Hausbankverfahren für Vorhaben in Deutschland. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur bzw. der Fischwirtschaft. Die Rentenbank refinanziert ebenso Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen, Investitionen in erneuerbare Energien sowie Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum.

### Steuerungssystem

Die Rentenbank verfolgt im Rahmen der Geschäftsstrategie folgende Ziele:

- Optimale Umsetzung des Förderauftrags und kontinuierliche Weiterentwicklung des Fördergeschäfts,
- Erbringung der Förderleistung aus eigenen Mitteln,
- Erzielung eines angemessenen Betriebsergebnisses,
- geringe Risikotoleranz.

Die ersten drei Ziele werden mittels Leistungsindikatoren operationalisiert. Die Indikatoren werden in diesem Abschnitt unten näher definiert. Über Zielgrößen sowie Zielerreichung informiert der Prognosebericht sowie der Abschnitt zur Ertragslage. Die geringe Risikotoleranz spiegelt sich im Risikoappetit (Risk Appetite Framework) und den damit verbundenen konservativ festgelegten Limiten wider, die im Risikobericht beschrieben sind.

### Segmente

Die strategischen Ziele werden segmentbezogen dargestellt. Die Segmente unterteilen sich in:

- Fördergeschäft

Das Segment „Fördergeschäft“ umfasst das Förderkreditgeschäft, das verbrieftes Fördergeschäft sowie die langfristige Refinanzierung des Konzerns. Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen. Geschäftspartner im Fördergeschäft sind nahezu ausschließlich Banken und öffentliche Stellen. Das verbrieftes Fördergeschäft umfasst Engagements in Wertpapiere vor allem mit dem Ziel, die Liquidität der Bank zu sichern. Es dient damit insbesondere der Erfüllung bankregulatorischer Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Der

Konzern hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations).

- **Kapitalstockanlage**

Das Segment „Kapitalstockanlage“ beinhaltet die Anlage des bilanziellen Eigenkapitals und der langfristigen Rückstellungen. Investiert wird im Wesentlichen in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen sowie Namenspapiere von Banken und öffentlichen Emittenten.

- **Treasury Management**

Im Segment „Treasury Management“ werden die kurzfristige Liquidität sowie das kurzfristige Zinsänderungsrisiko gesteuert.

### Leistungsindikatoren

Die verwendeten wesentlichen Kennzahlen für die Messung des strategischen Zielerreichungsgrads im Rahmen des Steuerungssystems sind die finanziellen Leistungsindikatoren. Weitere, nicht-finanzielle Leistungsindikatoren ergänzen das Steuerungssystem.

Die finanziellen Leistungsindikatoren spiegeln die operative Geschäftstätigkeit auf Grundlage der HGB-Rechnungslegung wider. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen:

- **Operatives Ergebnis (Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung)**

Die Tätigkeit der Rentenbank ist nicht primär auf Gewinnerzielung ausgerichtet, berücksichtigt aber betriebswirtschaftliche Grundsätze. Dies schließt ertragsorientiertes Handeln zur langfristigen Sicherung der Förderfähigkeit im Konzern ein. Mit dem Operativen Ergebnis wird vor dem Hintergrund steigender regulatorischer Anforderungen mittels Thesaurierung die Kapitalbasis gestärkt. Ertragsorientiertes Handeln und stabile Erträge sind außerdem Voraussetzungen dafür, dass ohne öffentliche Zuschüsse gefördert werden kann. Die Rentenbank nutzt dabei ihre hohe Bonität als staatliches Förderinstitut, kombiniert mit einer entsprechenden Kapitalmarktstrategie, um sich günstig zu refinanzieren. Die Fördertätigkeit profitiert darüber hinaus auch von den Erträgen aus dem verbrieften Fördergeschäft und dem allgemeinen Förderkreditgeschäft sowie von der hohen Kosteneffizienz der Prozesse innerhalb des Konzerns.

- **Cost Income Ratio**

Die Cost Income Ratio betrachtet als Leistungsindikator für die Kosten-/Ertragsrelation den effizienten Umgang mit den Ressourcen der Bank. Dieser Leis-

tungsindikator wird sowohl durch Veränderungen des Aufwands (Zähler) als auch des Ertrags (Nenner) beeinflusst. Dadurch ist der Indikator qua Definition anfällig gegenüber kurzfristigen Ertragsschwankungen. Die Cost Income Ratio wird stets nachhaltig über einen längeren Zeitraum beobachtet und durch regelmäßige Analysen der Entwicklung des Aufwands ergänzt.

- **Förderdividende**

Der Leistungsindikator Förderdividende fasst die gesamte quantitative Förderleistung innerhalb eines Geschäftsjahres zusammen. Er beinhaltet die zur Verbilligung der vergebenen Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn sowie die sonstigen Förderleistungen, wie z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung oder Mittel, die von der Bank für Zuschüsse im Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung gestellt werden.

Die drei genannten finanziellen Leistungsindikatoren bzw. deren wesentliche Komponenten werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung ermittelt und Planwerten gegenübergestellt. In der Mehrjahresplanung sind sie ebenfalls als separate Größen enthalten.

Zu den nicht-finanziellen Leistungsindikatoren zählen das gesellschaftliche Engagement, die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern sowie die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Diese werden überwiegend qualitativ im Rahmen der Geschäftsstrategie gesteuert.

Über die finanziellen Leistungsindikatoren informieren zusätzlich die Abschnitte zur Ertragslage, Finanzlage und Vermögenslage der Rentenbank sowie der Prognosebericht. Die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren werden in dem Abschnitt „Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren“ näher erläutert.

## **Wirtschaftsbericht**

### **Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen**

#### *Internationale Zins- und Geldpolitik*

Die internationale Zins- und Geldpolitik blieb auch im Jahr 2015 insgesamt sehr expansiv, wenngleich die Notenbankpolitik zwischen den USA und dem Euroraum zum Jahresende zunehmend divergierte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ den Zinssatz für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte 2015 unverändert bei 0,05 %. Angesichts möglicher Deflationssgefahren kündigte die EZB im Januar an, ihr

Programm zum Ankauf von Vermögenswerten ab März zu erweitern und u. a. auf Staatsanleihen aus dem Euroraum auszudehnen. Die Notenbank legte das Volumen des Programms auf insgesamt 60 Mrd. Euro monatlich fest und befristete es zunächst bis September 2016. Vor dem Hintergrund, dass sich die Inflation schwächer als erwartet entwickelte und um die wirtschaftliche Erholung im Euroraum zu stützen, lockerte die EZB ihre Geldpolitik im Dezember erneut. Sie senkte den Zinssatz für die Einlagenfazilität von -0,20 % auf -0,30 % und verlängerte ihr Programm zum Ankauf von Wertpapieren bis mindestens März 2017.

Im Gegensatz zur EZB nahm die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) 2015 ihren expansiven geldpolitischen Kurs leicht zurück. Sie erhöhte ihren Leitzins im Dezember auf eine Spanne von 0,25 % bis 0,50 %. Seit Ende 2008 hatte die Spanne zwischen 0,00 % und 0,25 % gelegen.

Die divergierende Geldpolitik dies- und jenseits des Atlantiks, aber auch das deutlich höhere Wirtschaftswachstum in den USA führten dazu, dass der Euro im Verhältnis zum US-Dollar weiter an Wert verlor. Am Jahresende 2015 stellte die EZB den Referenzsatz für den Wechselkurs Dollar/Euro bei 1,09 fest, rund 10 % unter dem Satz von 1,21 Ende 2014.

#### Entwicklung der langfristigen Zinssätze

Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen lag am Jahresende 2015 mit 0,63 % nur leicht über dem Wert Ende 2014 in Höhe von 0,54 %. Zwischenzeitlich verlief die Entwicklung jedoch sehr volatil. Aufgrund des angekündigten und ab März umgesetzten EZB-Ankaufprogramms gingen die langfristigen Renditen im ersten Quartal kontinuierlich zurück. Bei zehnjährigen Bundesanleihen sank die Rendite bis Mitte April auf ein historisches Tief von 0,05 %, während sie sich bei kürzeren Laufzeiten durchweg im negativen Bereich bewegte. Danach zogen die Renditen jedoch innerhalb weniger Wochen wieder deutlich an. Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen erreichten Mitte Juni ihr Jahreshoch von 1,06 % und gingen bis zum Jahresende 2015 wieder zurück.

#### Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft

Für die Nachfrage nach unseren Förderkrediten ist vor allem das Investitionsvolumen der deutschen Landwirtschaft in den für uns relevanten Bereichen entscheidend. Von 2010 bis 2014 war die wirtschaftliche Stimmung sehr positiv. Günstige Rahmenbedingungen, die erfreuliche wirtschaftliche Situation und das niedrige Zinsniveau ließen Landwirte kräftig investieren und unsere Förderkredite nachfragen. Seit Mitte 2014 hat sich aufgrund der sinkenden Agrarpreise die Stimmung jedoch abgekühlt. Die Preise für die wichtigsten Agrarprodukte – Getreide, Milch und Schweinefleisch – sind seitdem deutlich gefallen. In neue Milchvieh- und Schweineställe wird daher weniger investiert.

#### Geschäftsverlauf

Wie erwartet, verschlechterten sich zwar die Rahmenbedingungen im Agrarsektor, gleichwohl wurden unsere Programmkredite stärker genutzt. Die Nachfrage nach Förderkrediten entwickelte sich sogar besser als prognostiziert. In viele bereits in den Vorjahren geplante und begonnene Projekte investierten die Landwirte 2015 auch unter schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen. Im zweiten Halbjahr verschlechterte sich die Liquidität in vielen landwirtschaftlichen Unternehmen insbesondere infolge der sinkenden Erzeugerpreise. Entsprechend stieg die Nachfrage nach unseren Liquiditätssicherungsdarlehen, die durch das Liquiditätshilfeprogramm des Bundes Ende November einen weiteren Schub erhielt.

In der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ bestimmt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Investitionsdynamik. Durch die Änderungen im Rahmen des EEG 2014 war sowohl der Zubau im Bereich Biogas als auch bei Fotovoltaikanlagen weiter rückläufig. Ausgehend von einem Rekordwert im Vorjahr sind der Anlagenzubau im Bereich Windenergie und die Nachfrage nach Windkraftfinanzierungen im Jahr 2015 ebenfalls leicht zurückgegangen. Die Nominalwerte für das Förderneugeschäft stellten sich wie folgt dar:

	2015		2014	
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	%
Programmkredite	7,8	57,4	6,9	61,1
Verbrieftes Fördergeschäft	3,2	23,5	2,4	21,2
Allgemeine Förderkredite	2,6	19,1	2,0	17,7
<b>Summe</b>	<b>13,6</b>	<b>100,0</b>	<b>11,3</b>	<b>100,0</b>

Das Förderneugeschäft betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt 13,6 Mrd. EUR (11,3 Mrd. EUR) und liegt damit über dem Vorjahreswert (jeweils in

Klammern angegeben per 31.12.2014). Hierzu trug insbesondere das höhere Programmkreditneugeschäft mit 7,8 Mrd. EUR (6,9 Mrd. EUR) bei, welches sich

deutlich über Plan entwickelte. Der Bestand an Programmkrediten wuchs um 3,3 Mrd. EUR bzw. 9,0 % auf nun 40,0 Mrd. EUR (36,7 Mrd. EUR). Der bilanzielle Wert des verbrieften Fördergeschäfts sank um 1,9 Mrd. EUR auf 19,8 Mrd. EUR. Der Bestand verringerte sich durch Fälligkeiten, die das geringere Neugeschäft überkompensierten.

Die benötigten Fremdmittel beschaffte sich die Rentenbank erneut zu günstigen Konditionen, da Finanzin-

vestoren sichere Anlagen präferierten. Im Berichtsjahr nahm die Rentenbank an den nationalen und internationalen Finanzmärkten nominal 13,0 Mrd. EUR (10,9 Mrd. EUR) auf. Durch das deutlich über Plan liegende Neugeschäft mit Programmkrediten lag die Aufnahme der Fremdmittel ebenfalls deutlich höher als ursprünglich für 2015 erwartet. Für die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt wurden dabei folgende Instrumente eingesetzt:

	2015		2014	
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	%
Euro Medium Term Note (EMTN)	7,3	56,1	7,3	67,0
Globalanleihen	3,0	23,1	1,7	15,6
AUD-Medium Term Note (MTN)	2,2	16,9	1,5	13,8
Internationale Kredite/Schuldscheine	0,4	3,1	0,2	1,8
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,1	0,8	0,2	1,8
<b>Summe</b>	<b>13,0</b>	<b>100,0</b>	<b>10,9</b>	<b>100,0</b>

## Lage

### Ertragslage

#### Ertragslage Konzern

	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>1) Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Förderbeitrag	331,0	324,8	6,2
Risikovorsorge/Förderbeitrag	18,6	15,3	3,3
Verwaltungsaufwendungen	65,0	59,3	5,7
Übriges Ergebnis	-9,2	-6,3	-2,9
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>238,2</b>	<b>243,9</b>	<b>-5,7</b>
Fair Value- und Hedge-Ergebnis	204,9	-183,5	388,4
<b>Konzernjahresüberschuss</b>	<b>443,1</b>	<b>60,4</b>	<b>382,7</b>
<b>2) Sonstiges Ergebnis</b>			
Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten	-56,5	92,5	-149,0
Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste aus Pensionsverpflichtungen	5,7	-26,5	32,2
<b>3) Konzerngesamtergebnis</b>	<b>392,3</b>	<b>126,4</b>	<b>265,9</b>

#### Operatives Ergebnis

Das Operative Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 in Höhe von 238,2 Mio. EUR lag um 5,7 Mio. EUR oder 2,3 % leicht unter dem Vorjahreswert (243,9 Mio. EUR). Der gestiegene Zinsüberschuss konnte die erhöhten Aufwendungen des Postens Risikovorsorge/Förderbeitrag sowie die gestiegenen Verwaltungsaufwendungen nicht vollständig kompensieren.

Das Operative Ergebnis ging aufgrund von zwei Faktoren nicht wie geplant um 10 % zurück: Im Vergleich

zur Prognose waren die Gesamtmargen weniger rückläufig bei gleichzeitig stärker steigendem Neugeschäft. Darüber hinaus stieg der Verwaltungsaufwand deutlich geringer als geplant. Diese Faktoren werden nachstehend näher erläutert.

Die Zinserträge inklusive der Beteiligungserträge lagen bei 3 734,4 Mio. EUR (3 532,3 Mio. EUR). Abzüglich der Zinsaufwendungen von 3 403,4 Mio. EUR (3 207,5 Mio. EUR) ergab sich ein Zinsüberschuss von 331,0 Mio. EUR (324,8 Mio. EUR). Dieser unerwartete Anstieg um 6,2 Mio. EUR bzw. 1,9 % erklärt sich vor

allem durch das stark gewachsene Neugeschäft, das früh im Jahr getätigt wurde und das deutlich über dem Planwert lag. Für Details wird auf das Operative Ergebnis nach Segmenten verwiesen.

Der Aufwand für Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich um 3,3 Mio. EUR bzw. 21,6 % auf 18,6 Mio. EUR. Wesentliche Ursachen waren der um 2,5 Mio. EUR auf 14,8 Mio. EUR (12,3 Mio. EUR) gestiegene Förderbeitrag sowie eine im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 0,8 Mio. EUR auf 3,8 Mio. EUR (3,0 Mio. EUR) leicht höhere Zuführung zur Einzel- und Portfoliowertberichtigung.

Der Förderbeitrag umfasst den Zuschuss für die von der Rentenbank gewährten Programmkredite. Zum Zeitpunkt der Zusage entsteht ein Förderaufwand, der über die Restlaufzeit des Geschäfts erfolgswirksam verbraucht wird. Der Aufwand für die Zuführung zum Förderbeitrag stieg dabei um 6,8 Mio. EUR auf 82,1 Mio. EUR (75,3 Mio. EUR), die Erträge aus dem Verbrauch erhöhten sich um 4,3 Mio. EUR auf 67,3 Mio. EUR (63,0 Mio. EUR).

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Da der Konzern Kredite nahezu ausschließlich über andere Banken auslegt, werden Ausfallrisiken zeitnah identifiziert. Auch bei Konsortialgeschäften mit Unternehmen wird der Konzern aus dem Konsortium heraus zeitnah mit den entsprechenden Informationen versorgt. Für das grundsätzlich bestehende Risiko, bereits entstandene Verluste noch nicht erkannt zu haben, wird für zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Forderungen und Wertpapiere eine Portfoliowertberichtigung auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlusts bestimmt. Im aktuellen Geschäftsjahr wurde eine Einzel-

wertberichtigung in Höhe von 2,2 Mio. EUR (0,0 Mio. EUR) gebildet; der Aufwand aus der Portfoliowertberichtigung sank im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. EUR und lag damit im Geschäftsjahr bei 1,6 Mio. EUR (3,0 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Geschäftsjahr um 9,6 % auf 65,0 Mio. EUR (59,3 Mio. EUR). Die darin enthaltenen Personalaufwendungen lagen mit 33,8 Mio. EUR (34,4 Mio. EUR) um 0,6 Mio. EUR unter Vorjahresniveau.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen und auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien stiegen auf 6,2 Mio. EUR (5,7 Mio. EUR). Grund hierfür waren insbesondere planmäßige Abschreibungen auf zuvor aktivierte Projektausgaben für die Einführung neuer IT-Systeme.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 5,8 Mio. EUR bzw. 30,2 % auf 25,0 Mio. EUR (19,2 Mio. EUR). Grund hierfür waren im Wesentlichen IT-Aufwendungen, die um 2,7 Mio. EUR auf 12,4 Mio. EUR (9,7 Mio. EUR) wuchsen, Belastungen aus der Kostenumlage für die neue EZB-Aufsicht in Höhe von 1,0 Mio. EUR sowie die erstmalige Zahlung der Bankenabgabe mit 1,1 Mio. EUR. Dennoch stiegen die gesamten Verwaltungsaufwendungen damit geringer als erwartet, da insbesondere die ursprünglich sehr konservativ geschätzten Gebühren und Abgaben deutlich niedriger ausfielen.

Das Übrige Ergebnis verringerte sich um 2,9 Mio. EUR bzw. 46,0 % auf -9,2 Mio. EUR (-6,3 Mio. EUR), insbesondere durch die von der Rentenbank vorgenommene Kapitalaufstockung der Edmund Rehwinkel-Stiftung in Höhe von 2,0 Mio. EUR sowie durch das Ergebnis aus Steuern.

### Operatives Ergebnis nach Segmenten

01.01. bis 31.12.	Förder- geschäft		Kapitalstock- anlage		Treasury Management		Summe	
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
Zinsüberschuss vor								
Risikovorsorge/Förderbeitrag	190,5	192,5	116,7	114,2	23,8	18,1	331,0	324,8
Risikovorsorge/Förderbeitrag	18,6	15,3	0,0	0,0	0,0	0,0	18,6	15,3
Verwaltungsaufwendungen	49,1	45,0	9,4	8,6	6,5	5,7	65,0	59,3
Übriges Ergebnis	-9,0	-6,3	0,0	0,0	-0,2	0,0	-9,2	-6,3
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>113,8</b>	<b>125,9</b>	<b>107,3</b>	<b>105,6</b>	<b>17,1</b>	<b>12,4</b>	<b>238,2</b>	<b>243,9</b>

Das Operative Ergebnis des Segments „Fördergeschäft“ reduzierte sich auf 113,8 Mio. EUR (125,9 Mio. EUR). Die deutlich gestiegene Nachfrage nach unseren Programmkrediten führte zu höheren bilanziellen Aufwendungen für den Zinszuschuss. Der Posten

Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich im Wesentlichen hierdurch auf 18,6 Mio. EUR (15,3 Mio. EUR). Durch die vor allem in den ersten Wochen des Jahres 2015 getätigten hohen Neuabschlüsse im Bereich der allgemeinen Förderkredite und des verbrieften För-

dergeschäfts sowie durch hohe Fälligkeiten erst zum Jahresende konnte der ertragsrelevante durchschnittliche Bestand im Vergleich zur Planung erhöht werden. Das Zinsergebnis vor Risikovorsorge/Förderbeitrag des Segments „Fördergeschäft“ reduzierte sich daher weniger stark als geplant und lag bei 190,5 Mio. EUR (192,5 Mio. EUR). Der Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibungen im „Fördergeschäft“ stieg um 4,1 Mio. EUR auf 49,1 Mio. EUR.

Die Zinserträge aus dem Segment „Kapitalstockanlage“ erhöhten sich erwartungsgemäß, und zwar auf 116,7 Mio. EUR. Sie lagen damit um 2,5 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Allerdings wirkte sich die niedrige Verzinsung der Neuanlagen infolge des Niedrigzinsumfelds im Vergleich zu den höherverzinslichen fälligen Anlagen negativ aus. Das höhere Bestandsvolumen aus der Gewinnthesaurierung konnte diesen Effekt jedoch überkompensieren, so dass der Zinsertrag des Segments in Summe leicht anstieg. Insgesamt erhöhte sich damit das Operative Ergebnis des Segments leicht auf 107,3 Mio. EUR (105,6 Mio. EUR).

Im Segment „Treasury Management“ war das Zinsergebnis im abgelaufenen Jahr durch wieder steigende Margen aufgrund sinkender kurzfristiger Refinanzierungskosten geprägt. Während wir in der Planung noch von einem leicht rückläufigen Ergebnis ausgegangen waren, gelang es uns infolge der steigenden Margen in Verbindung mit einem höheren Bestand sogar, den Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 31,5 % auf 23,8 Mio. EUR zu steigern. Das Operative Ergebnis des Segments erhöhte sich entsprechend auf 17,1 Mio. EUR (12,4 Mio. EUR).

#### *Fair Value- und Hedge-Ergebnis*

Sämtliche Derivate und bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Fair Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen.

Für Grundgeschäfte in bilanziellen Sicherungsbeziehungen werden nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die aus Veränderungen der Deposit/Swap-Kurve (Veränderung des gesicherten Risikos) resultieren. Für die restlichen zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente werden im Rahmen der Bewertung die Veränderungen sämtlicher Marktparameter, wie z. B. auch der Credit-Spreads, herangezogen.

Die Zins- und Wechselkursänderungen führen aufgrund der weitgehend fristenkongruenten Refinanzierung sowie der Absicherung durch derivative Geschäfte zu keinen wesentlichen Bewertungseffekten.

Das Fair Value- und Hedge-Ergebnis ist insbesondere durch Bewertungsgewinne aus dem Anstieg der Credit-Spreads bei den eigenen Emissionen und durch positive Bewertungsrückflüsse aus in Vorjahren gebuchten Bewertungsverlusten geprägt. Es stieg zum Bilanzstichtag deutlich auf 204,9 Mio. EUR (-183,5 Mio. EUR).

Bei der Rentenbank als Nichthandelsbuchinstitut mit einer grundsätzlichen Buy-and-Hold-Strategie stellen Bewertungsgewinne oder -verluste lediglich eine temporäre Größe dar, sofern kein Geschäftspartner ausfällt. Spätestens bei Fälligkeit der jeweiligen Geschäfte liegt das kumulierte Bewertungsergebnis bei null. Unabhängig davon sind die Bewertungsergebnisse in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung nach IFRS Grundlage für das aufsichtsrechtliche Eigenkapital sowie für die Risikotragfähigkeitsrechnung. Bei den regulatorischen Eigenmitteln werden die Bewertungsverluste aus den eigenen Emissionen über Prudential Filter neutralisiert.

#### *Konzernjahresüberschuss*

Unter Berücksichtigung des positiven Fair Value- und Hedge-Ergebnisses in Höhe von 204,9 Mio. EUR (-183,5 Mio. EUR) erhöhte sich der Konzernjahresüberschuss um 382,7 Mio. EUR auf 443,1 Mio. EUR (60,4 Mio. EUR).

#### *Sonstiges Ergebnis*

Das Sonstige Ergebnis reflektiert die Veränderungen in der Neubewertungsrücklage. Es beinhaltet Ergebnisse aus der Bewertung von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ und die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen.

Für die Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ werden hier im Wesentlichen die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfasst. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Wertpapiere, die auf Schwankungen der Deposit/Swap-Kurve basieren, werden durch die Bilanzierung der Sicherungszusammenhänge im Fair Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen. Daneben ist die Amortisation der Bewertungsergebnisse von Wertpapieren, die im Jahr 2008 mit dem zu diesem Zeitpunkt ermittelten Marktwert in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmet wurden, enthalten.

Die Credit-Spreads für Wertpapiere erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr. Die hierdurch gesunkenen Marktwerte führten zu Bewertungsverlusten von 56,4 Mio. EUR (Bewertungsgewinne von 92,3 Mio. EUR). Die Amortisation für die von der Kategorie

„Available for Sale“ in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmeten Wertpapiere führte zu Aufwendungen von 0,1 Mio. EUR (Erträge von 0,2 Mio. EUR).

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Bewertung von Pensionsverpflichtungen resultieren zum einen aus Abweichungen zwischen erwarteten und tatsächlich eingetretenen versicherungsmathematischen Annahmen der Vorperiode und zum anderen aus geänderten Annahmen für die Zukunft. Im Jahr 2015 wurden versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von 5,7 Mio. EUR (Verluste 26,5 Mio. EUR) ausgewiesen. Diese Gewinne basieren im Wesentlichen auf einem gestiegenen Rechnungszins, der zu einer entsprechend niedrigeren Pensionsrückstellung führte.

#### Konzerngesamtergebnis

Das Konzerngesamtergebnis lag zum 31.12.2015 mit 392,3 Mio. EUR (126,4 Mio. EUR) um 265,9 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahreswert. Grund hierfür ist vor allem das um 388,4 Mio. EUR gestiegene Fair Value- und Hedge-Ergebnis. Dieses konnte das verringerte Sonstige Ergebnis im Zusammenhang mit der Bewertung der Available for Sale-Instrumente deutlich überkompensieren.

#### Überleitung zum Bilanzgewinn

Nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR-Gesetz) wird der Jahresüberschuss nach HGB in eine Deckungsrücklage und eine Haupt-

rücklage eingestellt bzw. der verbleibende Betrag ausgeschüttet. Dabei wird der Ausschüttungsbetrag als Bilanzgewinn dargestellt. Nach IFRS werden diese Größen informatorisch als Eigenkapitalbestandteile dargestellt. Der verbleibende Differenzbetrag zum Konzernüberschuss wird den Gewinnrücklagen zugeführt.

Das LR-Gesetz beschränkt gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrags der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Deren Volumen ging zurück und deshalb wurden entsprechend 23,1 Mio. EUR (21,6 Mio. EUR) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe für den Jahresabschluss nach HGB sollen in Analogie zum Einzelabschluss weitere 42,8 Mio. EUR (41,2 Mio. EUR) aus dem Konzernjahresüberschuss in die Hauptrücklage eingestellt werden. Zusätzlich sollen 386,0 Mio. EUR (5,4 Mio. EUR) den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 14,3 Mio. EUR (13,8 Mio. EUR).

#### Ertragslage Rentenbank

Die Ertragslage gemäß Jahresabschluss der Rentenbank nach den Regelungen des HGB entwickelte sich insgesamt zufriedenstellend und stellte sich wie folgt dar:

	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>311,9</b>	<b>311,0</b>	<b>0,9</b>
<i>davon Aufwendungen für Zinszuschuss Programmkredite</i>	<i>77,2</i>	<i>72,3</i>	<i>4,9</i>
Sonderausschüttung LRB	49,8	0,0	49,8
Provisionsüberschuss	-2,2	-1,6	-0,6
Verwaltungsaufwendungen	59,8	56,6	3,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-16,4	-10,1	-6,3
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung</b>	<b>283,3</b>	<b>242,7</b>	<b>40,6</b>
Risikovorsorge/Reserven	226,3	187,7	38,6
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>57,0</b>	<b>55,0</b>	<b>2,0</b>

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung (HGB) erhöhte sich deutlich gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg war auf einen positiven Einmaleffekt in Höhe von 49,8 Mio. EUR zurückzuführen. Es handelt sich um die Sonderausschüttung einer Dividende durch unsere Tochtergesellschaft LRB im Zuge der Neustrukturierung einer bestehenden Beteiligung. Diese Sonderausschüttung wird gemäß RechKredV Gliederungs-

schema unter dem GuV-Posten „Laufende Erträge aus Beteiligungen“ ausgewiesen. Bereinigt um den genannten Einmaleffekt hätte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung 233,5 Mio. EUR betragen und läge damit erwartungsgemäß unter Vorjahreswert (242,7 Mio. EUR). Dies entspricht in etwa der ebenfalls leicht rückläufigen Entwicklung des Operativen Ergebnisses nach IFRS. Anders als nach HGB wird der

oben genannte positive Einmaleffekt gemäß IFRS-Rechnungslegung jedoch konzernintern konsolidiert und wirkt sich daher nicht im Konzernergebnis aus.

Ansonsten entspricht die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge/ Bewertung (HGB) strukturell der Entwicklung des Operativen Ergebnisses nach IFRS, mit Ausnahme der Bildung und Auflösung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen. Daher wird im Weiteren auf die grundsätzlichen Darstellungen zur Ertragslage des Konzerns verwiesen.

Die Risikovorsorge/Reserven enthalten im Wesentlichen die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen nach HGB und die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken. Die Pauschalwertberichtigungen erhöhten sich um 2,3 Mio. EUR auf 16,2 Mio. EUR (13,9 Mio. EUR). Die Einzelwertberichtigungen sanken dagegen leicht um 0,6 Mio. EUR. Im Zuge der oben erwähnten Neustrukturierung einer bestehenden Beteiligung innerhalb des Konzerns erfolgte eine bilanzielle Wertaufholung beim Buchwert unserer Tochter LRB in Höhe von 49,6 Mio. EUR. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) wurde um 279,2 Mio. EUR (194,7 Mio. EUR) erhöht.

In Summe ergab sich ein um 2,0 Mio. EUR auf 57,0 Mio. EUR (55,0 Mio. EUR) gesteigener Jahresüberschuss. Hieraus wurden 42,7 Mio. EUR (41,2 Mio. EUR) der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 14,3 Mio. EUR (13,8 Mio. EUR), mit dem die Landwirtschaft und der ländliche Raum gefördert werden.

#### *Finanzielle Leistungsindikatoren*

Das um die oben genannte Sonderausschüttung bereinigte Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung (Operatives Ergebnis) belief sich auf 233,5 Mio. EUR (242,7 Mio. EUR). Die Entwicklung war damit erwartungsgemäß rückläufig, allerdings in einem geringeren Maße als geplant. Einerseits sank das Zinsergebnis

weniger stark als erwartet, da das Neugeschäftsvolumen im allgemeinen Fördergeschäft und dessen Margen über Plan lagen. Zum anderen lag der Anstieg des Verwaltungsaufwands unter den Erwartungen, da die IT-Aufwendungen geringer als geplant ausfielen und geplante Projektaktivitäten teilweise auf Folgejahre verlagert wurden. Die Personalkosten lagen ebenfalls unter Plan, da den Pensionsrückstellungen weniger Mittel zugeführt werden mussten und zusätzliche Planstellen erst sukzessive mit neuen Mitarbeitern besetzt wurden. Darüber hinaus enthielt die Planung 2015 aufgrund der noch unklaren Ausgestaltung und Höhe der erstmalig zu leistenden Bankenabgabe einen konservativen Schätzwert.

Die beschriebenen Entwicklungen beim Betriebsergebnis beeinflussten auch den Leistungsindikator Cost Income Ratio. Während sich die Aufwendungen in Summe auf 80,7 Mio. EUR (70,7 Mio. EUR) erhöhten, blieben die bereinigten Erträge mit 314,2 Mio. EUR (313,4 Mio. EUR) nahezu unverändert. Hierdurch erhöhte sich die um die Sonderausschüttung bereinigte Cost Income Ratio von 22,6 % auf 25,7 %. Der Anstieg fiel allerdings geringer als geplant aus. Die Cost Income Ratio liegt damit auch weiterhin auf einem im Wettbewerbsvergleich moderaten Niveau.

Der Leistungsindikator Förderdividende enthält u. a. die Zinsverbilligung der Programmkredite aus eigenen Erträgen, für die im Berichtsjahr nominal 63,6 Mio. EUR (73,9 Mio. EUR) eingesetzt wurden. Ferner stellte die Rentenbank wie im Vorjahr 3,0 Mio. EUR Zuschüsse zum Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung. Für die Weiterentwicklung der Edmund Rehwinkel-Stiftung stockte die Rentenbank das Stiftungskapital um 2,0 Mio. EUR auf. Einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Bilanzgewinns in Höhe von 14,3 Mio. EUR summierte sich die Förderdividende auf 82,9 Mio. EUR (90,7 Mio. EUR). Sie liegt damit zwar wie geplant unter dem Niveau des Vorjahres, zeigt aber die effiziente Art der Förderung, da gleichzeitig ein Rekordvolumen beim Neugeschäft mit Programmkrediten erzielt wurde.

## Finanzlage

### Kapitalstruktur

#### **Kapitalstruktur Konzern**

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Fremdkapital</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2 829,3	2 184,7	644,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 408,3	4 954,7	-546,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	71 544,9	69 178,8	2 366,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	729,4	691,8	37,6
<b>Eigenkapital</b>			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	3 474,9	3 046,1	428,8
Neubewertungsrücklage	61,7	112,5	-50,8
Bilanzgewinn	14,3	13,8	0,5

#### *Fremdkapital*

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 29,5 % auf 2,8 Mrd. EUR (2,2 Mrd. EUR) im Wesentlichen durch die Aufnahme von Termingeldern und Globalanleihen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sanken hauptsächlich durch fällige Namensschuldverschreibungen um 0,5 Mrd. EUR bzw. 11,0 % auf 4,4 Mrd. EUR (4,9 Mrd. EUR).

Die Verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich um 2,4 Mrd. EUR bzw. 3,4 % auf 71,5 Mrd. EUR (69,2 Mrd. EUR). Die Medium-Term-Note-Programme (MTN)

waren mit 51,8 Mrd. EUR (49,3 Mrd. EUR) weiterhin die wichtigsten Refinanzierungsinstrumente. Der Buchwert der Globalanleihen lag am Jahresende bei 16,2 Mrd. EUR (13,8 Mrd. EUR). Der Buchwert der Euro Commercial Paper (ECP) sank um 2,4 Mrd. EUR auf 3,5 Mrd. EUR (5,9 Mrd. EUR).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten lagen mit 0,7 Mrd. EUR (0,7 Mrd. EUR) auf Vorjahresniveau.

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Die folgende Analyse gliedert die Verbindlichkeiten nach Fälligkeiten, Währungen und Zinsstruktur auf Basis der IFRS-Buchwerte:

	Fälligkeiten					
	bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		größer 5 Jahre	
	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
<b>Fester Zins</b>						
EUR	3 294,1	2 250,7	8 858,0	9 154,6	7 570,0	7 680,3
USD	4 255,5	3 021,9	10 147,6	12 003,6	6 773,7	2 412,1
AUD	786,0	1 041,0	4 460,6	3 418,5	4 515,0	4 421,4
JPY	0,0	35,9	246,2	209,4	369,7	253,2
CHF	390,4	297,1	763,4	1 055,3	113,0	101,6
NOK	286,0	405,4	499,2	719,8	0,0	123,5
GBP	836,6	0,0	1 616,6	1 670,1	0,0	14,8
Sonstige	436,5	31,1	2 732,1	2 651,5	658,7	623,5
<b>Nullkupon</b>						
EUR	37,8	419,9	44,3	78,7	972,2	921,9
USD	3 005,4	4 122,7	0,0	0,0	0,0	42,5
AUD	154,0	673,8	0,0	0,0	0,0	0,0
GBP	103,5	510,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	251,4	217,7	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Variabler Zins</b>						
EUR	1 539,0	1 863,3	4 854,3	4 905,4	1 808,6	3 213,3
USD	1 928,3	428,6	3 071,2	4 081,9	570,9	123,4
AUD	421,7	0,0	269,5	695,7	0,0	0,0
JPY	11,6	20,7	35,8	44,1	262,8	349,4
NOK	0,0	0,0	224,4	239,1	0,0	0,0
Sonstige	152,4	127,6	183,9	333,9	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>17 890,2</b>	<b>15 467,5</b>	<b>38 007,1</b>	<b>41 261,6</b>	<b>23 614,6</b>	<b>20 280,9</b>

### *Eigenkapital*

Der Anstieg des Konzernjahresüberschusses kompensierte den ausgewiesenen Bewertungsverlust in der Neubewertungsrücklage deutlich, sodass sich das Eigenkapital insgesamt um 378,5 Mio. EUR auf 3 685,9 Mio. EUR (3 307,4 Mio. EUR) erhöhte.

### Kapitalstruktur Rentenbank

Die Finanzlage auf Basis des Jahresabschlusses der Rentenbank nach den Regelungen des HGB stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Fremdkapital</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3 461,7	2 806,6	655,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 963,3	4 264,8	-301,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	67 304,9	65 843,8	1 461,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	608,4	599,2	9,2
<b>Eigenkapital (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken)</b>			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	1 009,5	966,8	42,7
Bilanzgewinn	14,3	13,8	0,5
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2 911,2	2 632,0	279,2

Das Fremdkapital nach HGB und IFRS entwickelte sich strukturell gleich. Es weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen des Fremdkapitals in der Kapitalstruktur des Konzerns verwiesen.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 0,3 Mrd. EUR auf 2,9 Mrd. EUR (2,6 Mrd. EUR) erhöht. Hierdurch erhöhte sich das Eigenkapital um 0,3 Mrd. EUR im Vergleich zu 2014.

### Investitionen

Die Rentenbank hat in den letzten Jahren in erheblichem Umfang in die Modernisierung der Anwen-

dungssysteme investiert. Insbesondere das Handels-, Risikomanagement- und Limitsystem sowie die Meldewesensoftware und die Rating-Plattform wurden weiterentwickelt. Darüber hinaus trieben wir die Digitalisierung der Kunden- und Geschäftspartner-schnittstellen (Extranet) weiter voran. Zusätzlich investierten wir in Systeme und Prozesse, um neue regulatorische Anforderungen umzusetzen. Inzwischen sind zudem die Vorbereitungen für die Einführung eines neuen Finanzsystems gestartet.

Die beschriebenen Projektaktivitäten spiegeln sich neben den laufenden Verwaltungsaufwendungen auch in der Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte wider. Hier erfolgten im abgelaufenen Jahr Zugänge bei den Anschaffungskosten in Höhe von 4,6 Mio. EUR (2,3 Mio. EUR).

### Liquidität

Die Liquiditätsanalyse stellt die vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbeträge dar:

<b>31.12.2015</b>	bis 3 Monate Mio. EUR	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr Mio. EUR	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. EUR	über 5 Jahre bzw. unbestimmt Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	325,9	340,4	880,0	1 190,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	246,5	337,4	766,1	3 277,6
Verbrieftete Verbindlichkeiten	8 868,0	8 054,3	35 125,2	18 160,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	179,0	56,0	918,0	517,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	7,7	17,8	134,8	507,0
<b>Summe</b>	<b>9 627,1</b>	<b>8 805,9</b>	<b>37 824,1</b>	<b>23 651,9</b>

<b>31.12.2014</b>	bis 3 Monate Mio. EUR	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr Mio. EUR	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. EUR	über 5 Jahre bzw. unbestimmt Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4,6	373,5	940,0	785,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	170,8	201,1	1 306,5	3 414,6
Verbrieftete Verbindlichkeiten	8 012,8	7 164,9	37 325,8	14 725,4
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	61,0	40,0	547,0	523,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	7,1	16,5	123,7	481,0
<b>Summe</b>	<b>8 256,3</b>	<b>7 796,0</b>	<b>40 243,0</b>	<b>19 929,0</b>

Der Konzern verfügt über ausreichende liquide Mittel und kann jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt nachkommen.

## Vermögenslage

### Vermögenslage Konzern

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	55 457,2	51 407,6	4 049,6
Forderungen an Kunden	6 380,9	5 530,3	850,6
Finanzanlagen	19 912,2	21 701,2	-1 789,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 238,9	5 958,4	1 280,5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 152,9	6 810,6	342,3

Die Rentenbank vergibt Kredite wettbewerbsneutral und grundsätzlich über Banken. In der Vermögenslage spiegelt dies der Posten Forderungen an Kreditinstitute wider, dessen Anteil an der Bilanzsumme bei 59,4 % (57,9 %) lag. Dieser Posten wertete zum Jahresultimo mit 55,5 Mrd. EUR (51,4 Mrd. EUR).

Die Forderungen an Kunden beinhalten im Wesentlichen Schuldscheindarlehen gegenüber Bundesländern. Insgesamt erhöhte sich der Bilanzposten um 0,9 Mrd. EUR auf 6,4 Mrd. EUR (5,5 Mrd. EUR).

Die Finanzanlagen enthalten nahezu ausschließlich Bankanleihen. Sie reduzierten sich im Wesentlichen

durch Fälligkeiten, die über dem Neugeschäft lagen, um 1,8 Mrd. EUR auf 19,9 Mrd. EUR (21,7 Mrd. EUR).

Die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stiegen um 1,3 Mrd. EUR auf 7,2 Mrd. EUR (5,9 Mrd. EUR), die negativen Marktwerte um 0,3 Mrd. EUR auf 7,2 Mrd. EUR (6,8 Mrd. EUR). Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern. Mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, bestehen Besicherungsvereinbarungen. Die Bank schließt keine Credit Default Swaps (CDS) ab.

### Vermögenslage Rentenbank

Die Vermögenslage gemäß dem Jahresabschluss der Rentenbank nach HGB stellte sich wie folgt dar:

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	55 682,4	51 459,3	4 223,1
Forderungen an Kunden	5 304,4	4 938,6	365,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18 302,1	20 171,5	-1 869,4

Die Vermögenslage nach HGB und IFRS entwickelt sich strukturell gleich. Sie weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen zur Vermögenslage im Konzern verwiesen.

Der Wertpapierbestand enthielt zum Jahresende Bankanleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 18,2 Mrd. EUR (20,0 Mrd. EUR). Es befand sich, wie im Vorjahr, kein Bestand in der Liquiditätsreserve.

Der Vorstand beurteilt den Geschäftsverlauf sowie die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage als zufriedenstellend. Dies gilt auch für die Erreichung der im Rahmen des Steuerungssystems definierten strategischen Ziele.

### Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

#### Gesellschaftliches Engagement

Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Rentenbank auch über ihren Förderauftrag hinaus verpflichtet, sich engagiert und verantwortungsbewusst für das Gemeinwohl einzusetzen. Sie unterstützt vor allem lokale Kulturinstitutionen und ausgewählte Projekte an ihrem Sitz in Frankfurt am Main. Regelmäßig erhalten u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum, das English Theatre und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städelschule Zuwendungen. In der Städelschule fördert die Rentenbank junge Talente durch die Stiftung eines Gruppenpreises im Rahmen des jährlichen „Rundgangs“. Die Rentenbank unterstützt ferner verschiedene Projekte von Kirchen, Verbänden und Vereinen durch regelmäßige Weihnachtsspenden.

## Mitarbeiter

Der Personalstand erhöhte sich im abgelaufenen Jahr. Am Jahresende 2015 beschäftigte die Rentenbank 269 (265) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Inklusive Auszubildende und Praktikanten lag die Mitarbeiteranzahl bei 272 (269), davon 217 (223) in Vollzeit. Darin sind Beschäftigte in Elternzeit sowie die Vorstandsmitglieder nicht enthalten. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei rund elf Jahren. Das Verhältnis von Männern und Frauen in der Bank war mit 53 % zu 47 % nahezu ausgeglichen. 89 % der Teilzeitbeschäftigten waren Frauen.

## *Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen*

Die Rentenbank erstellt den Konzernabschluss nach den Standards der internationalen Rechnungslegung, den Jahresabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und den jeweils hierzu unterstützenden Verlautbarungen. Dabei wird auf eine ordnungsgemäße Erstellung sowie auf die Einhaltung der Veröffentlichungsfristen geachtet. Dies wird insbesondere durch ein Internes Kontrollsystem (IKS) sichergestellt.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen von strategischer Bedeutung betreffen die Eigenmittel, die Liquidität, die Bilanzsumme und die risikogewichteten Aktiva. Die umfassende Einhaltung aller bestehenden aufsichtsrechtlichen Regelungen hat höchste Priorität. Im Konzern ist unter anderem der Arbeitskreis Regulatorische Themen (ART), in dem auch das Referat Compliance vertreten ist, dafür zuständig, neue aufsichtsrechtliche Anforderungen frühzeitig konzernweit zu erkennen und deren Umsetzung zu steuern bzw. zu überwachen.

## Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

## Prognose- und Chancenbericht

### Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank wird im Wesentlichen von den Rahmenbedingungen an den Kredit- und Finanzmärkten geprägt.

Diese werden maßgeblich durch die Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die Situation an den Agrarmärkten eine wichtige Rolle.

Zu Jahresbeginn 2016 bekräftigte die EZB ihre Absicht, den Leitzins auf unbestimmte Zeit niedrig zu halten („Forward Guidance“). Vor dem Hintergrund der gestiegenen Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und stark gefallener Ölpreise kündigte sie darüber hinaus weitere geldpolitische Lockerungen im Jahresverlauf an, um deflationären Tendenzen im Euroraum entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund geht die Rentenbank von anhaltend niedrigen Geldmarktsätzen und einer flachen Zinsstrukturkurve im Jahresverlauf aus.

Nicht zuletzt als Folge des stark gesunkenen Ölpreises sollte sich die Wirtschaft im Euroraum bei weiterhin niedrigem Preisdruck moderat erholen. Durch eine voraussichtlich dynamischere Konjunktorentwicklung in den USA und weitere mögliche Zinserhöhungen der US-amerikanischen Notenbank Fed erwartet die Rentenbank einen anhaltend schwachen Euro im Verhältnis zum US-Dollar.

Die Landwirte planen nach Erhebungen des Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar, in der ersten Jahreshälfte 2016 insgesamt 3,3 Mrd. EUR zu investieren. Damit geht dieser Wert – nach 6,3 Mrd. EUR für 2014 und 4,7 Mrd. EUR für 2015 – im zweiten Jahr in Folge deutlich zurück.

In allen Betriebsformen wird die aktuelle wirtschaftliche Situation pessimistischer als im Vorjahr beurteilt. Das Stimmungsbarometer fällt auf den niedrigsten Wert seit 2010. Insbesondere die Milchviehhalter und Veredlungsbetriebe schätzen die Lage deutlich schlechter als im Vorjahr ein, sodass die Stallinvestitionen weiter deutlich zurückgehen dürften. In der Sparte „Landwirtschaft“ ist daher mit einer sinkenden Nachfrage nach Investitionskrediten zu rechnen. Dagegen sollten sich Liquiditätssicherungsdarlehen und Betriebsmittelfinanzierungen bei anhaltend schwieriger wirtschaftlicher Lage auf hohem Niveau stabilisieren.

Unabhängig von der guten Versorgung mit Agrarprodukten in den Jahren 2014 und 2015 sowie der abgeschwächten Nachfrage aus den Schwellenländern deuten die Fundamentaldaten auf eine Stabilisierung des Agrarpreisniveaus hin. Die FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) geht in ihren Projektionen bis zum Jahr 2024 davon aus, dass das internationale Agrarpreisniveau über dem Niveau vor dem Preisanstieg 2007 bis 2008 bleiben wird.

Die Entwicklung der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ hängt entscheidend vom EEG ab. Dieses wurde Mitte 2014 novelliert, was einen Nachfragerückgang im Bereich Fotovoltaik- und Biogasanlagen auslöste. Im Jahr 2016 ist erneut eine Novellierung des EEGs geplant. Dabei soll die Förderung der erneuerbaren Energien von fixen Einspeisevergütungen auf ein Ausschreibungsmodell mit begrenztem Gesamtvolumen umgestellt werden. Details der Ausgestaltung sind noch nicht bekannt.

Die Rentenbank geht aufgrund ihrer risikobewussten Geschäftspolitik, ihrer Triple-A-Ratings, ihres Status als Bundesinstitut und damit einhergehend einem ausgezeichneten Zugang zu Refinanzierungsmitteln davon aus, ihren Förderauftrag weiterhin vollumfänglich erfüllen zu können.

### Prognose der Geschäftsentwicklung

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden Jahres- und Mehrjahrespläne über einen Betrachtungszeitraum von 5 Jahren erstellt. Sie umfassen die Neugeschäfts-, Bestands-, Kapital-, Ertrags- und Kostenplanung sowie Stressszenarien. Darüber hinaus enthält die Planung steuerungsrelevante aufsichtsrechtliche Kennzahlen sowie eine Prognose zur Entwicklung der Risikotragfähigkeit. Im Folgenden beziehen sich die Prognosen jeweils auf die Planung für das Jahr 2016.

In der aktuellen Konzernplanung erwarten wir im Segment „Fördergeschäft“ ein Neugeschäftsvolumen deutlich unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase und des erweiterten Ankaufprogramms der EZB wird tendenziell mit weiter rückläufigen Aktiv-/Passivmargen im Neugeschäft gerechnet. Dies führt in Summe zu einem deutlich rückläufigen Zinsergebnis für das Segment „Fördergeschäft“.

Bei der Kreditvergabe dürften die Programmkredite weiterhin den Schwerpunkt bilden. Nach dem Rekordwert im abgelaufenen Jahr gehen wir für 2016 allerdings aufgrund der differenzierten Entwicklung bei der Investitionstätigkeit unserer Endkreditnehmer davon aus, dass das Neugeschäft deutlich sinkt. Gleichwohl rechnen wir damit, dass sowohl der Bestand an

Programmkrediten als auch dessen prozentualer Anteil an der Bilanzsumme weiter steigt.

Der Bestand an Wertpapieren sowie allgemeinen Förderkrediten reduzierte sich in 2015 aufgrund hoher Fälligkeiten mit ca. 8 % deutlich. Auch für 2016 ist hier ein leichter Rückgang des Bestands geplant.

Für das Segment „Kapitalstockanlage“ planen wir für das Jahr 2016 geringfügig über dem Vorjahresniveau liegende Zinserträge. Zwar wirkt sich die aktuell niedrige Verzinsung der Neuanlagen infolge des Niedrigzinsumfelds im Vergleich zu den höherverzinslichen fälligen Anlagen negativ aus. Das höhere Bestandsvolumen aus der Gewinnthesaurierung kann diesen Effekt jedoch überkompensieren, sodass der Zinsertrag des Segments insgesamt leicht ansteigen wird.

Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird im Jahr 2016 voraussichtlich unter dem Niveau des Vorjahres liegen, da wir von sinkenden Margen ausgehen.

Für das Zinsergebnis der drei Segmente erwarten wir für das Jahr 2016 insgesamt einen deutlich rückläufigen Wert.

Die Kostenplanung für das Jahr 2016 berücksichtigt insbesondere die erforderlichen langfristigen Investitionen in die Infrastruktur der Bank sowie die notwendigen Anpassungen zur Erfüllung zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Darin enthalten sind Investitionen für die Weiterentwicklung des Handels-, Risikomanagement-, Abwicklungs- und Limitsystems, für die Einführung eines neuen Finanzsystems sowie für die Erneuerung sonstiger eingesetzter Hard- und Software. In der Mehrjahresplanung sind darüber hinaus Investitionen für die Modernisierung des Bankgebäudes vorgesehen. Die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden – trotz eines strengen Kostenmanagements – auch im kommenden Jahr mit deutlich steigenden Verwaltungsaufwendungen (2015: 59,8 Mio. EUR) verbunden sein. Dies betrifft insbesondere auch die Personalkosten, da neue Stellen geschaffen werden müssen. Da die Bankenabgabe ab 2016 auf europäischer Ebene berechnet wird, ist deren tatsächliche Höhe derzeit noch unbestimmt. In der Planung haben wir deshalb konservative Prämissen unterstellt.

Vor dem Hintergrund der Ertrags- und Kostenentwicklung prognostizieren wir für 2016 insgesamt ein um ca. 25 % rückläufiges Operatives Ergebnis (2015 bereinigt: 233,5 Mio. EUR). Damit läge dieser Leistungsindikator jedoch im historischen Vergleich immer noch auf einem zufriedenstellenden Niveau.

Trotz des rückläufigen Ergebnistrends gehen wir davon aus, die Förderdividende (2015: 82,9 Mio. EUR)

weiterhin auf einem angemessenen Niveau halten zu können. Für diesen Leistungsindikator erwarten wir im kommenden Jahr einen um bis zu 10 % höheren Wert.

Infolge der rückläufigen Erträge bei gleichzeitig investitionsbedingt höheren Verwaltungsaufwendungen dürfte die Cost Income Ratio (2015: 25,7 %) deutlich steigen. Sie wird sich dennoch weiterhin auf einem im Vergleich mit anderen Förderbanken zufriedenstellenden Niveau bewegen.

Das Bewertungsergebnis ist aufgrund der hohen Volatilität der Marktparameter und der Buy-and-Hold-Strategie nur unter sehr unsicheren Annahmen zu prognostizieren. Wir rechnen aktuell mit einem leicht negativen Bewertungsergebnis für 2016.

Insgesamt erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2016 ein niedrigeres Gesamtergebnis, geprägt durch rückläufige operative Erträge, höhere Verwaltungsaufwendungen und ein negatives Bewertungsergebnis.

## **Chancen und Risiken**

Im Vergleich zu den geplanten Ergebnissen für das Jahr 2016 könnten sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen weitere Chancen und Risiken für die geschäftliche Entwicklung ergeben.

So könnte sich, insbesondere durch die steigenden Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, die Finanzmarktkrise erneut verschärfen mit Folgen für die Neugeschäftsvolumina und -margen im Aktiv- und Passivgeschäft. Ein schlechteres wirtschaftliches Umfeld würde entsprechend zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan führen. Allerdings hat die Finanzmarktkrise bislang gezeigt, dass sich für die Rentenbank aufgrund ihrer hervorragenden Ratings und ihrer soliden Kapitalausstattung in schwierigen Situationen durchaus auch Chancen in Form attraktiver Refinanzierungsmöglichkeiten sowie hoher Margen im verbrieften Fördergeschäft und bei den allgemeinen Förderkrediten ergeben können.

Das andauernde Niedrigzinsumfeld, insbesondere bedingt durch die Geldpolitik der EZB, beeinflusst einerseits die Nachfrage des landwirtschaftlichen Sektors nach Programmkrediten. Andererseits belastet es das Ergebnis der Segmente „Kapitalstockanlage“ und „Treasury Management“ und wirkt sich auf die Margen im „Fördergeschäft“ aus. Zusätzliche Maßnahmen der EZB im Rahmen des erweiterten Ankaufprogramms können hier zu einer weiteren Ergebnisbelastung infolge sinkender Anlagerenditen und Margen führen. Eine Veränderung des Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, wäre aufgrund der oben genannten Faktoren sowohl mit Risi-

ken als auch mit Chancen für die Rentenbank verbunden. Die möglichen konkreten Folgen hängen vom Ausmaß und der Geschwindigkeit der Zinsänderung sowie vom jeweiligen Segment und dem gewählten Beobachtungszeitraum ab.

In einigen Geld- und Kapitalmarktsegmenten haben sich inzwischen negative Zinsen herausgebildet. Dies kann aufgrund ökonomischer, rechtlicher oder technischer Rahmenbedingungen und Restriktionen zu zusätzlichen Risiken aber auch Chancen führen.

Für den Verwaltungsaufwand könnten sich zusätzliche belastende Faktoren aus weiteren, bisher noch nicht bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Dies würde sich auf IT- und Personalkosten auswirken. Zudem könnten über die bereits geplanten Investitionen hinaus weitere Verbesserungen der IT- und Gebäude-Infrastruktur notwendig werden. Im Zuge der europäischen Harmonisierung der Bankenabgabe besteht derzeit noch Unklarheit bezüglich ihrer tatsächlichen Höhe im Geschäftsjahr 2016.

Je nach Veränderung der Marktparameter bestehen im Wesentlichen Risiken eines Bewertungsverlusts bei einer Ausweitung der Aktiv-Passivmarge am Markt und Chancen eines Bewertungsgewinns bei deren Einengung. Daneben gibt es verschiedenste Szenarien, die zu Chancen oder Risiken führen können.

Trotz der von der Rentenbank praktizierten, risikoaversen Neugeschäftspolitik kann nicht ausgeschlossen werden, dass im weiteren Jahresverlauf bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Geschäftspartnern bekannt werden. Dies kann Ratingverschlechterungen im Bestand nach sich ziehen und damit das Risikodeckungspotenzial im Rahmen der Risikotragfähigkeit belasten.

Die weitergehende Berichterstattung zu den Risiken enthält der Abschnitt Risikobericht.

## **Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr**

Das Zinsergebnis der drei Segmente lag im ersten Monat des laufenden Geschäftsjahres leicht über dem anteiligen Planwert. Das Fair Value- und Hedge-Ergebnis ist negativ insbesondere aufgrund der Credit-Spread-induzierten Wertänderungen bei eigenen Emissionen in Fremdwährung. Auf Basis der bisherigen Neugeschäftsabschlüsse und Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahr ist der Vorstand zuversichtlich, das geplante Volumen im Fördergeschäft sowie die operativen Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2016 zu erreichen.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartun-

gen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategie und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich gegebenenfalls als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

## Risikobericht

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Die Darstellungen im Risikobericht beziehen sich grundsätzlich auf den Konzern. Wesentliche institutsspezifische Besonderheiten der Rentenbank werden gesondert dargestellt.

### Organisation des Risikomanagements

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Vorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie des Konzerns fest. Sie wird insbesondere von dem Förderauftrag der Bank und den Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die Segmente Ziele und Maßnahmen zu deren Erreichung festgelegt.

Im Konzern wird im Rahmen einer Risikoinventur analysiert, welche Risiken die Vermögenslage, die Kapitalausstattung, die Ertragslage oder die Liquiditätssituation wesentlich beeinträchtigen können. Wesentliche Risiken des Konzerns werden in der Risikoinventur, in den Risikoindikatoren auf der Basis quantitativer und qualitativer Risikomerkmale für eine frühzeitige Risikoidentifizierung und in den Self Assessments identifiziert. Eine weitere Identifizierung erfolgt im „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP), in den IKS-Schlüsselkontrollen sowie in der täglichen Überwachungstätigkeit. Die Risiken werden auf Konzentrationseffekte hin untersucht.

Die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risiko-

managementsystem (RMS) auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung identifiziert, limitiert und gesteuert. Der Vorstand hat dazu eine zur Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie und die daraus abgeleiteten Teilstrategien festgelegt. Diese werden mindestens jährlich überprüft, gegebenenfalls vom Vorstand angepasst und mit dem vom Verwaltungsrat gebildeten Risikoausschuss erörtert.

Wesentlicher Bestandteil des RMS ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung von Limiten, die an der Risikotragfähigkeit ausgerichtet sind. Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicherstellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Es basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“.

Der Konzern ist ein von der EZB beaufsichtigtes Institut und unterliegt deshalb dem Supervisory Review and Evaluation Process (SREP).

Die Rentenbank hat einen Sanierungsplan gemäß Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) erstellt und ihre Governance-Struktur und das Risikomanagement entsprechend erweitert. Die festgelegten Sanierungsindikatoren und ihre Schwellenwerte sowie die verbundenen Phasen des Governance- und Sanierungsprozesses sind wesentliche Elemente des Sanierungsplans. Die Sanierungsindikatoren erlauben es der Rentenbank, eine Krisensituation rechtzeitig zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Unter dem Risk Appetite Framework (RAF) definiert die Rentenbank die Rahmenbedingungen und Leitlinien hinsichtlich des Risikoappetits, die zentral in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie den dazugehörigen Teilstrategien dargestellt sind.

Als Teil des Planungsprozesses werden für die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechende potenzielle Risikoszenarien zugrunde gelegt. Soll-Ist-Abweichungen werden im Rahmen eines internen Monatsberichts analysiert. Die Kapitalplanung wird für die nächsten zehn Jahre erstellt. Die Risikotragfähigkeit wird in Form einer Fünf-Jahres-Vorschau geplant.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten setzt einen NPP voraus. Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement. Ändern sich betriebliche Prozesse, IT-Systeme oder Strukturen wesentlich, werden bei diesen Anpassungsprozessen im Rahmen einer Auswirkungsanalyse die geplanten Veränderungen auch auf die Kontrollverfahren und Kontrollintensität analysiert.

Basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen vermittelt das Risikohandbuch des Vorstands einen umfassenden Überblick über alle Risiken im Konzern. Risikosteuerungsfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft („Markt“ im Sinne der MaRisk) sowie Sicherheiten & Beteiligungen (Risikokapitalfonds und Beteiligungen) im Rahmen der vorgegebenen Limite wahrgenommen. Im Rahmen des Risikokapitalfonds kann der Konzern Eigenmittel in Form von Beteiligungen durch Übernahme gesellschaftsrechtlicher Anteile, in Form von stillen Beteiligungen und in allen Formen von Mezzanine-Kapital, wie z. B. nachrangige Darlehen, herauslegen. Für die Risikocontrolling-Funktion zeichnen die beiden für den Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglieder verantwortlich. Ihnen sind die Bereiche Finanzen mit der Gruppe Risikocontrolling und Banken mit dem Referat Adressrisiken unterstellt. Beide Bereiche verantworten die Einrichtung des Limitsystems. Im Bereich Finanzen umfasst das Risikocontrolling die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung über die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken, die operationellen Risiken, die Regulierungs- und Reputationsrisiken sowie die Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigung von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Die für die Rentenbank relevanten Compliance-Risiken zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass bei einer Nichtbeachtung der wesentlichen (bankaufsichts-)rechtlichen Regelungen und Vorgaben vor allem (Geld-)Strafen/Bußgelder, Schadensersatzansprüche und/oder die Nichtigkeit von Verträgen drohen, die das Vermögen der Rentenbank gefährden könnten. Die Compliance-Funktion der Rentenbank ist Teil des IKS und wirkt dabei in Zusammenarbeit mit den Organisationseinheiten darauf hin, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, zu vermeiden.

Sowohl der Vorstand als auch der vom Verwaltungsrat gebildete Prüfungsausschuss sowie der Risikoausschuss werden mindestens quartalsweise über die Risikosituation informiert. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Informationen oder Vorgänge und bei Nichteinhaltung der MaRisk müssen umgehend der Vorstand, die Interne Revision und gegebenenfalls die betroffenen Führungskräfte schriftlich informiert werden. Der Vorstand leitet Informationen über wesentliche Risikoaspekte unverzüglich an den Verwaltungsrat weiter.

Die Interne Revision der Rentenbank ist als Konzernrevision auf Gruppenebene tätig. Sie prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Ordnungsmäßigkeit der Aktivitäten und Prozesse sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des RMS bzw. des IKS.

Die Konzernrevision ist dem Vorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand kann zusätzliche Prüfungen anordnen. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die jeweiligen Vorsitzenden des Verwaltungs- und des Risikoausschusses können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Die Risiken werden grundsätzlich segmentübergreifend überwacht. Sofern sich die Überwachung nur auf einzelne Segmente beschränkt, ist dies in den Risikoarten dargestellt.

## **Adressenausfallrisiken**

### *Definition*

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko mit den Elementen Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Struktur-, Sicherheiten- und Beteiligungsrisiko sowie das Settlement- und das Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko sind der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das abgeleitete Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Abgeleitete Länderrisiken unterteilen sich in Ländertransferrisiken und Redenominierungsrisiken. Das Ländertransferrisiko bezeichnet die Gefahr, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund von wirtschaftlichen oder politischen Risiken seine Zins- und Tilgungszahlungen nicht fristgerecht leisten kann. Unter dem Redenominierungsrisiko versteht man die Gefahr, dass der Nominalwert einer Forderung auf eine andere Währung umgestellt wird. Bei Umstellung auf eine „weichere“ Währung unter Verwendung eines Fixkurses kann dies de facto eine Teilenteignung der Gläubiger bedeuten.

Strukturrisiken (beispielsweise Klumpen- bzw. Konzentrationsrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken,

die aus der unzureichenden Werthaltigkeit von Kredit-sicherheiten während der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjekts resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines Verlusts aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist weitgehend durch Gesetz und Satzung der Bank bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen EU-Land sowie Norwegen vergeben, die Geschäfte mit landwirtschaftlichen Unternehmen, deren vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum tätigen. Darüber hinaus können allgemeine Förderkreditgeschäfte auch mit deutschen Bundesländern abgeschlossen werden. Die Programm-kredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken bzw. Instituten und Finanzinstituten gemäß Artikel 4 CRR sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt bei dessen Hausbank.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können darüber hinaus alle Geschäfte getätigt werden, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in direktem Zusammenhang stehen. Dies beinhaltet auch den Ankauf von Forderungen und Wertpapieren sowie Geschäfte im Rahmen des Treasury Managements und der Risiko-steuerung des Konzerns.

Unternehmensrisiken geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft ein. Im Jahr 2015 wurden weder hier noch im Konsortialkreditgeschäft mit Unternehmen Verträge abgeschlossen.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft oder Treasury verantwortlich. Der Bereich Fördergeschäft schließt sämtliche Programmkredite ab. Der Bereich Treasury ist für den Ankauf von Wertpapieren, Schuldschein-darlehen und Namenspapieren sowie für den Ab-schluss von Direktkrediten im Rahmen des allge-meinen Fördergeschäfts zuständig. Darüber hinaus ist er für Neuabschlüsse im Geldgeschäft und bei Derivaten verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder abseh-bare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern abgeschlossen, mit denen eine Besicherungsverein-barung besteht.

#### *Organisation*

Die Bereiche Treasury sowie Fördergeschäft sind als Marktgebiete maßgeblich in die Prozesskette des all-gemeinen und verbrieften Fördergeschäfts (Treasury)

sowie der Programmkredite (Fördergeschäft) einge-bunden. Gemäß MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Als Marktfolge-Funktionen bezeichnete Aufgaben werden von den Bereichen Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen, verbrieftes Förder-geschäft wird von der Abteilung Operations Financial Markets abgewickelt. Der Bereich Banken gibt das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentschei-dungen ab und bearbeitet die Geschäftsabschlüsse bei allgemeinen Förderkrediten, der Bereich Sicherheiten & Beteiligungen bewertet die Sicherheiten und ver-waltet die Zahlungswege. Diese beiden Bereiche sind auch für die Intensivbetreuung sowie die Bearbeitung von Problemkrediten zuständig. In diesem Zusammen-hang werden erforderliche Maßnahmen in Abstim-mung mit dem Vorstand getroffen. Die Prozessverant-wortung liegt bei den für den Marktfolge-Bereich zu-ständigen Vorstandsmitgliedern.

Der Bereich Banken formuliert die Kreditrisikostategie im Konzern und ist für deren Umsetzung zuständig. Der Vorstand der Bank beschließt jährlich die Kreditri-sikostategie und berichtet bzw. erörtert diese mit dem Risikoausschuss des Verwaltungsrats. Darüber hinaus werden im Bereich Banken u. a. Kredit- und Länderrisiken analysiert. Geschäftspartner bzw. Geschäftsarten je Geschäftspartner werden in Rentenbank-spezifische Bonitätsklassen eingestuft, Beschlüsse für Kreditent-scheidungen vorbereitet, das Marktfolge-Votum erstellt und das Kreditrisiko insgesamt laufend überwacht.

Die Risikosteuerung, -überwachung und -berichter-stattung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftsbezogen auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden, auf Länderebene und auf Ebene des Gesamtkreditport-folios. Die methodische Entwicklung, Qualitätssiche-rung und Überwachung der Verfahren zur Identifizie-rung, Bonitätsbeurteilung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in die Zustän-digkeit des Bereichs Banken. Durch die funktionale und organisatorische Trennung der Bereiche Banken, Finanzen und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft ist eine un-abhängige Risikobeurteilung und -überwachung ge-währleistet. Im Rahmen der Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung wird das Kreditport-folio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen in Produkt-gruppen zusammengefasst werden.

#### *Bonitätsbeurteilung*

Die mit dem bankinternen Risikoklassifizierungsver-fahren ermittelten Bonitätseinstufungen sind ein maß-gebliches Steuerungsinstrument für die Adressenaus-fallrisiken und die internen Limite.

Die Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolge-Bereich Banken nach einem intern festgelegten Risikoklassifizierungsverfahren vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten in eine der 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente bzw. erhöhte latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätseinstufung unserer Geschäftspartner wird mindestens jährlich auf der Grundlage einer Auswertung ihrer Jahresabschlüsse und der Analyse ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse überprüft. Hierbei fließen betriebswirtschaftliche Kennzahlen, qualitative Merkmale, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren ein, z. B. die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen. Das Länderrisiko wird als eine für die Bank relevante Bonitätskennzahl ebenfalls einbezogen. Bei bestimmten Produkten, wie z. B. Pfandbriefen, werden zudem die damit verbundenen Sicherheiten bzw. Deckungswerte als weiteres Kriterium berücksichtigt. Sofern aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners bekannt werden, überprüft der Bereich Banken die Bonitätseinstufung und passt die internen Limite gegebenenfalls an. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird laufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

#### *Quantifizierung der Adressenausfallrisiken*

Mithilfe statistischer Verfahren messen wir Kreditausfallrisiken und ordnen sie in das Bonitätsklassensystem der Rentenbank ein. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Ratingagenturen veröffentlichten historischen Ausfallraten herangezogen. Über statistisch relevante eigene historische Daten verfügt der Konzern aufgrund einer in den letzten Jahrzehnten sehr geringen Anzahl von Ausfällen bzw. Kreditereignissen nicht. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird im Standardszenario ein auf die Limitinanspruchnahmen bezogener jährlicher potenzieller Ausfall ermittelt. Das Standardszenario wird um Stressszenarien ergänzt. Unter der Annahme von Bonitätsverschlechterungen, niedrigeren Wiedereinbringungsraten sowie höheren Ausfallwahrscheinlichkeiten schätzt der Konzern dabei bezogen auf die intern eingeräumten Limite einen jährlichen potenziellen Ausfall.

Der Konzern fokussiert sich im Rahmen seines weitestgehend durch Gesetz und Satzung vorgegeben Geschäftsmodells auf das Interbankengeschäft. Dies führt zu einem wesentlichen Konzentrationsrisiko. Für das

sektorale Konzentrationsrisiko wird ein pauschaler Risikobetrag (Risikopuffer) berücksichtigt.

Nach dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept weist der Konzern den Adressenausfallrisiken einen bestimmten Anteil des Risikodeckungspotenzials zu. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Neben den Stressszenarien, die vor allem länderspezifische Einflüsse berücksichtigen, die im „Going Concern-Ansatz“ mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen sind, wird im Rahmen eines weiteren Szenarios ein Risikowert für den Liquidationsansatz ermittelt. Die Methodik basiert auf dem Gordy-Modell, einem sogenannten Ein-Faktor-Modell. Darüber hinaus stellen zusätzliche Extremszenarien auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. Diese Extremszenarien werden in keinen Steuerungskreis einbezogen und deshalb auch nicht mit Risikodeckungspotenzial unterlegt. Im Vordergrund steht dabei, die Ergebnisse kritisch zu reflektieren und einen möglichen Handlungsbedarf abzuleiten. Entsprechende Maßnahmen können beispielsweise die Reduzierung interner Limite oder eine verschärfte Risikoüberwachung umfassen. Zusätzlich können anlassbezogen im Rahmen weiterer Stressszenarien die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf das Risikodeckungspotenzial untersucht werden.

#### *Limitierung und Reporting*

Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der Geschäftsstrategie sowie mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit des Konzerns vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Gruppen verbundener Kunden als auch auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios.

Die Gesamtkreditobergrenze für alle Adressenausfalllimite sowie eine Blankoobergrenze werden vom Vorstand festgelegt und stellen damit Obergrenzen für die Einräumung von Adressenausfalllimiten dar. Die Angemessenheit der beiden Obergrenzen wird im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung von Risikopuffern überprüft. Daneben gelten einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite.

Ein Limitsystem steuert die Höhe und die Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die gegebenenfalls produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das Risikoklassifizierungsverfahren der Bank stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limiteinräumung dar. Daneben gibt es eine

Gesamtobergrenze je Gruppe verbundener Kunden, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich gilt für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität.

Der zuständige Marktfolge-Bereich überwacht täglich sämtliche Limite. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Beim verbrieften Fördergeschäft setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolios, gegebenenfalls unter Berücksichtigung erhaltener Barsicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für die aus Marktpreisschwankungen resultierenden Adressenausfallrisiken. Dem für diesen Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglied werden täglich die risiko-relevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Für derivative Geschäfte hat die Bank mit allen Kontrahenten Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Barsicherheiten in Euro zu besichern ist. Diese Barsicherheiten reduzieren die Limitauslastungen und somit die Adressenausfallrisiken.

Jeweils zum Quartalsende berichtet der Bereich Banken (Marktfolge) dem Vorstand und dem für den vom Verwaltungsrat gebildeten Risikoausschuss nach den Vorgaben der MaRisk über die aktuelle Entwicklung der Adressenausfallrisiken im Rahmen des Gesamtrisikoberichts.

#### *Aktuelle Risikosituation*

Nach IFRS 7 ist das maximale Ausfallrisiko ohne Berücksichtigung von Sicherheiten anzugeben. Es entspricht somit den Buchwerten der betreffenden finanziellen Vermögenswerte bzw. den Nominalbeträgen bei den unwiderruflichen Kreditzusagen.

#### **Maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7:**

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	55 457,2	51 407,6	4 049,6
Forderungen an Kunden	6 380,9	5 530,3	850,6
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 298,8	1 600,7	-301,9
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 238,9	5 958,4	1 280,5
Finanzanlagen	19 912,2	21 701,2	-1 789,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	841,7	195,3	646,4
<b>Gesamt</b>	<b>91 129,7</b>	<b>86 393,5</b>	<b>4 736,2</b>

Für einen Großteil der dargestellten Risikopositionen hat der Konzern Sicherheiten in Form von Forderungsabtretungen, Gewährträgerhaftung sowie Staatsgarantien erhalten. Bei den restlichen Risikopositionen handelt es sich im Wesentlichen um „gedeckte Papiere“, wie Pfandbriefe.

Für die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stellt das angegebene maximale Ausfallrisiko von 7 238,9 Mio. EUR (5 958,4 Mio. EUR) die

bilanziellen Buchwerte auf Einzelvertragsebene dar. Die risikorelevante wirtschaftliche Besicherung erfolgt demgegenüber auf Kontrahentenebene. Für derivative Finanzinstrumente bestehen mit allen Kontrahenten Rahmenverträge mit Nettingwirkung und darauf aufbauend Besicherungsvereinbarungen. Unter Berücksichtigung der Nettingvereinbarungen und der Barsicherheiten errechnete sich zum 31.12.2015 ein maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7 für die derivativen Finanzinstrumente von 185,3 Mio. EUR (316,6 Mio. EUR).

## Adressenausfallrisiko nach Bonitätsklassen:

### 31.12.2015

	AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	DDD-D
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	16 327,4	2 172,3	28 309,1	8 635,2	0,0	13,2	0,0
Forderungen an Kunden	6 378,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	334,4	10,3	653,4	300,7	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus							
derivativen Finanzinstrumenten	6,0	619,3	4 627,7	1 897,5	88,4	0,0	0,0
Finanzanlagen	12 479,9	3 224,8	2 974,9	1 088,6	144,0	0,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	120,0	6,9	408,3	306,5	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>35 646,0</b>	<b>6 033,6</b>	<b>36 973,4</b>	<b>12 228,5</b>	<b>232,4</b>	<b>13,2</b>	<b>2,6</b>

### 31.12.2014

	AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	D
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	13 231,9	5 105,4	28 779,1	4 275,5	15,7	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	5 508,6	0,0	13,0	8,3	0,0	0,0	0,4
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	364,2	90,1	939,1	207,3	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus							
derivativen Finanzinstrumenten	7,3	2 447,7	3 163,4	340,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	11 251,2	5 794,4	2 420,5	1 882,0	353,1	0,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	195,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>30 558,5</b>	<b>13 437,6</b>	<b>35 315,1</b>	<b>6 713,1</b>	<b>368,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,4</b>

Die Aggregation der Buchwerte bei den nächsten beiden Analysen erfolgt nach dem Sitzland bzw. auf Ebene des rechtlich selbstständigen Geschäftspartners ohne Berücksichtigung von Konzernzusammenhängen.

## Risikokonzentration nach Ländergruppen:

### 31.12.2015

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	53 903,6	59,2	1 297,8	1,4	255,8	0,3
Forderungen an Kunden	6 350,9	7,0	30,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 292,6	1,4	6,2	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus						
derivativen Finanzinstrumenten	1 491,5	1,6	5 747,4	6,3	0,0	0,0
Finanzanlagen	3 869,5	4,3	14 369,1	15,8	1 673,6	1,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	835,4	0,9	0,0	0,0	6,3	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>67 743,5</b>	<b>74,4</b>	<b>21 450,5</b>	<b>23,5</b>	<b>1 935,7</b>	<b>2,1</b>

### 31.12.2014

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	49 526,0	57,4	1 881,5	2,2	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	5 500,3	6,4	30,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 595,3	1,8	5,4	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus						
derivativen Finanzinstrumenten	1 301,0	1,5	4 338,2	5,0	319,2	0,4
Finanzanlagen	5 798,7	6,7	15 400,6	17,8	501,9	0,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	195,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>63 916,6</b>	<b>74,0</b>	<b>21 655,7</b>	<b>25,0</b>	<b>821,2</b>	<b>1,0</b>

## Risikokonzentration nach Kontrahentengruppen:

### 31. 12. 2015

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken		Genossen- schaftsbanken		Nichtbanken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	8 650,4	9,5	1 553,6	1,7	32 790,1	36,0	12 463,1	13,7	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6 379,2	7,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	228,9	0,3	6,2	0,0	625,4	0,7	438,3	0,5	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 078,2	1,2	4 982,4	5,5	244,3	0,3	168,4	0,2	765,6	0,8
Finanzanlagen	2 672,1	2,9	14 461,8	15,9	616,7	0,7	130,9	0,1	2 030,7	2,2
Unwiderrufliche Kreditzusagen	220,8	0,2	6,3	0,0	316,5	0,3	298,1	0,3	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>12 852,1</b>	<b>14,1</b>	<b>21 010,3</b>	<b>23,1</b>	<b>34 593,0</b>	<b>38,0</b>	<b>13 498,8</b>	<b>14,8</b>	<b>9 175,5</b>	<b>10,0</b>

### 31. 12. 2014

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken		Genossen- schaftsbanken		Nichtbanken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	7 075,5	8,2	1 881,6	2,2	31 232,6	36,2	11 217,9	13,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5 530,3	6,4
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	285,6	0,3	5,4	0,0	748,6	0,9	561,1	0,6	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	863,8	1,0	3 901,5	4,5	228,6	0,3	207,4	0,2	757,1	0,9
Finanzanlagen	2 488,0	2,9	14 259,2	16,5	2 599,6	3,0	117,4	0,1	2 237,0	2,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	195,1	0,2	0,0	0,0	0,2	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>10 712,9</b>	<b>12,4</b>	<b>20 047,7</b>	<b>23,2</b>	<b>35 004,5</b>	<b>40,6</b>	<b>12 103,8</b>	<b>13,9</b>	<b>8 524,6</b>	<b>9,9</b>

## Buchwerte in den Euro-Peripherie-Staaten:

### 31. 12. 2015

	Italien Mio. EUR	Portugal Mio. EUR	Spanien Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Staatsanleihen	319,6	79,9	93,2	492,7
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	448,4	94,2	1 381,8	1 924,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			4,7	4,7
<b>Brutto-Engagement</b>	<b>768,0</b>	<b>174,1</b>	<b>1 479,7</b>	<b>2 421,8</b>
Sicherheiten	377,6	94,2	1 381,7	1 853,5
<b>Netto-Engagement</b>	<b>390,4</b>	<b>79,9</b>	<b>98,0</b>	<b>568,3</b>

### 31. 12. 2014

	Italien Mio. EUR	Portugal Mio. EUR	Spanien Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Staatsanleihen	307,9	130,5	93,9	532,3
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	751,3	169,2	1 885,1	2 805,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			2,2	2,2
<b>Brutto-Engagement</b>	<b>1 059,2</b>	<b>299,7</b>	<b>1 981,2</b>	<b>3 340,1</b>
Sicherheiten	528,2	169,2	1 887,3	2 584,7
<b>Netto-Engagement</b>	<b>531,0</b>	<b>130,5</b>	<b>93,9</b>	<b>755,4</b>

Die Euro-Peripherie-Staaten werden vor dem Hintergrund der angespannten volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entwicklung intensiv beobachtet.

Freie Kreditlinien oder unwiderrufliche Kreditzusagen mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen nicht und wurden im Jahr 2015 auch nicht eingegangen. Die Erhöhung von Buchwerten ist daher ausschließlich auf die Veränderung des beizulegenden

Zeitwerts zurückzuführen. Bis auf Weiteres dürfen lediglich durch Barsicherheiten besicherte Derivate mit Kontrahenten aus Italien und Spanien abgeschlossen werden.

Die Staatsanleihen der Euro-Peripherie-Staaten sowie die Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken aus diesen Ländern sind folgenden Bewertungskategorien nach IFRS zugeordnet:

	Staatsanleihen		Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	
	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
Available for Sale	308,0	299,7	1 823,4	2 484,5
Held to Maturity	144,1	195,2	0,0	117,5
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	20,7
Designated as at Fair Value	40,6	37,4	101,0	182,9
<b>Gesamt</b>	<b>492,7</b>	<b>532,3</b>	<b>1 924,4</b>	<b>2 805,6</b>

#### Risikovororge

Bei ausfallgefährdeten Engagements wird eine Risikovororge auf Einzelengagementebene gebildet. Dabei werden die Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Die Wertminderung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme. Die Methodik wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs näher beschrieben.

Auf der Ebene des Jahresabschlusses der Rentenbank verringerte sich eine Einzelwertberichtigung von 5,0 Mio. EUR auf 2,4 Mio. EUR. Im Konzern besteht sie nicht, da das Engagement dort erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wird. Im Berichtsjahr wurde eine weitere Einzelwertberichtigung auf Forderungen in Höhe von 2,0 Mio. EUR nach HGB und von 2,2 Mio. EUR nach IFRS vorgenommen. Zum 31.12.2015 gab es somit zwei Einzelwertberichtigungen auf Institutsebene von 4,4 Mio. EUR und eine auf Konzernebene in Höhe von 2,2 Mio. EUR.

Für latente Kreditrisiken hat der Konzern eine Portfoliowertberichtigung von 16,3 Mio. EUR (14,7 Mio. EUR) auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlusts gebildet. Die Methodik wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs beschrieben. Die Rentenbank hat im Jahresabschluss eine Pauschalwertberichtigung von 16,2 Mio. EUR (13,9 Mio. EUR) bilanziert.

#### Standardszenarien

Basis für die Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle im Standardszenario ist der unter Be-

rücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelte potenzielle Ausfall, bezogen auf die Höhe der Inanspruchnahme. Zum 31.12.2015 betrug der kumulierte potenzielle Ausfall einschließlich eines pauschalen Risikobetrags von 50,0 Mio. EUR für sektorale Konzentrationsrisiken im Bankensektor 67,7 Mio. EUR (61,8 Mio. EUR). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf Bonitätsverschlechterungen einzelner Engagements sowie konservativere Modellannahmen zurückzuführen. Der Durchschnittswert des monatlich ermittelten potenziellen Ausfalls belief sich im Geschäftsjahr 2015 auf 64,7 Mio. EUR (62,7 Mio. EUR). Im Verhältnis zum allokierten Risikodeckungspotenzial für Adressenausfallrisiken zum Stichtag ergab sich eine durchschnittliche Auslastung von 24,9 % (24,1 %). Die maximale Inanspruchnahme belief sich auf 67,7 Mio. EUR (70,8 Mio. EUR) und lag somit innerhalb des vom Vorstand genehmigten Limits für das Standardszenario in Höhe von 260 Mio. EUR. Die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 63,3 Mio. EUR (61,7 Mio. EUR).

#### Stressszenarien

In einem ersten Stressszenario wird der potenzielle Ausfall bezogen auf eine volle Ausnutzung der intern eingeräumten Limite unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Zum 31.12.2015 belief sich der potenzielle Ausfall in diesem Stressszenario auf 81,0 Mio. EUR (71,5 Mio. EUR). In zwei weiteren Szenarien werden zudem eine Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeiten um einen länderspezifischen Faktor - mindestens Verdopplung -, eine Verschlechterung der Bonität des Engagements um mindestens zwei Stufen sowie niedrigere Wiedereinbringungsrate für potenzielle Ausfälle besicherter

Geschäfte simuliert. Bei der Risikotragfähigkeitsrechnung wird das Stressszenario mit dem höchsten Risikowert zur Anrechnung auf das Risikodeckungspotenzial herangezogen. Zum Stichtag errechnete sich aus den obigen Stressszenarien ein maximaler potenzieller Ausfall von 145,5 Mio. EUR (126,5 Mio. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist – parallel zum Standardszenario – auf Bonitätsverschlechterungen einzelner Engagements in den schlechteren Bonitätsklassen sowie konservativere Modellannahmen zurückzuführen.

Auch in den Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle in den Stressszenarien ist ein pauschaler Risikobetrag für Konzentrationsrisiken im Bankensektor von 50,0 Mio. EUR enthalten.

## **Marktpreisrisiken**

### *Definition*

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Den potenziellen Verlust ermittelt der Konzern auf Basis des Bestands und durch Veränderungen in den gegebenen Marktparametern.

Der Konzern unterscheidet zwischen Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungsrisiken und in Form von IFRS-Bewertungsrisiken.

Zinsänderungsrisiken bestehen in geringem Umfang bei offenen Festzinspositionen. Die wesentlichen Einflussfaktoren sind Marktzinsen sowie Höhe und Laufzeit der offenen Position. Das Risiko realisiert sich im Operativen Ergebnis, bei Schließung der offenen Positionen.

IFRS-Bewertungsrisiken sind bei den nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Grundgeschäften und den dazugehörigen Sicherungsgeschäften gegeben. Die potenziellen Risiken durch die Bewertungspflicht nach IFRS werden als unrealisierte Ergebnisse im Posten Fair Value- und Hedge-Ergebnis dargestellt. Das Marktpreisrisiko aus der IFRS-Bewertung realisiert sich, falls die Buy-and-Hold-Strategie durchbrochen würde bzw. ein Geschäftspartner ausfiele. Bei Ausfall eines Derivatepartners sind Barsicherheiten zu berücksichtigen. Unabhängig davon werden aber auch diese Bewertungsergebnisse in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung und in den regulatorischen Eigenmitteln berücksichtigt. Bei den regulatorischen Eigenmitteln werden die Bewertungsverluste aus den eigenen Emissionen über Prudential Filter neutralisiert.

Offene Währungspositionen entstehen, wenn überhaupt, nur in Form von Abrechnungsspitzen und

dann nur in geringem Umfang. Veränderungen von Wechselkursen führen allerdings bei der Umrechnung der Barwerte von Fremdwährungsbeständen in Euro, zu Bewertungseffekten.

### *Organisation*

Die Bank führt kein Handelsbuch gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr. 85 und 86 CRR.

Aufgabe des Risikomanagements ist es, Marktpreisrisiken qualitativ und quantitativ zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen. Der Bereich Treasury steuert das Zinsänderungsrisiko. Das Risikoccontrolling im Bereich Finanzen quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt die Berichte. Die Abteilung Operations Financial Markets und der Bereich Banken kontrollieren die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

### *Quantifizierung der Marktpreisrisiken*

#### *Zinsänderungsrisiken*

Der Konzern begrenzt das Zinsänderungsrisiko weitestgehend, indem er Bilanzgeschäfte mit derivativen Geschäften absichert. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen. Die Effektivität der Mikro-Beziehungen wird durch Bewertungseinheiten täglich überwacht. Diese ökonomischen Mikro- oder Makro-Beziehungen werden nach IFRS entsprechend als bilanzielle Sicherungszusammenhänge berücksichtigt.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft. Ertragerzielung durch das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist kein strategisches Ziel der Rentenbank.

Da Einzelpositionen im Förderkreditgeschäft aufgrund ihrer teilweise geringen Volumenshöhe nicht zeitgleich effizient absicherbar sind, entstehen Fristentransformationsergebnisse aus kurzfristig offenen Positionen.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken ermittelt der Konzern täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten.

Auf Gesamtbankebene erfolgt diese Untersuchung zusätzlich quartalsweise für alle zinssensitiven Positionen des Konzerns mit einem barwertorientierten Modell. Kreditinstitute haben regelmäßig die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung auf ihre offenen Positionen im Anlagebuch zu

ermitteln und diese der Aufsicht zu melden. Die quartalsweise durchgeführte Zinsänderungsanalyse untersucht stichtagsbezogen, ob eine negative Veränderung des Barwerts 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt. Bei der Berechnung des Barwerts werden Szenarioanalysen segmentübergreifend auf alle Finanzinstrumente durchgeführt. Bei dieser Messung wird das Eigenkapital jedoch nicht als dauerhaft zur Verfügung stehender Posten berücksichtigt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen wird sensitivitätsbasiert gemessen und darf die durch Beschluss des Vorstands festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limits wird täglich überwacht und dem Vorstand berichtet.

#### IFRS-Bewertungsrisiken

Marktparameteränderungen bei Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads), Basiswap-Spreads, Credit-Spreads, Währungskursen sowie anderen Preisen wirken sich auf die zu bewertenden Finanzinstrumente aus. Bilanzgeschäfte sind mit entsprechenden Sicherungsgeschäften gegen Zins- und Währungsrisiken abgesichert. Um die ökonomischen Sicherungsbeziehungen abzubilden, sind die Grundgeschäfte in Fremdwährung grundsätzlich der Fair Value Option zuzuordnen. Dadurch werden sowohl die Sicherungsinstrumente als auch die Grundgeschäfte zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Bewertung mit den genannten Marktparametern führt trotz einer ökonomisch perfekten Sicherungsbeziehung zu erheblichen Ergebnisschwankungen.

Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der IFRS-Bewertungsrisiken auf das Bewertungsergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse auf das Risikodeckungspotenzial angerechnet.

#### Standardszenarien

Im Standardszenario werden bestimmte Marktpreisschwankungen angenommen. Für alle offenen zins-sensitiven Geschäfte der Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven berechnet und den jeweiligen Limiten gegenübergestellt. Dabei wird unterstellt, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % die prognostizierten Wertveränderungen aufgrund des Szenarios nicht überschritten werden.

#### Stressszenarien

Um Risiken außergewöhnlicher Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig und anlassbezogen weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“

berechnet. Im monatlichen Stressszenario wird eine Parallelverschiebung der Zinskurve analog zum Standardszenario untersucht.

Für die Ermittlung der IFRS-Bewertungsrisiken wird eine Erhöhung der Basiswap-Spreads, Währungskurse und anderer Preise sowie eine Reduzierung der CCY-Basiswap-Spreads und der Credit-Spreads unterstellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Dabei wird unterstellt, dass die prognostizierten Risikowerte mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten werden.

#### Risikopuffer

Zur Abbildung von Modellrisiken wird ein Risikopuffer für die Standardszenarien und Stressszenarien ermittelt. Dieser umfasst auch das Ertragsrisiko aus offenen CCY-Basiswaps.

#### Limitierung und Reporting

Dem Marktpreisrisiko im Standardszenario sind ein Risikodeckungspotenzial in Höhe des Risikolimits von 19 Mio. EUR (13 Mio. EUR) sowie ein Risikopuffer von 7,0 Mio. EUR (0,0 Mio. EUR) zugewiesen. Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limits wird täglich überwacht und dem Vorstand berichtet. Der Konzern informiert quartalsweise den Prüfungs- und den Risikoausschuss des Verwaltungsrats über die Ergebnisse der Risikoanalysen.

#### Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrunde liegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und im „Kreditgeschäft“ täglich überprüft.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen werden quartalsweise mit dem barwertorientierten Modell zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankenebene validiert.

#### Aktuelle Risikosituation

Im Geschäftsjahr 2015 wurden die Annahmen und Marktparameter der Standard- und Stressszenarien validiert und angepasst. Die Anpassungen in den

Standard- und Stressszenarien sind im Folgenden dargestellt.

#### Standardszenarien

Zum 31.12.2015 ergab sich ein Marktpreisrisiko im „Geldgeschäft“ und im „Kreditgeschäft“ von 10,4 Mio. EUR (1,6 Mio. EUR) bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven um 40 Basispunkte (BP) (differenzierte Verschiebung um overnight 20 BP, 6 Monate 20 BP, 12 Monate 20 BP und linear steigend bis 15 Jahre 40 BP) und damit eine Ausnutzung des Risikolimits von 54,7 % (12,3 %). Die durchschnittliche Limitauslastung im Geschäftsjahr 2015 betrug 3,2 Mio. EUR (1,2 Mio. EUR) bzw. 20,4 % (6,5 %). Im Berichtsjahr lagen der maximale Risikowert bei 10,5 Mio. EUR (5,2 Mio. EUR) und der minimale bei 0,0 Mio. EUR (0,02 Mio. EUR). In den Jahren 2015 und 2014 wurden die Limite eingehalten. Aufgrund der Anpassung des Standardszenarios im Rahmen der Validierung 2015 wurde auch das Risikolimit um 6 Mio. EUR auf 19 Mio. EUR (13 Mio. EUR) erhöht. Der neu eingeführte Risikopuffer betrug 7,0 Mio. EUR.

#### Stressszenarien

Das Risiko in den Stressszenarien für das Zinsänderungsrisiko wird in den Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ berechnet. Für jedes Portfolio werden die Zinskurven parallel um 60 BP verschoben (differenzierte Verschiebung der Zinskurven um overnight 30 BP, 6 Monate 30 BP, 12 Monate 30 BP und linear steigend bis 15 Jahre 60 BP). Zum Berichtsstichtag ergab sich ein Risikowert von 15,4 Mio. EUR (2,5 Mio. EUR).

Die Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen Zinsbasen unterschiedlicher Laufzeit in gleicher Währung mittels Zinsswaps betragen bei einem parallelen Anstieg der Basisswap-Spreads um 10 BP (11 BP) und einer Ausweitung des OIS-IBOR-Spreads um 79 BP (75 BP) 215,7 Mio. EUR (199,8 Mio. EUR).

Bei den Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Wäh-

rungen wird eine Verminderung des CCY-Basisswap-Spreads von 109 BP (Erhöhung um 124 BP) unterstellt. Hieraus ergab sich eine Sensitivität von -1 336,0 Mio. EUR (1 209,3 Mio. EUR).

Die Credit-Spreads basieren u. a. auf der Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), auf der Besicherung von Produkten sowie auf marktspezifischen Parametern (z. B. Liquidität, Staatsanleihe-spreads, Arbitragemöglichkeiten). Für die Messung der Sensitivität wird innerhalb der jeweiligen Bonitätsklasse eine Parallelverschiebung von -89 BP (Erhöhung um 102 BP) für Aktiv- und -118 BP (Erhöhung um 109 BP) für Passivgeschäfte im Stressszenario vorgenommen. Der Risikowert betrug 1 508,7 Mio. EUR (-1 013,6 Mio. EUR).

Der potenzielle Bewertungsverlust bei einer Erhöhung der Swaption Volatilitäten um 118 BP (9 BP) lag bei 12,3 Mio. EUR (1,7 Mio. EUR) und bei einer Erhöhung der Cap/Floor Volatilitäten um 237 BP (49 BP) bei 0,6 Mio. EUR (1,6 Mio. EUR).

Für die Umrechnung der Positionen von Fremdwährung in Euro bei einer Veränderung der Wechselkurse um 44 % (Vorjahr absolut 104 BP) ergab sich ein Risikowert von 97,9 Mio. EUR (1,7 Mio. EUR).

Den Risikopuffer erhöhten wir auf 14,5 Mio. EUR (6,0 Mio. EUR).

#### Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank

Entsprechend dem BaFin-Rundschreiben 11/2011 (BA) wurden plötzliche und unerwartete Zinsänderungen mit einem Parallelshift von +(-)200 BP simuliert. Zum Berichtsstichtag ergab sich bei steigenden Zinsen ein Risikowert von 417,0 Mio. EUR (415,1 Mio. EUR). In Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln errechnete sich eine Quote von 11,4 % (12,0 %). Zu keinem Zeitpunkt lag die Quote in den Jahren 2015 und 2014 oberhalb der Meldegrenze von 20 %.

## Fremdwährungsrisiken

In keiner Wahrung war 2015 und 2014 ein materielles Risiko festzustellen. Die Fremdwahrungsnominalbestande gliederten sich wie folgt:

### 31. 12. 2015

Nominalwerte in Mio. EUR	USD	AUD	GBP	NZD	CHF	CAD	NOK	Sonstige	Gesamt
<b>Aktiva</b>									
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,1</b>
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,0</b>
Finanzanlagen	688,9	50,3	2 272,5	0,0	765,2	224,2	0,0	223,3	<b>4 224,4</b>
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten	30 187,3	9 949,2	2 536,1	2 235,8	1 190,4	838,2	958,0	1 985,9	<b>49 880,9</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>30 876,3</b>	<b>9 999,5</b>	<b>4 808,6</b>	<b>2 235,8</b>	<b>1 955,6</b>	<b>1 062,4</b>	<b>958,0</b>	<b>2 209,2</b>	<b>54 105,4</b>
<b>Passiva</b>									
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,0</b>
Verbindlichkeiten geg. Kunden	96,4	0,0	13,6	13,2	0,0	0,0	0,0	38,1	<b>161,3</b>
Verbriefte Verbindlichkeiten	29 820,7	9 949,2	2 521,9	2 222,6	1 190,6	838,2	958,0	1 642,0	<b>49 143,2</b>
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	381,5	<b>381,5</b>
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	959,1	50,3	2 273,1	0,0	765,0	224,2	0,0	147,6	<b>4 419,3</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>30 876,2</b>	<b>9 999,5</b>	<b>4 808,6</b>	<b>2 235,8</b>	<b>1 955,6</b>	<b>1 062,4</b>	<b>958,0</b>	<b>2 209,2</b>	<b>54 105,3</b>
Netto-Wahrungsposition	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,1</b>

### 31. 12. 2014

Nominalwerte in Mio. EUR	USD	AUD	GBP	NZD	CHF	CAD	NOK	Sonstige	Gesamt
<b>Aktiva</b>									
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	0,0	0,0	49,9	0,0	0,0	0,0	<b>50,0</b>
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,0</b>
Finanzanlagen	707,1	50,6	1 410,0	0,0	47,4	241,0	0,0	194,5	<b>2 650,6</b>
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten	26 264,3	9 450,7	2 159,8	1 694,7	1 363,9	880,3	1 410,0	2 069,8	<b>45 293,6</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>26 971,5</b>	<b>9 501,3</b>	<b>3 569,8</b>	<b>1 694,7</b>	<b>1 461,2</b>	<b>1 121,3</b>	<b>1 410,0</b>	<b>2 264,3</b>	<b>47 994,2</b>
<b>Passiva</b>									
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,0</b>
Verbindlichkeiten geg. Kunden	111,2	0,0	12,8	0,0	0,0	0,0	0,0	34,4	<b>158,4</b>
Verbriefte Verbindlichkeiten	25 976,3	9 450,7	2 147,0	1 694,7	1 363,9	880,3	1 410,1	1 759,9	<b>44 682,9</b>
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	344,3	<b>344,3</b>
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	883,9	50,6	1 410,0	0,0	97,3	241,0	0,0	125,7	<b>2 808,5</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>26 971,4</b>	<b>9 501,3</b>	<b>3 569,8</b>	<b>1 694,7</b>	<b>1 461,2</b>	<b>1 121,3</b>	<b>1 410,1</b>	<b>2 264,3</b>	<b>47 994,1</b>
Netto-Wahrungsposition	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,1</b>

## Liquiditätsrisiken

### Definition

Das Liquiditätsrisiko sieht der Konzern als das Risiko, seinen gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Das Marktliquiditätsrisiko sieht der Konzern insbesondere als das Risiko, Vermögensgegenstände nicht, nicht sofort oder nur mit Einbußen veräußern zu können. Das Marktliquiditätsrisiko wirkt sich potenziell negativ auf das Liquiditätsrisiko aus.

### Steuerung und Überwachung

Die offenen Liquiditätssalden der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes, an den Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank orientiertes Limit begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsposition und die Auslastung der Limite täglich und informiert den Vorstand und den Bereich Treasury.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP-Platzierungen und Offenermarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft und Gelder bis zu zwei Jahren über das Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm, Schuldscheine, Globalanleihen bzw. inländische Kapitalmarktinstrumente aufgenommen werden.

Zur Begrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken bis zu einem Monat darf der kalkulatorische Liquiditätsbedarf den Bestand an liquiden Aktiva entsprechend der Liquidity Coverage Ratio (LCR) nicht übersteigen. Zwischen einem Monat und zwei Jahren wird der kalkulatorische Liquiditätsbedarf auf das frei verfügbare Refinanzierungspotenzial begrenzt. Der Konzern hält gemäß den Regelungen der MaRisk ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vor, um den kurzfristigen Refinanzierungsbedarf für mindestens eine Woche zu überbrücken und einen zusätzlichen Refinanzierungsbedarf aus Stressszenarien zu decken.

In der mittel- und langfristigen Liquiditätsrechnung werden darüber hinaus die Kapitalzu- und -abflüsse über zwei Jahre bis fünfzehn Jahre quartalsweise kumuliert und fortgeschrieben. Die kumulierten Zahlungsströme dürfen ein vom Vorstand festgelegtes negatives Limit nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrunde liegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsposition werden mindestens jährlich überprüft.

Die Liquiditätsrisiken werden im Risikotragfähigkeitskonzept statt mit Risikodeckungspotenzial mit Liquiditätsdeckungspotenzial bzw. liquiden Aktiva unterlegt. Der Konzern verfügt über ausreichende liquide Mittel und kann sich im Übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings und seines Status als Bundesinstitut jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt beschaffen. Bei Marktstörungen erfolgt dies auch im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft in Form von echten Wertpapier-Pensionsgeschäften) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite und Sicherungsabtretung nach KEV-Verfahren).

Besonderheit: Rentenbank als Emittent LCR-fähiger Anleihen

Die von der Rentenbank begebenen Anleihen sind in der EU als „liquide Aktiva“ entsprechend der LCR eingestuft. Auch in anderen Rechtsräumen (z. B. USA und Kanada) können Anleihen der Rentenbank als hochliquide Aktiva gehalten werden. Hieraus ergeben sich für die Rentenbank besondere Handlungsmöglichkeiten im Liquiditätsnotfall.

### Stressszenarien

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditäts-szenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. eines Rückgangs der positiven Marktwerte des Derivateportfolios. Mit dem Szenario-Mix wird das kumulierte Eintreten von Stressszenarien simuliert. Bei risikorelevanten Ereignissen werden Stresstests auch anlassbezogen durchgeführt.

Liquiditätskennziffern nach der Liquiditätsverordnung

Gemäß Liquiditätsverordnung werden die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen täglich für die verschiedenen zahlungswirksamen bilanziellen und außerbilanziellen Geschäftsarten ermittelt. Diese werden nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben gewichtet und ins Verhältnis gesetzt. Ferner werden diese Kenn-

ziffern auch für zukünftige Stichtage hochgerechnet. Im Berichtsjahr 2015 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,40 und 3,65 (2,71 und 4,38) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

#### Liquiditätskennziffern nach der CRR

Die Liquiditätskennziffern LCR und Net Stable Funding Ratio (NSFR) dienen dazu, das Liquiditätsrisiko zu begrenzen. Ziel ist es, Banken in die Lage zu versetzen, auch in Stressphasen – durch das Vorhalten eines Liquiditätspuffers und einer stabilen Refinanzierung – liquide zu bleiben. Die LCR, das Verhältnis hochliquider Aktiva zu den Nettoliquiditätsabflüssen, muss seit Oktober 2015 mindestens eine Quote von 0,6 erfüllen. Danach steigen die Anforderungen jedes Jahr sukzessive bis 2018 auf eine Quote von 1,0. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Das Verhältnis aus verfügbaren stabilen Refinanzierungsmitteln zu den erforderlichen stabilen Refinanzierungen soll mindestens 100 % betragen. Über die Einführung der NSFR ab dem Jahr 2018 wird erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Die Mindestquote der LCR und die derzeit erwartete Mindestquote der NSFR wurden im Berichtsjahr 2015 eingehalten.

#### Reporting

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die mittel- und langfristige Liquidität, die Ergebnisse der Szenarioanalysen, die Liquiditätskennziffern LCR und NSFR sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Prüfungsausschuss und Risikoausschuss des Verwaltungsrats werden hierüber quartalsweise informiert.

#### Aktuelle Risikosituation

Grundsätzlich achtet die Rentenbank darauf, ihr Kreditgeschäft weitgehend laufzeitkongruent zu refinanzieren. Damit werden die Liquiditätsrisiken gering gehalten. Aufgrund der Triple-A-Ratings und des Status als Bundesinstitut bestehen außerdem kurzfristige Refinanzierungsmöglichkeiten am Geld- und Kapitalmarkt. Zusätzlich hält die Bank Liquiditätsbestände. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe des frei verfügbaren Refinanzierungspotenzials beschafft werden. Dieses deckte stets den Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren ab.

Das Limit für den mittel- und langfristigen Liquiditätsbedarf wurde in den Geschäftsjahren 2015 und 2014 stets eingehalten.

#### Stressszenarien

Auch in Bezug auf die Liquiditätsrisiken führt die Rentenbank Szenarioanalysen durch. Hierbei wird der aus allen Szenarien resultierende Liquiditätsbedarf zu den bereits bekannten Zahlungsströmen hinzugerechnet, um so die Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Bank zu untersuchen. Die Ergebnisse der Szenarioanalysen zeigten zum Berichtstag, ebenso wie im Vorjahr, dass der Konzern seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt nachkommen kann.

#### Operationelle Risiken

##### Definition

Operationelle Risiken entstehen infolge nicht funktionierender oder fehlerhafter Systeme, Prozesse, aus Fehlverhalten von Personen oder aus externen Ereignissen. Dazu zählen Rechtsrisiken, Risiken aus Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählen unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- und Reputationsrisiken.

##### Organisation

Die operationellen Risiken des Konzerns werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, die an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (z. B. Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Der Bereich Recht & Personal steuert und überwacht das Rechtsrisiko. Er berichtet sowohl anlassbezogen als auch turnusmäßig im Rahmen halbjährlicher Berichte über laufende oder drohende Rechtsstreitigkeiten dem Vorstand. Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert der Konzern durch den weitgehenden Einsatz von standardisierten Verträgen. Die Abteilung Recht wird hierzu frühzeitig in Entscheidungen einbezogen, wesentliche Vorhaben sind mit dem Bereich Recht & Personal abzustimmen. Externe Juristen im In- und Ausland mandatiert und steuert ausschließlich der Bereich Recht & Personal. Rechtsstreitigkeiten werden unverzüglich in der Schadensfalldatenbank erfasst und mit einem Risikoindikator für eine frühzeitige Risikoidentifizierung überwacht.

Darüber hinaus hat die Rentenbank eine Compliance-Funktion und eine zentrale Stelle für die Prävention

von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen eingerichtet. Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25h KWG werden Risiken aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, die das Vermögen des Konzerns in Gefahr bringen könnten, identifiziert und organisatorische Maßnahmen abgeleitet, um die Risikoprävention zu optimieren. Hierzu analysiert der Konzern auch, ob generelle und institutsspezifische Anforderungen an eine wirksame Organisation eingehalten werden.

Die mit Auslagerungen verbundenen Risiken sind unter den operationellen Risiken erfasst. Die Bank hat für Auslagerungen ein dezentrales Monitoring implementiert. Dieses umfasst auch die Risikosteuerung und -überwachung. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Auslagerungen unterschieden. Bei wesentlichen Auslagerungen gelten besondere Anforderungen, insbesondere an die Auslagerungsverträge, den Turnus der Risikoanalysen und an die Berichterstattung.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Der Konzern hat einen Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) benannt. Ein Informationssicherheitsmanagements-System (ISMS) ist implementiert. Der ISB überwacht die Einhaltung der im ISMS getroffenen Vorgaben bzw. Anforderungen, um die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der informationsverarbeitenden und -lagernden Systeme sicherzustellen. Bei allen kritischen IT-Störfällen wird der ISB eingebunden.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise hinsichtlich der Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auch Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in diese Pläne integriert.

#### *Quantifizierung der operationellen Risiken*

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts mit einem an den aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden auf Basis des Geschäftsumfangs festgelegt.

Alle Schadensereignisse des Konzerns werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Alle laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfassen dezentral die Operational-Risk-

Beauftragten. Das Risikocontrolling analysiert und aggregiert die Schadensfälle und entwickelt das Instrumentarium methodisch weiter.

Ferner führt die Bank Self-Assessments in Form von Workshops durch. Dabei werden mindestens jährlich in den für das Geschäftsmodell der Rentenbank bedeutenden Geschäftsprozessen wesentliche operationelle Risikoszenarien analysiert und bewertet. Aspekte der Betrugsprävention werden berücksichtigt. Erkannte wesentliche operationelle Risiken werden durch zusätzliche Präventivmaßnahmen reduziert.

Um frühzeitig auf Veränderungen im Risikoprofil des Konzerns reagieren zu können, wurden Risikoindikatoren für drohende Verluste für alle wesentlichen Risikoarten definiert. Auf dieser Basis können angemessene Maßnahmen zur Risikobewältigung ergriffen werden.

#### *Limitierung und Reporting*

Für die operationellen Risiken wird das Limit anhand des modifizierten aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatzes abgeleitet. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Führungskreis I, den Vorstand, den Prüfungsausschuss sowie den Risikoausschuss des Verwaltungsrats.

#### *Aktuelle Risikosituation*

Der Risikowert für das operationelle Risiko im Standardszenario betrug am Stichtag 24,6 Mio. EUR (27,2 Mio. EUR). Im Stressszenario wurde zum Stichtag ein Risikowert von 49,2 Mio. EUR (54,5 Mio. EUR) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden vier bedeutende Schadensereignisse (ab 5 Tsd. EUR) in der Schadensfalldatenbank mit einem potenziellen Nettoverlust von 1 466 Tsd. EUR erfasst. Im Vorjahr gab es drei bedeutende Einzelverluste aus operationellen Risiken in Summe mit einem Nettoverlust von 68 Tsd. EUR, der sich im Geschäftsjahr 2015 auf 35 Tsd. EUR reduzierte.

Alle Risikoindikatoren blieben zum Berichtsstichtag unter den festgelegten Schwellenwerten.

#### **Regulierungs- und Reputationsrisiken**

##### *Definition*

Das Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis des Konzerns auswirkt und regulatorische Anforderungen nur unzureichend erfüllt werden.

Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken. Sie können u. a. die Refinanzierungsfähigkeit der Rentenbank gefährden.

#### *Steuerung und Überwachung*

Im Konzern ist u. a. der ART, in dem auch das Referat Compliance vertreten ist, dafür zuständig, Regulierungsrisiken frühzeitig zu erkennen und zu steuern.

Regulierungs- und Reputationsrisiken können sich auf das Neugeschäft, vor allem die Refinanzierung und auf die Marge, negativ auswirken. Der staatliche Förderauftrag der Rentenbank und die besondere Haftung des Bundes spielen bei der Vergabe der Triple-A-Ratings eine maßgebliche Rolle. Daher sind Regulierungs- und Reputationsrisiken vor diesem Hintergrund zu betrachten.

Neben den monatlichen Soll-Ist-Abgleichen in der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Risiken auch über die Einträge in der Schadensfalldatenbank und in Self-Assessments überwacht. Potenzielle Schadensereignisse weisen eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit, aber eine potenziell hohe Schadenssumme auf.

#### *Limitierung und Reporting*

Der Konzern ermittelt das Limit für Regulierungs- und Reputationsrisiken auf Basis eines Ertrags-szenarios. Hierbei werden für den Konzern negative Auswirkungen bestimmter Risikoszenarien, z. B. Rückgang des Neugeschäfts oder Margenrückgang, unter der Annahme von Eintrittswahrscheinlichkeiten ermittelt und beurteilt. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Führungskreis I, den Vorstand, den Prüfungsausschuss sowie den Risikoausschuss des Verwaltungsrats.

#### *Aktuelle Risikosituation*

Der Risikowert für Regulierungs- und Reputationsrisiken im Standardszenario betrug zum Stichtag 22,2 Mio. EUR, im Stressszenario 44,5 Mio. EUR.

Schadensereignisse aus Regulierungs- oder Reputationsrisiken traten im Berichtszeitraum ebenso wie im Vorjahr nicht ein.

#### **Risikotragfähigkeit - „Going Concern-Ansatz“**

In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis-, operationellen Risiken sowie den Regulierungs- und Reputationsrisiken des Konzerns in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien einem Anteil des Risikodeckungspotenzials gegenübergestellt. Die Liquiditätsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept nicht angerechnet, sondern durch das freie Refinanzierungspotenzial bzw. liquiden Aktiva begrenzt.

Das Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“. Der Betrachtungshorizont ist auf ein Jahr festgelegt.

Im „Going Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen. Nach Abzug der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen und aufsichtsrechtlichen Korrekturposten vom Risikodeckungspotenzial müssen noch genügend Kapitalbestandteile vorhanden sein, um die Risiken aus den konservativ festgesetzten Stressszenarien (Wahrscheinlichkeit von 99 %, dass der prognostizierte Risikowert nicht überschritten wird) abdecken zu können. Der aufsichtsrechtliche Eigenmittelbedarf wurde auf Basis einer harten Kernkapitalquote (CET1-Quote) von 12,0 % entsprechend der Warnschwelle des Sanierungsplans ermittelt.

#### Risikodeckungspotenzial

Mit dem Risikodeckungspotenzial werden erwartete und unerwartete Verluste unterlegt. Es leitet sich aus den Konzernzahlen nach IFRS ab. Das Risikodeckungspotenzial 1 unterlegt dabei die Risiken aus den Standardszenarien, das Risikodeckungspotenzial 2 die Risiken aus den Stressszenarien.

Das Risikodeckungspotenzial stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR
Verfügbares Betriebsergebnis	187,8	205,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	156,2	103,0
<b>Risikodeckungspotenzial 1</b>	<b>344,0</b>	<b>308,0</b>
Gewinnrücklagen (anteilig)	1 118,9	947,3
Eigenbonitätseffekt und DVA	-0,1	0,0
Neubewertungsrücklage	61,6	112,5
Stille Lasten in Wertpapieren	-3,7	0,0
<b>Risikodeckungspotenzial 2</b>	<b>1 520,7</b>	<b>1 367,8</b>
Gewinnrücklagen (anteilig)	2 200,0	1 995,8
Gezeichnetes Eigenkapital (Grundkapital)	135,0	135,0
<b>Risikodeckungspotenzial 3</b>	<b>3 855,7</b>	<b>3 498,6</b>

Das verfügbare Betriebsergebnis in Höhe von 188 Mio. EUR (205 Mio. EUR) leitet sich aus dem IFRS-Planergebnis ab. Aufgrund der gestiegenen regulatorischen

Anforderungen im „Going Concern-Ansatz“ hat der Konzern die anteiligen Gewinnrücklagen im Risikodeckungspotenzial 3 erhöht.

Die Allokation des Risikodeckungspotenzials 1 auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelles Risiko sowie Regulierungs- und Reputationsrisiko stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	Zugewiesenes Risikodeckungspotenzial			
	31. 12. 2015		31. 12. 2014	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	260,0	75,6	260,0	84,4
Marktpreisrisiko	26,0	7,5	13,0	4,2
Operationelles Risiko	35,0	10,2	35,0	11,4
Regulierungs- u. Reputationsrisiko	23,0	6,7	-	-
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>344,0</b>	<b>100,0</b>	<b>308,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Risikodeckungspotenzial 1</b>	<b>344,0</b>	<b>100,0</b>	<b>308,0</b>	<b>100,0</b>

Regulierungs- und Reputationsrisiko wurden im Berichtsjahr erstmals mit Risikodeckungspotenzial unterlegt.

Das Risikodeckungspotenzial 2 fungiert als Globallimit und wird nicht auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt.

#### Risikoszenarien

Zur Berechnung der möglichen Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials werden Standard- und Stressszenarien analysiert. Gemäß den ausgewählten Szenarien ermittelt der Konzern über Sensitivitätsanalysen Risikowerte für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken.

#### Standardszenarien

In den Standardszenarien werden Kreditausfälle, mögliche Marktpreisänderungen sowie der Eintritt bedeutender operationeller, Regulierungs- und Reputationsrisiken angenommen. Die dadurch bedingte Veränderung der Risikowerte wird dem Risikodeckungspotenzial 1 gegenübergestellt. Der mögliche Verlust aus den Standardszenarien soll das verfügbare Betriebsergebnis zuzüglich eines Anteils der Gewinnrücklagen nicht übersteigen (Risikodeckungspotenzial 1). Die angenommene Wahrscheinlichkeit, dass der prognostizierte Risikowert nicht überschritten wird, beträgt in den Standardszenarien für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken 95 %. Die Risiken werden täglich überwacht.

Die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die Auslastung des Risikodeckungspotenzials zeigt folgende Tabelle:

	Standardszenarien			
	31.12.2015		31.12.2014	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	67,7	51,3	61,8	68,2
Marktpreisrisiko	17,4	13,2	1,6	1,8
Operationelles Risiko	24,6	18,7	27,2	30,0
Regulierungs- u. Reputationsrisiko	22,2	16,8	-	-
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>131,9</b>	<b>100,0</b>	<b>90,6</b>	<b>100,0</b>
<b>Risikodeckungspotenzial 1</b>	<b>344,0</b>		<b>308,0</b>	
<b>Auslastung</b>		<b>38,3</b>		<b>29,4</b>

Für sektorale Konzentrationsrisiken im Bankensektor ist ein pauschaler Risikobetrag in Höhe von 50 Mio. EUR in den Szenarien für Adressenausfallrisiken enthalten. Zur Abbildung der Modellrisiken wird erstmals ein Risikopuffer in den Standardszenarien der Marktpreisrisiken von 7 Mio. EUR vorgehalten. Dieser umfasst auch das Ertragsrisiko aus offenen CCY-Basiswaps.

Die Warnmarke (Risikoappetit) von jeweils 80 % des Risikodeckungspotenzials 1 für die Risiken der Standardszenarien wurde 2015 und 2014 nicht überschritten.

#### Stressszenarien

Mit den Stressszenarien analysiert der Konzern die Auswirkungen außergewöhnlicher Parameteränderungen. Für das Adressenausfallrisiko werden hierzu innerhalb des Gesamtkreditportfolios eine volle Ausnutzung aller intern eingeräumten Geschäftspartnerlimite, Bonitätsverschlechterungen unserer Kontrahenten, eine Erhöhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte innerhalb des Gesamtkreditportfolios unterstellt.

Die Stressszenarien der Marktpreisrisiken umfassen eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven und eine Veränderung der

- Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen zwei Zinsbasen in gleicher Währung,
- Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen zwischen unterschiedlichen Währungen,
- Credit-Spreads,
- Swaption-Volatilitäten,
- Cap/Floor-Volatilitäten,
- Wechselkurse.

Für operationelle Risiken sowie für Regulierungs- und Reputationsrisiken wird im Stressszenario gegenüber dem Standardszenario eine Verdopplung der Schadenshöhen unterstellt.

Es wird von einer Wahrscheinlichkeit von 99 % ausgegangen, dass der prognostizierte Risikowert nicht überschritten wird.

Die Risikowerte aus den einzelnen Risikoarten (Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle Risiken, Regulierungs- und Reputationsrisiken) werden addiert und dem Risikodeckungspotenzial 2 gegenübergestellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken innerhalb des Marktpreisrisikos, insbesondere bei den IFRS-Bewertungsrisiken, werden Korrelationseffekte risikominierend berücksichtigt.

Die folgenden Tabellen stellen die Risikowerte der Marktpreisrisiken nach Risikoarten unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die kalkulatorische Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials dar:

	Stressszenarien			
	31.12.2015		31.12.2014	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	145,5	18,9	126,5	21,7
Marktpreisrisiko	529,1	68,9	403,0	69,0
Operationelles Risiko	49,2	6,4	54,5	9,3
Regulierungs- und Reputationsrisiko	44,5	5,8	-	-
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>768,3</b>	<b>100,0</b>	<b>584,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Risikodeckungspotenzial 2</b>	<b>1 520,7</b>		<b>1 367,8</b>	
<b>Auslastung</b>		<b>50,5</b>		<b>42,7</b>

	Stressszenarien			
	31.12.2015		31.12.2014	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
<b>Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiken)</b>	<b>15,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>0,6</b>
<b>Marktpreisrisiko (IFRS-Bewertungsrisiken)</b>	<b>499,2</b>	<b>94,4</b>	<b>394,5</b>	<b>97,9</b>
<i>davon CCY-Basisswap-Spreads</i>	<i>-1 336,0</i>		<i>1 203,3</i>	
<i>davon Basisswap-Spreads</i>	<i>215,7</i>		<i>199,8</i>	
<i>davon Credit-Spreads</i>	<i>1 508,7</i>		<i>-1 013,6</i>	
<i>davon Cap/Floor Volatilitäten</i>	<i>0,6</i>		<i>1,6</i>	
<i>davon Swaption Volatilitäten</i>	<i>12,3</i>		<i>1,7</i>	
<i>davon Währungsumrechnung</i>	<i>97,9</i>		<i>1,7</i>	
<b>Marktpreisrisiko (Risikopuffer)</b>	<b>14,5</b>	<b>2,7</b>	<b>6,0</b>	<b>1,5</b>

Die Warnmarke von jeweils 80 % des Risikodeckungspotenzials 2 für die Risiken der Stressszenarien wurde 2015 ebenso wie im Vorjahr nicht überschritten.

#### „Going Concern-Ansatz“

Nach Abzug von aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen und Korrekturposten vom Risikodeckungspotenzial muss noch genügend Kapital vorhanden sein, um die Risiken aus den Stressszenarien abdecken zu können. Dieses Kapital entspricht dem Risikodeckungspotenzial 2.

Nach der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten stand zum Berichtsstichtag ausreichend Risikodeckungspotenzial 2 zur Verfügung, um die Risikowerte aus den Stressszenarien zu unterlegen.

In der Fünf-Jahres-Planung vom 31.12.2015 wird nach Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ebenfalls noch genügend Kapital für die Unterlegung der Stressszenarien im „Going Concern-Ansatz“ bereitgestellt.

#### Risikotragfähigkeit - „Liquidationsansatz“

In einem weiteren Steuerungskreis wird die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ beobachtet.

Bei einem „Liquidationsansatz“ steht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stillen Reserven und Lasten im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt. Danach muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien abzudecken. Liquidationsszenarien mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % werden für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle, Regulierungs- und Reputationsrisiken simuliert. Die Szenarien werden mit strengen, auf seltene Verlustausprägungen abstellenden Risikomaßen und Parametern quantifiziert.

Die Liquidationsszenarien für Adressenausfall- und Marktpreisrisiken werden mit der höheren Wahrscheinlichkeit von 99,9 % unter den gleichen Prämissen wie bei den Stressszenarien ermittelt. Für operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken wird im Liquidationsszenario gegenüber dem Standardszenario eine Vervierfachung des Risikowerts unterstellt.

Um Risiken aus den Liquidationsszenarien mit Risiko- deckungspotenzial zu unterlegen, wird das maximal zur Abdeckung einsetzbare Risikodeckungspotenzial bestimmt. Es werden keine geplanten und noch nicht erzielten Gewinne (verfügbares Betriebsergebnis) be- rücksichtigt. Stille Reserven und stille Lasten fließen dagegen vollständig ein.

Der in den Liquidationsszenarien ermittelte poten- zielle Ausfall soll das Risikodeckungspotenzial nicht überschreiten. Dieser Steuerungskreis dient vorran- gig dazu, Ergebnisse zu beobachten und kritisch zu reflektieren. Aus der Beobachtung dieses Steuerungs- kreises ergaben sich keine Adjustierungen für den Steuerungskreis „Going Concern-Ansatz“. Die Risiko- tragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ war in den Jahren 2015 und 2014 gegeben.

#### Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaft- licher Abschwung

Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, operatio- nelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputations- risiken werden darüber hinaus inversen Stresstests unterzogen. Ausgangspunkt ist ein maximal zu tragen- der Verlust in Höhe des Risikodeckungspotenzials. Die angenommenen Szenarien haben eine niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit.

Außerdem werden die Auswirkungen eines konjunk- turellen wirtschaftlichen Abschwungs auf die Risiko- tragfähigkeit untersucht. Auch in diesem Szenario war die Risikotragfähigkeit des Konzerns in den Jahren 2015 und 2014 nicht gefährdet.

#### **Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten**

Der Konzern nutzt nach Artikel 6 Abs. 1 CRR auf Ein- zelinstitutsebene entsprechend Artikel 7 Abs. 3 CRR die „Waiver-Regelung“. Die anrechenbaren Eigenmit- tel und die Risikoaktiva werden gemäß IFRS darge- stellt. Sowohl die Gesamtkapitalquote als auch die harte Kernkapitalquote lagen mit 23,2 % (19,3 %) bzw. 20,2 % (16,4 %) weiterhin über den regulatorischen An- forderungen. Darüber hinaus erfüllt die Rentenbank die Mindestkernkapitalquote CET 1 gemäß SREP.

## **Rechnungslegungsprozess**

Aufgabe des Rechnungslegungsprozesses ist die Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung der erforderlichen Jahres- und Konzernabschlüsse.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften und die Ordnungsmäßigkeit der Rech- nungslegung.

Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den in der EU verpflichtend anzuwendenden IFRS und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der im Konzernhandbuch niedergelegten einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln aufgestellt. Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Die Regelungen werden in Handbüchern und Arbeits- anweisungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an ver- änderte gesetzliche, regulatorische und prozessuale Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ stellt die rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Pro- dukte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozes- ses entspricht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entspre- chenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungs- legungsprozess wesentlich beteiligten Organisations- einheiten sind klar getrennt. Die Geldgeschäfts-, Dar- lehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinhei- ten angesiedelt. Die Daten der Nebenbücher werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Buchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administra- tion des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Bewertung zum Zeitwert erfolgt täglich automa- tisiert anhand von externen Marktkursen und aner- kannten Bewertungsmodellen.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss ein- bezogenen Tochterunternehmen werden unter Beach- tung der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Be- wertungsvorschriften nach IFRS übergeleitet und im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernab- schluss der Rentenbank einbezogen. Für den gesamten Prozess inklusive der Konsolidierungsmaßnahmen gelten das Vier-Augen-Prinzip sowie Plausibilitäts- und Konsistenzprüfungspflichten.

In der Finanzbuchhaltung wird eine eigenentwickelte Finanzsoftware eingesetzt. Die Vergabe aufgabenspezifischer Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermeiden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, Fehler zeitnah zu entdecken und zu korrigieren. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögenswerten und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem werden diese bei besonderen Ereignissen zeitnah informiert.

## Konzernabschluss

## Konzern-Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Anhang	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR
<b>1) Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
Zinserträge		3 734,4	3 532,3
Zinsaufwendungen		3 403,4	3 207,5
<b>Zinsüberschuss</b>	25	<b>331,0</b>	<b>324,8</b>
Risikovorsorge/Förderbeitrag	26	18,6	15,3
<i>davon Zuführung Förderbeitrag</i>		82,1	75,3
<i>davon Verbrauch Förderbeitrag</i>		67,3	63,0
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge/Förderbeitrag</b>		<b>312,4</b>	<b>309,5</b>
Provisionserträge		0,2	0,2
Provisionsaufwendungen		2,4	1,8
<b>Provisionsergebnis</b>	27	<b>-2,2</b>	<b>-1,6</b>
Verwaltungsaufwendungen	28	65,0	59,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	29	-4,4	-2,8
Fair Value- und Hedge-Ergebnis	30	204,9	-183,5
Ergebnis aus Steuern	31	-2,6	-1,9
<b>Konzernjahresüberschuss</b>		<b>443,1</b>	<b>60,4</b>
<b>2) Sonstiges Ergebnis</b>			
Posten, die unter bestimmten Bedingungen nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:			
Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten	54	-56,5	92,5
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:			
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen	51	5,7	-26,5
<b>Sonstiges Ergebnis</b>		<b>-50,8</b>	<b>66,0</b>
<b>3) Konzerngesamtergebnis</b>		<b>392,3</b>	<b>126,4</b>

### Informativ: Überleitungsrechnung zum Bilanzgewinn

	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR
Konzernjahresüberschuss	443,1	60,4
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen		
a) aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	23,1	21,6
b) aus den Anderen Gewinnrücklagen	0,0	0,0
Einstellungen in die Gewinnrücklagen		
a) in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	65,9	62,8
b) in die Anderen Gewinnrücklagen	386,0	5,4
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>14,3</b>	<b>13,8</b>

## Konzernbilanz zum 31. Dezember 2015

<b>Aktiva</b>	Anhang	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR
Barreserve	34	21,2	29,0
Forderungen an Kreditinstitute	35	55 457,2	51 407,6
<i>davon Förderbeitrag</i>	37	-343,7	-326,4
Forderungen an Kunden	36	6 380,9	5 530,3
<i>davon Förderbeitrag</i>	37	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	38	1 298,8	1 600,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	39	7 238,9	5 958,4
Finanzanlagen	40	19 912,2	21 701,2
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	41	14,4	14,9
Sachanlagen	42	22,6	22,3
Immaterielle Vermögenswerte	43	12,9	13,6
Laufende Ertragsteueransprüche	44	1,2	1,7
Aktive latente Steuern	45	0,0	0,2
Sonstige Vermögenswerte	46	2 932,3	2 565,8
<b>Summe Aktiva</b>		<b>93 292,6</b>	<b>88 845,7</b>

<b>Passiva</b>	Anhang	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	2 829,3	2 184,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	4 408,3	4 954,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	71 544,9	69 178,8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	50	7 152,9	6 810,6
Rückstellungen	51	161,1	164,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	52	729,4	691,8
Sonstige Verbindlichkeiten	53	2 780,8	1 553,7
Eigenkapital	54	3 685,9	3 307,4
<i>Gezeichnetes Kapital</i>		135,0	135,0
<i>Gewinnrücklagen</i>		3 474,9	3 046,1
<i>Neubewertungsrücklage</i>		61,7	112,5
<i>Bilanzgewinn</i>		14,3	13,8
<b>Summe Passiva</b>		<b>93 292,6</b>	<b>88 845,7</b>

## Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

Mio. EUR	Gezeichnetes Kapital	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Bilanzgewinn	Summe Eigenkapital
<b>01.01.2015</b>	<b>135,0</b>	<b>3 046,1</b>	<b>112,5</b>	<b>13,8</b>	<b>3 307,4</b>
Konzernjahresüberschuss		428,8		14,3	443,1
Unrealisierte Gewinne/ Verluste aus Available for Sale-Instrumenten			-56,5		-56,5
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Pensionsverpflichtungen			5,7		5,7
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>428,8</b>	<b>-50,8</b>	<b>14,3</b>	<b>392,3</b>
Auszahlung des Bilanzgewinns				-13,8	-13,8
<b>31.12.2015</b>	<b>135,0</b>	<b>3 474,9</b>	<b>61,7</b>	<b>14,3</b>	<b>3 685,9</b>

Mio. EUR	Gezeichnetes Kapital	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Bilanzgewinn	Summe Eigenkapital
<b>01.01.2014</b>	<b>135,0</b>	<b>2 999,5</b>	<b>46,5</b>	<b>13,3</b>	<b>3 194,3</b>
Konzernjahresüberschuss		46,6		13,8	60,4
Unrealisierte Gewinne/ Verluste aus Available for Sale-Instrumenten			92,5		92,5
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Pensionsverpflichtungen			-26,5		-26,5
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>46,6</b>	<b>66,0</b>	<b>13,8</b>	<b>126,4</b>
Auszahlung des Bilanzgewinns				-13,3	-13,3
<b>31.12.2014</b>	<b>135,0</b>	<b>3 046,1</b>	<b>112,5</b>	<b>13,8</b>	<b>3 307,4</b>

## Konzern-Kapitalflussrechnung

	Anhang	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
<b>Konzernjahresüberschuss</b>		<b>443,1</b>	<b>60,4</b>
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	28	6,2	5,7
Risikovorsorge/Förderbeitrag	26	16,7	15,1
Zuführung zu bzw. Auflösung von Rückstellungen	51	12,3	45,6
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen		0,1	0,1
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		0,2	1,3
Fair Value- und Hedge-Ergebnis	30	-201,9	183,5
Zinsüberschuss	25	-331,0	-324,9
<b>Zwischensumme</b>		<b>-54,3</b>	<b>-13,2</b>
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute	35	-4 068,0	-1 674,1
Forderungen an Kunden	36	-851,6	40,3
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	39	-1 280,5	-2 722,3
Finanzanlagen	40	8,6	-835,1
Andere Aktiva		-63,6	-1 775,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	644,6	-3 365,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	-546,4	-194,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	2 366,1	8 317,9
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	50	342,3	1 014,0
Andere Passiva		1 201,3	1 051,2
Erhaltene Zinsen	25	3 727,8	3 526,7
Erhaltene Dividenden	25	6,6	5,7
Gezahlte Zinsen	25	-3 403,4	-3 207,5
Bestandsveränderungen aus Bewertung		201,9	-183,5
<b>Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>		<b>-1 768,6</b>	<b>-14,5</b>
Einzahlungen aus der Rückzahlung/Veräußerung von:			
Finanzanlagen	40	5 260,7	2 912,5
Sachanlagen	42	0,1	0,2
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen	40	-3 480,3	-2 885,1
Immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	42, 43	-5,9	-3,3
<b>Cash-Flow aus Investitionstätigkeit</b>		<b>1 774,6</b>	<b>24,3</b>
Nachrangige Verbindlichkeiten	52	0,0	0,0
Auszahlung des Bilanzgewinns gemäß § 9 LR-Gesetz		-13,8	-13,3
<b>Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>-13,8</b>	<b>-13,3</b>
<b>Zahlungsmittelbestand jeweils zum 01.01.</b>		<b>29,0</b>	<b>32,5</b>
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		-1 768,6	-14,5
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		1 774,6	24,3
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		-13,8	-13,3
<b>Zahlungsmittelbestand jeweils zum 31.12.</b>		<b>21,2</b>	<b>29,0</b>

Die Konzern-Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands der Geschäftsjahre 2015 und 2014 aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Bilanzposition Barreserve.

Die Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit wurden nach der indirekten Methode ermittelt. Hierbei wird zunächst der Konzernjahresüberschuss um zahlungsunwirksame Bestandteile, wie z. B. Abschreibungen, Bewertungen und Zuführungen bzw. Auflösungen von Rückstellungen, bereinigt. Dieser Wert wird anschließend korrigiert um die zahlungswirksamen Veränderungen der Vermögens-

werte und Verpflichtungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind. Erhaltene und gezahlte Zinsen und Dividenden werden den Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit zugerechnet. Die Cash-Flows aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurden direkt aus dem Rechnungswesen abgeleitet.

Die Liquiditätssteuerung des Konzerns ist auf die Rentenbank konzentriert. Die pflichtgemäß nach IAS 7 erstellte Konzern-Kapitalflussrechnung hat als Indikator für die Liquiditätslage nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im zusammengefassten Lagebericht zur Liquiditätssteuerung des Konzerns verwiesen.

## Konzernanhang

Grundlagen der Rechnungslegung .....	121
--------------------------------------	-----

Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen .....	121
---	-----

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden .....	123
---	-----

(1) Allgemeine Angaben .....	123
(2) Schätzungen und Ermessensentscheidungen .....	123
(3) Konsolidierungskreis .....	124
(4) Konsolidierungsgrundsätze .....	124
(5) Finanzinstrumente .....	124
(6) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente .....	127
(7) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen .....	128
(8) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives) .....	129
(9) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten .....	130
(10) Währungsumrechnung .....	130
(11) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte .....	131
(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen .....	131
(13) Risikovorsorge/Förderbeitrag .....	131
(14) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien .....	131
(15) Sachanlagen .....	131
(16) Immaterielle Vermögenswerte .....	131
(17) Wertminderung bei nicht-finanziellen Vermögenswerten .....	132
(18) Sonstige Vermögenswerte .....	132
(19) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten .....	132
(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen .....	132
(21) Andere Rückstellungen .....	133
(22) Sonstige Verbindlichkeiten .....	133
(23) Eigenkapital .....	133
(24) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen .....	133

Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung .....	134
--	-----

(25) Zinsüberschuss .....	134
(26) Risikovorsorge/Förderbeitrag .....	134
(27) Provisionsergebnis .....	135
(28) Verwaltungsaufwendungen .....	135
(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis .....	136
(30) Fair Value- und Hedge-Ergebnis .....	136
(31) Ergebnis aus Steuern .....	137

Segmentberichterstattung .....	137
--------------------------------	-----

(32) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung .....	137
(33) Segmente .....	138

**Erläuterungen zur Bilanz** ..... 138

(34)	Barreserve	138
(35)	Forderungen an Kreditinstitute	139
(36)	Forderungen an Kunden	139
(37)	Risikovorsorge/Förderbeitrag im Kreditgeschäft	139
(38)	Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	139
(39)	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	140
(40)	Finanzanlagen	140
(41)	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	140
(42)	Sachanlagen	141
(43)	Immaterielle Vermögenswerte	142
(44)	Laufende Ertragsteueransprüche	142
(45)	Aktive latente Steuern	142
(46)	Sonstige Vermögenswerte	143
(47)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	143
(48)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	143
(49)	Verbriefte Verbindlichkeiten	144
(50)	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	144
(51)	Rückstellungen	144
(52)	Nachrangige Verbindlichkeiten	146
(53)	Sonstige Verbindlichkeiten	147
(54)	Eigenkapital	147

**Erläuterungen zu Finanzinstrumenten** ..... 148

(55)	Buchwertüberleitung auf Kategorien	148
(56)	Finanzinstrumente der Kategorie „Designated as at Fair Value“	149
(57)	Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien	149
(58)	Angaben zum beizulegenden Zeitwert der Fair Value-bewerteten Finanzinstrumente	150
(59)	Angabe des beizulegenden Zeitwerts von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten	156
(60)	Derivative Geschäfte	158

**Sonstige Angaben** ..... 158

(61)	Eigenkapitalmanagement	158
(62)	Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital	158
(63)	Country by Country-Reporting	159
(64)	Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte	160
(65)	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	161
(66)	Anteilsbesitzliste	162
(67)	Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	163

**Zusatzangaben nach HGB** ..... 165

(68)	Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer	165
(69)	Abschlussprüferhonorare	165

## Grundlagen der Rechnungslegung

Der vorliegende Konzernabschluss der Rentenbank wurde in Übereinstimmung mit allen in der Europäischen Union (EU) für das Geschäftsjahr 2015 verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend gemäß § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Er basiert auf der Verordnung 1606/2002 des Europäischen Parlaments und Rates vom 19. Juli 2002 sowie den Verordnungen, mit denen die IFRS in das EU-Recht übernommen wurden. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS) sowie Interpretationen des International Financial Reporting Standards Interpretations Committee (IFRIC) und des Standing Interpretations Committee (SIC).

Der Konzernabschluss besteht aus der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzernbilanz, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, der Konzern-Kapitalflussrechnung und dem Konzernanhang. Ergänzend wird ein zusammengefasster Lagebericht erstellt, der den Konzernlagebericht und den Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Rentenbank) umfasst. Der Konzernabschluss sowie der zusammengefasste Lagebericht wurden vom Vorstand der Rentenbank aufgestellt. Mit Billigung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts durch den Verwaltungsrat voraussichtlich am 07.04.2016 werden diese zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Berichtswährung ist Euro (EUR). Die Beträge im vorliegenden Konzernabschluss sind in der Regel auf Millionen Euro kaufmännisch gerundet, wenn nicht anders vermerkt. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen geringfügige Abweichungen ergeben, was die Berichtsqualität nicht beeinträchtigt. Das Berichtsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Die qualitativen Angaben zu Bonitäts-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31 bis 7.42 sind im Lagebericht zusammengefasst dargestellt.

Die erweiterten Offenlegungsvorschriften zum Country by Country-Reporting nach § 26a KWG sind im Konzernanhang in Abschnitt (63) dargestellt.

## Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen

### Aktuell anzuwendende IFRS

Im Geschäftsjahr 2015 sind die folgenden Standards und Interpretationen erstmalig anzuwenden:

### **Änderungen an IAS 19 – Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge**

Die geänderten Vorschriften hinsichtlich der Leistungen an Arbeitnehmer in Bezug auf Beiträge von Arbeitnehmern oder dritten Parteien, die mit der Dienstzeit verknüpft sind, wirken sich auf den Konzernabschluss der Rentenbank nicht aus.

### **IFRIC 21 Abgaben**

Diese Interpretation regelt die Bilanzierung von öffentlichen Abgaben. Sie stellt klar, wann und in welcher Höhe diese zu erfassen sind. Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

### **Jährliche Verbesserungen an den IFRS, Zyklen 2010 – 2012 und 2011 – 2013**

Diese im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedeten Sammelstandards sind Instrumente des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der Standards. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein; sie können sich aber auch auf Ansatz, Ausweis oder Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie auf den Umfang der Erläuterungspflichten auswirken.

Aus der erstmaligen Anwendung der „Annual Improvements to IFRS 2010–2012 Cycle“ sowie der „Annual Improvements to IFRS 2011–2013 Cycle“ resultierten keine Änderungen im Konzernabschluss der Rentenbank.

### **Zukünftig anzuwendende IFRS**

Die folgenden IFRS waren bis zum Bilanzstichtag noch nicht in Kraft getreten. Sofern nicht anders vermerkt, ist bei diesen IFRS eine Anerkennung in europäisches Recht bereits erfolgt. Die entsprechenden Vorschriften werden im Konzernabschluss der Rentenbank nicht vorzeitig angewendet.

#### **IFRS 14 Regulatorische Abgrenzungsposten**

Dieser Standard erlaubt es preisregulierten Unternehmen beim Übergang auf IFRS, nationale Bilanzierungsregeln zu regulatorischen Abgrenzungsposten beizubehalten.

Der Standard ist ab dem Geschäftsjahr 2016 anzuwenden und wirkt sich auf den Konzernabschluss nicht aus.

#### **Änderungen an IFRS 11: Bilanzierung von Erwerben von Anteilen an einer gemeinsamen Geschäftstätigkeit**

Dieser Standard stellt klar, dass erworbene Anteile an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellt, grundsätzlich auch den Vorgaben des IFRS 3 unterliegen.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Es werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

#### **Änderungen an IAS 16 und IAS 38: Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden**

Dieser Standard stellt klar, dass erlösbasierte Abschreibungsmethoden den Verbrauch von Sachanlagen oder immateriellen Vermögenswerten in der Regel nicht angemessen abbilden. Lediglich bei immateriellen Vermögenswerten lassen die überarbeiteten Vorgaben unter bestimmten Voraussetzungen eine solche Abschreibungsmethode zu.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Es werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

#### **Änderungen an IAS 16 und IAS 41: Landwirtschaft – Fruchtragende Pflanzen**

Dieser Standard ermöglicht es unter bestimmten Voraussetzungen, fruchtragende Pflanzen, wie z. B. Weinstöcke, als Sachanlagen zu bilanzieren.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden und wirken sich auf den Konzernabschluss nicht aus.

#### **Änderungen an IAS 27: Equity-Methode in separaten Abschlüssen**

Dieser Standard gestattet die Equity-Methode als weitere Bilanzierungsmöglichkeit für Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen im Einzelabschluss sofern das berichtserstattende Unternehmen diesen ebenfalls in Übereinstimmung mit den IFRS aufstellt.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden und wirken sich auf den Konzernabschluss nicht aus.

#### **Änderungen an IFRS 10 und IAS 28: Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture**

Durch die Änderung wird klargestellt, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture die Höhe der Erfolgserfassung davon abhängig ist, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Es werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

#### **Jährliche Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2012–2014**

Die Änderungen aus den „Annual Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“ sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 zu berücksichtigen. Es werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

#### **Änderungen an IAS 1: Angabeninitiative**

Die Änderungen umfassen diverse Klarstellungen zur Beurteilung der Wesentlichkeit von Angabepflichten sowie zu Ausweis- und Gliederungsfragen.

Sie sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 zu berücksichtigen. Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Rentenbank werden nicht erwartet.

### **Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28: Investmentgesellschaften – Anwendung der Konsolidierungsausnahme**

Die Änderungen beinhalten Klarstellungen zur Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht von Tochterunternehmen nach IFRS 10 sowie zu den korrespondierenden Angabepflichten nach IFRS 12. Sie betreffen Mutterunternehmen, die die Voraussetzungen einer Investmentgesellschaft im Sinne dieses Standards erfüllen.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden und wirken sich auf den Konzernabschluss nicht aus. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

### **IFRS 9 Finanzinstrumente**

Dieser Standard regelt umfassend die Bilanzierung von Finanzinstrumenten und ersetzt IAS 39 in weiten Teilen. Für die Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten werden künftig das zugrunde liegende Geschäftsmodell und die Produkteigenschaften im Hinblick auf die vertraglichen Zahlungsströme ausschlaggebend sein. In Abhängigkeit der Ausprägung dieser Faktoren ergeben sich die Kategorie und damit insbesondere auch die Folgebewertung. Die Risikovorsorge wird sich nicht mehr nur auf bereits eingetretene Verluste beschränken, sondern darüber hinaus die erwarteten Verluste umfassen. Auch die Abbildung bilanzieller Sicherungsbeziehungen ist in IFRS 9 neu geregelt und darauf ausgerichtet, sich stärker am Risikomanagement zu orientieren.

Der Standard ist voraussichtlich erstmalig für das Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Aus den erforderlichen Umkategorisierungen werden entsprechende Auswirkungen im Fair-Value- und Hedge-Ergebnis sowie in der Neubewertungsrücklage erwartet. Das neue Wertminderungsmodell wird zu einer Erhöhung in der Risikovorsorge führen. Die konkreten Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden derzeit geprüft und sind aktuell noch nicht quantifiziert. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

### **IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden**

Der Standard beinhaltet die neuen Regelungen zur Umsatzrealisierung und ersetzt IAS 18 Umsatzerlöse und IAS 11 Fertigungsaufträge sowie einige der zugehörigen Interpretationen. IFRS 15 betrifft Verträge mit Kunden über den Verkauf von Gütern oder der Erbringung von Dienstleistungen. Ausnahmen bestehen u. a. für Finanzinstrumente und Leasingverträge.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

## **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

### **(1) Allgemeine Angaben**

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzern basieren auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die Rechnungslegung im Rentenbank-Konzern erfolgt gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Diese wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Jahresabschlüsse der konsolidierten Gesellschaften werden auf den Stichtag des Konzernabschlusses der Rentenbank abgestellt.

Dem Konzernabschluss liegen sowohl Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert als auch zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde. Erträge und Aufwendungen werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind (periodengerechte Abgrenzung). Bei Finanzinstrumenten werden direkt zuzuordnende Anschaffungsnebenkosten (z. B. Provisionen) sowie Zinsbestandteile, die einmalig gezahlt werden (z. B. Agien und Disagien, Upfront/Backend Payments bei Derivaten) nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des jeweiligen Finanzinstruments GuV-wirksam abgegrenzt und direkt mit dem Bilanzposten verrechnet. Anteilige Zinsen werden in dem Bilanzposten ausgewiesen, in dem das zugrunde liegende Finanzinstrument bilanziert wird.

### **(2) Schätzungen und Ermessensentscheidungen**

Für die Ermittlung der im Konzernabschluss angesetzten Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen wurden in Übereinstimmung mit den betreffenden Rechnungslegungsstandards Schätzungen vorgenommen und Annahmen getroffen. Diese beruhen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit und auf Faktoren wie Planungen und Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse. Derartige Einschätzungen werden laufend validiert, können sich ändern und sich erheblich auf die Vermögens- und Finanzlage auswirken bzw. die Ertragslage beeinflussen.

Schätzungen beeinflussen wesentlich insbesondere:

- die Werthaltigkeit von Vermögenswerten,
- die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft,
- die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten, speziell unter Berücksichtigung des Credit Value Adjustments (Nettopositionen in Derivaten mit positivem Marktwert) und des Debt Value Adjustments (Nettopositionen in Derivaten mit negativem Marktwert) und
- die Berechnung von Pensionsverpflichtungen.

Sofern Schätzungen wesentlich waren, werden die getroffenen Annahmen im Rahmen der Erläuterung der jeweiligen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden detailliert dargestellt.

Getroffene Ermessensentscheidungen in Form von Wahlrechten werden in den jeweiligen Abschnitten beschrieben.

### **(3) Konsolidierungskreis**

In den Konzernabschluss der Rentenbank für das Geschäftsjahr 2015 wurden neben der Rentenbank als Konzernmuttergesellschaft die beiden Tochtergesellschaften LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), Frankfurt am Main, und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV), Frankfurt am Main, einbezogen. Eine detaillierte Aufstellung der von der Bank gehaltenen Anteile enthält Abschnitt (66).

Zwei Unternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH (DGL), Frankfurt am Main) mit untergeordneter Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden nicht als Tochter- bzw. assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Die Anteile an diesen Unternehmen werden innerhalb der Finanzanlagen ausgewiesen. Anhand der Jahresabschlussdaten der zwei Gesellschaften ergab sich bezogen auf die Bilanzsumme des Konzerns bzw. den Konzernjahresüberschuss ein Anteil von jeweils unter 0,05 %. Diese Daten basieren für die Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, auf dem Jahresabschluss zum 31.12.2015, für die Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH (DGL), Frankfurt am Main, auf dem Jahresabschluss zum 31.12.2014. Der Jahresabschluss der DGL für das Jahr 2015 steht noch aus, wird aber voraussichtlich nur unwesentlich vom Vorjahr abweichen.

Weitergehende Angaben zu assoziierten und konsolidierten Unternehmen sind in Abschnitt (66) enthalten.

### **(4) Konsolidierungsgrundsätze**

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften erfolgt gemäß IFRS 10.B86. Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie konzerninterne Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung bzw. der Zwischenergebniseliminierung bereinigt.

### **(5) Finanzinstrumente**

Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird.

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst. Der Ansatz von nicht derivativen Finanzinstrumenten erfolgt bei Kassageschäften zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zeitpunkt ihres Zugangs zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der in der Regel dem Kauf-/Verkaufspreis (Mittelkurs) entspricht. Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen hängt von der Kategorisierung nach IAS 39 ab. Für die Details zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auf Abschnitt (6) verwiesen.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Rechte auf Cash-Flows aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substantiellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben. Finanzielle Verpflichtungen werden bei Tilgung ausgebucht.

#### Kategorien der Finanzinstrumente

*Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss*

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Held for Trading“)
- Als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten“ eingestufte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Designated as at Fair Value“)

Der Unterkategorie „Held for Trading“ sind neben allen Derivaten auch finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen zuzuordnen, die mit einer kurzfristi-

gen Verkaufsabsicht abgeschlossen wurden. Im Konzern sind dies Derivate inklusive zu trennender eingebetteter Derivate. Die Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken (im Wesentlichen Zins- und Währungsrisiken) abzusichern.

Bestimmte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen können beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet werden (Fair Value Option). Gemäß IAS 39 kommt die Fair Value Option nur unter folgenden Bedingungen in Betracht:

- Die Anwendung beseitigt oder verringert ansonsten entstehende Bewertungsinkongruenzen, oder
- die finanziellen Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen sind Teil eines Portfolios, welches auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts gesteuert wird, oder
- der finanzielle Vermögenswert oder die Verpflichtung enthalten zu trennende eingebettete Derivate.

Befinden sich finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen mit Derivaten in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung und können die restriktiven bilanziellen Vorschriften des Hedge Accountings (Abschnitt (7)) nicht dauerhaft angewendet werden, so wird für die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen die Fair Value Option genutzt. Die Zuordnung zur Fair Value Option erfolgt im Wesentlichen bei Sicherungsbeziehungen, die Produkte in Fremdwährung oder mit optionalen Komponenten enthalten. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen würden ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten oder ergebnisneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wohingegen die Sicherungsderivate ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden müssen. Diese drohende Bewertungsinkongruenz wird durch die Anwendung der Fair Value Option vermieden.

Die finanziellen Vermögenswerte oder Verpflichtungen der Kategorie „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Fair Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen sind hierbei in der Bewertung enthalten. Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation von Agien oder Disagien werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis berücksichtigt.

#### *Loans and Receivables*

Der Kategorie „Loans and Receivables“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgenden Kriterien kumulativ erfüllen:

- Kein Derivat
- Nicht an einem aktiven Markt notiert
- Feste oder bestimmbare Zahlungen

Von dieser Kategorie ausgeschlossen sind:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte („Held for Trading“) und solche, für die die Fair Value Option angewendet wurde
- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation der Kategorie „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, für die der Inhaber seine ursprüngliche Investition infolge anderer Gründe als einer Bonitätsverschlechterung nicht mehr nahezu vollständig wiedererlangen könnte (z. B. Indexzertifikate, deren Rückzahlung von einer Indexentwicklung abhängig ist)

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Loans and Receivables“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben und effektivzinsgerecht amortisiert. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung im Posten Risikovorsorge erfasst.

#### *Held to Maturity*

Der Kategorie „Held to Maturity“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- Kein Derivat
- Feste oder bestimmbare Zahlungen
- Absicht und Fähigkeit, diese bis zur Endfälligkeit zu halten

Von dieser Kategorie ausgeschlossen sind:

- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation den Kategorien „Designated as at Fair Value“ oder „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, die per Definition der Kategorie „Loans and Receivables“ zugeordnet sind

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Held to Maturity“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben und effektivzinsgerecht amortisiert. Die Erträge oder

Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

#### *Available for Sale*

Der Kategorie „Available for Sale“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die zu keiner der anderen aktivischen Kategorien gehören. Im Konzern sind dies im Wesentlichen Vermögenswerte in Form von Wertpapieren mit fixem Zinssatz, die durch Sicherungsgeschäfte gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert sind. Darüber hinaus werden die Beteiligungen dieser Kategorie zugeordnet.

Die finanziellen Vermögenswerte dieser Kategorie werden erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen bzw. erfolgsneutral im Sonstigen Ergebnis der Konzern-Gesamtergebnisrechnung dargestellt. Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation von Agien oder Disagien werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis berücksichtigt.

Bei Abgang oder Wertminderung werden die in der Neubewertungsrücklage kumulierten Gewinne oder Verluste in die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, und zwar in das Ergebnis aus Finanzanlagen, umgliedert.

Nicht notierte Eigenkapitaltitel, deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen bewertet. Im Konzern betrifft dies die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen.

#### *Other Liabilities*

Der Kategorie „Other Liabilities“ werden alle finanziellen Verpflichtungen zugeordnet, die nicht in der Kategorie „Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ erfasst sind.

Finanzielle Verpflichtungen der Kategorie „Other Liabilities“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben und effektivzinsgerecht amortisiert. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen.

### **Überblick der im Konzern verwendeten Klassen von Finanzinstrumenten:**

#### **Finanzielle Vermögenswerte**

<b>Klasse</b>	<b>Bewertungskategorie</b>
Barreserve	Loans and Receivables
Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
– Schuldscheindarlehen/ Namensschuld- verschreibungen	
– Programmkredite	
– Sonstiges	
Forderungen an Kunden	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Portfoliobewertung	
Bilanzgeschäfte	Loans and Receivables
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Finanzanlagen	Available for Sale Held to Maturity Designated as at Fair Value
Sonstige Vermögenswerte (Barsicherheiten)	Loans and Receivables
Unwiderrufliche Kreditzusagen	–

#### **Finanzielle Verbindlichkeiten**

<b>Klasse</b>	<b>Bewertungskategorie</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbriefte Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
– Medium Term Notes	
– Globalanleihen	
– ECP	
– Sonstige	
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Nachrangige Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Sonstige Verbindlichkeiten (Barsicherheiten)	Other Liabilities

#### Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Gemäß IAS 39 können nicht-derivative, ursprünglich zu Handelszwecken erworbene finanzielle Vermögenswerte, für die keine kurzfristige Verkaufsabsicht mehr besteht, nur bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände aus der Kategorie „Held for Trading“ umgliedert werden. Bei der Rentenbank, die kein Handelsbuch führt, sind nur die Sicherungsderivate der Kategorie „Held for Trading“ zugeordnet. Eine Umgliederung in eine andere Kategorie ist hier nicht möglich.

Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz der Definition „Loans and Receivables“ entsprechen hätten (z. B. Schuldscheindarlehen), können aus den Kategorien „Held for Trading“ und „Available for Sale“ umgliedert werden, wenn sie auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen und können.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Available for Sale“ dürfen in die Kategorie „Held to Maturity“ umgliedert werden, wenn sie bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen und können. Eine umgekehrte Umgliederung von der Kategorie „Held to Maturity“ in die Kategorie „Available for Sale“ ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

#### **(6) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente**

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion zum Bewertungsstichtag bei Verkauf eines Vermögenswertes erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen.

Quotierte Preise werden unter Verwendung von verschiedenen Bewertungsmethoden und -parametern ermittelt. Die einfließenden Inputparameter werden nach IFRS 13 folgenden drei Stufen (Level) zugeordnet:

- Level 1: quotierte Preise, die auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen vorliegen, ohne Berücksichtigung von Mischpreisen
- Level 2: quotierte Preise, die unter Berücksichtigung von beobachtbaren Parametern außer den in Level 1 genannten berechnet worden sind, inklusive Berücksichtigung von Mischpreisen
- Level 3: quotierte Preise, die auf Basis von nicht beobachtbaren Parametern ermittelt worden sind, inklusive Berücksichtigung von Mischpreisen

Für Finanzinstrumente, für die keine quotierten Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verpflichtungen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand folgender Bewertungsmethoden und -parameter ermittelt:

- Quotierte Preise vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf aktiven Märkten (Level 2)
- Quotierte Preise identischer oder vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf Märkten, die nicht aktiv sind (Level 2)
- Anerkannte Bewertungsmodelle, denen für den zu bewertenden Vermögenswert bzw. die zu bewertende Verpflichtung im Wesentlichen beobachtbare (Level 2) oder im Wesentlichen nicht beobachtbare (Level 3) Inputparameter zugrunde liegen

Quotierte Preise werden als Mittelkurs von Marktdatenlieferanten bezogen. Für die Zuordnung der quotierten Preise zu den Hierarchieleveln werden weitere Informationen zur verwendeten Preisquelle, z. B. Umsatzvolumen, herangezogen. Gemäß IFRS 13 wurden bei den quotierten Preisen, die dem Level 1 zugeordnet worden sind, keine Mischpreise, die z. B. von Bloomberg berechnet werden, verwendet.

Sofern keine quotierten Preise vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cash-Flow (DCF)-Methode) ermittelt. Bei nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird zur Abzinsung die Deposit/Swap-Kurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit-Spreads herangezogen. Bei den Credit-Spreads wird nach Rating, Laufzeit, Währung und Besicherungsgrad differenziert. In den Credit-Spreads für die eigenen finanziellen Verbindlichkeiten ist die Bonität der Bundesrepublik Deutschland durch die Anstaltslast sowie die gesetzlich verankerte Refinanzierungsgarantie berücksichtigt. Vermögensgegenstände in den Bonitätsklassen DDD bis D (Problemkredit) werden auf Basis der Deposit/Swap-Kurve abgezinst, da Ausfälle bereits in der Schätzung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme berücksichtigt worden sind. Bei der Entscheidung, aus welchen Marktdatenquellen die Credit-Spreads abgeleitet werden, bestehen Ermessensspielräume. Wird die Quelle gewechselt, wirkt sich dies auf die im Konzernabschluss dargestellten beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente aus. Darüber hinaus sind Ermessensentscheidungen zu treffen, um die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme in den Bonitätsklassen DDD bis D zu bestimmen.

Für Derivate werden – aufgrund der bestehenden Besicherungsvereinbarungen mit allen Geschäftspartnern – zur Diskontierung neben der OIS-Kurve (Overnight-Interest-Rate-Swap) teilweise auch Basisswap-Spreads und Cross Currency-Basisswap-Spreads (CCY-Basisswap-Spreads) verwendet. Sie werden differenziert nach Laufzeit und Währung von externen Marktdatenanbietern bezogen.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Um das potenzielle Kreditrisiko der Derivatepartner zu berücksichtigen, werden für kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken ein Credit Value Adjustment (CVA) und für das eigene Ausfallrisiko ein Debt Value Adjustment (DVA) herangezogen. Die Berechnungsgrundlage für CVA und DVA bildet ein Expected Loss Model. Die im Modell verwendeten laufzeit-

kongruenten Ausfallwahrscheinlichkeiten basieren auf von Ratingagenturen veröffentlichten Daten.

Eine Erhöhung der eigenen Credit-Spreads führt zu Bewertungsgewinnen, da der Wert der Verbindlichkeiten sinkt. Dagegen führen sinkende Credit-Spreads zu Bewertungsverlusten, da der Wert der Verbindlichkeiten steigt. Steigende Credit-Spreads führen bei finanziellen Vermögenswerten zu Bewertungsverlusten, sinkende Credit-Spreads zu Bewertungsgewinnen.

Im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen werden beim Grundgeschäft nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind. Im Konzern beschränkt sich in diesem Zusammenhang das gesicherte Risiko ausnahmslos auf das Zinsänderungsrisiko der Deposit/Swap-Kurve. Der zinsinduzierte beizulegende Zeitwert wird durch Diskontierung der vertraglichen Zahlungsströme mit der Deposit/Swap-Kurve zuzüglich der konstant gehaltenen geschäftsspezifischen Marge ermittelt.

Die Bewertungsprozesse, einschließlich der Festlegung der Bewertungsmethoden und der Bestimmung der Bewertungsparameter, werden im Bereich Finanzen definiert. Die Ergebnisse aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert analysiert gleichfalls der Bereich Finanzen und berichtet an den Vorstand und die zuständigen Führungskräfte. Die Entwicklung der Bewertungsergebnisse wird täglich anhand der Veränderung der zugrunde liegenden Marktdaten plausibilisiert.

Die in den Bewertungsmodellen verwendeten Parameter werden laufend validiert. Hierzu wird z. B. der mit dem Bewertungsmodell berechnete beizulegende Zeitwert zum Abschlussstichtag eines Geschäfts mit dem Transaktionspreis verglichen.

Aus abwicklungstechnischen (Clearing System) und juristischen Gründen (z. B. Darlehensbegriff nach BGB) bestehen bei zinsvariablen Geschäften Zinsuntergrenzen mit einem Floor von Null, ohne dass diese explizit vereinbart wurden (Faktischer Floor). Negative Zinsen wirken sich auf die Bewertung von zinsvariablen Geschäften mit faktischem Floor aus. Der faktische Floor entspricht ökonomisch einer Floor-Option mit einem entsprechenden Optionswert. Bei Aktivgeschäften resultiert aus nicht zu zahlenden Zinsen ein positiver, bei Passivgeschäften ein negativer Optionswert.

Die Rentenbank hat einen Prozess zur Bewertung der Optionswerte der Null-Floors implementiert.

## **(7) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen**

Die Bank schließt Derivate ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken ab. Derivate werden immer erfolgswirksam über die GuV zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die abgesicherten Grundgeschäfte dagegen werden zunächst zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral über die Neubewertungsrücklage zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Durch die unterschiedlichen Ansätze kommt es zu entsprechenden Bewertungsinkongruenzen und damit zu Schwankungen in der GuV.

Die IFRS erlauben eine bilanzielle Abbildung dieser wirtschaftlichen Sicherungszusammenhänge im Rahmen des Hedge Accounting. Können dessen äußerst restriktive Anforderungen nicht dauerhaft erfüllt werden, ordnet die Bank die abgesicherten Grundgeschäfte bei Abschluss der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zu.

Bei den bilanziellen Sicherungszusammenhängen wird zwischen Fair Value Hedges und Cash-Flow Hedges unterschieden. Durch die geschäftspolitische Ausrichtung der Bank, Zinsrisiken im Wesentlichen über Derivate in einen variablen Zins in Euro zu transferieren, kommt bilanziell nur der Fair Value Hedge zum Einsatz.

Beim Fair Value Hedge wird im Konzern ausschließlich das Zinsrisiko abgesichert. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen sind, werden unabhängig von der Kategorie GuV-wirksam erfasst. Die GuV-wirksam erfassten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate werden dadurch weitestgehend kompensiert.

Geschäfte mit größeren Volumina werden grundsätzlich auf Einzelbasis (Mikro Hedge) abgesichert. Die im Rahmen des Förderauftrags herausgelegten Programmkredite werden aufgrund der geringen Volumina je Einzelgeschäft im Wesentlichen auf Portfoliobasis (Makro Hedge) abgesichert.

Bei Abschluss einer Transaktion werden die Beziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos dokumentiert. Ebenso wird sowohl zu Beginn (ex ante) als auch fortlaufend (ex ante und ex post) die Einschätzung dokumentiert, dass die Absicherung in hohem Maße effektiv ist.

Im **Mikro Hedge**-Bereich werden ein oder auch mehrere gleichartige Grundgeschäfte mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten in einer Sicherungsbeziehung zusammengefasst. Zu Beginn der Sicherungsperiode wird ex ante von Effektivität ausgegangen, sofern die wesentlichen Ausstattungsmerkmale des Sicherungs-

derivats und des Grundgeschäfts übereinstimmen (Critical Term Match). Ergeben sich Änderungen durch Geschäftsvorfälle während der Sicherungsperiode, so werden diese ebenfalls im Rahmen eines Critical Term Match überprüft. Die Ex ante-Effektivität wird somit permanent nachgewiesen. Die Ex post-Effektivität wird zu den Bilanzierungstichtagen mittels einer Regressionsanalyse gemessen. Ein Sicherungszusammenhang gilt als effektiv, wenn die Steigung der durch die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft bestimmten linearen Regressionsgeraden zwischen  $-0,8$  und  $-1,25$  liegt. Darüber hinaus muss die Güte der Regression, gemessen mittels Bestimmtheitsmaß, einen Wert von größer oder gleich  $0,8$  aufweisen. Für die halbjährlich durchgeführte Regressionsanalyse werden Daten der letzten sechs Monate herangezogen. Bei effektiven Sicherungsbeziehungen wird der Buchwert der abgesicherten Grundgeschäfte um die zinsinduzierte Veränderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst und zusammen mit der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsgeschäfte GuV-wirksam im Fair Value- und Hedge-Ergebnis erfasst.

Für ineffektive Sicherungsbeziehungen können die Vorschriften des Hedge Accountings für den entsprechenden Zeitraum nicht angewendet werden. Das Grundgeschäft wird für diesen Zeitraum entsprechend seiner Kategoriezuordnung bewertet. In vorangegangenen effektiven Sicherungsperioden erfasste zinsinduzierte Wertänderungen des designierten Grundgeschäfts werden unter Verwendung der Effektivzinsmethode GuV-wirksam im Fair Value- und Hedge-Ergebnis über die Restlaufzeit amortisiert.

Die im Rahmen des Fair Value Hedges auf Portfoliobasis (**Makro Hedge**) abgesicherten Grundgeschäfte werden zu Beginn jeder Sicherungsperiode auf Basis der Fälligkeit der einzelnen erwarteten Zahlungsströme einem vierteljährlichen Laufzeitband zugeordnet. Für jedes Laufzeitband werden Zinsswaps als Sicherungsinstrumente maximal in Höhe des Nominalwerts der kumuliert zugrunde liegenden Grundgeschäfte bestimmt. Die Sicherungsperiode umfasst in der Regel einen Monat. Übersteigt das Neugeschäft in einem Laufzeitband innerhalb der Sicherungsperiode ein bestimmtes Volumen, kann die Sicherungsbeziehung für dieses Laufzeitband vorzeitig beendet und neu definiert werden.

Beim Makro Hedge wird die Ex ante-Effektivität abweichend zum Mikro Hedge mittels einer Sensitivitätsanalyse bestimmt, bei der die relevante Zinskurve um 100 Basispunkte parallel verschoben wird. Die Ex post-Effektivität wird nach der Dollar Offset-Methode gemessen. Hier werden die zinsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte zueinander in Relation gesetzt. Effektivität ist gegeben,

wenn das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in einer Bandbreite von  $-80\%$  bis  $-125\%$  liegt.

Bei effektiven Laufzeitbändern werden am Ende der Sicherungsperiode die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte zusammen mit den gegenläufigen Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte GuV-wirksam im Fair Value- und Hedge-Ergebnis erfasst. In der Bilanz wird im Gegensatz zum Mikro Hedge Accounting nicht der Buchwert der einzelnen Grundgeschäfte angepasst. Stattdessen wird die Anpassung des Buchwerts der Grundgeschäfte in dem separaten Bilanzposten Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte ausgewiesen. Dieser wird über die Restlaufzeit der jeweiligen Laufzeitbänder GuV-wirksam gegen das Fair Value- und Hedge-Ergebnis amortisiert bzw. bei außerplanmäßiger Rückzahlung der Grundgeschäfte anteilig ausgebucht. Für ineffektive Laufzeitbänder werden zinsinduzierte Wertänderungen der Grundgeschäfte nicht erfasst.

#### **(8) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives)**

Als hybride Finanzinstrumente werden Geschäfte bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Hierbei sind die eingebetteten Derivate integraler Vertragsbestandteil und können nicht separat gehandelt werden.

Bestimmte eingebettete Derivate werden bilanziell als eigenständige Derivate behandelt, wenn deren wirtschaftliche Charakteristika und Risiken keine eindeutige und enge Beziehung zu denen des Basisvertrags aufweisen. Ferner ist eine Trennung erforderlich, wenn derivative Komponenten aus hybriden Finanzinstrumenten auch als eigenständige Derivate am Markt gehandelt werden. Voraussetzung ist, dass das strukturierte Finanzinstrument nicht bereits GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Konzern werden grundsätzlich alle strukturierten Produkte mit ansonsten trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten, die alle über Sicherungsderivate gesichert sind, der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet. Davon ausgenommen sind Liquiditätshilfedarlehen mit täglichem Kündigungsrecht, bei denen der Basisvertrag zur Kategorie „Loans and Receivables“ gehört.

Bei nicht trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten (z. B. Zinsbegrenzungsoptionen) ist für die Bewertung des gesamten strukturierten Produkts die Kategorie des Basisvertrags maßgeblich. Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Nicht trennungspflichtige eingebettete Derivate werden zusammen mit dem Basisvertrag unter dem jeweiligen Konzernbilanzposten ausgewiesen, trennungspflichtige je nach aktuellem Marktwert unter den Positiven bzw. Negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten.

### **(9) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten**

Zu jedem Bilanzstichtag wird untersucht, ob es objektive Hinweise dafür gibt, dass nicht alle Zins- und Tilgungsleistungen vertragskonform erbracht werden können. Dies wird anhand folgender Kriterien beurteilt:

- Bonitätseinstufung im „Non-Investment-Grade“
- Leistungsgestörte, gestundete oder restrukturierte Engagements
- Wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Geschäftspartners
- Wesentliche Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Sitzlandes des Geschäftspartners

Die Festlegung der Wesentlichkeit bei der Verschlechterung der Kreditwürdigkeit und die Kriterien für die Bonitätseinstufung erfordern Ermessensentscheidungen. Die Kriterien zur Überwachung der Adressenausfallrisiken und zur Bonitätsklasseneinstufung werden detailliert im zusammengefassten Lagebericht dargestellt.

Aufgrund der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert müssen finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ nicht gesondert auf Wertminderungen überprüft werden, da diese bereits enthalten und GuV-wirksam erfasst sind.

#### Zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Forderungen und Finanzanlagen

In der Bank wird die Werthaltigkeit sowohl für signifikante Einzelforderungen und Wertpapiere als auch für Forderungen von betragsmäßig untergeordneter Bedeutung auf Einzelbasis beurteilt. Liegen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vor, wird die Wertberichtigung als Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Die Bestimmung der erwarteten Zahlungsströme basiert auf qualifizierten Schätzungen, bei denen neben den wirtschaftlichen Verhältnissen des Geschäftspartners auch die Verwertung eventueller Sicherheiten sowie weitere Unterstützungsfaktoren, wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen, berücksichtigt werden. Diskontierungsfaktor für festverzinsliche Forderungen und Wertpapiere ist der ursprüngliche Effektivzins, für variabel verzinsliche Forderungen

und Wertpapiere der aktuelle Effektivzins und für die zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen die aktuelle Marktrendite eines vergleichbaren finanziellen Vermögenswerts. Die so ermittelte Wertberichtigung wird für Forderungen in der GuV-Position Risikoversorge/Förderbeitrag und für Wertpapiere der Kategorie „Held to Maturity“ sowie für die Beteiligungen im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Da die Rentenbank Kredite nahezu ausschließlich an andere Banken auslegt, werden eventuelle Verluste zeitnah identifiziert. Für das grundsätzlich bestehende Restrisiko, bereits eingetretene Risiken noch nicht erkannt zu haben, wird für zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Forderungen und Wertpapiere eine Portfoliowertberichtigung auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlustes gebildet. Hierbei wird zwischen Portfolien für Kreditinstitute, Unternehmen und Staaten unterschieden. Die Buchwerte der Portfolien werden, abgeleitet aus den Produkt- bzw. Geschäftspartnerratings, mit Ausfallwahrscheinlichkeiten und Wiedereinbringungsraten gewichtet. Da es keine statistisch relevante Anzahl von Ausfällen im Konzern gibt, werden Ausfallwahrscheinlichkeiten aus externen Daten von Ratingagenturen ermittelt und die Wiedereinbringungsraten an aufsichtsrechtliche Vorgaben angelehnt.

#### Finanzanlagen der Kategorie „Available for Sale“, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Sofern bei den Finanzanlagen objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung vorliegt, wird diese als Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert ermittelt. Der so berechnete Verlust wird als Korrektur der Neubewertungsrücklage im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Entfallen die Gründe für eine Wertminderung, ist für Schuldtitel eine GuV-wirksame Wertaufholung vorzunehmen.

### **(10) Währungsumrechnung**

Monetäre Fremdwährungspositionen werden täglich zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht-monetäre, in Fremdwährung erworbene Positionen (z. B. Sachanlagen) befinden sich nicht im Bestand.

Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfasst. Für gesicherte Währungspositionen werden sie im Fair Value- und Hedge-Ergebnis und für offene Währungspositionen aus den Zahlungsverrechnungskonten im Sonstigen betrieblichen Ergebnis gebucht.

Aufwendungen und Erträge werden mit dem Stichtagskurs des Tages umgerechnet, an dem sie erfolgswirksam werden.

#### **(11) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte**

Im Konzern werden – neben den Pfandkrediten mit der Deutschen Bundesbank – echte Wertpapier-Pensionsgeschäfte („Repo-Geschäfte“) mit der Eurex Clearing AG getätigt. Für diese Art von Repo-Geschäften ist die Beschaffung bzw. Vergabe von Kapital gegen Übertragung bzw. Erhalt von Sicherheiten aus einem Pool an hinterlegten Wertpapieren („Wertpapier-Basket“) charakteristisch (siehe Abschnitt (64)).

#### **(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen**

Leasingverhältnisse sind zu deren Beginn gemäß IAS 17 als Finance Lease oder Operate Lease zu klassifizieren. Die Zuordnung richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen und Risiken des Leasingnehmers bzw. Leasinggebers: Finance Lease liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Maßgeblich ist damit allein das wirtschaftliche Eigentum, nicht das Eigentum im Sinne des Zivilrechts. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um Operate Lease.

Der Konzern tritt als Leasingnehmer auf. Die abgeschlossenen Verträge sind als Operate Lease eingestuft und betreffen Bürotechnik und Kraftfahrzeuge. Die zu zahlenden Leasingraten werden als Verwaltungsaufwand erfasst. Untermietverhältnisse liegen nicht vor.

#### **(13) Risikovorsorge/Förderbeitrag**

Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung beinhaltet im Wesentlichen die im Berichtsjahr zugesagten, diskontierten Förderaufwendungen für die Programmkredite und deren Verbrauch über die Restlaufzeit. Die Förderaufwendungen ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Zinssatz des jeweiligen zinsverbilligten Programmkredits und dem Refinanzierungssatz zum Zeitpunkt der Kreditzusage zuzüglich eines Verwaltungskostensatzes.

Daneben werden hier Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen auf Forderungen aufgrund von Zahlungsausfällen sowie Erträge aus Eingängen abgeschrieben Forderungen ausgewiesen.

#### **(14) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien**

An Dritte vermietete bzw. zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 gesondert in der Bilanz in der Position Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen.

Bei Zugang werden sie zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten bewertet. Die Folgebewertung erfolgt – analog zu den Sachanlagen – zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und eventueller kumulierter außerplanmäßiger Wertminderungen. Planmäßige Abschreibungen und außerplanmäßige Wertminderungen werden in den Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

#### **(15) Sachanlagen**

Die selbst genutzten Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter außerplanmäßiger Wertminderungsaufwendungen bewertet. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear, für Gebäude über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahren und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis sechs Jahre. Grundstücke werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Geringwertige Vermögenswerte werden sofort als Aufwand erfasst.

Planmäßige Abschreibungen und außerplanmäßige Wertminderungen werden in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

#### **(16) Immaterielle Vermögenswerte**

Unter den Immateriellen Vermögenswerten wird erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Der Ansatz erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Planmäßige Abschreibungen werden linear über vier Jahre vorgenommen. Sofern dauerhafte Wertminderungen vorliegen, werden diese GuV-wirksam außerplanmäßig abgeschrieben. Planmäßige Abschreibungen und außerplanmäßige Wertminderungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

### **(17) Wertminderung bei nicht-finanziellen Vermögenswerten**

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Sachanlagen, die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und die immateriellen Vermögenswerte auf eine Wertminderung überprüft. Liegen entsprechende Indikatoren für eine Wertminderung vor, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder der Nutzungswert) ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Liegt der erzielbare Betrag unter dem Buchwert, ist die Differenz erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung im Verwaltungsaufwand zu berücksichtigen.

### **(18) Sonstige Vermögenswerte**

Der Bilanzposten Sonstige Vermögenswerte beinhaltet im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen für derivative Geschäfte gegebene Barsicherheiten. Daneben werden hier Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Nominalwert entsprechen.

### **(19) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten**

Die Steuerforderungen/-verbindlichkeiten unterteilen sich in laufende Ertragsteueransprüche/-verbindlichkeiten und in latente Steueransprüche/-verpflichtungen und können ausschließlich bei den konsolidierten Konzerntöchtern LRB und DSV entstehen. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit.

Tatsächlich laufende Ertragsteueransprüche, die von den Steuerbehörden erstattet werden, wurden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet. Latente Steueransprüche und -verpflichtungen basieren auf unterschiedlichen Wertansätzen für bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und der Steuerbilanz. Darüber hinaus werden die bestehenden steuerlichen Verlustvorträge berücksichtigt. Es werden die für die Tochterunternehmen erwarteten Steuersätze angesetzt.

### **(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Die Pensionsverpflichtungen beruhen auf Direktzusagen. Sie sehen (vorgezogene) Altersrenten, Invalidenrenten, Hinterbliebenenrenten und zum Teil Gehalts-

fortzahlungen im Todesfall vor. Neben den Pensionsverpflichtungen für Vorstandsmitglieder auf Basis von einzelvertraglichen Zusagen bestehen Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern auf der Grundlage unterschiedlicher Versorgungsregelungen je nach Dienst- eintritt.

Die Höhe der Versorgungsleistung hängt von der anrechnungsfähigen Dienstzeit und dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt ab. Nach Auszahlungsbeginn werden die Renten dynamisiert; teils steigen sie entsprechend der Tarifierhöhung, teils auf Basis eines Inflationsausgleichs und teils um einen festen Prozentsatz. Die Verpflichtung ist somit insbesondere von der Einkommens- und Inflationsentwicklung abhängig. Für Versorgungszusagen, bei denen die Sozialrente und gegebenenfalls weitere Rentenleistungen angerechnet werden, ist die Verpflichtung unmittelbar an die Entwicklung der gesetzlichen Rente gekoppelt.

Die Pensionsverpflichtungen werden ausschließlich intern refinanziert. Planvermögen besteht nicht.

Für leistungsorientierte Versorgungszusagen wird als Rückstellung der Barwert des zum Bilanzstichtag erreichten Verpflichtungsumfangs angesetzt. Den Verpflichtungsumfang ermittelt jährlich ein unabhängiger Versicherungsmathematiker nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren.

Veränderungen der Rückstellung werden sowohl GuV-wirksam als laufender Dienstzeitaufwand und Zinsaufwand im Personalaufwand erfasst als auch GuV-neutral als Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste im Sonstigen Ergebnis im Eigenkapital. Der laufende Dienstzeitaufwand ergibt sich aus den im laufenden Dienstjahr erworbenen Leistungen. Der Zinsaufwand stellt den Barwerteffekt dar, der sich aus der um ein Jahr verkürzten Dauer bis zur Verpflichtungserfüllung ergibt. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste entstehen durch Abweichungen zwischen tatsächlicher und erwarteter Entwicklung der Bemessungsgrundlagen bzw. der Parameter.

Der Barwert des Verpflichtungsumfangs ist von diversen Parametern abhängig, für die Annahmen und Schätzungen erforderlich sind. Deren Veränderungen beeinflussen den Buchwert der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen. Ein wesentlicher Parameter ist der zur Diskontierung des Verpflichtungsumfangs herangezogene Zinssatz. Dieser orientiert sich zum jeweiligen Bilanzstichtag am Zinssatz für erstrangige Unternehmensanleihen in Euro mit Restlaufzeiten, die der Pensionsverpflichtung entsprechen.

### **(21) Andere Rückstellungen**

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus belastenden Verträgen werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet. Veränderte Schätzgrößen beeinflussen den Buchwert der ausgewiesenen Rückstellungen. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist. Rückstellungen werden GuV-wirksam sachverhaltsbezogen über die Verwaltungsaufwendungen bzw. das Sonstige betriebliche Ergebnis gebildet und aufgelöst.

### **(22) Sonstige Verbindlichkeiten**

Der Bilanzposten Sonstige Verbindlichkeiten umfasst im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen für derivative Geschäfte erhaltene Barsicherheiten. Daneben werden hier die Bewertung für die offenen Zusagen der Programmkredite sowie sonstige Verpflichtungen ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt zu Anschaffungskosten mit Ausnahme der diskontierten Förderbeiträge für die offenen Zusagen der Programmkredite.

### **(23) Eigenkapital**

Im Eigenkapital werden nach IFRS die Komponenten Gezeichnetes Kapital, Gewinnrücklagen, Neubewertungsrücklage und Bilanzgewinn zusammengefasst.

Das gezeichnete Kapital spiegelt das eingezahlte Kapital wider. Es wurde in den Jahren 1949 bis 1958 von der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht. Das gezeichnete Kapital ist mit keinerlei Rechten verbunden. Die Gewinnrücklagen beinhalten neben der aus dem Jahresabschluss nach HGB übernommenen und nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank bestimmten Haupt- und Deckungsrücklage die anderen Gewinnrücklagen.

In der Neubewertungsrücklage werden im Wesentlichen die Versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste aus Pensionsverpflichtungen (siehe Abschnitt (20)) und die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ erfasst. Credit-Spread-induzierte Wertänderungen resultieren aus Änderungen der Risikoaufschläge. Die zinsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Wertpapiere in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen werden zusammen mit den Wertänderungen der

dazugehörigen Sicherungsderivate im Fair Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen.

### **(24) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen**

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die entweder

- zu möglichen Verpflichtungen führen, deren Bestehen erst noch durch das Eintreten ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht in der Kontrolle des Unternehmens liegen, bestätigt werden muss (z. B. Bürgschaften), oder
- zu gegenwärtigen Verpflichtungen führen, bei denen es nicht wahrscheinlich ist, dass sie das Vermögen mindern werden bzw. bei denen der Erfüllungsbetrag nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann (z. B. unentschiedene Rechtsstreitigkeiten).

Diese Verpflichtungen werden gemäß IAS 37.27 nicht passiviert. Eventualverpflichtungen werden in Abschnitt (65) offengelegt.

## Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung

<b>(25) Zinsüberschuss</b>	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Zinserträge aus</b>			
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	1 159,2	1 243,9	-84,7
Derivativen Finanzinstrumenten	2 013,1	1 701,6	311,5
Finanzanlagen	555,5	581,1	-25,6
<b>Laufende Erträge aus</b>			
Beteiligungen	6,6	5,7	0,9
<b>Summe Zinserträge</b>	<b>3 734,4</b>	<b>3 532,3</b>	<b>202,1</b>
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>1 551,2</i>	<i>1 672,3</i>	<i>-121,1</i>
<b>Zinsaufwendungen für</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	191,4	212,0	-20,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 641,6	1 541,3	100,3
Derivative Finanzinstrumente	1 552,6	1 435,9	116,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	17,4	17,6	-0,2
Sonstiges	0,4	0,7	-0,3
<b>Summe Zinsaufwendungen</b>	<b>3 403,4</b>	<b>3 207,5</b>	<b>195,9</b>
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>452,5</i>	<i>507,0</i>	<i>-54,5</i>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>331,0</b>	<b>324,8</b>	<b>6,2</b>

Der Ausweis der Zinsaufwendungen erfolgt abzüglich positiver Zinsen aus Geldmarktverbindlichkeiten und erhaltenen Barsicherheiten in Höhe von 3,7 Mio. EUR (aufwandsmindernd); der Ausweis der Zinserträge erfolgt abzüglich negativer Zinsen aus Kredit- und

Geldmarktforderungen sowie aus gestellten Barsicherheiten in Höhe von 5,5 Mio. EUR (ertragsmindernd). Auf eine Untergliederung der GuV-Posten wurde aus Materialitätsgründen verzichtet.

<b>(26) Risikovorsorge/Förderbeitrag</b>	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Aufwendungen für Zuführung Förderbeitrag	82,1	75,3	6,8
Erträge aus Verbrauch Förderbeitrag	67,3	63,0	4,3
Zuführung zur Portfoliowertberichtigung	2,1	3,0	-0,9
Auflösung von Portfoliowertberichtigungen	0,5	0,0	0,5
Zuführung zur Einzelwertberichtigung	2,2	0,0	2,2
<b>Risikovorsorge/Förderbeitrag</b>	<b>18,6</b>	<b>15,3</b>	<b>3,3</b>

Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag beinhaltet insbesondere die diskontierten zukünftigen Förderaufwendungen für die Programmkredite (Zuführung Förderbeitrag) und deren Verbrauch über die Rest-

laufzeit. Die Zuführung zur Einzelwertberichtigung entfällt auf Schuldscheindarlehen/Namenschuldverschreibungen innerhalb der Forderungen an Kreditinstitute.

<b>(27) Provisionsergebnis</b>	01.01. bis 31. 12. 2015 Mio. EUR	01.01. bis 31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Provisionserträge aus</b>			
Verwaltungskostenvergütungen	0,2	0,2	0,0
<b>Summe Provisionserträge</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>0,2</i>	<i>0,2</i>	<i>0,0</i>
<b>Provisionsaufwendungen für</b>			
Depotgebühren	1,9	1,6	0,3
Sonstiges	0,5	0,2	0,3
<b>Summe Provisionsaufwendungen</b>	<b>2,4</b>	<b>1,8</b>	<b>0,6</b>
<i>davon aus nicht GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten</i>	<i>1,6</i>	<i>1,3</i>	<i>0,3</i>
<b>Provisionsergebnis</b>	<b>-2,2</b>	<b>-1,6</b>	<b>-0,6</b>

<b>(28) Verwaltungsaufwendungen</b>	01.01. bis 31. 12. 2015 Mio. EUR	01.01. bis 31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Personalaufwand</b>	<b>33,8</b>	<b>34,4</b>	<b>-0,6</b>
<b>Abschreibungen</b>			
Immaterielle Vermögenswerte	4,9	4,6	0,3
<i>davon selbstentwickelte Software</i>	<i>0,1</i>	<i>0,1</i>	<i>0,0</i>
IT-Anlagen	0,6	0,5	0,1
Wohn- und Bürogebäude	0,5	0,4	0,1
Büroeinrichtungen und Fahrzeuge	0,1	0,1	0,0
Technische und sonstige Einrichtungen	0,1	0,1	0,0
<b>Summe Abschreibungen</b>	<b>6,2</b>	<b>5,7</b>	<b>0,5</b>
<b>Andere Verwaltungsaufwendungen</b>			
IT-Lizenzen, -Gebühren, -Beratung	10,9	8,8	2,1
Softwarewartung	1,5	0,9	0,6
Öffentlichkeitsarbeit	1,8	2,0	-0,2
Prüfungen, Beiträge, Spenden	3,5	3,5	0,0
Refinanzierungsmittel	1,4	1,3	0,1
Raum- und Gebäudekosten	1,1	1,2	-0,1
Sonstiges	4,8	1,5	3,3
<b>Summe andere Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>25,0</b>	<b>19,2</b>	<b>5,8</b>
<b>Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>65,0</b>	<b>59,3</b>	<b>5,7</b>

In den sonstigen Verwaltungsaufwendungen werden Leasingaufwendungen in Höhe von 193,5 Tsd. EUR

(167,7 Tsd. EUR) ausgewiesen. Die künftigen Leasingzahlungen verteilen sich wie folgt:

	01.01. bis 31. 12. 2015 Tsd. EUR	01.01. bis 31. 12. 2014 Tsd. EUR	Änderung Tsd. EUR
<b>Künftige Leasingzahlungen</b>			
bis zu einem Jahr	44,8	96,4	-51,6
über einem Jahr und bis zu fünf Jahren	135,9	145,6	-9,7
mehr als fünf Jahre	0,0	0,0	0,0

Es handelt sich dabei um Mindestleasingzahlungen (feste Leasingraten). Durch Leasingvereinbarungen auferlegte Beschränkungen lagen nicht vor. Der Konzern war zum Jahresende an 20 (19) Leasingverträge

gebunden. Für die Leasingverträge zur Büro- und Geschäftsausstattung bestehen teilweise Verlängerungs- oder Kaufoptionen.

<b>(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis</b>	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>			
Mieterträge	1,8	1,8	0,0
Auflösung Rückstellungen	0,8	0,9	-0,1
Aufwandsersatzungen Dritter	0,3	0,2	0,1
Übrige Erträge	1,1	0,5	0,6
<b>Summe Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>4,0</b>	<b>3,4</b>	<b>0,6</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			
Kapitalaufstockung Edmund Rehwinkel-Stiftung	2,0	0,0	2,0
Zuführung zu Rückstellungen	4,9	4,7	0,2
– davon Förderung Forschung und Innovation	3,0	3,0	0,0
Bankeigene Wohnungen	0,6	0,6	0,0
Übrige Aufwendungen	0,9	0,9	0,0
<b>Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>8,4</b>	<b>6,2</b>	<b>2,2</b>
<b>Sonstiges betriebliches Ergebnis</b>	<b>-4,4</b>	<b>-2,8</b>	<b>-1,6</b>

<b>(30) Fair Value- und Hedge-Ergebnis</b>	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Bewertungsergebnis</b>			
Fair Value-Bewertung			
Grundgeschäfte	225,2	-352,2	577,4
Derivate	-27,5	256,3	-283,8
Ergebnis aus Währungsbewertung	5,7	-5,1	10,8
<b>Summe Fair Value-Bewertung</b>	<b>203,4</b>	<b>-101,0</b>	<b>304,4</b>
Mikro Hedge Accounting			
Grundgeschäfte	66,4	124,5	-58,1
Sicherungsgeschäfte	-65,5	-159,2	93,7
<b>Summe Mikro Hedge Accounting</b>	<b>0,9</b>	<b>-34,7</b>	<b>35,6</b>
Makro Hedge Accounting			
Grundgeschäfte	87,4	1 217,1	-1 129,7
Sicherungsgeschäfte	-89,8	-1 264,9	1 175,1
<b>Summe Makro Hedge Accounting</b>	<b>-2,4</b>	<b>-47,8</b>	<b>45,4</b>
<b>Summe Bewertungsergebnis</b>	<b>201,9</b>	<b>-183,5</b>	<b>385,4</b>
<b>Summe Realisiertes Ergebnis</b>	<b>3,0</b>	<b>0,0</b>	<b>3,0</b>
<b>Summe Fair Value- und Hedge-Ergebnis</b>	<b>204,9</b>	<b>-183,5</b>	<b>388,4</b>

Derivate und Finanzinstrumente der Kategorien „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste ergebniswirksam im Fair Value- und Hedge-Ergebnis erfasst.

Zudem fließen aus Grundgeschäften in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die aus Änderungen der Deposit/Swap-Kurve resultieren, in das Fair Value- und Hedge-Ergebnis ein. Nach bilanzieller Auflösung von Sicherungsbeziehungen wegen Ineffektivität werden die zuvor gebuchten zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte über die Restlaufzeit amortisiert.

Im Konzern bestehen keine offenen Fremdwährungspositionen. Durch die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert kommt es dennoch zu einem Ergebnis aus der Währungsumrechnung, das hier ausgewiesen wird.

Ergebnisse aus der Veräußerung oder dem Rückkauf von Finanzinstrumenten der Kategorien „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden als realisiertes Ergebnis innerhalb des Fair

Value- und Hedge-Ergebnisses ausgewiesen. Dies gilt auch für Finanzinstrumente, die Bestandteil einer bilanziellen Sicherungsbeziehung sind.

Die Erträge und Aufwendungen aus der Amortisation von Agien/Disagien und Upfront-Zahlungen, die Teil der Änderungen der beizulegenden Zeitwerte sind, werden aufgrund ihres Zinscharakters im Zinsergebnis ausgewiesen.

<b>(31) Ergebnis aus Steuern</b>	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Latente Steuern auf Verlustvorräte	0,0	-1,4	1,4
Latente Steuern auf temporäre Differenzen	-0,2	0,0	-0,2
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2,4	-0,5	-1,9
<b>Ergebnis aus Steuern</b>	<b>-2,6</b>	<b>-1,9</b>	<b>-0,7</b>

## Segmentberichterstattung

### (32) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

IFRS 8 regelt, dass wesentliche Ergebnisse nach operativen Geschäftsfeldern und Ländern aufzugliedern sind. Die Segmente wurden vor dem Hintergrund der Organisations- und Führungsstruktur sowie der internen finanziellen Berichterstattung des Konzerns definiert. Es sind:

- **Das Fördergeschäft:**  
Dieses Segment zeigt die Fördergeschäftstätigkeit und deren Refinanzierung. Die Fördergeschäftstätigkeit wird auch im Segment „Kapitalstockanlage“ dargestellt. Neben den Ergebnissen der Bank sind sämtliche Ergebnisse der Tochtergesellschaften einschließlich deren Beteiligungen enthalten.
- **Die Kapitalstockanlage:**  
In diesem Segment werden die Ergebnisbeiträge aus der Anlage der eigenen Mittel und der mittel- bzw. langfristigen Rückstellungen in Form von Wertpapieren, Förderkrediten und der direkten Beteiligungen der Bank dargestellt.
- **Das Treasury Management:**  
In diesem Segment werden die Ergebnisse der Liquiditätssicherung und -steuerung sowie der kurzfristigen Zinssteuerung des Konzerns dargestellt. Es handelt sich um Geschäfte, die eine Zinsbindung von maximal einem Jahr aufweisen (z. B. Tages- und Termingelder, Euro Commercial Papers (ECP), Wertpapiere und Schuldscheindarlehen).

Die zentrale Steuerung der Segmente erfolgt ausschließlich in Frankfurt am Main. Sämtliche Erträge und Aufwendungen werden an diesem Standort generiert. Somit erübrigen sich die nach IFRS 8 geforderten Angaben nach geografischen Gebieten.

Die Ergebnisse werden gemäß der margenorientierten Steuerung der Bank in der Segmentberichterstattung netto dargestellt. Segmentvermögen/-schulden bestehen gegenüber Dritten und entsprechend werden die Ergebnisse nur mit externen Kontrahenten erzielt. Zwischen den Segmenten werden keine internen Geschäfte abgeschlossen. Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zwischen der internen Berichterstattung und der Rechnungslegung nach IFRS. Aufgrund von fehlenden internen Geschäften und der Übereinstimmung zwischen internem Reporting und externem Rechnungswesen wird auf weitergehende Überleitungsrechnungen verzichtet.

Die Verteilung der Komponenten aus dem Zins-, Provisions- und Finanzanlageergebnis sowie dem Fair Value- und Hedge-Ergebnis erfolgt auf Einzelgeschäftsbasis. Die Verwaltungsaufwendungen, das Sonstige betriebliche Ergebnis sowie das Ergebnis aus Steuern aus den konsolidierten Tochtergesellschaften werden entweder direkt oder indirekt anhand von Schlüsseln den jeweiligen Segmenten zugeordnet. Diese Schlüssel basieren im Wesentlichen auf der Anzahl der jeweiligen Mitarbeiter, dem Ressourcenverbrauch und den sonstigen Ressourcenzuordnungen.

Segmentvermögen/-verbindlichkeiten werden analog der Ergebnisbeiträge den einzelnen Segmenten zugeordnet.

**(33) Segmente**

01.01. bis zum 31.12.	Förder- geschäft		Kapitalstock- anlage		Treasury Management		Summe	
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/ Förderbeitrag	190,5	192,5	116,7	114,2	23,8	18,1	331,0	324,8
Risikovorsorge/ Förderbeitrag	18,6	15,3	0,0	0,0	0,0	0,0	18,6	15,3
Provisionsergebnis	-2,0	-1,6	0,0	0,0	-0,2	0,0	-2,2	-1,6
Verwaltungsaufwendungen	49,1	45,0	9,4	8,6	6,5	5,7	65,0	59,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-4,4	-2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	-4,4	-2,8
Ergebnis aus Steuern	-2,6	-1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	-2,6	-1,9
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>113,8</b>	<b>125,9</b>	<b>107,3</b>	<b>105,6</b>	<b>17,1</b>	<b>12,4</b>	<b>238,2</b>	<b>243,9</b>
Fair Value- und Hedge-Ergebnis	201,6	-184,8	0,0	0,0	3,3	1,3	204,9	-183,5
<b>Konzernjahresüberschuss</b>	<b>315,4</b>	<b>-58,9</b>	<b>107,3</b>	<b>105,6</b>	<b>20,4</b>	<b>13,7</b>	<b>443,1</b>	<b>60,4</b>
<b>31.12.</b>	2015 Mrd. EUR	2014 Mrd. EUR	2015 Mrd. EUR	2014 Mrd. EUR	2015 Mrd. EUR	2014 Mrd. EUR	2015 Mrd. EUR	2014 Mrd. EUR
<b>Segmentvermögen</b>	<b>81,2</b>	<b>79,5</b>	<b>4,4</b>	<b>3,9</b>	<b>7,7</b>	<b>5,4</b>	<b>93,3</b>	<b>88,8</b>
<b>Segmentsschulden (inkl. Eigenkapital)</b>	<b>82,1</b>	<b>77,4</b>	<b>4,4</b>	<b>3,9</b>	<b>6,8</b>	<b>7,5</b>	<b>93,3</b>	<b>88,8</b>

Es wurden – wie im Vorjahr – keine Zinserträge aus Geschäften mit einem einzelnen Geschäftspartner generiert, deren Anteil 10 % oder mehr am gesamten Zinsertrag betrug.

**Erläuterungen zur Bilanz**

<b>(34) Barreserve</b>	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Kassenbestand	0,1	0,1	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	21,1	28,9	-7,8
<b>Summe</b>	<b>21,2</b>	<b>29,0</b>	<b>-7,8</b>

Bei den Guthaben bei Zentralnotenbanken handelte es sich – wie im Vorjahr – um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

**(35) Forderungen an Kreditinstitute**

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Täglich fällig	2,4	1,0	1,4
Termingelder	2 627,7	955,7	1 672,0
Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen	13 038,2	13 713,0	-674,8
Programmkredite	39 688,9	36 436,2	3 252,7
<i>davon Förderbeitrag</i>	-343,7	-326,4	-17,3
Globalrefinanzierungsdarlehen	0,0	201,6	-201,6
Sonstige	100,0	100,1	-0,1
<b>Summe</b>	<b>55 457,2</b>	<b>51 407,6</b>	<b>4 049,6</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>48 704,1</i>	<i>46 556,1</i>	<i>2 148,0</i>

**(36) Forderungen an Kunden**

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Täglich fällig	0,1	0,2	-0,1
Mittel- und langfristige Kredite	30,0	29,9	0,1
Schuldscheindarlehen	6 096,4	5 205,4	891,0
<i>davon Kommunalkredite</i>	<i>6 093,9</i>	<i>5 183,7</i>	<i>910,2</i>
Programmkredite	252,7	293,2	-40,5
<i>davon Förderbeitrag</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>
Sonstige	1,7	1,6	0,1
<b>Summe</b>	<b>6 380,9</b>	<b>5 530,3</b>	<b>850,6</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>5 900,8</i>	<i>4 587,8</i>	<i>1 313,0</i>

**(37) Risikovorsorge/Förderbeitrag im Kreditgeschäft**

	Förderbeitrag		Einzelwert- berichtigungen		Portfoliowert- berichtigung	
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
Bestand zum 01.01.	343,3	331,0	0,0	0,0	14,7	11,7
Zuführungen	82,1	75,3	2,2	0,0	2,1	3,0
Verbrauch	67,3	63,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0
<b>Bestand zum 31.12.</b>	<b>358,1</b>	<b>343,3</b>	<b>2,2</b>	<b>0,0</b>	<b>16,3</b>	<b>14,7</b>
davon für						
Forderungen an Kreditinstitute	343,7	326,4	2,2	0,0	14,0	12,9
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	0,1
Kreditzusagen	14,4	16,9	0,0	0,0	0,3	0,8
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	0,9

**(38) Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte**

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Zinsinduzierte Wertänderungen aus			
Kredit im Makro Hedge Accounting	1 298,8	1 600,7	-301,9
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>1 283,2</i>	<i>1 588,0</i>	<i>-304,8</i>

### (39) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

Die Derivate gliederten sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Absicherung für:			
Grundgeschäfte im Hedge Accounting (Fair Value Hedge)	1 355,4	1 538,9	-183,5
Grundgeschäfte Designated as at Fair Value	5 886,4	4 345,2	1 541,2
Sonstige Grundgeschäfte	22,9	83,9	-61,0
Credit Value Adjustment	-25,8	-9,6	-16,2
<b>Summe</b>	<b>7 238,9</b>	<b>5 958,4</b>	<b>1 280,5</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>5 216,8</i>	<i>4 623,0</i>	<i>593,8</i>

Derivate zur Absicherung von Sonstigen Grundgeschäften resultieren im Wesentlichen aus Sicherungs-

beziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting ineffektiv waren.

### (40) Finanzanlagen

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen	19 793,2	21 582,2	-1 789,0
Beteiligungen	118,8	118,8	0,0
Sonstige Finanzanlagen	0,2	0,2	0,0
<b>Summe</b>	<b>19 912,2</b>	<b>21 701,2</b>	<b>-1 789,0</b>
<i>davon:</i>			
<i>nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>16 212,5</i>	<i>16 129,6</i>	<i>82,9</i>
<i>beleihbar</i>	<i>16 903,3</i>	<i>19 843,9</i>	<i>-2 940,6</i>

Die Beteiligungen wurden gemäß IAS 39.46 (c) mit den Anschaffungskosten angesetzt, da sowohl quotierte Preise als auch sonstige Bewertungsinformationen

fehlten. Abschreibungen waren zum 31.12.2015 nicht erforderlich.

### (41) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Posten Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien enthält eine vollständig fremd vermietete Immobilie. Die voraussichtliche Nutzungsdauer wurde auf 33 Jahre geschätzt.

Es gab keine Beschränkungen, die eine Veräußerung dieser Immobilie beeinträchtigen würden.

Der Impairmenttest nach IAS 36 für die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie ergab keinen Abschreibungsbedarf.

Die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie entwickelte sich wie folgt:

	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
<b>Anschaffungs-/ Herstellungskosten</b>		
<b>Stand zum 01. 01.</b>	<b>19,8</b>	<b>19,8</b>
Zugänge	0,0	0,0
Abgänge	0,0	0,0
<b>Stand zum 31. 12.</b>	<b>19,8</b>	<b>19,8</b>
<b>kumulierte Abschreibungen</b>		
<b>Stand zum 01. 01.</b>	<b>-4,9</b>	<b>-4,4</b>
planmäßige Abschreibungen	-0,5	-0,5
<b>Stand zum 31. 12.</b>	<b>-5,4</b>	<b>-4,9</b>
<b>Buchwert zum 31. 12.</b>	<b>14,4</b>	<b>14,9</b>

Der beizulegende Zeitwert der Immobilie betrug 20,3 Mio. EUR (19,9 Mio. EUR). Die Bewertung erfolgt nach dem Ertragswertverfahren auf Basis eines externen Gutachtens, das intern jährlich überprüft und fortgeführt wird.

Die Mieteinnahmen in Höhe von 0,9 Mio. EUR (0,9 Mio. EUR) wurden in den Sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Der Immobilie direkt zurechenbare Ausgaben von 58,2 Tsd. EUR (12,5 Tsd. EUR) sowie die

Grundsteuer von 35,9 Tsd. EUR (35,9 Tsd. EUR) wurden unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

#### (42) Sachanlagen

Unter den Grundstücken und Gebäuden wird das eigengenutzte Bürogebäude in der Hochstraße 2, Frankfurt am Main, ausgewiesen. Des Weiteren besitzt die Bank Mitarbeiterwohnungen, die gemäß

IAS 40.9 (c) nicht zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zählen, sondern den Vorschriften des IAS 16 unterliegen und damit den Sachanlagen zugeordnet wurden.

Das Sachanlagevermögen entwickelte sich wie folgt:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Summe	
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>						
<b>Stand zum 01.01.</b>	<b>23,1</b>	<b>23,1</b>	<b>10,9</b>	<b>10,5</b>	<b>34,0</b>	<b>33,6</b>
Zugänge	0,0	0,0	1,3	0,9	1,3	0,9
Abgänge	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>23,1</b>	<b>23,1</b>	<b>11,7</b>	<b>10,9</b>	<b>34,8</b>	<b>34,0</b>
<b>kumulierte Abschreibungen</b>						
<b>Stand zum 01.01.</b>	<b>-1,8</b>	<b>-1,8</b>	<b>-9,9</b>	<b>-9,5</b>	<b>-11,7</b>	<b>33,6</b>
planmäßige Abschreibungen	0,0	0,0	-0,8	-0,7	-0,8	-0,7
Abgänge	0,0	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>-1,8</b>	<b>-1,8</b>	<b>-10,4</b>	<b>-9,9</b>	<b>-12,2</b>	<b>-11,7</b>
<b>Buchwert zum 31.12.</b>	<b>21,3</b>	<b>21,3</b>	<b>1,3</b>	<b>1,0</b>	<b>22,6</b>	<b>22,3</b>

Die Werthaltigkeit der Grundstücke wurde anhand aktueller Bodenrichtwerte überprüft. Es gab für 2015 – wie im Vorjahr – keinen Wertberichtigungsbedarf.

### (43) Immaterielle Vermögenswerte

Im Konzern wird bei den Immateriellen Vermögenswerten zwischen erworbener und selbst entwickelter Software unterschieden.

Die Abschreibungen werden unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Ein Wertberichtigungsbedarf gemäß IAS 36 lag – wie im Vorjahr – nicht vor.

Die Immateriellen Vermögenswerte entwickelten sich wie folgt:

	Erworbene Software		Selbstentwickelte Software		Summe	
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>						
<b>Stand zum 01.01.</b>	<b>22,4</b>	<b>20,4</b>	<b>3,3</b>	<b>5,5</b>	<b>25,7</b>	<b>25,9</b>
Zugänge	4,6	2,3	0,0	0,0	4,6	2,3
Abgänge	-0,5	-0,3	-1,9	-2,2	-2,4	-2,5
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>26,5</b>	<b>22,4</b>	<b>1,4</b>	<b>3,3</b>	<b>27,9</b>	<b>25,7</b>
<b>kumulierte Abschreibungen</b>						
<b>Stand zum 01.01.</b>	<b>-9,3</b>	<b>-5,1</b>	<b>-2,8</b>	<b>-4,9</b>	<b>-12,1</b>	<b>-10,0</b>
planmäßige Abschreibungen	-4,8	-4,5	-0,1	-0,1	-4,9	-4,6
Abgänge	0,1	0,3	1,9	2,2	2,0	2,5
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>-14,0</b>	<b>-9,3</b>	<b>-1,0</b>	<b>-2,8</b>	<b>-15,0</b>	<b>-12,1</b>
<b>Buchwert zum 31.12.</b>	<b>12,5</b>	<b>13,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>12,9</b>	<b>13,6</b>

### (44) Laufende Ertragsteueransprüche

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Erstattungsansprüche	1,0	1,4	-0,4
Ertragsteueransprüche	0,2	0,3	-0,1
<b>Summe</b>	<b>1,2</b>	<b>1,7</b>	<b>-0,5</b>

Die Erstattungsansprüche an das Finanzamt resultieren aus Geschäftsvorgängen, in denen Kapitalertragsteuer erhoben wurde. Darüber hinaus ergaben sich laufende Ertragsteueransprüche aus der Verrechnung

der Vorauszahlungen mit dem voraussichtlichen Ergebnis aus dem Steuerbescheid. Der Zahlungseingang wird im Geschäftsjahr 2016 erwartet.

### (45) Aktive latente Steuern

Im Konzern sind die konsolidierten Tochtergesellschaften steuerpflichtig. Die Bank ist von der Körper-

schaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit.

Der Bestand an aktiven latenten Steuern beträgt:

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Aktive latente Steuern aus steuerlichen Verlustvorträgen	0,0	0,0	0,0
temporären Differenzen	0,0	0,2	-0,2
<b>Summe</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>-0,2</b>

Im Konzern bestanden nach den aktuellen Steuerbescheiden der Tochterunternehmen zum 31.12.2014 steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 116,1 Mio. EUR (120,9 Mio. EUR). Davon entfielen 91,0 Mio. EUR (93,7 Mio. EUR) auf die Körperschaftsteuer und 25,1 Mio. EUR (27,2 Mio. EUR) auf die Gewerbesteuer. Die Verlustvorträge stammen im Wesentlichen aus Wertberichtigungen vorangegangener Geschäftsjahre und der Abschreibung von Beteiligungen bis zum Geschäftsjahr 1999.

Für die Ermittlung der latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge wurde bei dem Tochterunternehmen auf einen Planungshorizont von 20 Jahren (Basis 01.01.2006) zur Abwicklung der Pensionsverpflichtungen und den Durchschnittsgewinn der letzten Jahre abgestellt. Auf Basis in Zukunft erwarteter negativer Ergebnisse wurden keine latenten Steuern auf die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer gebildet. Die aktive latente Steuer aus der temporären Differenz zwischen Wertansatz der Pensionsrückstellung in der Steuerbilanz und Wertansatz der Pensionsrückstellung in der IFRS-Bilanz wurde vollständig aufgelöst.

	31. 12. 2014 Mio. EUR	Verbrauch Mio. EUR	Auflösung Mio. EUR	Zuführung Mio. EUR	31. 12. 2015 Mio. EUR
Latente Steuern aus					
Körperschaftsteuer	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
Gewerbesteuer	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

#### (46) Sonstige Vermögenswerte

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Barsicherheiten Collateral Management (täglich fällig)	2 930,4	2 563,6	366,8
Periodenabgrenzung	1,6	1,2	0,4
Sonstiges	0,3	1,0	-0,7
<b>Summe</b>	<b>2 932,3</b>	<b>2 565,8</b>	<b>366,5</b>

#### (47) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Täglich fällig	0,1	1,0	-0,9
Termingelder	290,0	0,0	290,0
Offenmarktgeschäfte	0,0	0,0	0,0
Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1 219,7	1 066,8	152,9
Globaldarlehen	1 319,5	1 116,9	202,6
<b>Summe</b>	<b>2 829,3</b>	<b>2 184,7</b>	<b>644,6</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>2 452,0</i>	<i>1 802,1</i>	<i>649,9</i>

#### (48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Täglich fällig	135,2	112,3	22,9
Termingelder	30,1	20,9	9,2
Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	4 184,8	4 760,1	-575,3
Loan Agreements	40,5	37,0	3,5
Sonstige	17,7	24,4	-6,7
<b>Summe</b>	<b>4 408,3</b>	<b>4 954,7</b>	<b>-546,4</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>3 833,6</i>	<i>4 591,9</i>	<i>-758,3</i>

**(49) Verbriefte Verbindlichkeiten**

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Medium Term Notes	51 777,6	49 340,0	2 437,6
Globalanleihen	16 192,3	13 848,9	2 343,4
Euro Commercial Papers	3 514,4	5 924,4	-2 410,0
Inhaberschuldverschreibungen	60,6	65,5	-4,9
<b>Summe</b>	<b>71 544,9</b>	<b>69 178,8</b>	<b>2 366,1</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>54 528,7</i>	<i>53 925,0</i>	<i>603,7</i>

**(50) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten**

Die Derivate gliederten sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Absicherung für:			
Grundgeschäfte im Hedge Accounting (Fair Value Hedge)	4 780,4	4 917,5	-137,1
Grundgeschäfte Designated as at Fair Value	2 198,5	1 566,3	632,2
Sonstige Grundgeschäfte	174,1	328,3	-154,2
Debt Value Adjustment	-0,1	-1,5	1,4
<b>Summe</b>	<b>7 152,9</b>	<b>6 810,6</b>	<b>342,3</b>
<i>davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig</i>	<i>6 244,6</i>	<i>6 006,8</i>	<i>237,8</i>

Derivate zur Absicherung von Sonstigen Grundgeschäften resultieren im Wesentlichen aus Sicherungs-

beziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting ineffektiv waren.

**(51) Rückstellungen**

	31.12.2014 Mio. EUR	Umbuchung Mio. EUR	Verbrauch Mio. EUR	Auflösung Mio. EUR	Zuweisung Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Rückstellungen für Pensionen						
u. ä. Verpflichtungen	144,1	0,0	5,9	0,0	1,1	139,3
Andere Rückstellungen	19,9	-0,5	8,8	0,9	12,1	21,8
<b>Summe</b>	<b>164,0</b>	<b>-0,5</b>	<b>14,7</b>	<b>0,9</b>	<b>13,2</b>	<b>161,1</b>

**a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Die Entwicklung des Barwertes der Pensionsverpflichtungen und der Deferred Compensation sowie die in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfassten Beträge zeigt folgende Aufstellung:

	01.01. bis 31.12.2015 Mio. EUR	01.01. bis 31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
<b>Barwert der Pensionsverpflichtung zum 01.01.</b>	<b>144,1</b>	<b>116,5</b>	<b>27,6</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	3,8	2,6	1,2
Zinsaufwand	2,8	3,6	-0,8
Entgeltumwandlung	0,2	0,4	-0,2
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus der Änderung			
demografischer Annahmen	1,9	2,3	-0,4
finanzieller Annahmen	-7,6	24,2	-31,8
Pensionsleistungen	-5,9	-5,5	-0,4
<b>Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31.12.</b>	<b>139,3</b>	<b>144,1</b>	<b>-4,8</b>

Der laufende Dienstzeitaufwand und der Zinsaufwand sind als Verwaltungsaufwendungen erfasst, die Entgeltumwandlung als Bestandteil des Zinsergebnis-

ses sowie die Versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste in der Neubewertungsrücklage.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen gliedert sich nach Art der Begünstigten wie folgt:

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
Aktive Mitarbeiter	57,4	62,6
Unverfallbar Ausgeschiedene	4,2	5,3
Rentner	77,7	76,2
<b>Gesamt</b>	<b>139,3</b>	<b>144,1</b>

Von den Pensionsrückstellungen waren 133,4 Mio. EUR (138,5 Mio. EUR) nach mehr als zwölf Monaten fällig.

Die Pensionsverpflichtungen wurden im Wesentlichen unter folgenden versicherungsmathematischen Annahmen berechnet:

	31.12.2015	31.12.2014
Rechnungszins	2,18 %	2,00 %
Einkommenstrend		
Tariferhöhung	2,25 %	2,25 %
Karrieretrend bis Alter 45	1,00 %	1,00 %
Rententrend	1,50 %	2,00 %
Inflationsrate	1,50 %	2,00 %
Fluktuationsrate	2,00 %	2,00 %

Die Werte wurden unter Verwendung der © Richttafeln 2005G von Klaus Heubeck mit Vollarpassung 2011 berechnet.

Die Sensitivitätsanalyse zeigt, wie sich Änderungen der wesentlichen Bewertungsannahmen auf die Pensionsverpflichtung zum 31.12.2015 ausgewirkt hätten:

	Sensitivität	Auswirkung auf Pensionsverpflichtung 31.12.2015 Mio. EUR	Auswirkung auf Pensionsverpflichtung 31.12.2014 Mio. EUR
Rechnungszins <sup>1)</sup>	0,75 %	-14,2	-10,0
	-0,75 %	17,1	11,4
Gehaltstrend	0,50 %	8,9	9,3
	-0,50 %	-8,0	-8,3
Inflationsrate/Rententrend <sup>2)</sup>	0,50 %	1,8	1,8
	-0,50 %	-1,7	-1,7
Lebenserwartung	+1 Jahr	8,4	8,4
	-1 Jahr	-8,3	-8,4

<sup>1)</sup> Im Vorjahr lag der Berechnung eine Sensitivität in Höhe von +/-0,50% zugrunde

<sup>2)</sup> Im Vorjahr lag der Berechnung eine Sensitivität in Höhe von +/-0,25% zugrunde

Der differenzierte Verlauf, z. B. bei Absenkung oder Steigerung des Rechnungszinssatzes, ist im Wesentlichen auf den Zinseszinsseffekt zurückzuführen, der

sich bei Laufzeitannahmen von 16 Jahren entsprechend auswirkt.

Das Fälligkeitsprofil zeigt, welche Zahlungsströme mit der Pensionsverpflichtung wahrscheinlich verbunden sein werden:

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR
Erwartete Leistungszahlungen im Geschäftsjahr <sup>1)</sup>		
2016	5,9	5,6
2017	6,0	5,8
2018	6,1	5,9
2019	6,0	6,0
2020	6,1	5,9
2021 bis 2025	30,8	30,3
Durchschnittliche zahlungsgewichtete Restlaufzeit (Duration)	16 Jahre	16 Jahre

<sup>1)</sup> im Jahr 2014: 2015 bis 2024

## b) Andere Rückstellungen

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Beteiligungsabwicklung	6,2	6,5	-0,3
Förderung der Landwirtschaft	11,6	9,0	2,6
Sonstige Rückstellungen	4,0	4,4	-0,4
<b>Summe</b>	<b>21,8</b>	<b>19,9</b>	<b>1,9</b>

Die Rückstellungen für Beteiligungsabwicklung betreffen die von der Rentenbank vertraglich übernommene Verpflichtung zur Deckung von Pensionszahlungen der in Abwicklung befindlichen Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main. Die Bank hat sich zusammen mit den anderen Gesellschaftern der DGL verpflichtet, anteilige Deckungsbeiträge zu leisten, um die Zahlungsfähigkeit der DGL bis zu deren voraussichtlicher Abwicklung in rund 45 Jahren sicherzustellen.

Bei den Rückstellungen für die Förderung der Landwirtschaft handelt es sich um noch nicht vergebene Mittel aus dem Förderungsfonds und dem Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen gebildet für eventuelle Jubiläumzahlungen und Prozessrisiken.

Die Anderen Rückstellungen haben in Höhe von 14,4 Mio. EUR (12,1 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von kleiner 12 Monaten.

## (52) Nachrangige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Medium Term Notes	542,4	513,2	29,2
Loan Agreements	120,2	109,8	10,4
Schuldscheindarlehen	66,8	68,8	-2,0
<b>Summe</b>	<b>729,4</b>	<b>691,8</b>	<b>37,6</b>
davon: nach mehr als zwölf Monaten fällig	725,1	687,5	37,6

### (53) Sonstige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Barsicherheiten Collateral Management (täglich fällig)	2 755,5	1 524,7	1 230,8
Diskontierte Förderbeiträge	14,4	16,8	-2,4
Rechnungsabgrenzungsposten	3,1	4,7	-1,6
Abzugrenzende Schulden	4,9	4,6	0,3
Sonstige Verbindlichkeiten	2,9	2,9	0,0
<b>Summe</b>	<b>2 780,8</b>	<b>1 553,7</b>	<b>1 227,1</b>

Die Bank hat Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen erhalten. Diese werden kontrahentenbezogen aus den positiven Marktwerten unter Berücksichtigung der vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge ermittelt.

Die diskontierten Förderbeiträge betreffen die Zinsunterdeckungen und Verwaltungskostenpauschalen von zugesagten, aber noch nicht ausgezahlten Programmkrediten.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind die barwertig erhaltenen Vorauszahlungen von Zinsverbil-

lungen dargestellt. Diese Zinsverbilligungen verringern die Zinskosten und werden von Bundesländern im Rahmen der Investitionsförderprogramme erbracht. Die Bank gibt sie in Verbindung mit ihren Förderkrediten an die Landwirtschaft weiter.

Die abzugrenzenden Schulden beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Abschlussvergütungen.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten waren als größter Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 1,1 Mio. EUR (1,1 Mio. EUR) enthalten.

### (54) Eigenkapital

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen			
Hauptrücklage	986,9	921,0	65,9
Deckungsrücklage	22,7	45,8	-23,1
Andere Gewinnrücklagen	2 465,3	2 079,3	386,0
Summe Gewinnrücklagen	3 474,9	3 046,1	428,8
Neubewertungsrücklage			
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Available for Sale-Instrumenten	106,8	163,3	-56,5
Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste aus Pensionsverpflichtungen	-45,1	-50,8	5,7
Summe Neubewertungsrücklage	61,7	112,5	-50,8
Bilanzgewinn	14,3	13,8	0,5
<b>Summe</b>	<b>3 685,9</b>	<b>3 307,4</b>	<b>378,5</b>

Die Haupt- und Deckungsrücklage nach dem LR-Gesetz werden aus dem Jahresabschluss der Bank in den Konzern überleitet. Der verbleibende Konzern-

jahresüberschuss wurde unter Anrechnung des auszuschüttenden Bilanzgewinns in den Anderen Gewinnrücklagen berücksichtigt.

## Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

### (55) Buchwertüberleitung auf Kategorien

In den folgenden Tabellen sind die Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien aufgedgliedert.

<b>31.12.2015</b>	Loans and Receivables Mio. EUR	Available for Sale Mio. EUR	Held to Maturity Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Designa- ted as at Fair Value Mio. EUR	Summe Mio. EUR
Guthaben Zentralnotenbanken	21,1					21,1
Forderungen an Kreditinstute	48 552,4				6 904,8	55 457,2
Forderungen an Kunden	6 378,3				2,6	6 380,9
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 298,8					1 298,8
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten				7 238,9		7 238,9
Finanzanlagen		11 681,0	3 260,5		4 970,7	19 912,2
Sonstige Vermögenswerte	2 930,4					2 930,4
<b>Summe Aktiva</b>	<b>59 181,0</b>	<b>11 681,0</b>	<b>3 260,5</b>	<b>7 238,9</b>	<b>11 878,1</b>	<b>93 239,5</b>

		Other Liabilities Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Designa- ted as at Fair Value Mio. EUR	Summe Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 826,5		1 002,8	2 829,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		2 975,6		1 432,7	4 408,3
Verbriefte Verbindlichkeiten		21 298,3		50 246,6	71 544,9
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		0,0	7 152,9		7 152,9
Nachrangige Verbindlichkeiten		66,8		662,6	729,4
Sonstige Verbindlichkeiten		2 755,5			2 755,5
<b>Summe Passiva</b>		<b>28 922,7</b>	<b>7 152,9</b>	<b>53 344,7</b>	<b>89 420,3</b>

<b>31.12.2014</b>	Loans and Receivables Mio. EUR	Available for Sale Mio. EUR	Held to Maturity Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Designa- ted as at Fair Value Mio. EUR	Summe Mio. EUR
Guthaben Zentralnotenbanken	28,9					28,9
Forderungen an Kreditinstute	44 254,9				7 152,7	51 407,6
Forderungen an Kunden	5 229,9				300,4	5 530,3
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 600,7					1 600,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten				5 958,4		5 958,4
Finanzanlagen		12 535,2	3 501,6		5 664,4	21 701,2
Sonstige Vermögenswerte	2 563,6					2 563,6
<b>Summe Aktiva</b>	<b>53 678,0</b>	<b>12 535,2</b>	<b>3 501,6</b>	<b>5 958,4</b>	<b>13 117,5</b>	<b>88 790,7</b>

		Other Liabilities Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Designa- ted as at Fair Value Mio. EUR	Summe Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 270,0		914,7	2 184,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		3 438,6		1 516,1	4 954,7
Verbriefte Verbindlichkeiten		22 262,4		46 916,4	69 178,8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			6 810,6		6 810,6
Nachrangige Verbindlichkeiten		68,8		623,0	691,8
Sonstige Verbindlichkeiten		1 553,7			1 553,7
<b>Summe Passiva</b>		<b>28 593,5</b>	<b>6 810,6</b>	<b>49 970,2</b>	<b>85 374,3</b>

## (56) Finanzinstrumente der Kategorie „Designated as at Fair Value“

	Forderungen		Finanzanlagen		Verbindlichkeiten	
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
maximales Ausfallrisiko zum 31.12.	6 907,4	7 453,1	4 970,7	5 664,4	-	-
Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Änderungen beim Ausfallrisiko						
- in der Berichtsperiode	6,7	0,2	-0,2	0,0	0,0	0,0
- kumuliert	3,4	-2,9	-1,2	-1,9	0,0	0,0

Die ausfallrisikobedingten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als der Betrag der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts bestimmt, der nicht auf marktpreisrisikobedingte Änderungen zurückzuführen ist. Das bedeutet, dass diese Größe auf Basis der Bewertungseffekte aus Änderungen der Bonitätseinstufung von Geschäftspartnern oder Geschäften bzw. der eigenen Bonität ermittelt wird.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten enthielt in der Berichtsperiode sowie in den Vorjahren nur marktbedingte Änderungen. Das Bonitätsrating der Bank und damit der Verbindlichkeiten blieb im Jahr 2015 – ebenso wie in den Vorjahren – unverändert.

	Verbindlichkeiten		
	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Buchwert	52 590,1	49 504,7	3 085,4
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	52 268,9	48 843,9	3 425,0
<b>Differenz</b>	<b>-321,2</b>	<b>-660,8</b>	<b>339,6</b>
davon:			
Kapitalisierung zukünftig fälliger Zinsen	-737,6	-954,6	217,0

Der Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und vertraglich vereinbarter Rückzahlung bei Fälligkeit resultiert – neben der Bewertung zum beizulegenden

Zeitwert – aus der Kapitalisierung zukünftig fälliger Zinsen, insbesondere bei Null-Kupon-Anleihen.

## (57) Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien

	Gewinn- und Verlustrechnung		Sonstiges Ergebnis	
	Fair Value- und Hedge-Ergebnis		Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten	
	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
Held for Trading	-183,0	-1 173,5	0,0	0,0
Designated as at Fair Value	647,9	-30,0	0,0	0,0
Loans and Receivables	-382,1	1 414,5	0,0	0,0
Available for Sale	-179,0	182,9	-56,4	92,3
Held to Maturity	0,0	0,0	-0,1	0,2
Other Liabilities	301,1	-577,4	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>204,9</b>	<b>-183,5</b>	<b>-56,5</b>	<b>92,5</b>

### Überleitung zu Abschnitt (30)

Amortisationsbeträge aus ineffektiven Hedgebeziehungen fließen im Fair Value- und Hedge-Ergebnis in die Position Fair Value-Bewertung ein. Die Amortisationsbeträge betreffen Grundgeschäfte in den Kategorien „Loans and Receivables“ und „Other Liabilities“. Eine Abstimmung des Postens Fair Value-Bewertung aus dem Fair Value- und Hedge-Ergebnis

mit den hier dargestellten Kategorien ist daher nur in Summe möglich.

Das Ergebnis aus Währungsbewertung aus Abschnitt (30) von 5,7 Mio. EUR (-5,1 Mio. EUR) setzt sich aus -0,2 Mio. EUR (-5,8 Mio. EUR) Sicherungsgeschäften in der Kategorie „Held for Trading“ und 5,9 Mio. EUR (0,7 Mio. EUR) Grundgeschäften in der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zusammen.

### (58) Angaben zum beizulegenden Zeitwert der Fair Value-bewerteten Finanzinstrumente

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Bilanzklassen der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente auf die Bewertungsmethoden:

31.12.2015	Beizulegender Zeitwert Mio. EUR	Quotierte Preise auf akti- ven Märkten (Level 1) Mio. EUR	Wesentliche beobachtbare Bewertungs- parameter (Level 2) Mio. EUR	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungs- parameter (Level 3) Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	6 904,8	0,0	4 135,9	2 768,9
Schuldscheindarlehen und Namenspapiere	1 508,1	0,0	1 508,1	0,0
Programmkredite	2 669,9	0,0	0,0	2 669,9
Sonstige	2 726,8	0,0	2 627,8	99,0
Forderungen an Kunden	2,6	0,0	0,0	2,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 238,9	0,0	7 238,9	0,0
Finanzanlagen	16 532,9	9 024,7	7 446,9	61,3
<b>Summe Aktiva</b>	<b>30 679,2</b>	<b>9 024,7</b>	<b>18 821,7</b>	<b>2 832,8</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 002,8	0,0	1 002,8	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 432,7	0,0	203,0	1 229,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	50 246,6	24 078,1	26 106,7	61,8
Medium Term Notes	30 479,5	11 043,5	19 374,2	61,8
Globalanleihen	16 192,5	13 034,6	3 157,9	0,0
Euro Commercial Papers	3 514,4	0,0	3 514,4	0,0
Sonstige	60,2	0,0	60,2	0,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 152,9	0,0	7 152,9	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	662,6	0,0	0,0	662,6
<b>Summe Passiva</b>	<b>60 497,6</b>	<b>24 078,1</b>	<b>34 465,4</b>	<b>1 954,1</b>

In der Position Finanzanlagen jeweils nicht enthalten sind die Beteiligungen an zwei Banken und mehreren Unternehmen mit Buchwerten von insgesamt 118,8 Mio. EUR (118,8 Mio. EUR). Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, da sich der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermitteln lässt. Die Beteiligungen werden nicht auf einem aktiven Markt gehandelt,

sodass keine quotierten Preise zur Verfügung stehen. Auch eine Modellbewertung ist nicht möglich, da die zukünftigen Zahlungsströme nicht verlässlich geschätzt werden können. Es ist nicht beabsichtigt, diese Beteiligungen zu veräußern.

31.12.2014

	Beizulegender Zeitwert Mio. EUR	Quotierte Preise auf akti- ven Märkten (Level 1) Mio. EUR	Wesentliche beobachtbare Bewertungs- parameter (Level 2) Mio. EUR	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungs- parameter (Level 3) Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	7 152,7	0,0	3 632,8	3 519,9
Schuldscheindarlehen und Namenspapiere	2 677,1	0,0	2 677,1	0,0
Programmkredite	3 420,9	0,0	0,0	3 420,9
Sonstige	1 054,7	0,0	955,7	99,0
Forderungen an Kunden	300,4	0,0	300,0	0,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5 958,4	0,0	5 958,4	0,0
Finanzanlagen	18 080,8	9 774,1	8 262,7	44,0
<b>Summe Aktiva</b>	<b>31 492,3</b>	<b>9 774,1</b>	<b>18 153,9</b>	<b>3 564,3</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	914,7	0,0	914,7	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 516,1	0,0	211,0	1 305,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	46 916,3	24 486,4	22 429,9	0,0
Medium Term Notes	27 081,6	12 458,8	14 622,8	0,0
Globalanleihen	13 848,7	12 027,6	1 821,1	0,0
Euro Commercial Papers	5 924,4	0,0	5 924,4	0,0
Sonstige	61,6	0,0	61,6	0,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6 810,6	0,0	6 810,6	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	623,0	0,0	0,0	623,0
<b>Summe Passiva</b>	<b>56 780,7</b>	<b>24 486,4</b>	<b>30 366,2</b>	<b>1 928,1</b>

Seit dem letzten Abschlussstichtag ergaben sich folgende Verschiebungen zwischen den Stufen 1 und 2 der Fair Value-Hierarchie:

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR
<b>Übertragungen von Level 1 nach Level 2</b>		
Finanzanlagen	1 781,5	2 232,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	4 260,6	3 087,6
Medium Term Notes	4 260,6	2 313,0
Globalanleihen	0,0	774,6
<b>Übertragungen von Level 2 nach Level 1</b>		
Finanzanlagen	2 393,9	975,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 651,1	3 792,9
Medium Term Notes	1 491,0	3 792,9
Globalanleihen	1 160,1	0,0

Die Übertragungen wurden vorgenommen, da quotierte Preise auf aktiven Märkten vorlagen bzw. weggefallen sind.

### Entwicklung Level 3

Die Bestände und Ergebnisse der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3), entwickelten sich pro Klasse wie folgt:

2015	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden	Finanzanlagen
	Programm-kredite Mio. EUR	Sonstige Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<b>Beizulegender Zeitwert zum 01.01.</b>	<b>3 420,9</b>	<b>99,0</b>	<b>0,4</b>	<b>44,0</b>
Übertragungen in Level 3	0,0	0,0	0,0	55,2
Übertragungen aus Level 3	0,0	0,0	0,0	35,9
Gewinne und Verluste				
im Fair Value- und Hedge-Ergebnis (GuV)	8,4	0,0	2,4	-0,6
im Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten (Sonstiges Ergebnis)	0,0	0,0	0,0	-1,4
Zugänge durch Käufe	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgänge durch Verkäufe	0,0	0,0	0,0	0,0
Fälligkeiten	758,8	0,0	0,2	0,0
Veränderung Zinsabgrenzung	-0,6	0,0	0,0	0,0
<b>Beizulegender Zeitwert zum 31.12.</b>	<b>2 669,9</b>	<b>99,0</b>	<b>2,6</b>	<b>61,3</b>
Unrealisierte Gewinne und Verluste in der GuV aus den Vermögenswerten zum 31.12.	4,5	0,0	2,4	-0,6

2015	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten Medium Term Notes	Nachrangige Verbindlichkeiten
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<b>Beizulegender Zeitwert zum 01.01.</b>	<b>1 305,1</b>	<b>0,0</b>	<b>623,0</b>
Übertragungen in Level 3	0,0	0,0	0,0
Übertragungen aus Level 3	0,0	0,0	0,0
Gewinne und Verluste			
im Fair Value- und Hedge-Ergebnis (GuV)	-0,9	4,5	-39,7
im Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten (Sonstiges Ergebnis)	0,0	0,0	0,0
Neuemissionen	14,0	65,8	0,0
Fälligkeiten	89,9	0,0	0,0
Veränderung Zinsabgrenzung	-0,4	0,5	-0,1
<b>Beizulegender Zeitwert zum 31.12.</b>	<b>1 229,7</b>	<b>61,8</b>	<b>662,6</b>
Unrealisierte Gewinne und Verluste in der GuV aus den Verbindlichkeiten zum 31.12.	-2,6	4,5	-39,7

2014	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden	Finanzanlagen
	Programm-kredite	Sonstige		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<b>Beizulegender Zeitwert zum 01.01.</b>	<b>3 610,2</b>	<b>98,5</b>	<b>1,6</b>	<b>49,2</b>
Übertragungen in Level 3	0,0	0,0	0,0	15,2
Übertragungen aus Level 3	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewinne und Verluste im Fair Value- und Hedge-Ergebnis (GuV)	16,7	0,5	0,3	-0,5
im Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten (Sonstiges Ergebnis)	0,0	0,0	0,0	0,1
Zugänge durch Käufe	0,0	0,0	2,5	0,0
Abgänge durch Verkäufe	0,0	0,0	0,0	0,0
Fälligkeiten	205,5	0,0	4,0	19,5
Veränderung Zinsabgrenzung	-0,5	0,0	0,0	-0,5
<b>Beizulegender Zeitwert zum 31.12.</b>	<b>3 420,9</b>	<b>99,0</b>	<b>0,4</b>	<b>44,0</b>
Unrealisierte Gewinne und Verluste in der GuV aus den Vermögenswerten zum 31.12.	15,5	0,5	-2,2	0,0

2014	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Nachrangige Verbindlichkeiten
		Medium Term Notes	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<b>Beizulegender Zeitwert zum 01.01.</b>	<b>1 258,0</b>	<b>156,4</b>	<b>621,6</b>
Übertragungen in Level 3	0,0	0,0	0,0
Übertragungen aus Level 3	17,5	156,4	0,0
Gewinne und Verluste im Fair Value- und Hedge-Ergebnis (GuV)	-100,7	0,0	-2,0
im Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten (Sonstiges Ergebnis)	0,0	0,0	0,0
Neuemissionen	0,0	0,0	0,0
Fälligkeiten	35,0	0,0	0,0
Veränderung Zinsabgrenzung	-1,1	0,0	-0,6
<b>Beizulegender Zeitwert zum 31.12.</b>	<b>1 305,1</b>	<b>0,0</b>	<b>623,0</b>
Unrealisierte Gewinne und Verluste in der GuV aus den Verbindlichkeiten zum 31.12.	-101,1	0,0	-2,0

Übertragungen werden unabhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt des Ereignisses, das die Übertragung verursacht hat, immer zu Beginn der Berichtsperiode erfasst.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte in Level 3 wurden die nachfolgend dargestellten unbeobachtbaren Bewertungsparameter verwendet. Sofern nicht

anders angegeben, werden die Resultate ergebniswirksam im Fair Value- und Hedge-Ergebnis dargestellt:

<b>31.12.2015</b>	Beizulegender Zeitwert Mio. EUR	Bewertungs- methode	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungsparameter	Bandbreite (gewichteter Durchschnitt) in BP	Sensitivität +40BP Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	2 768,9	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	-10 bis 68 (5,1)	-20,3
Programmkredite	2 669,9	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	-10 bis 68 (5,8)	-19,7
Sonstige	99,0	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	64 bis 64 (64)	-0,6
Forderungen an Kunden	2,6	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	1 290 bis 1 290 (1 290)	0,0
Finanzanlagen	8,4	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Anleihen mit Gewährträgerhaftung	-12 bis -12 (-12)	0,0
davon Fair Value- und Hedge-Ergebnis (GuV)	8,4	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte		0,0
Finanzanlagen	52,9	Bloomberg	wesentlicher Anteil unbeobachtbarer Bewertungsparameter am Bloomberg Preis		-0,7
davon Ergebnis aus Available for Sale- Instrumenten (Sonstiges Ergebnis)	52,9				-0,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 229,7	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in EUR mit Restlaufzeiten > 9 Jahre	-24 bis 3 (-18,3)	100,6
		Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in NZD	64 bis 64 (64)	0,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	61,8	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in BRL	32 bis 32 (32)	1,0
Medium Term Notes	61,8	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in BRL	32 bis 32 (32)	1,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	662,6	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für nachrangige Emissionen	-7 bis 41 (5)	26,0

<b>31.12.2014</b>	Beizu- legender Zeitwert Mio. EUR	Bewertungs- methode	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungsparameter	Bandbreite (gewichteter Durchschnitt) in BP	Sensitivität +40BP Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	3 519,9	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	-7 bis 37 (-1,8)	-31,0
Programmkredite	3 420,9	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	-7 bis 2 (-4,9)	-30,1
Sonstige	99,0	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	37 bis 37 (37)	-0,9
Forderungen an Kunden	0,4	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Darlehensgeschäfte	1 293 bis 1 293 (1 293)	0,0
Finanzanlagen	28,8	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für Anleihen mit Gewährträgerhaftung	-17 bis -15 (-15,6)	-0,3
davon Fair Value- und Hedge-Ergebnis (GuV)	8,1				-0,1
davon Ergebnis aus Available for Sale- Instrumenten (Sonstiges Ergebnis)	20,7				-0,2
Finanzanlagen	15,2	Bloomberg BVAL	wesentlicher Anteil unbeobachtbarer Bewertungsparameter am Bloomberg BVAL Preis		-0,1
davon Ergebnis aus Available for Sale- Instrumenten (Sonstiges Ergebnis)	15,2				-0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 305,1	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für eigene Emissionen in EUR mit Restlaufzeiten ab 10 Jahren	-11 bis 10 (-3,3)	119,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	623,0	Discounted Cash-Flow	Credit-Spread für nachrangige Emissionen	-3 bis 26 (5,1)	25,9

**(59) Angabe des beizulegenden Zeitwerts von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten**

Bei allen Finanzinstrumenten, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert angesetzt werden, wird dem Buchwert der beizulegende Zeitwert gegenübergestellt.

	31. 12. 2015			31. 12. 2014		
	Beizulegen- der Zeitwert	Buchwert	Differenz	Beizulegen- der Zeitwert	Buchwert	Differenz
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Barreserve	21,1	21,1	0,0	28,9	28,9	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	48 900,2	48 552,4	347,8	45 176,6	44 254,9	921,7
Forderungen an Kunden	6 553,4	6 378,3	175,1	5 413,6	5 229,9	183,7
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 298,8	1 298,8	0,0	1 600,7	1 600,7	0,0
Finanzanlagen	3 445,3	3 260,5	184,8	3 725,5	3 501,6	223,9
Sonstige Vermögenswerte	2 930,4	2 930,4	0,0	2 563,6	2 563,6	0,0
<b>Summe Aktiva</b>	<b>63 149,2</b>	<b>62 441,5</b>	<b>707,7</b>	<b>58 508,9</b>	<b>57 179,6</b>	<b>1 329,3</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 856,5	1 826,5	30,0	1 305,1	1 270,0	35,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 047,0	2 975,6	71,4	3 541,6	3 438,7	102,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	21 428,3	21 298,3	130,0	22 409,9	22 262,4	147,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	67,2	66,8	0,4	68,9	68,8	0,1
Sonstige Verbindlichkeiten	2 755,5	2 755,5	0,0	1 553,7	1 553,7	0,0
<b>Summe Passiva</b>	<b>29 154,5</b>	<b>28 922,7</b>	<b>231,8</b>	<b>28 879,2</b>	<b>28 593,6</b>	<b>285,6</b>

Positive Differenzen bei den Aktiva und negative Differenzen bei den Passiva stellen stille Reserven, negative

Differenzen bei den Aktiva und positive Differenzen bei den Passiva entsprechend stille Lasten dar.

Die angegebenen beizulegenden Zeitwerte waren folgenden Hierarchieleveln zugeordnet:

<b>31.12.2015</b>	Beizulegender Zeitwert Mio. EUR	Quotierte Preise auf akti- ven Märkten (Level 1) Mio. EUR	Wesentliche beobachtbare Bewertungs- parameter (Level 2) Mio. EUR	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungs- parameter (Level 3) Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	48 900,2	0,0	11 509,0	37 391,2
Schuldscheindarlehen und Namenspapiere	11 749,4	0,0	11 506,6	242,8
Programmkredite	37 148,4	0,0	0,0	37 148,4
Sonstige	2,4	0,0	2,4	0,0
Forderungen an Kunden	6 553,4	0,0	3 598,8	2 954,6
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 298,8	0,0	1 298,8	0,0
Finanzanlagen	3 445,3	1 193,4	2 203,1	48,8
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	20,3	0,0	0,0	20,3
<b>Summe Aktiva</b>	<b>60 218,0</b>	<b>1 193,4</b>	<b>18 609,7</b>	<b>40 414,9</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 856,5	0,0	1 702,9	153,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 047,0	0,0	2 196,3	850,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	21 428,3	12 411,8	8 983,3	33,2
Medium Term Notes	21 428,0	12 411,8	8 983,0	33,2
Globalanleihen	0,0	0,0	0,0	0,0
Euro Commercial Papers	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	0,3	0,0	0,3	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	67,2	0,0	0,0	67,2
<b>Summe Passiva</b>	<b>26 399,0</b>	<b>12 411,8</b>	<b>12 882,5</b>	<b>1 104,7</b>
<b>31.12.2014</b>	Beizulegender Zeitwert Mio. EUR	Quotierte Preise auf akti- ven Märkten (Level 1) Mio. EUR	Wesentliche beobachtbare Bewertungs- parameter (Level 2) Mio. EUR	Wesentliche unbeobachtbare Bewertungs- parameter (Level 3) Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	45 176,6	0,0	11 252,7	33 923,9
Schuldscheindarlehen und Namenspapiere	11 106,1	0,0	11 033,0	73,1
Programmkredite	34 070,5	0,0	0,0	34 070,5
Sonstige	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	5 413,6	0,0	3 797,3	1 616,3
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 600,7	0,0	1 600,7	0,0
Finanzanlagen	3 725,5	2 017,3	1 636,0	72,2
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	20,0	0,0	0,0	20,0
<b>Summe Aktiva</b>	<b>55 936,4</b>	<b>2 017,3</b>	<b>18 286,7</b>	<b>35 632,4</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 305,1	0,0	1 156,0	149,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 541,6	0,0	2 762,6	779,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	22 409,9	18 836,5	3 573,4	0,0
Medium Term Notes	22 406,0	18 836,5	3 569,5	0,0
Globalanleihen	0,0	0,0	0,0	0,0
Euro Commercial Papers	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	3,9	0,0	3,9	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	68,9	0,0	0,0	68,9
<b>Summe Passiva</b>	<b>27 325,5</b>	<b>18 836,5</b>	<b>7 492,0</b>	<b>997,0</b>

## (60) Derivative Geschäfte

### Aufteilung nach Risiken:

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31. 12. 2015	31. 12. 2014	31. 12. 2015	31. 12. 2014	31. 12. 2015	31. 12. 2014
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsrisiken	103 207,9	95 746,2	1 918,7	2 314,2	5 026,4	5 336,8
Währungsrisiken	53 674,1	48 039,7	5 313,6	3 639,2	2 126,5	1 473,8
Aktien- und sonstige Preisrisiken	30,0	30,0	6,6	5,0	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>156 912,0</b>	<b>143 816,0</b>	<b>7 238,9</b>	<b>5 958,4</b>	<b>7 152,9</b>	<b>6 810,6</b>

### Aufteilung nach Kontrahenten:

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31. 12. 2015	31. 12. 2014	31. 12. 2015	31. 12. 2014	31. 12. 2015	31. 12. 2014
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Banken in der OECD	139 143,8	126 844,5	6 470,5	5 200,1	6 295,5	6 089,9
Nichtbanken in der OECD	16 894,8	15 369,3	767,8	757,1	796,5	607,9
Öffentliche Stellen in der OECD	873,4	1 602,2	0,6	1,2	60,9	112,8
<b>Summe</b>	<b>156 912,0</b>	<b>143 816,0</b>	<b>7 238,9</b>	<b>5 958,4</b>	<b>7 152,9</b>	<b>6 810,6</b>

## Sonstige Angaben

### (61) Eigenkapitalmanagement

Über die Anlage des Eigenkapitals im Segment „Kapitalstockanlage“ entscheidet der Vorstand. Von zentraler Bedeutung sind dabei die prognostizierten Zinsentwicklungen sowie das Fälligkeitsprofil.

### (62) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Gemäß IAS 1.135 ist im Konzernabschluss über die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel zu berichten.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns sind gemäß der CRR, der Verordnung zur Umsetzung der Eigenkapitalanforderungen nach Basel III, im Rahmen der Verabschiedung der Capital Requirements Directive IV (CRD IV), der Richtlinie zur Umsetzung des Rahmenwerks der Eigenkapitalanforderungen in nationales Recht nach dem geltenden EU-Recht zu ermitteln. Diese wurden auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses unter Anwendung des bilanziellen Konsolidierungskreises ermittelt, der dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis entspricht.

Die anrechenbaren Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital zusammen. Deren Bestandteile auf Basis der IFRS-Werte zum 31.12.2015 sind nachfolgend dargestellt:

	31. 12. 2015 Mio. EUR	31. 12. 2014 Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital Art. 26 Abs. 1 lit. a) CRR	135,0	135,0
Gewinnrücklagen Art. 26 Abs. 1 lit. c) CRR	3 046,2	2 999,5
Abzüge hartes Kernkapital (Differenz Portfoliowertberichtigung: Stichtag im Vergleich zum Vorjahr)	-1,6	-3,0
NBR Art. 26 Abs. 1 lit. d) CRR i.V.m. Art. 468 CRR (Übergangsregelung)	44,9	0,0
Bewertungseffekte eigenes Kreditrisiko Verbindlichkeiten Prudential Filters, Eigenbonität Art. 33 Abs. 1 lit. b) CRR	285,8	87,7
Bewertungseffekte eigenes Kreditrisiko derivative Verbindlichkeiten Prudential Filters, Eigenbonität Art. 33 Abs. 1 lit. b) CRR	-1,5	0,0
Zusätzliche Bewertungsanpassungen Art. 34 CRR (Prudent Valuation)	-312,0	-261,0
Immaterielle Vermögenswerte Art. 37 CRR Von künftiger Rentabilität abhängige latente Steueransprüche Art. 38 CRR i. V. m. Art. 469 (Übergangsregelung)	-17,8	-18,1
<b>Kernkapital</b>	<b>3 179,0</b>	<b>2 939,8</b>
Nachrangige Verbindlichkeiten Art. 62 lit. a) CRR	46,1	48,1
Nachrangige Verbindlichkeiten Art. 484 CRR	413,4	455,1
Kreditrisikoanpassung Art. 110 Abs. 1 CRR	16,3	14,7
<b>Ergänzungskapital</b>	<b>475,8</b>	<b>517,9</b>
<b>Anrechenbare Eigenmittel</b>	<b>3 654,8</b>	<b>3 457,7</b>

Im Kreditrisikostandardansatz werden Geschäftspartnerratings herangezogen sowie eine CVA Charge (Berücksichtigung von Bonitätsverschlechterungen der Derivategeschäftspartner nach regulatorischen

Vorgaben) mit Eigenkapital unterlegt. Dies erhöht die Risikoaktiva entsprechend.

Die Rentenbank erfüllte – ebenso wie im Vorjahr – jederzeit die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten. Zum Berichtstag ergaben sich für die Institutsgruppe entsprechend der CRR folgende Kennziffern:

	31. 12. 2015 %	31. 12. 2014 %
Kernkapitalquote gemäß CRR	20,2	16,4
Gesamtkapitalquote gemäß CRR	23,2	19,3

### (63) Country by Country-Reporting

In § 26a Abs. 1 Satz 2ff. KWG wurden die Anforderungen des Artikels 89 EU-Richtlinie 2013/36/EU (Capital Requirements Directive, CRD IV) in das deutsche Recht umgesetzt.

Dabei legen CRR-Institute aufgeschlüsselt nach Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Drittstaaten, in denen die in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen eine Niederlassung unterhalten oder ihren Sitz haben, die nachfolgenden Informationen offen:

- Firmenbezeichnung, Art der Tätigkeit und geografische Lage der Niederlassungen
- Umsatz
- Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten
- Gewinn oder Verlust vor Steuern
- Steuern auf Gewinn oder Verlust
- Erhaltene öffentliche Beihilfen

Des Weiteren geben CRR-Institute die gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite an.

### *Firmenbezeichnung und Art der Tätigkeit*

Die Landwirtschaftliche Rentenbank als Kreditinstitut und die vollkonsolidierten Tochterunternehmen als Finanzinstitute, alle mit Sitz in Frankfurt am Main, unterhalten keine Niederlassungen. Sämtliche im Jahresabschluss dargestellten Angaben im Sinne von § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG beziehen sich damit ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland.

### *Umsatz*

Das als Umsatzgröße herangezogene Ergebnis wird als Summe der nachfolgenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS definiert:

- Zinsergebnis
- Provisionsergebnis
- Sonstiges betriebliches Ergebnis
- Ergebnis aus Finanzanlagen
- Fair Value und Hedge-Ergebnis

Der so ermittelte Umsatz beträgt im Geschäftsjahr 2015 529,2 Mio. EUR (136,9 Mio. EUR).

Da die zwei Tochtergesellschaften LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (LRB) und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (DSV) vor Konsolidierung zusammen weniger als 1 % des operativen Ergebnisses erwirtschaften, werden deren Umsätze unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit nicht separat dargestellt.

### *Anzahl der Beschäftigten*

Die Anzahl der Beschäftigten wird auf durchschnittlicher Basis in Vollzeitäquivalenten gemäß § 267 Abs. 5 HGB angegeben.

Im Jahresdurchschnitt 2015 beschäftigte die Rentenbank 268 (260) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 218 (215) in Vollzeit. Die beiden Tochtergesellschaften LRB und DSV haben keine eigenen Mitarbeiter.

### *Gewinn vor Steuern und Steuern auf Gewinn oder Verlust*

Der Gewinn vor Steuern für das Geschäftsjahr 2015 beträgt 445,7 Mio. EUR (62,3 Mio. EUR), die Ertragsteuern liegen bei -2,6 Mio. EUR (-1,9 Mio. EUR). Das Steuerergebnis entsteht ausschließlich bei den konsolidierten Konzerntöchtern LRB und DSV. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit.

### *Öffentliche Beihilfen*

Die Bundesrepublik Deutschland trägt die Anstaltslast und hat eine Garantie für die Verbindlichkeiten der Rentenbank (Refinanzierungsgarantie) übernommen. Die Rentenbank hat keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

### *Kapitalrendite*

Die Kapitalrendite berechnet sich gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG als Quotient aus dem IFRS-Konzernergebnis nach Steuern und der IFRS-Konzernbilanzsumme und beträgt zum 31.12.2015 0,48 % (0,07 %).

### **(64) Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte**

Das Derivategeschäft wird im Konzern von der Bank ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken getätigt und beschränkt sich auf Geschäftspartner im EU-/OECD-Raum. Die Bank hat mit diesen Kontrahenten Rahmenverträge mit Nettingwirkung und darauf aufbauend Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch werden die über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehenden positiven Marktwerte aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro besichert. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativem Marktwert Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die gestellten und erhaltenen Sicherheiten werden täglich mit EONIA verzinst, die Zinsen monatlich gezahlt.

Die positiven und negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten werden nicht gemäß IAS 32.42 bilanziell saldiert, sondern brutto ausgewiesen.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
Brutto-Buchwert	7 238,9	5 958,4	7 152,9	6 810,6
Barsicherheiten aus Collateral Management	2 755,5	1 524,7	2 930,4	2 563,6

Für gedeckte Schuldverschreibungen in Höhe von 463,1 Mio. EUR (897,4 Mio. EUR) waren folgende Vermögenswerte als Sicherheiten in die Deckungsregister eingetragen:

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	924,1	1 294,7	-370,6
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0

Zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft bestanden zum Bilanzstichtag frei verfügbare Refinanzierungsfazilitäten in Höhe von insgesamt nominal 20 010 Mio. EUR (21 828 Mio. EUR).

Zum 31.12.2015 bestanden Forderungen aus Reverse Repo-Geschäften im Rahmen des General Collateral Pooling in Höhe von 1 502 Mio. EUR (350 Mio. EUR) gegenüber der Eurex Clearing AG. Hierfür hatte die

Bank Sicherheiten aus dem Wertpapier-Basket mit einem Marktwert von 1 611 Mio. EUR (366 Mio. EUR) bzw. einem Nominalwert von 1 508 Mio. EUR (344 Mio. EUR) erhalten. Davon hinterlegte die Bank im Rahmen der Besicherungsvereinbarung Wertpapiere mit einem Sicherheitenwert von 616 Mio. EUR (261 Mio. EUR) bzw. einem Nominalwert von 600 Mio. EUR (253 Mio. EUR) als Sicherheitsleistung bei der Eurex Clearing AG.

#### (65) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Änderung Mio. EUR
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1,3	1,6	-0,3
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	841,7	195,3	646,4
<b>Summe</b>	<b>843,0</b>	<b>196,9</b>	<b>646,1</b>

Die Eventualverbindlichkeiten beinhalten ausschließlich Ausfallbürgschaften für zinsverbilligte Kredite. Hierfür bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand zugunsten der Bank, die die Ausfallbürgschaften zu 100 % absichern. Mit der Inanspruchnahme aus den Bürgschaften ist nicht zu rechnen.

Die anderen Verpflichtungen enthalten unwiderrufliche Kreditzusagen aus dem Kreditbereich. Diese Zusagen werden voraussichtlich im Jahr 2016 in Anspruch genommen.

## (66) Anteilsbesitzliste

In der folgenden Übersicht ist der Anteilsbesitz des Rentenbank-Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 HGB vollständig aufgelistet.

Name des Unternehmens	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
<b>I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen</b>			
Vollkonsolidierte Tochterunternehmen			
LR-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt a. M.	100,0	122,4	113,2
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt a. M.	100,0	11,2	-0,3
<b>II. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen</b>			
Tochterunternehmen			
Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt a. M. <sup>1)</sup>	100,0	7,7	0,0
Assoziierte Unternehmen			
Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt a. M. <sup>2)</sup>	25,1	7,2	-0,2
Sonstige Beteiligungen			
LAND-DATA Beteiligungs GmbH, Hannover <sup>2)</sup>	10,9	1,3	0,2
LAND-DATA GmbH, Hannover <sup>2)</sup>	10,9	4,2	0,0
Landgesellschaft Mecklenburg- Vorpommern mbH, Leezen <sup>2)</sup>	9,8	42,9	3,1
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover <sup>2)</sup>	6,3	114,0	49,5
Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH, Magdeburg <sup>2)</sup>	5,5	55,5	9,3
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel <sup>2)</sup>	3,2	62,8	7,5
DZ Bank AG Deutsche Zentral- Genossenschaftsbank, Frankfurt a. M. <sup>2)</sup>	2,9	7 994,0	213,0

<sup>1)</sup>Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

<sup>2)</sup>Daten vom 31.12.2014

Innerhalb der Konzernstruktur bestehen Beschränkungen der Tochterunternehmen LRB, DSV und GIG untereinander in Bezug auf Refinanzierungen sowie Vermögensübertragungen. Hierfür ist im Einzelfall die Zustimmung der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Gesellschafterin) erforderlich.

### Weitergehende Angaben zu konsolidierten und assoziierten Unternehmen

Die Anteile der Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und der Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung

(DGL) GmbH, Frankfurt am Main, wurden aufgrund von Wesentlichkeitsaspekten nicht in den Konzernabschluss einbezogen. Die restlichen Gesellschaften, an denen die Landwirtschaftliche Rentenbank Anteile hält, werden weder beherrscht noch kann ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die aktuell nach HGB verfügbaren Finanzinformationen der Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, als assoziiertes Unternehmen stellen sich zusammenfassend wie folgt dar:

	31.12.2014 Tsd. EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
Vermögenswerte	19 907,5	20 615,7
Schulden	12 696,8	13 197,2
Jahresfehlbetrag	-0,2	-0,2

**(67) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen**

Nach den Vorschriften des IAS 24 sind die Geschäfte zwischen nahestehenden Personen und dem Konzern der Rentenbank darzustellen. Als nahestehende Personen gelten die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats einschließlich Angehöriger, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie

das nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main) und das nicht at equity-bewertete assoziierte Unternehmen (Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main).

Folgende Geschäfte wurden mit nahestehenden Personen und Unternehmen getätigt:

	Vorstand		Tochterunternehmen		Assoziierte Unternehmen	
	31.12.2015 Tsd. EUR	31.12.2014 Tsd. EUR	31.12.2015 Tsd. EUR	31.12.2014 Tsd. EUR	31.12.2015 Tsd. EUR	31.12.2014 Tsd. EUR
Einlagen	630,8	405,2	8 882,4	428,2	565,4	441,6

Die genannten Einlagen sind unbesichert und variabel verzinst. Die Einlagen des Vorstands betreffen Einlagen auf Girokonten und Einlagen auf Anlagekonten und entsprechen den allgemein gültigen Konditionen für Mitarbeiter der Rentenbank. Einlagen auf Girokonten sind täglich fällig, Einlagen auf Anlagekonten halbjährlich. Kredit- und Wertpapiergeschäfte wurden nicht getätigt.

Das durch die GIG an den Konzern ausgereichte Darlehen in Höhe von 8,5 Mio. EUR wurde im Berichtsjahr zurückgezahlt. Im Konzern wurden hierfür 2,0 Tsd. EUR (20,4 Tsd. EUR) Zinsen gezahlt. Auf Basis des zwischen der GIG und dem Konzern abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages vereinnahmte der Konzern für das Geschäftsjahr 2015 Erträge in Höhe von 87,0 Tsd. EUR (87,8 Tsd. EUR). Für Revisionsleistungen im Zusammenhang mit der laufenden Revisionstätigkeit bei der GIG erhielt der Konzern 1,5 Tsd. EUR (4,0 Tsd. EUR). Seitens des Konzerns bestanden Verbindlichkeiten aus Pensionsunterdeckungsverpflichtungen in Höhe von 97,7 Tsd. EUR (121,4 Tsd. EUR) gegenüber der GIG. Auf Grundlage eines Ergebnisabführungsvertrags hat der Konzern den Jahresfehlbetrag der GIG in Höhe von 75,5 Tsd. EUR (51,5 Tsd. EUR) übernommen.

Für die seitens des Konzerns vertraglich übernommene Verpflichtung zur Deckung von Pensionszahlungen der in Abwicklung befindlichen Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main, bestanden Rückstellungen von 6,2 Mio. EUR (6,5 Mio. EUR).

Auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags mit der DGL vereinnahmte der Konzern Erträge in Höhe von 24,6 Tsd. EUR (24,6 Tsd. EUR).

Es wurden keine Geschäfte mit Verwaltungsratsmitgliedern abgeschlossen.

Die Bank untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Aufsichtsbehörde), das seine Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen trifft. Die Aufsichtsbehörde trägt dafür Sorge, dass der Geschäftsbetrieb der Bank mit dem öffentlichen Interesse insbesondere an der Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sowie mit den Gesetzen und der Satzung in Einklang steht.

Wesentliche Geschäftsvorfälle mit der Aufsichtsbehörde oder mit Unternehmen, die ebenfalls unter der Kontrolle oder dem maßgeblichen Einfluss der Aufsichtsbehörde stehen, wurden im Jahr 2015 – ebenso wie im Vorjahr – nicht getätigt.

Für die einzelnen Mitglieder des Vorstands wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 festgesetzt:

	Fixe Bezüge		Variable Bezüge		Sonstige Bezüge		Gesamtbezüge	
	2015 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR						
Hans Bernhardt	530,0	517,5	235,0	245,0	41,1	38,6	806,1	801,1
Dr. Horst Reinhardt	530,0	517,5	235,0	245,0	26,6	26,2	791,6	788,7
Imke Ettori	400,0	133,3	100,0	0,0	11,8	3,8	511,8	137,1
<b>Summe</b>	<b>1 460,0</b>	<b>1 168,3</b>	<b>570,0</b>	<b>490,0</b>	<b>79,5</b>	<b>68,6</b>	<b>2 109,5</b>	<b>1 726,9</b>

Die Bezüge sind ausschließlich kurzfristige Leistungen, die spätestens innerhalb von zwölf Monaten nach Ende des Geschäftsjahres gezahlt werden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands beliefen sich zum 31.12.2015 auf 10 052,7 Tsd. EUR (9 288,6 Tsd. EUR). Der Personalaufwandsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen der Mitglieder des Vorstands betrug im Jahr 2015 745,9 Tsd. EUR (434,5 Tsd. EUR).

Gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands sowie früheren Geschäftsführern und ihren Hinterbliebenen bestanden zum 31.12.2015 Pensions- und andere Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 19 508,2 Tsd. EUR (20 356,7 Tsd. EUR). An laufenden Versorgungsleistungen

und anderen Bezügen wurden 1 311,8 Tsd. EUR (1 284,6 Tsd. EUR) gezahlt.

Gemäß der Vergütungsregelung für die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten der Vorsitzende des Verwaltungsrats 30,0 Tsd. EUR (30,0 Tsd. EUR), sein Stellvertreter 20,0 Tsd. EUR (20,0 Tsd. EUR) und alle weiteren Verwaltungsratsmitglieder jeweils 10,0 Tsd. EUR (10,0 Tsd. EUR) jährliche Grundvergütung. Hinzu kommen je Ausschussmitgliedschaft 2,0 Tsd. EUR (2,0 Tsd. EUR) bzw. für den jeweiligen Ausschussvorsitzenden 4,0 Tsd. EUR (4,0 Tsd. EUR).

Für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr erhielten die Verwaltungsratsmitglieder insgesamt 292,5 Tsd. EUR (291,0 Tsd. EUR) inklusive Umsatzsteuer.

In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge (jeweils ohne Umsatzsteuer) aufgelistet:

	Mitgliedschaft		Vergütung	
	2015	2014	2015 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Joachim Rukwied	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	42,0	42,0
Christian Schmidt <sup>1</sup>	01.01. – 31.12.	17.02. – 31.12.	22,0	19,0
Dr. Klaus Stein	01.01. – 30.11.	01.01. – 31.12.	16,2	17,0
Georg Fahrenschon	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	14,0
Udo Folgart	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	12,3
Dr. Robert Kloos	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	14,0
Bernhard Krüsken	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	14,0	14,0
Michael Reuther	01.01. – 31.12.	04.07. – 31.12.	14,0	7,0
Dr. Caroline Toffel	01.01. – 31.12.	06.11. – 31.12.	12,3	2,0
Werner Hilse	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	12,0
Manfred Nüssel	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	12,0
Harald Schaum	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	11,5
Brigitte Scherb	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	12,0
Norbert Schindler	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	12,0	12,0
Helmut Brunner	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	10,0	10,0
Prof. Matthias Stauch	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	10,0	10,0
Jörg Vogelsänger	01.01. – 31.12.	01.01. – 31.12.	10,0	10,0
Konrad Weiterer	01.01. – 31.12.	04.07. – 31.12.	10,0	5,0
Dr. Hans-Peter Friedrich <sup>2</sup>	-	01.01. – 17.02.	-	2,8
Dr. Werner Hildenbrand	-	01.01. – 04.07.	-	5,0
Wolfgang Kirsch	-	01.01. – 30.06.	-	8,0
Klaus-Peter Müller	-	01.01. – 04.07.	-	7,0
<b>Gesamtvergütung</b>			<b>262,5</b>	<b>258,6</b>

<sup>1)</sup> Direkte Spende an den Verein „Cadolzheimer Burgfestspiele e.V.“ und „Verein zur Förderung der Weiterbildung im LandFrauenverband Schleswig-Holstein e.V.“

<sup>2)</sup> Direkte Spende an Diakoniewerk Martinsberg e.V. und Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e.V.

## Zusatzangaben nach HGB

### (68) Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	männlich		weiblich		Summe	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Vollzeitbeschäftigte	135	133	83	82	218	215
Teilzeitbeschäftigte	5	6	45	39	50	45
<b>Summe</b>	<b>140</b>	<b>139</b>	<b>128</b>	<b>121</b>	<b>268</b>	<b>260</b>

### (69) Abschlussprüferhonorare

	2015 Tsd. EUR	2014 Tsd. EUR
Abschlussprüfungsleistungen *	286,4	325,9
Andere Bestätigungsleistungen	65,4	76,2
Steuerberatungsleistungen	20,5	0,0
Sonstige Leistungen	352,2	166,6

\* Von den Abschlussprüfungshonoraren 2015 betreffen 18,4 Tsd. EUR das Vorjahr; vom Vorjahresbetrag 2014 entfielen 60,4 Tsd. EUR auf 2013

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes wurde abgegeben und ist auf der Internetseite der Rentenbank veröffentlicht.

Frankfurt am Main, den 16. März 2016

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt



Imke Etori

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf ein-

schließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 16. März 2016

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK  
Der Vorstand



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt



Imke Etori

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie den zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie

die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 17. März 2016

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard  
Wirtschaftsprüfer

Liebermann  
Wirtschaftsprüfer

## Organe (Stand: 31. März 2016)

### Vorstand

Dr. Horst Reinhardt (Sprecher), Dipl.-Volkswirt, MBA  
Hans Bernhardt, Dipl.-Kaufmann  
Imke Etori, Dipl.-Kauffrau

### Verwaltungsrat

#### Vorsitzender:

Joachim Rukwied  
Präsident des Deutschen Bauernverbands e. V., Berlin

#### Stellvertreter des Vorsitzenden:

Christian Schmidt MdB  
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin

#### Vertreter des Deutschen Bauernverbands e. V.:

Udo Folgart  
Präsident des Landesbauernverbands Brandenburg e. V.,  
Teltow/Ruhlsdorf

Brigitte Scherb  
Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbands e. V., Berlin

Werner Hilse  
Präsident des Landvolk Niedersachsen-Landesbauernverbands e. V.,  
Hannover

Norbert Schindler MdB  
Ehrenpräsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz  
Süd e V., Berlin (bis 31.12.2015)

Bernhard Krüsken  
Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands e. V., Berlin

Werner Schwarz  
Präsident des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbands e. V.,  
Rendsburg (ab 01.01.2016)

#### Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbands e. V.:

Manfred Nüssel  
Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands e. V., Berlin

#### Vertreter der Ernährungswirtschaft:

Konrad Weiterer  
Präsident des Bundesverbands der Agrargewerblichen  
Wirtschaft (BVA), Berlin

#### Landwirtschaftsminister der Länder:

*Bayern:*  
Helmut Brunner  
Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München  
(bis 31.12.2015)

*Bremen:*  
Prof. Matthias Stauch  
Staatsrat beim Senator für Justiz und Verfassung, Bremen  
(bis 31.12.2015)

*Brandenburg:*  
Jörg Vogelsänger  
Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft,  
Potsdam (bis 31.12.2015)

*Thüringen:*  
Birgit Keller  
Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Erfurt  
(ab 01.01.2016)

*Hamburg:*

Dr. Rolf Bösing

Staatsrat der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation,  
Hamburg (ab 01.01.2016)

*Baden-Württemberg:*

Wolfgang Reimer

Amtschef des Ministeriums für Ländlichen Raum und  
Verbraucherschutz, Stuttgart (ab 01.01.2016)

**Vertreter der Gewerkschaften:**

Harald Schaum

Stv. Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt,  
Frankfurt am Main

**Vertreter des Bundesministeriums für  
Ernährung und Landwirtschaft:**

Dr. Robert Kloos

Staatssekretär, Berlin

**Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:**

Dr. Klaus Stein

Ministerialdirigent, Berlin (bis 30.11.2015)

Dr. Marcus Pleyer

Ministerialdirigent, Berlin (ab 21.12.2015)

**Vertreter von Kreditinstituten oder andere Kreditsachverständige:**

Georg Fahrenschon

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e. V.,  
Berlin

Michael Reuther

Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG, Frankfurt am Main

Dr. Caroline Toffel

Mitglied des Vorstands der Kieler Volksbank eG, Kiel

## Anstaltsversammlung

**Vom Land Baden-Württemberg berufen:**

Hannelore Wörz

Präsidentin des LandFrauenverbands Württemberg-Baden e. V.,  
Stuttgart

Werner Räpple

Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen  
Hauptverbands e. V., Freiburg

**Vom Freistaat Bayern berufen:**

Franz Kustner

Bezirkspräsident des Bayerischen Bauernverbands e. V.,  
Hirschau

Bernhard Weiler

Bezirkspräsident des Bayerischen Bauernverbands e. V.,  
Stadtlauringen

**Von den Ländern Berlin und Brandenburg berufen:**

Norbert Pinnow  
Geschäftsführer der BBF Unternehmensberatung GmbH,  
Oberkrämer

Karsten Jennerjahn  
Präsident des Bauernbunds Brandenburg e. V.,  
Schreppkow

Henrik Wendorff  
Vizepräsident des Landesbauernverbands Brandenburg e. V.,  
Teltow/Ruhlsdorf

**Von der Freien Hansestadt Bremen berufen:**

Hermann Sündermann  
Präsident der Landwirtschaftskammer Bremen a. D., Bremen

**Von der Freien und Hansestadt Hamburg berufen:**

Heinz Behrmann  
Präsident des Bauernverbands Hamburg e. V., Hamburg

**Vom Land Hessen berufen:**

Jürgen Mertz  
Präsident des Hessischen Gärtnereiverbands e. V., Hadamar

Friedhelm Schneider  
Ehrenpräsident des Hessischen Bauernverbands e. V., Friedrichsdorf

**Vom Land Mecklenburg-Vorpommern berufen:**

Harald Nitschke  
Geschäftsführer der Raminer Agrar GmbH, Ramin

Rainer Tietböhl  
Präsident des Bauernverbands Mecklenburg-Vorpommern e. V.,  
Neubrandenburg

**Vom Land Niedersachsen berufen:**

Heinz Korte  
Vizepräsident des Landvolk Niedersachsen-  
Landesbauernverbands e. V., Bremervörde

Andreas Jessen  
Vorsitzender der Landesvereinigung Ökologischer Landbau  
Niedersachsen e. V., Visselhövede

**Vom Land Nordrhein-Westfalen berufen:**

Johannes Frizen  
Präsident der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Alfter

Friedrich Ostendorff MdB  
Landwirt, Bergkamen

**Vom Land Rheinland-Pfalz berufen:**

Leonhard Blum  
Präsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Nassau e. V.,  
Niederbettingen

Michael Prinz zu Salm-Salm  
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der  
Grundbesitzerverbände e. V., Schloss Wallhausen

**Vom Saarland berufen:**

Klaus Fontaine  
Präsident des Bauernverbands Saar e. V., Saarwellingen

### **Vom Freistaat Sachsen berufen:**

**Dr. Hartwig Kübler**

Stv. Vorsitzender der AG land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in Sachsen und Thüringen e. V., Naundorf OT Raitzen

**Gerhard Förster**

Vizepräsident des Sächsischen Landesbauernverbands e. V., Dresden

### **Vom Land Sachsen-Anhalt berufen:**

**Jochen Dettmer**

Vorstandsmitglied des Bauernbunds Sachsen-Anhalt e. V., Belsdorf

**Torsten Wagner**

Vorstandsmitglied des Landesbauernverbands Sachsen-Anhalt e. V., Sangerhausen

### **Vom Land Schleswig-Holstein berufen:**

**Kirsten Wosnitza**

Vorsitzende des Landesteams Schleswig-Holstein des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter BDM e. V., Löwenstedt

**Werner Schwarz**

Präsident des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbands e. V., Rendsburg (bis 31.12.2015)

**Dietrich Pritschau**

Mitglied des Vorstands des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbands e. V., Westerrade (ab 22.03.2016)

### **Vom Freistaat Thüringen berufen:**

**Dr. Lars Fliege**

Vizepräsident des Thüringer Bauernverbands e. V., Pfiffelbach

**Joachim Lissner**

Geschäftsführer des Landesverbands Gartenbau Thüringen e. V., Erfurt

## **Treuhänder**

**Dr. Theodor Seegers**

Ministerialdirektor  
Bundesministerium für Ernährung und  
Landwirtschaft, Berlin (bis 30.06.2015)

**Ralf Wolkenhauer**

Ministerialdirigent  
Bundesministerium für Ernährung und  
Landwirtschaft, Berlin (seit 01.07.2015)

### **Stellvertreter:**

**Dr. Karl Wessels**

Ministerialrat  
Bundesministerium für Ernährung und  
Landwirtschaft, Berlin

## Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31. Dezember 2015 sind durch die KPMG AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht wurden zum 31. Dezember 2015 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die KPMG AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –, Berlin, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von den Prüfungsergebnissen zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive des ergänzenden zusammengefassten Lageberichts sowie den Geschäftsbericht 2015 für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss mit dem zusammen-

gefassten Lagebericht 2015 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend den zusammengefassten Lagebericht 2015.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, 23 110 000 EUR entnommen und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von 57 000 000 EUR werden 42 750 000 EUR der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den verbleibenden Bilanzgewinn von 14 250 000 EUR in der Weise zu verwenden, dass 7 125 000 EUR dem Zweckvermögen des Bundes zugeführt werden und 7 125 000 EUR dem Förderungsfonds zufließen.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Berlin, den 07. April 2016

DER VERWALTUNGSRAT  
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK



Der Vorsitzende  
Joachim Rukwied

## Glossar

**Adressenausfallrisiko:** Risiko, dass ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen nicht oder nur teilweise nachkommt. Es wird zwischen Kreditausfall-, Wieder-eindeckungs- und Settlementrisiko unterschieden.

**Adresslimite:** Intern festgelegte Grenzen für die je Kontrahent möglichen Engagements.

**Aktiver Markt:** Ein aktiver Markt liegt vor, wenn für ein Finanzinstrument Preise von Börsen, Brokern, Maklern, Industriegruppen, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig verfügbar sind und tatsächlich und regelmäßig Markttransaktionen zu diesen Preisen stattfinden.

**Amortisation:** Prozess, in dem anfängliche Aufwendungen für eine Investition durch hieraus entstehende zukünftige Erträge gedeckt werden. Für Finanzinstrumente bezieht sich die Amortisation auf eine periodengerechte Abgrenzung von einmaligen Aufwendungen oder Erträgen über die Laufzeit des jeweiligen Geschäfts.

**Anschaffungskosten:** Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit sie dem Vermögensgegenstand einzeln zugeordnet werden können. Für Finanzinstrumente entsprechen die Anschaffungskosten dem Kaufpreis.

**Anstaltslast:** Rechtliche Verpflichtung des Anstaltsträgers, eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit den für die Funktionsfähigkeit notwendigen Mitteln auszustatten.

**Asset Backed Securities (ABS):** Ein forderungsbesichertes Wertpapier (ABS) ist ein verzinsliches Wertpapier, das Zahlungsansprüche gegen eine Zweckgesellschaft zum Gegenstand hat, wobei die Zweckgesellschaft die Mittel ausschließlich zum Erwerb von Forderungen meist mehrerer Gläubiger verwendet und zu einem Wertpapier verbrieft. Forderungsverkäufer in einer solchen Transaktion sind in der Regel Banken, die so Teile ihrer Kreditforderungen handelbar machen, um sich wieder Liquidität zu verschaffen.

**Assets/Liabilities at Fair Value through Profit and Loss (A/LFVTP&L):** Bilanzielle Bewertungskategorie mit den Unterkategorien „Held for Trading“ und „Designated as at Fair Value“. Es wird auf die Definitionen der Unterkategorien verwiesen.

**Available for Sale (AfS):** „Available for Sale“ ist eine bilanzielle Bewertungskategorie nach IFRS. Die Kate-

gorie „Available for Sale“ enthält alle finanziellen Vermögenswerte, die keiner der anderen aktivischen Bewertungskategorien zugeordnet sind. Die Ergebnisschwankungen aus der Bewertung der hier zugeordneten finanziellen Vermögenswerte werden in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen, die eine Teilkomponente des Eigenkapitals darstellt.

**Backtesting:** Überprüfung der Qualität von Modellen bzw. der Gültigkeit von Szenarioannahmen. Das Backtesting erfolgt stichtagsbezogen unter Verwendung von historischen Daten.

**Bankenportfolio:** Das Bankenportfolio umfasst den Teil des Gesamtkreditportfolios, der auf Banken und sonstige Finanzinstitute entfällt.

**Barwertsensitivitäten:** Veränderung des Barwerts (Fair Value) einer Position aufgrund von geänderten Marktparametern (z. B. Zins- oder Spreadänderungen)

**Basispunkt (BP):** Hundertster Teil eines Prozentpunktes. 1 BP entspricht 0,01 Prozentpunkten.

**Beizulegender Zeitwert (Fair Value):** Der Preis, der aus objektiver Sicht im Rahmen einer auf einem definierten Markt vorgenommenen Transaktion für einen Vermögenswert erzielbar wäre bzw. zur Tilgung einer Schuld bezahlt werden müsste. Der Fair Value ist somit aus Perspektive eines Marktteilnehmers zu bestimmen, der nur auf öffentlich zugängliche Daten zu seiner Preisfindung zurückgreifen kann.

**Bemerkenswerte Engagements:** Engagements, die aufgrund ihrer negativen wirtschaftlichen Entwicklung oder sonstiger Erkenntnisse nach Einschätzung der Rentenbank unter besonderer Beobachtung stehen sollten (interne Watch List). Hierzu zählen insbesondere auch Problemkredite sowie Engagements mit latenten Risiken. Grundsätzlich werden sämtliche Geschäftspartner eines Konzerns als bemerkenswert klassifiziert, so dass auch Geschäfte mit guter Bonität, bspw. Pfandbriefe oder Programmkredite, den bemerkenswerten Engagements zugeordnet werden.

**Bestimmtheitsmaß:** Ein statistisches Maß, mit dem die Güte einer Regression gemessen wird. Das Bestimmtheitsmaß kann Werte zwischen 0 (kein linearer Zusammenhang) und 1 (perfekter linearer Zusammenhang) annehmen. Im Konzern findet das Bestimmtheitsmaß Verwendung bei der Effektivitätsmessung im Rahmen des Hedge Accounting.

**Bewertungsrisiko IFRS:** Das Bewertungsergebnis nach IFRS setzt sich aus der Fair Value- und der Hedge-Bewertung (GuV) sowie der Veränderung der Neubewertungsrücklage (Eigenkapital) zusammen. Im Zeitablauf besteht das Risiko, dass aufgrund der Wertveränderungen von Marktparametern und den

damit verbundenen Fair Value-Änderungen negative Bewertungsergebnisse erzielt werden. Durch die „Buy-and-Hold-Strategie“ handelt es sich jedoch um temporäre Bewertungsergebnisse. Gleichwohl reduzieren sie bei Eintritt temporär das IFRS-Eigenkapital, das auch Grundlage für die anrechenbaren Eigenmittel im Aufsichtsrecht ist. Bewertungsverluste aus der Veränderung des eigenen Credit-Spreads werden aufsichtsrechtlich jedoch nicht berücksichtigt.

**Bilanzgeschäfte:** Bilanzgeschäfte umfassen originäre Kreditgeschäfte (z. B. Darlehensforderungen und Schuldscheindarlehen) und Wertpapier- bzw. Emissionsgeschäfte (z. B. Anleihen und Schuldverschreibungen). Derivate zählen nicht zu den Bilanzgeschäften.

**Blanko-Kreditportfolio:** Das Blanko-Kreditportfolio umfasst den Teil des Gesamtportfolios, der auf ungedeckte bzw. unbesicherte Geschäfte entfällt.

**Bonitätsklassen:** Ordnungssystem zur Einstufung der Güte von Geschäftspartnern. Nach einem internen Verfahren werden diese 20 Bonitätsklassen zugeordnet, wobei AAA die beste Bonitätsklasse darstellt. In BB+ bis B werden mit latenten Risiken behaftete und in CCC bis C Geschäfte mit erhöhten latenten Risiken berücksichtigt. Problemkredite bzw. tatsächlich ausgefallene Engagements sind in DDD bis D enthalten.

**CET1-Quote:** Common Equity Tier 1 Ratio (harte Kernkapitalquote)

**Collateralized Debt Obligation (CDO):** CDO ist ein Oberbegriff für Finanzinstrumente, die zu der Gruppe von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset Backed Securities) und strukturierten Kreditprodukten gehören. CDOs bestehen aus einem Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren. Das Ausfallrisiko steigt mit sinkendem Rating aufgrund der nachrangigen Bedienung im Fall eines Ausfalls.

**Continuous Linked Settlement (CLS):** CLS ist ein privatwirtschaftliches, globales System zur Abwicklung und Verrechnung von Devisenhandelstransaktionen (z. B. Währungsswaps). Mit der Entwicklung des CLS-Systems reagierte der Bankensektor auf die Forderung der Zentralbanken der Zehnergruppe (G 10, Group of Ten), Maßnahmen zur Reduzierung des „Erfüllungsrisikos im Devisenhandel“ zu ergreifen. Das System basiert auf dem Verfahren „Zahlung gegen Zahlung“. Dadurch wird sichergestellt, dass ein Devisengeschäft (z. B. Währungsswap) nur dann abgewickelt wird, wenn die zwei aus diesem Geschäft resultierenden Zahlungen in unterschiedlichen Währungen gleichzeitig ausgeführt werden können. Die zentrale Abwicklung bei der CLS Bank erfordert eine entsprechende Systeminfrastruktur. CLS sieht unterschiedliche Teilnahmemöglichkeiten vor. Sogenannte

Settlement Member (SM) nehmen an CLS direkt teil und regulieren eigene Transaktionen sowie Transaktionen von sogenannten Third Parties wie der Rentenbank. Third Parties haben keinen direkten Zugang zur CLS-Bank. Die Rentenbank nutzt den SM Credit Suisse AG, Zürich.

**Control and Risk Self Assessments (CRSA):** Methode zur Identifizierung von operationellen Risiken (Risikoereignisse), um gegebenenfalls präventiv Gegenmaßnahmen einzuleiten. CRSA können dezentral mittels Befragungstechniken oder mittels Workshops durchgeführt werden. Die Rentenbank hat sich für Workshops entschieden.

**Corporate Governance:** legt den Ordnungsrahmen für eine transparente Leitung und Überwachung von Unternehmen fest. Die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex schaffen Transparenz und stärken das Vertrauen in eine verantwortungsvolle Unternehmensführung.

**CP (Commercial Paper):** Inhaberschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr, die im Rahmen eines nicht befristeten Programms bis zu einem vereinbarten Gesamtvolumen revolving emittiert werden können. CP werden in der Regel als abgezinste Papiere begeben.

**Credit-Spread:** Siehe Definition zu „Spreadrisiko (Credit-Spread)“

**Credit Support Annex (CSA):** Bilaterale Vereinbarungen über die Hinterlegung von Sicherheiten, um Kreditrisiken aufgrund von Marktwertschwankungen bei Derivategeschäften zu reduzieren. CSA werden als Anhang zu ISDA-Verträgen abgeschlossen. Die Bank hat mit allen Derivatepartnern einen CSA einschließlich Nettingvereinbarung abgeschlossen. In diesen Fällen wird der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende saldierte positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen ausschließlich in Euro besichert. Andererseits verpflichtet sich die Bank, bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem vereinbarten Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die Verzinsung der Barsicherheiten erfolgt standardmäßig zum EONIA. Negative Zinszahlungen durch negative EONIA-Sätze sind mittlerweile Marktstandard, d. h. Bestandteil der Vereinbarungen. Neben CSA hat die Rentenbank auch Besicherungsanhänge (BSA) zu Deutschen Rahmenverträgen (DRV) abgeschlossen.

**Credit Valuation Adjustments (CVA):** Credit-Valuation-Adjustments (CVA) sind Wertanpassungen von Derivate-Forderungen, aufgrund des Kontrahentenausfallrisikos. Als CVA-Risiko wird dementsprechend das Risiko potenzieller Marktwertverluste durch er-

höhte Credit-Spreads der Gegenpartei verstanden. Die CVA kann nach IFRS 13 auf Einzelgeschäftsbasis oder auf Portfolioebene betrachtet werden.

**Debt Valuation Adjustments (DVA):** Debit-Valuation-Adjustments (DVA) sind Wertanpassungen von Derivate-Verbindlichkeiten, aufgrund der Veränderung der Bonität der Rentenbank. Die DVA kann nach IFRS 13 auf Einzelgeschäftsbasis oder auf Portfolioebene betrachtet werden.

**Deposit/Swap-Kurve:** Die Deposit/Swap-Kurve setzt sich bis zu einem Jahr aus den Zinssätzen für unbesicherte Termingelder in Euro im Interbankengeschäft und ab zwei Jahren aus verschiedenen Swapsätzen zusammen. Die Rentenbank nutzt entsprechende am Markt quotierte Deposit-/Swapsätze für die Bewertungskurve.

**Derivate:** Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstrumentes abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswerts abgeleitet (z. B. Zinssatz, Wechselkurs).

**Designated as at Fair Value:** Bilanzielle Bewertungskategorie für finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten, für die die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

**Eigenbonitätseffekt:** Verschlechtert sich die Bonität eines Unternehmens, führt dies grundsätzlich zu einem höheren Credit-Spread. Darüber hinaus kann sich auch bei konstanter Bonität der Credit-Spread erhöhen. Neben der Bonität gibt es noch weitere Parameter, die den Credit-Spread beeinflussen (siehe Definition Spread Risiko (Credit-Spread)). Wird der höhere Credit-Spread bei der Bewertung der eigenen Verbindlichkeiten berücksichtigt, entsteht ein Bewertungsgewinn. Zur Vermeidung der Berücksichtigung von Bewertungsgewinnen aus der Verschlechterung eigener Credit-Spreads im Risikodeckungspotenzial werden diese Effekte im Rahmen des Eigenbonitätseffekts neutralisiert.

**Eingebettetes Derivat (Embedded Derivative):** Derivativer Bestandteil eines strukturierten Finanzinstrumentes, das auf einem nicht derivativen Basisvertrag aufbaut. Hierbei stellt das eingebettete Derivat einen integralen Vertragsbestandteil dar und kann nicht separat gehandelt werden.

**EONIA (Euro Overnight Index Average):** Von der Europäischen Zentralbank offiziell berechneter Tagesgeldzinssatz für den Euro. Er setzt sich aus dem gewichteten Durchschnitt derjenigen Zinssätze zusammen, die eine Gruppe größerer Institute im Euro-Währungsgebiet auf dem Interbankenmarkt für unbesicherte Übernachtkontrakte effektiv abgeschlossen hat. Die am Markt quotierten Sätze für EONIA-

Swaps werden in der Rentenbank als Bewertungskurve für EONIA-Swaps bis 12 Monate verwendet.

**EONIA-Swap-Kurve:** Zinsstrukturkurve für EONIA-Swaps. EONIA-Swaps sind Zinsswaps, bei denen zwei Geschäftspartner feste Zinszahlungen gegen EONIA tauschen.

**Eurex Group:** Die Eurex Group ist eine internationale Terminbörse, die von der Deutschen Börse AG betrieben wird. Die Rentenbank nutzt den Handelsplatz für das besicherte Geldgeschäft (Eurex Repo). Auf der Eurex Repo-Plattform kann die Bank Abschluss, Clearing und Sicherheitenverwaltung vollelektronisch durchführen. Dabei tritt die Eurex Clearing als Zentraler Kontrahent auf.

**Fair Value (Barwert):** Siehe Definition zu „Beizulegender Zeitwert (Fair Value)“.

**Fair Value Hedge:** Bilanzielle Abbildung einer Absicherung des Risikos einer Fair Value-Änderung von Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten mit Hilfe eines Swaps. Beim Fair Value Hedge werden die Wertänderungen des abgesicherten Bilanzgeschäfts und die des Sicherungsgeschäfts weitestgehend kompensiert.

**Fair Value Option:** Ermöglicht, Bilanzgeschäfte unter IFRS zum Fair Value zu bewerten. Die Bewertungsschwankungen spiegeln sich dann in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) wider. Wenn die Bilanzgeschäfte durch Derivate gesichert sind, wird die Fair Value Option teilweise ausgeübt, damit die Schwankungen, die durch die verpflichtende Fair Value-Bewertung der Derivate entstehen, in der GuV weitestgehend kompensiert werden.

**Finanzinstrumente:** Vertragliche Vereinbarung, die bei dem einen Unternehmen einen finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen eine finanzielle Verbindlichkeit oder ein Eigenkapitalinstrument darstellt.

**Förderdividende:** Die Förderdividende beinhaltet die zur Verbilligung der im Berichtsjahr vergebenen Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn, der hälftig an den Förderungsfonds sowie an das Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank ausgeschüttet wird, sowie sonstige Förderleistungen des Berichtsjahrs, z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung.

**Fördergeschäft:** Summe aller Förderkredite und verbrieften Fördergeschäfte der Rentenbank.

**Förderkredite:** Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen. Zudem umfasst das Förderkreditge-

schäft alle Schuldverschreibungen, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese werden gemeinhin üblicherweise als Namensschuldverschreibung bezeichnet.

**Fortgeführte Anschaffungskosten:** Anschaffungskosten abzüglich Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation sowie abzüglich etwaiger Minderung für Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit.

**Fristentransformation:** Fristentransformation entsteht, wenn die Fälligkeiten bei der Mittelbeschaffung und Mittelanlage nicht identisch sind. Daneben kann ein Fristentransformationsergebnis entstehen, wenn die Laufzeit von Mittelbeschaffung und Mittelanlage identisch sind, jedoch nicht die Zinsbindung. Werden z. B. langfristige finanzielle Vermögensgegenstände durch kurzfristige Geldmarktinstrumente refinanziert, spricht man von positiver Fristentransformation. Da die Zinssätze für langlaufende Geschäfte oder längere Zinsbindungen meistens höher sind als die für kurzlaufende, kann bei positiver Fristentransformation ein Zinsüberschuss erzielt werden. Sollten die Zinssätze für kurzlaufende Geschäfte oder kurze Zinsbindungen höher sein als die ursprünglich vereinbarten Zinssätze für langlaufende Geschäfte, kommt es bei positiver Fristentransformation zu einem Verlust im Zinsergebnis. Außerdem besteht bei unterschiedlichen Fälligkeiten zwischen Mittelbeschaffung und Mittelanlage ein erhöhtes Liquiditätsrisiko, falls der Zugang zum Geldmarkt nur noch schwer möglich oder nicht mehr vorhanden ist.

**Garantie:** Diese Form der Gewährleistung stellt im Bankgeschäft ein wichtiges Sicherungsmittel dar, welches insbesondere im internationalen Geschäft die Bürgschaft ersetzt. Sie ist im BGB nicht geregelt. Die Bestimmungen über die Bürgschaft können nicht analog angewandt werden. Bei einer Garantie verpflichtet sich der Garant einseitig im formfreien Garantievertrag, entweder für einen künftigen Schaden/Verlust ohne Rücksicht auf Verschulden einzustehen oder die Haftung für einen bestimmten wirtschaftlichen Erfolg zu übernehmen. Der garantierte Erfolg kann auch darin bestehen, dass die Bank als Gläubigerin einer Kreditforderung den Kreditbetrag vom Schuldner zurückerhält. Es handelt sich um eine abstrakte Haftung, die selbständig neben der Hauptschuld übernommen wird, selbst wenn letztere aus Rechtsgründen nicht (mehr) besteht. Der Garant hat im Falle der Gewährleistung den Gläubiger so zu stellen, als ob der garantierte Erfolg eingetreten oder der Schaden nicht entstanden wäre.

**GC Pooling® ECB Basket:** Standardisierter Anleihekorb (sog. Basket) für die Verpfändung von Wertpapieren im besicherten Geldgeschäft. Der Basket enthält ca. 4 000 EZB-fähige Wertpapiere von Zentral-

banken, Staaten, Ländern, Supranationals, klassische und Jumbo-Pfandbriefartige Instrumente von Kreditinstituten und Kreditinstituten mit öffentlichem Förderauftrag. Damit werden im GC Pooling ECB Basket auch Anleihen der Rentenbank als Sicherheiten akzeptiert.

**Gedekte Inhaberschuldverschreibungen:** Die Inhaberschuldverschreibung ist ein Wertpapier, das eine Forderung gegen einen Emittenten – meist eine Bank – verbrieft und im Hinblick auf seine Übertragung als Inhaberpapier ausgestellt ist, in welchem der Besitzer der Urkunde nicht namentlich benannt wird. Zu unterscheiden sind gedeckte und ungedeckte Bankschuldverschreibungen. Bei den ersteren bestehen Deckungsmassen (in der Hauptsache gebildet aus Hypotheken und Kommunaldarlehen), aus denen die Schuldverschreibungsgläubiger im Konkursfall vorrangig befriedigt werden. Dies sind die Hypothekendarlehen, Schiffspfandbriefe und Kommunal-schuldverschreibungen (Realkreditinstitute). Die ungedeckten Bankschuldverschreibungen gewähren kein Befriedigungsvorrecht.

**Gesamtkreditportfolio:** Summe aller vergebenen Förderkredite, verbrieften Fördergeschäfte, Geld- und Derivategeschäfte, Beteiligungen sowie sämtlicher extern zugesagter Kreditlinien.

**Gewährleistungen:** Von der gesetzlich vorgeschriebenen Gewährleistung ist die Garantie zu unterscheiden. Diese ist insofern freiwillig, als es keine gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe eines Garantieverprechens gibt. Der Sprachgebrauch macht häufig keinen Unterschied zwischen der gesetzlichen Gewährleistungspflicht und einer zusätzlichen freiwillig angebotenen vertraglichen Garantie, während es sich juristisch um unterschiedliche Rechte bzw. Verpflichtungen handelt. Im juristischen Sinn definiert eine Garantie die vertraglich vereinbarte Verpflichtung eines Garanten, während die Gewährleistung direkt aus dem Gesetz abzuleiten ist.

**Globalanleihe (Global Bond):** Anleihe, die aufgrund ihrer Registrierung bei der US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsicht SEC (Securities and Exchange Commission) nicht nur außerhalb der USA, sondern auch in den Vereinigten Staaten platziert werden kann.

**Gordy-Modell:** Zur Berechnung des unerwarteten Verlusts aus Adressenausfallrisiken (Credit Value at Risk, CVaR) wird eine Abwandlung der Formel für das Risikogewicht im Foundation Internal Ratings Based Approach (Artikel 153 CRR) herangezogen. Diese basiert auf dem Ein-Faktor-Modell von M.B. Gordy (2003). Im Liquidationsszenario gehen wir von einem Konfidenzniveau von 99,9 % aus.

**Hedge Accounting:** Vorschriften zur bilanziellen Abbildung von Sicherungsbeziehungen. Für den in der Rentenbank angewendeten Fair Value Hedge wird auf die entsprechende Definition verwiesen.

**Held for Trading (HfT):** Bilanzielle Bewertungskategorie für Derivate und Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken gehalten werden.

**Held to Maturity (HtM):** Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann.

**Inhaberschuldverschreibung:** Wertpapier, in dem der Berechtigte nicht namentlich genannt ist, da der Schuldner jedem Inhaber zur Leistung verpflichtet ist.

**International Accounting Standards Board (IASB):** unabhängiges privatwirtschaftliches Gremium, das die International Financial Reporting Standards entwickelt und verabschiedet. Das IASB arbeitet unter der Aufsicht der IFRS-Stiftung.

**International Financial Reporting Standards (IFRS)/ International Accounting Standards (IAS):** Die IFRS/IAS sind die vom International Accounting Standards Board verabschiedeten internationalen Rechnungslegungsvorschriften, die die Rentenbank aufgrund der Kapitalmarktorientierung und der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses anwendet.

**„Kangaroo“-Bond:** Anleihen der Rentenbank in Australischen Dollar, die unter australischem Recht platziert werden und bei einem australischen Zentralverwahrer lagern. Die Dokumentation erfolgt über ein eigenständiges australisches Emissionsprogramm.

**Kapitalflussrechnung:** Darstellung der Veränderung des Zahlungsmittelbestands innerhalb eines Geschäftsjahres aufgeteilt nach der operativen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

**Kapitalkonsolidierung:** Verrechnung der Beteiligungswerte des Mutterunternehmens mit dem auf diese Anteile entfallenden anteiligen Eigenkapitalbetrag des einzubeziehenden Unternehmens, so dass im Konzernabschluss weder das Eigenkapital der Töchter noch der zugehörige Beteiligungswert der Mutter enthalten sind.

**Kategorisierung:** Einteilung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in unterschiedliche bilanzielle Kategorien zur Erst- und Folgebewertung.

**„Kauri“-Bond:** Anleihen der Rentenbank in Neuseeländischen Dollar, die bei einem Zentralverwahrer in

Neuseeland lagern. Die Emission erfolgt im Rahmen des EMTN-Programms.

**KEV-Verfahren (Kreditforderungen – Einreichung und Verwaltung):** Verfahren der Deutschen Bundesbank, um Geschäftspartnern die Möglichkeit zu bieten, Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten zu nutzen (siehe auch Refinanzierungsfazilität).

**Korrelation:** Maß für die gegenseitige Abhängigkeit von zwei Variablen (Risikofaktoren). Die Risikofaktoren verändern sich im Falle positiver Korrelation gleichläufig, im Falle negativer Korrelation gegenläufig. Existiert zwischen zwei Variablen kein Zusammenhang, so ist die Korrelation gleich Null.

**Kreditausfallrisiko:** Potenzieller Verlust aufgrund von Zahlungsausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Kreditausfallrisiko subsumiert den potenziellen Verlust durch den Ausfall von Kontrahenten, Emittenten, Ländern und Branchen.

**Kreditrisikostategie:** Jährlich von der Rentenbank erstellte Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken. Die Kreditrisikostategie wird vom Vorstand beschlossen und dem vom Verwaltungsrat gebildeten Kreditausschuss zur Kenntnis gegeben.

**Länderkreditlimit:** Länderspezifisches Limit zur Begrenzung des Engagements mit ausländischen Banken und Staaten. Auf das Länderkreditlimit werden die Inanspruchnahmen aus den Geschäftsarten Geldgeschäft, Förderkredite, verbrieftes Fördergeschäft und Derivate angerechnet. Zur Begrenzung von Risikokonzentrationen auf Länderebene ist eine Obergrenze für Länderkreditlimite eingerichtet. Die länderspezifische Obergrenze wird in Abhängigkeit von Bonität und volkswirtschaftlichen Kennzahlen ermittelt und liegt maximal bei 7 Mrd. Euro. Bestehende Länderkreditlimite, für die aufgrund der Unterschreitung der erforderlichen Mindest-Länderbonität von A- zwischenzeitlich eine länderspezifische Obergrenze von „Null“ gilt, werden bei planmäßigen Fälligkeiten sukzessive zurückgeführt.

**Ländertransferlimit:** Begrenzt je Land das Risiko, dass Geldbeträge nicht von einem Land in ein anderes transferiert werden können. Auf das Ländertransferlimit werden Inanspruchnahmen der internen Linien für Nostro- und Kontokorrentkonten sowie die Nominalbeträge der Währungsswaps angerechnet. Limite werden nur für Staaten außerhalb der EU eingerichtet.

**Latente Steuern:** Latente Steuern sind zukünftige Steuerbeziehungsweise -entlastungen, die aus temporären Differenzen und aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten beziehungsweise Steuergut-

schriften resultieren. Dabei sind temporäre Differenzen unterschiedliche Wertansätze von Vermögenswerten und Schulden zwischen der veröffentlichten Handels- oder IFRS-Bilanz und der Steuerbilanz (Liability Methode), die sich in späteren Wirtschaftsjahren ausgleichen und aus denen tatsächliche Steuerwirkungen resultieren.

**Leverage Ratio:** Bei der Leverage Ratio (Verschuldungsquote) wird das Kernkapital ins Verhältnis zur gesamten Bilanzsumme gesetzt. Für die Leverage Ratio ist in Basel III eine Mindestmarke von drei Prozent vorgesehen. Das heißt, die Hebelung der Bilanzsumme soll auf das 33,3-Fache des Kernkapitals begrenzt werden. Derzeit ist die Leverage Ratio nur eine Beobachtungsgröße. Die Bemessungsgrundlage und Mindestquote der Leverage Ratio sind noch nicht endgültig festgelegt.

**Limitäquivalenzbetrag (LÄB):** Maß für Konzentrationsrisiken auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden. Im Rahmen der Kreditrisikostategie ist eine einheitliche Obergrenze je Gruppe verbundener Kunden festgelegt. Der LÄB wird ermittelt, indem sämtliche eingeräumten Limite mit einem Gewichtungssatz je Besicherung der Geschäftsart (beispielsweise Programmkredite, Pfandbrief, staatsgarantierte Geschäfte, blanko) multipliziert und über alle Geschäftspartner einer Gruppe verbundener Kunden summiert werden.

**Liquiditätspuffer nach MaRisk:** Zur Überbrückung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs von mindestens einer Woche und zur Deckung des zusätzlichen erforderlichen Refinanzierungsbedarfs aus Stressszenarien ist die Rentenbank verpflichtet, ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven („Liquide Aktiva MaRisk“ für eine Woche) vorzuhalten. Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs von mindestens einem Monat unter Beachtung institutsindividueller Liquiditätsszenarien müssen hinreichende, nachhaltige Reserven (z. B. zentralbankfähige Wertpapiere) vorhanden sein („Liquide Aktiva MaRisk“ für einen Monat).

**Liquidity Coverage Ratio (LCR):** Liquiditätskennziffer, die sicherstellen soll, dass die Banken in ausreichendem Maße über hochliquide Aktiva (Liquide Aktiva der Stufe 1) verfügen, um ein akutes Stressszenario von einem Monat zu überstehen.

**Loans and Receivables (LaR):** Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind.

**LR-Gesetz:** Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank

**Marktpreisrisiko:** Potenzieller Verlust aus sich verändernden Marktparameter (-daten). Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread- und anderen Marktpreisrisiken. Letztere, wie z. B. Fremdwährungsrisiken, sind nur in sehr geringem Umfang relevant. Der Konzern unterscheidet zwischen Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungsrisiken und Marktpreisrisiken in Form von IFRS-Bewertungsrisiken.

**Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken):** Zinsänderungsrisiken bestehen in geringem Umfang bei offenen Festzinspositionen. Die wesentlichen Einflussfaktoren sind Marktzinsen sowie Höhe und Laufzeit der offenen Position. Werden offene Positionen geschlossen, realisiert sich das Risiko im operativen Ergebnis.

**Marktpreisrisiken (IFRS-Bewertungsrisiken):** IFRS-Bewertungsrisiken entstehen bei den nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Grundgeschäften und den zugehörigen Sicherungsgeschäften. Die potenziellen Risiken durch die Bewertungspflicht nach IFRS werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung als unrealisierte Ergebnisse im Posten „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ dargestellt. Das Marktpreisrisiko aus der IFRS-Bewertung würde sich nur realisieren, falls die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird bzw. ein Geschäftspartner ausfiele und keine Sicherheiten vorhanden wären. Unabhängig davon werden aber auch diese Bewertungsergebnisse in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Bei den regulatorischen Eigenmitteln werden die Bewertungsverluste durch die Veränderungen des eigenen Credit-Spreads über Prudential Filter neutralisiert.

**MTN (Medium Term Notes):** Inhaberschuldverschreibungen, die unter einem Emissionsprogramm begeben werden. MTN können in einer Vielzahl von Währungen und Strukturen sowie mit unterschiedlichen Laufzeiten unter einheitlicher Dokumentation begeben werden.

**Namenspfandbriefe:** Unter dem Begriff Namenspfandbriefe werden gedeckte Schuldverschreibungen verstanden, die einen bestimmten Gläubiger als Berechtigten ausweisen. Zugunsten dieser Gläubiger werden Hypothekenpfandbriefe und Öffentliche Namenspfandbriefe ausgestellt oder abgetreten, die ihrerseits durch den Anforderungen des Pfandbriefgesetzes entsprechende Hypotheken oder Kommunaldarlehen gedeckt sein müssen. Es handelt sich um sog. Rektapapiere, für die § 952 BGB bestimmt, dass das Eigentum an den Schuldurkunden stets dem Gläubiger der Forderung zusteht. Der Besitz des Namenspapiers hat – anders als bei Inhaberpapieren – keine eigenständige Legitimationsfunktion. Das Eigentum an einem Namenspapier geht nicht mit Übergabe, sondern mit Forderungsabtretung kraft Gesetzes auf

den Zessionar über. Das Recht am Papier folgt hier dem Recht aus dem Papier.

**Namenschuldverschreibung:** Schuldverschreibung, die auf eine bestimmte Person lautet. Der Schuldner hat direkt an den Benannten zu leisten.

**Net Stable Funding Ratio (NSFR):** Liquiditätskennziffer, die sicherstellen soll, dass die Institute auch auf längere Sicht über ausreichend stabile Refinanzierungsquellen verfügen. Das Verhältnis aus verfügbaren stabilen Refinanzierungsmitteln zu den erforderlichen stabilen Refinanzierungen muss mindestens 100 % betragen.

**Neubewertungsrücklage:** Unterposten des Eigenkapitals, in dem Marktwertänderungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ erfolgsneutral erfasst werden.

**Operationelles Risiko:** Risiko aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen auch Rechtsrisiken, Risiken aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht enthalten sind jedoch unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- und Reputationsrisiken.

**OTC (Over the Counter):** Finanzielle Transaktionen zwischen Finanzmarkt-Teilnehmern, die nicht über die Börse abgewickelt werden.

**Other Liabilities (OL):** Kategorie für finanzielle Verbindlichkeiten, für die nicht die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

**Pfanddepot:** Das Pfanddepot der Rentenbank enthält alle an die Deutsche Bundesbank verpfändeten sowie die als Sicherheit übereigneten Wertpapiere. Im Rahmen von freien Refinanzierungsfazilitäten bei der Deutschen Bundesbank kann in dieser Höhe Liquidität beschafft werden.

**Preisregulierung im Sinne der Standards:** Das Setzen eines Preises durch eine Aufsichtsbehörde oder Regierung, der von Kunden für Dienstleistungen oder Produkte im Wege der Regulierung verlangt werden kann, oftmals in Fällen, in denen ein Unternehmen als Monopolist auftritt oder beherrschende Marktstellung hat.

**Programmkredite:** Refinanzierungsdarlehen, die wettbewerbsneutral im sogenannten Hausbankverfahren für Vorhaben in Deutschland vergeben werden. Programmkredite werden zu standardisierten Produktkonditionen für definierte Förderzwecke von der

Hausbank an den Endkreditnehmer weitergeleitet. Sie können an Landesförderinstitute in gebündelter Form als Globaldarlehen ausgereicht werden und umfassen auch die im Rahmen des Auftragsgeschäfts für den Bund bzw. die Länder durchgeführte Finanzierungen.

**Prozesslandkarte:** Veranschaulichung der Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den Geschäftsprozessen. Die Risikoprozesslandkarte strukturiert die Geschäftsprozesse in drei Ebenen: Steuerungs-, Ausführungs- und Unterstützungsprozesse. Ausführungsprozesse dienen der primären Wertschöpfung. Steuerungsprozesse haben übergreifende und strategische Bedeutung. Unterstützungsprozesse stellen benötigte Ressourcen bereit.

**Prudent Valuation:** Abzugsposten vom harten Kernkapital entsprechend den Artikeln 34 und 105 CRR. Additional Valuation Adjustments (AVA) aus vorsichtiger Bewertung von Fair-Value-Positionen (Prudent Valuation) werden für Marktpreisunsicherheit, Glattstellungskosten, Modellrisiken, noch nicht verdiente Credit-Spreads, Geldanlage- und Finanzierungskosten, konzentrierte Positionen, zukünftige Verwaltungskosten, vorzeitige Kündigung und operationelle Risiken berechnet.

**Rating:** Bonitätsbeurteilung von Finanzpapieren und ihren Emittenten sowie von Unternehmen. Ratings werden entweder intern durch eigene Analysen oder extern durch unabhängige Bewertungsagenturen ermittelt.

**Refinanzierungsfazilitäten:** Allgemein, die von einer Bank ihren Kunden eingeräumte Möglichkeit, innerhalb festgelegter Bedingungen, kurzfristig Kredite gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten in Anspruch zu nehmen. Der Begriff wird besonders im Zusammenhang mit Zentralbankfazilitäten verwendet, die Zentralbanken den Geschäftsbanken einräumen, indem sie für diese z. B. Über-Nacht-Liquidität bereitstellen. Refinanzierungsfazilitäten bestehen bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite). Darüber können sich Banken bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) refinanzieren.

**Refinanzierungsgeschäfte der EZB:** Bei den Refinanzierungsgeschäften stellt die Europäische Zentralbank (EZB) den Kreditinstituten Zentralbankgeld gegen Stellung von Sicherheiten zur Verfügung. Als Hauptrefinanzierungsinstrumente der EZB dienen Offenermarktgeschäfte mit einer Laufzeit von einer Woche.

**Refinanzierungspotenzial:** Das freie Refinanzierungspotenzial ist eine Liquiditätsreserve, die taggleich mit Sicherheit zur Verfügung steht. Refinanzierungspotenzial besteht bei der Deutschen Bundesbank

(Pfandkredite und Sicherungsabtretung nach KEV-Verfahren) und der Eurex Clearing AG (GC-Pooling-Repo-Geschäfte).

**Regulierungsrisiko:** Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis des Konzerns auswirkt. Zusätzlich besteht das Risiko, dass regulatorische Anforderungen unzureichend erfüllt werden.

**Reputationsrisiko:** Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken.

**Reverse-Repo:** Eine Vereinbarung zum Rückkauf von Wertpapieren aus Sicht des Käufers.

**Risikoappetit:** Der Risikoappetit drückt die Bereitschaft der Rentenbank aus, Risiken einzugehen. Die Risikosteuerung erfolgt über Limite und Warnmarken (bspw. Warnmarke für das Risikodeckungspotenzial 1 oder 2 bei 80 % Limitauslastung).

**Risiko-Exposure:** Entspricht dem im Rahmen des Standardszenarios des Risikotragfähigkeitskonzepts für Adressenausfallrisiken unterstellten Verlusts bei Eintritt des Ausfallereignisses. Das Risiko-Exposure ist von Höhe und Geschäftsart des Engagements (Limitinanspruchnahme) zum Stichtag und den produktspezifischen Wiedereinbringungsraten abhängig.

**Risikoindikatoren:** Die Rentenbank hat auf der Basis quantitativer und qualitativer Risikomerkmale Indikatoren für eine frühzeitige Risikoidentifizierung entwickelt. Dabei wurden Warn- und Toleranzgrenzen festgelegt.

**Risikogerechtes Zinssystem (RGZS):** Mit dem „Risikogerechten Zinssystem“ werden die Kreditnehmer von Förderkrediten in Abhängigkeit von der Bonität und der Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten von den Hausbanken in Preisklassen mit maximalen Zinssätzen eingruppiert. Damit setzen die deutschen Förderbanken die Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel II) um.

**Risikokapitalfonds:** Die Rentenbank oder die LRB können Eigenmittel in Form von Beteiligungen durch Übernahme gesellschaftsrechtlicher Anteile, in Form von stillen Beteiligungen und in allen Formen von Mezzanine-Kapital, wie z. B. nachrangige Darlehen, herauslegen.

**Risikotoleranz:** Entspricht den maximalen Risikolimiten, die die Rentenbank im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle, Regulierungs- und Reputationsrisiken sowie Liquiditätsrisiken eingerichtet hat.

**Sanierungsplan:** Seit dem 1. Januar 2015 sind grundsätzlich alle deutschen Kreditinstitute verpflichtet, nach Aufforderung der zuständigen Aufsichtsbehörde (BaFin bzw. EZB) einen Sanierungsplan zu erstellen. Die Rentenbank hat daher zum 1. Oktober 2015 einen Sanierungsplan eingereicht. Darin wurden Sanierungsindikatoren mit Frühwarnmarken sowie Warn- und Sanierungsschwellen festgelegt.

**Schuldscheindarlehen:** Das Schuldscheindarlehen ist eine langfristige Finanzierungsform, die durch eine besondere Urkunde (dem Schuldschein oder der Schuldurkunde gem. § 607 BGB und § 344 HGB) unterlegt wird. Der Schuldschein ist jedoch nur eine Beweisurkunde und kein Wertpapier. Die Übertragung erfolgt nach Schuldrecht, d. h. durch Abtretung. In großen Abschnitten sind Schuldscheindarlehen am Kapitalmarkt handelbar.

**Settlementrisiko (Vorleistungsrisiko):** Potenzieller Verlust, der entsteht, wenn die eigene Leistung erbracht wird, die Gegenleistung bzw. die Lieferung aber nicht erfolgt. Das Settlementrisiko ist Teil des Adressenausfallrisikos.

**Spreadrisiko (Basiswap-Spread):** Der Basiswap-Spread entspricht dem Preis für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen zwei Zinsbasen in gleicher Währung. Bei Geschäftsabschluss ist der Basis-Spread ein Teil der erzielten Marge.

**Spreadrisiko (CCY-Basiswap-Spread):** Beim Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Währungen werden im Swapmarkt zusätzliche Aufwände/Erträge – die sogenannten Cross Currency (CCY)-Basiswap-Spreads – berücksichtigt. Die Höhe der Spreads ist abhängig von der Währung, der Laufzeit des Swapgeschäfts und davon, ob die Währungsseite des Swaps aktivisch oder passivisch ist. Der Spread wird bei der Abzinsung der Währungsseite des Swaps berücksichtigt. Die Änderungen im Spread wirken sich auf die Bewertung und den Barwert des Swaps aus.

**Spreadrisiko (Credit-Spread):** Bei Abschluss eines Geschäfts (ausgenommen Derivate) wird eine risiko-adäquate Marge in Form eines Credit-Spreads auf die Deposit/Swap-Kurve kalkuliert. Der Credit-Spread in Euro und Fremdwährung enthält somit eine Vielzahl von Einzelkomponenten, wie z. B. die Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), die zugrunde liegenden Sicherheiten, die Marktliquidität, möglicherweise auch Marktspreads für den Tausch von Fremdwährungszahlungsströmen in Euro, die Staatsanleihespreads des entsprechenden Sitzlandes oder den Einfluss von Arbitragestrategien.

**Spreadrisiko (Marktpreisrisiko):** Die Darstellung der Spreadrisiken aufgrund von Änderungen der

CCY-Basiswap-Spreads, Basiswap-Spreads sowie Credit-Spreads soll Verlustpotenziale aufzeigen, die realisiert werden müssten, falls die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird oder ein Kontrahent ausfällt. Auf der Passivseite ist dies insgesamt ausgeschlossen, da es kein realistisches Szenario gibt, in dem die Rentenbank Verbindlichkeiten zurückkaufen müsste. Auch ohne Durchbrechung der Haltestrategie müssen Bewertungseffekte aus Spreadveränderungen in der IFRS-Gewinn- und Verlustrechnung bzw. der Neubewertungsrücklage ausgewiesen werden.

**SREP (Supervisory Review and Evaluation Process):**

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 19. Dezember 2014 ihre endgültigen Leitlinien zum aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (SREP) nach Art. 97 CRD IV veröffentlicht. Zum Teil haben diese Leitlinien bereits Eingang in den Leitfaden zur Bankenaufsicht der EZB gefunden und sind insofern für die zukünftige Aufsichtspraxis von herausragender Bedeutung. Die zuständigen Behörden sollen diese Leitlinien mit Wirkung zum/ab 1. Januar 2016 bei ihrer Aufsichtstätigkeit berücksichtigen.

**Swaps:** Finanzinstrumente, bei denen der Austausch von Zahlungsströmen über einen festgelegten Zeitraum vereinbart wird.

**Szenarioanalysen:** Zur Berechnung einer möglichen Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials werden Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden die zugrunde liegenden Risikofaktoren einer Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen. Es werden für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle, Regulierungs- und Reputationsrisiken sowie Liquiditätsrisiken Standard- und Stressszenarien analysiert.

**Treasury Management:** Im Treasury Management erfolgt die kurzfristige Zins- und Liquiditätssicherung und -steuerung. Zur Aktiv-/Passivsteuerung stehen Instrumente zur Verfügung, die eine Zinsbindung von

maximal einem Jahr aufweisen dürfen. Dies sind im Wesentlichen Tages- und Festgelder, Euro Commercial Papers, Schuldscheindarlehen der Bundesländer, Wertpapiere der Liquiditätssteuerung sowie Derivate.

**Verbrieftes Fördergeschäft:** Das verbrieftes Fördergeschäft entspricht Schuldverschreibungen, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind. Allgemeingebräuchlich werden diese Schuldverschreibungen auch als Inhaberschuldverschreibungen oder Wertpapiere bezeichnet. Zum verbrieften Fördergeschäft gehören keine ABS-Strukturen.

**Verbrieftes Verbindlichkeiten:** Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind.

**Volatilität:** Maß für die Schwankungsbreite eines Basiswerts (z. B. Zins) während eines bestimmten Zeitraums.

**Wiedereindeckungsrisiko:** Potenzieller zusätzlicher Aufwand, der bei Neuabschluss aufgrund eines ausgefallenen Geschäfts entsteht. Er entspricht der Höhe des positiven Marktwerts des Geschäfts. Das Wiedereindeckungsrisiko ist Teil des Adressenausfallrisikos.

**Zinsänderungsrisiko:** Der Barwert von zinstragenden Finanzinstrumenten hängt u. a. vom Marktzins ab. Steigt der Marktzins, vermindert sich der Barwert, was bei einem Vermögensgegenstand zu einem Bewertungsverlust und bei einer Verbindlichkeit zu einem Bewertungsgewinn führt. Sinkende Marktzinsen führen zu steigenden Barwerten, die sich bei Vermögenswerten in Bewertungsgewinnen und bei Verbindlichkeiten in Bewertungsverlusten widerspiegeln. Die Rentenbank bestimmt regelmäßig die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs und simuliert mit Hilfe von Zinsänderungsszenarien mögliche Auswirkungen auf die Barwerte.



*Dieser Geschäftsbericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sie sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich ggf. als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.*



Landwirtschaftliche Rentenbank  
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main  
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 21070  
Telefax 069 21076444  
office@rentenbank.de  
www.rentenbank.de

*Produktion:*  
Ariel Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

*Fotos:*  
Robert Lichtenberg

*Gestaltung:*  
Rottmar/Peter/Lang

Dieser Geschäftsbericht wurde CO<sub>2</sub>neutral produziert. Das Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern. Beides ist entsprechend zertifiziert.

